

30. Sitzung

Mittwoch, den 21.12.2005

Erfurt, Plenarsaal

**Thüringer Gesetz über die Fest-
stellung des Landeshaushalts-
plans für die Haushaltsjahre
2006 und 2007 (Thüringer Haus-
haltsgesetz 2006/2007 - ThürHhG
2006/2007 -)**

2925

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/1250 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haus-
halts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/1423 -

dazu: Änderungsanträge der Fraktion
der CDU

- Drucksachen 4/1438/1442 -

Änderungsanträge der Fraktion
der Linkspartei.PDS

- Drucksachen 4/1445 bis 4/1473 -

Änderungsanträge der Fraktion
der SPD

- Drucksachen 4/1493 bis 4/1501 -

dazu: Entschließungsanträge der Frak-
tion der Linkspartei.PDS

- Drucksachen 4/1485 bis 4/1492 -

Entschließungsanträge der Frak-
tion der SPD

- Drucksachen 4/1503 bis 4/1509 -

Entschließungsantrag der Frak-
tion der CDU

- Drucksache 4/1510 -

ZWEITE BERATUNG

**Thüringer Haushaltsbegleitgesetz
2006/2007**

2926

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/1251 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haus-
halts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/1424 -

dazu: Änderungsanträge der Fraktion
der Linkspartei.PDS

- Drucksachen 4/1474 bis 4/1484 -

Änderungsantrag der Fraktion
der SPD

- Drucksache 4/1502 -

ZWEITE BERATUNG

- Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2005 bis 2009 für den Freistaat Thüringen** 2926
Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 4/1349 -
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 4/1425 -
- Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes** 2926
- Unterrichtung des Landtags nach § 31 Abs. 2 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) -
Unterrichtung durch die Finanzministerin
- Drucksache 4/1348 -
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 4/1426 -
- Verlängerung der Rahmenvereinbarung zwischen der Thüringer Landesregierung und den Hochschulen des Landes zur Sicherung der Leistungskraft der Thüringer Hochschulen** 2926
Antrag der Landesregierung
- Drucksache 4/1213 -
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 4/1427 -
- dazu: Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 4/1428 -

Die Beratungsgegenstände werden gemeinsam aufgerufen und beraten. Nach der gemeinsamen Berichterstattung zu den genannten Beratungsgegenständen erfolgt die Generalaussprache zum Haushalt insgesamt und die Aussprache zu den zusammengefassten Komplexen 1 (Einzelplan 02 - Staatskanzlei), 2 (Einzelplan 03 - Innenministerium gemeinsam mit Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung [Kommunaler Finanzausgleich] und den Artikeln 4, 5, 6 und 7 des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes 2006/2007), Komplex 3 (Einzelplan 04 - Kultusministerium und den Artikeln 11, 12 und 13 des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes 2006/2007 sowie Verlängerung der Rahmenvereinbarung zwischen der Thüringer Landesregierung und den Hochschulen des Landes zur Sicherung der Leistungskraft der Thüringer Hochschulen) und Komplex 4 (Einzelplan 05 - Justizministerium und den Artikeln 8, 9 und 16 des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes).

Während der Generalaussprache erhält der Abgeordnete Fiedler einen Ordnungsruf.

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Althaus, Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Fiedler, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Gumprecht, Günther, Heym, Holbe, Jaschke, Köckert, Kölbel, Dr. Krapp, Dr. Krause, Krauß, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Moring, Panse, Primas, Reinholz, Rose, Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski, Schröter, Schugens, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Stauch, Stauche, Tasch, Trautvetter, Walsmann, Wehner, Wetzel, Worm, Dr. Zeh, Zitzmann

Fraktion der Linkspartei.PDS:

Bärwolff, Berninger, Blechschmidt, Buse, Enders, Dr. Fuchs, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Hausold, Hennig, Huster, Kalich, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Lemke, Leukefeld, Nothnagel, Reimann, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Thierbach, Wolf

Fraktion der SPD:

Bausewein, Becker, Döring, Ehrlich-Strathausen, Gentzel, Höhn, Künast, Matschie, Pelke, Dr. Pidde, Pilger, Dr. Schubert, Taubert

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Althaus, die Minister Diezel, Dr. Gasser, Prof. Dr. Goebel, Reinholz, Schliemann, Dr. Sklenar, Trautvetter, Wucherpfennig, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski	2925, 2933, 2938, 2939, 2942, 2945, 2993, 2996, 2997, 2999, 3001, 3003, 3005, 3006, 3007, 3009, 3011, 3013, 3015, 3016
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	2949, 2956, 2957, 2958, 2960, 2961, 2963, 2964, 2965, 2967, 2968
Vizepräsidentin Pelke	2970, 2971, 2972, 2978, 2979, 2980, 2984, 2985, 2988, 2989, 2992 2999
Bausewein (SPD)	
Bergemann (CDU)	2968, 2970, 2971, 2972
Blehschmidt (Die Linkspartei.PDS)	2970, 2971, 3009
Döring (SPD)	2992, 3005
Emde (CDU)	2996
Fiedler (CDU)	2979, 2980, 2984, 2988
Gentzel (SPD)	2985
Gerstenberger (Die Linkspartei.PDS)	2926
Hennig (Die Linkspartei.PDS)	2972, 3001
Höhn (SPD)	3011
Huster (Die Linkspartei.PDS)	2934, 2938, 2957, 2958, 2963, 2964
Dr. Klaubert (Die Linkspartei.PDS)	2971, 3006, 3007, 3009
Kubitzki (Die Linkspartei.PDS)	2965, 2967, 2968
Kuschel (Die Linkspartei.PDS)	2972, 2984
Matschie (SPD)	2963
Mohring (CDU)	2945, 2949, 2957
Dr. Pidde (SPD)	2939, 2942, 2956, 2964
Reimann (Die Linkspartei.PDS)	2993
Schwäblein (CDU)	3003, 3006, 3007
Skibbe (Die Linkspartei.PDS)	2998
Taubert (SPD)	2978
Walsmann (CDU)	3013
Wehner (CDU)	2925, 2958, 2968
Diezel, Finanzministerin	2960, 2961, 2963, 2964
Dr. Gasser, Innenminister	2989
Prof. Dr. Goebel, Kultusminister	3007, 3009
Schliemann, Justizminister	3015

Die Sitzung wird um 14.04 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie sehr herzlich willkommen zu unserer heutigen außerplanmäßigen Sitzung des Thüringer Landtags zur Verabschiedung des Doppelhaushalts 2006/2007 und der damit zusammenhängenden Themen. Ich begrüße auch unsere Gäste auf der Zuschauertribüne sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen der Herr Abgeordnete Carius. Die Rednerliste führt die Abgeordnete Wolf.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt der Herr Abgeordnete Hauboldt, die Frau Abgeordnete Jung, der Herr Abgeordnete Ohl, die Frau Abgeordnete Sedlacik. Minister Schliemann und Minister Wucherpfennig haben sich entschuldigt; da heute der Bundesrat in Berlin tagt, werden sie erst später an der Sitzung teilnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich möchte recht herzlich heute Herrn Wehner zum Geburtstag gratulieren.

(Beifall im Hause)

Wir wünschen ihm alles Gute für das neue Lebensjahr, persönlich und auch beruflich viel Erfolg.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich möchte Sie auf Folgendes hinweisen: Ab heute werden die Plenarsitzungen live im Internet übertragen. Der Ältestenrat hat in seiner Sitzung am 1. November 2005 der Live-Übertragung im Internet zugestimmt. Studenten der Forschungsgemeinschaft elektronische Medien e.V. haben ein System zur Live-Übertragung der Plenarsitzung via Internet aufgebaut. Es handelt sich um ein Gemeinschaftsprojekt des Thüringer Landtags und der Technischen Universität Ilmenau in Zusammenarbeit mit der Thüringer Netkom GmbH und der Universität Erfurt. Damit soll unseren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, die Sitzungen des Landtags live mitzuverfolgen. Den Link zur Internetübertragung finden Sie auf der Webseite des Landtags unter www.thueringer-landtag.de. Ich weise allerdings darauf hin, dass diese Internetübertragung über das

Netz der Landesverwaltung des Landtags wegen einer anders gearteten technischen Ausgestaltung nicht möglich ist.

Das Staatsbauamt Erfurt führt heute hier im Plenarsaal klimatechnische Messungen unter Realbedingungen durch. Das hierfür aufgestellte Messgerät ist höchst empfindlich. Herr Gerstenberger, es sollte bitte nicht berührt werden. Wir haben die Beschwerden schon weitergegeben, die von Seiten der SPD-Fraktion an uns herangetragen worden sind, und ich gehe davon aus, dass die Klimaanlage jetzt reguliert worden ist.

Ich möchte Ihnen folgende Hinweise zur Tagesordnung geben.

Zu Tagesordnungspunkt 1, Gesetzentwurf der Landesregierung, Thüringer Haushaltsgesetz 2006/2007 in Drucksache 4/1250, wurden Änderungsanträge der Fraktion der CDU in Drucksachen 4/1438 und 4/1442, der Fraktion der Linkspartei.PDS in Drucksachen 4/1445 bis 4/1473 sowie der Fraktion der SPD in Drucksachen 4/1493 bis 4/1501 verteilt. Außerdem wurden bzw. werden Entschließungsanträge der Fraktion der Linkspartei.PDS in Drucksachen 4/1485 bis 4/1492, der Fraktion der SPD in Drucksachen 4/1503 bis 4/1509 sowie der Fraktion der CDU in Drucksache 4/1510 verteilt.

Zu Tagesordnungspunkt 2, Gesetzentwurf der Landesregierung, Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2006/2007, wurden Änderungsanträge der Fraktion der Linkspartei.PDS in Drucksachen 4/1474 bis 4/1484 sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 4/1502 verteilt.

Wird der Ihnen vorliegenden Tagesordnung zuzüglich der von mir genannten Ergänzungen widersprochen? Das ist nicht der Fall, dann gilt die Tagesordnung als festgestellt.

Ich rufe auf zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 1 bis 5**

Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 (Thüringer Haushaltsgesetz 2006/2007 - ThürHhG 2006/2007 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 4/1250 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 4/1423 -

dazu: Änderungsanträge der Fraktion der CDU

- Drucksachen 4/1438/1442 -
Änderungsanträge der Fraktion
der Linkspartei.PDS
- Drucksachen 4/1445 bis 4/1473 -
Änderungsanträge der Fraktion
der SPD
- Drucksachen 4/1493 bis 4/1501 -
dazu: Entschließungsanträge der Frak-
tion der Linkspartei.PDS
- Drucksachen 4/1485 bis 4/1492 -
Entschließungsanträge der Frak-
tion der SPD
- Drucksachen 4/1503 bis 4/1509 -
Entschließungsantrag der Frak-
tion der CDU
- Drucksache 4/1510 -

ZWEITE BERATUNG

Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2006/2007

- Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 4/1251 -
- dazu: Beschlussempfehlung des Haus-
halts- und Finanzausschusses
- Drucksache 4/1424 -
- dazu: Änderungsanträge der Fraktion
der Linkspartei.PDS
- Drucksachen 4/1474 bis 4/1484 -
Änderungsantrag der Fraktion
der SPD
- Drucksache 4/1502 -

ZWEITE BERATUNG

Mittelfristiger Finanzplan für die Jah- re 2005 bis 2009 für den Freistaat Thüringen

- Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 4/1349 -
- dazu: Beschlussempfehlung des Haus-
halts- und Finanzausschusses
- Drucksache 4/1425 -

Bericht über den Stand und die voraus- sichtliche Entwicklung der Finanzwirt- schaft des Landes

- Unterrichtung des Landtags nach § 31
Abs. 2 der Thüringer Landeshaus-
haltsordnung (ThürLHO) -
- Unterrichtung durch die Finanzministerin
- Drucksache 4/1348 -
- dazu: Beschlussempfehlung des Haus-
halts- und Finanzausschusses
- Drucksache 4/1426 -

Verlängerung der Rahmenverein- barung zwischen der Thüringer Landesregierung und den Hoch- schulen des Landes zur Sicherung der Leistungskraft der Thüringer Hochschulen

- Antrag der Landesregierung
- Drucksache 4/1213 -
- dazu: Beschlussempfehlung des Haus-
halts- und Finanzausschusses
- Drucksache 4/1427 -
- dazu: Bericht des Haushalts- und
Finanzausschusses
- Drucksache 4/1428 -

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Gerstenberger aus dem Haushalts- und Finanzausschuss zur gemeinsamen Berichterstattung zu den genannten Beratungsgegenständen. Bitte, Herr Abgeordneter Gerstenberger.

Abgeordneter Gerstenberger, Die Linkspar- tei.PDS:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, ob allerdings die Berichterstattung aus der 40-stündigen Beratungszeit des Haushalts- und Finanzausschusses dazu angeht sein wird, die Hörer und Seher am Internet zu fesseln, das wird sich dann in der Perspektive zeigen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das hängt von deiner Rede ab.)

Jetzt zum Bericht: Die Landesregierung legte dem Landtag mit Schreiben vom 26. September 2005 den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes 2006/2007 und mit Schreiben vom 27. September 2005 den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des Thüringer Gesetzes über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 zusammen mit dem Entwurf des Landeshaushaltsplans 2006 und 2007 - Gesamtplan - vor. Die gedruckten Entwürfe des Gesamtplans mit den Übersichten sowie die Einzelpläne wurden dem Landtag durch das Finanzministerium am 27. September 2005 unmittelbar zugestellt und noch am gleichen Tag verteilt.

Der Antrag der Landesregierung in Drucksache 4/1213 zur Verlängerung der Rahmenvereinbarung zwischen der Thüringer Landesregierung und den Hochschulen des Landes zur Sicherung der Leistungskraft der Thüringer Hochschulen wurde dem Landtag bereits mit Schreiben des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefs der Staatskanzlei vom 9. September 2005 zugeleitet.

Nach der gemeinsamen Begründung des Gesetzentwurfs zum Thüringer Haushaltsgesetz 2006/2007, des Gesetzentwurfs zum Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes 2006/2007 sowie des Antrags zur Verlängerung der Rahmenvereinbarung zwischen der Thüringer Landesregierung und den Hochschulen des Landes zur Sicherung der Leistungskraft der Thüringer Hochschulen durch die Finanzministerin in der 24. Plenarsitzung am 6. Oktober 2005 und der Aussprache hierzu wurden die genannten Beratungsgegenstände an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Eine Mitberatung durch weitere Ausschüsse wurde mehrheitlich abgelehnt.

Mit zwei Schreiben des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chefs der Staatskanzlei vom 11. November 2005 wurde dem Landtag der von der Landesregierung verabschiedete Mittelfristige Finanzplan für die Jahre 2005 bis 2009 für den Freistaat Thüringen sowie die Unterrichtung der Finanzministerin zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes jeweils mit der Bitte um Vorabüberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss zugeleitet.

Die Präsidentin des Landtags hat daraufhin gemäß § 52 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtags den Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2005 bis 2009 für den Freistaat Thüringen und den Bericht über den Stand der voraussichtlichen Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes zur beschleunigten Erledigung im Einvernehmen mit den Fraktionen bereits vor der ersten Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat seine Beratungen zum Thüringer Haushaltsgesetz, zum Haushaltsbegleitgesetz, zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2005 bis 2009 für den Freistaat Thüringen, zum Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes und zur Verlängerung der Rahmenvereinbarung für die Hochschulen in sechs Sitzungen wie folgt durchgeführt: Am 13. Oktober in seiner 20. Sitzung die Grundsatzsprache, Beschlussfassung über die Durchführung von Anhörungen, Beratung von Einzelplänen 01, 02 und 11 sowie des Einzelplans 04 - Thüringer Kultusministerium - einschließlich der Artikel 11, 12 und 13 des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes sowie der Verlängerung der Rahmenvereinbarung zwischen der Thüringer Landesregierung und den Hochschulen; in seiner 21. Sitzung am 17. November die Beratung zu den Einzelplänen 06 einschließlich Einzelplan 17 ohne den Kommunalen Finanzausgleich sowie den Gesamtplan des Thüringer Haushaltsgesetzes 2006/ 2007 und die Artikel 1, 2, 3, 17 und 18 des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes, die Einzelpläne 07 und 09; in der 22. Sitzung am 18. November die Beratung der Einzelpläne 05 einschließlich der Ar-

tikel 8, 9 und 16 des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes als auch des Einzelplans 3 einschließlich des Kommunalen Finanzausgleichs und der Artikel 4, 5 und 7 des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes - hier bedanke ich mich ausdrücklich noch einmal für meine Abwesenheitsvertretung durch meine Kollegin Frau Lehmann -; in der 23. Sitzung am 24. November 2005 die Beratung der Einzelpläne 08 einschließlich der Artikel 14 und 15 des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes sowie des Einzelplans 10; in der 24. Sitzung am 6. Dezember die Mittelfristige Finanzplanung für das Jahr 2005 bis 2009, den Bericht über den Stand der voraussichtlichen Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes und in seiner 25. Sitzung die abschließende Beratung und Abstimmung der Änderungsanträge zum Thüringer Haushaltsgesetz, die abschließende Beratung zum Thüringer Haushaltsbegleitgesetz, die abschließende Beratung zur Mittelfristigen Finanzplanung, zum Bericht über die Finanzwirtschaft und über die Rahmenvereinbarung zu den Hochschulen.

Einzelne Titel der Kapitel 17 20, das ist der Kommunale Finanzausgleich des Einzelplans 17, sowie die Kapitel und weiteren Teile des Einzelplans 18 wurden, soweit einschlägig, bei der Beratung der jeweils entsprechenden Einzelpläne mitberaten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat eine schriftliche Anhörung zu dem Entwurf des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes 2006/2007, zu dem Antrag der Landesregierung zur Verlängerung der Rahmenvereinbarung mit den Hochschulen und zum Kapitel 17 20 - Kommunaler Finanzausgleich -, des Entwurfs des Landeshaushaltsplans sowie weitere ergänzende schriftliche Anhörungen zu den von den Fraktionen eingebrachten Änderungsanträgen, die den Entwurf des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes und das Kapitel 17 20 des Entwurfs des Landeshaushaltsplans betreffen, durchgeführt.

Eine mündliche Anhörung wurde durch den Ausschuss mehrheitlich abgelehnt. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat darüber hinaus die ihm vom Petitionsausschuss als Material überwiesenen Petitionen in seine Beratungen mit einbezogen.

Zum Entwurf des Landeshaushaltsplans lagen insgesamt 170 Änderungsanträge der Fraktionen der CDU, Linkspartei.PDS und der SPD vor. Zu den Einzelplänen des Thüringer Landtags, Thüringer Justizministeriums, des Thüringer Finanzministeriums und des Thüringer Rechnungshofs wurden durch die Fraktionen keine Änderungsanträge eingebracht. Zur Deckung der jeweils beantragten Mehrausgaben wurden die entsprechenden Deckungsvorschläge vorgelegt.

Die im Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Änderungen zum Entwurf des Landeshaushaltsplans 2006/2007 beruhen insgesamt auf den angenommenen Änderungsanträgen der Fraktion der CDU, die 44 Änderungsanträge zur Abstimmung vorgelegt hat. Die wesentlichsten Änderungen, die der Entwurf des Landeshaushaltsplans durch die angenommenen Änderungsanträge erfahren hat, sollen nachfolgend dargestellt werden.

Nach der sich aus den angenommenen Änderungsanträgen der Fraktion der CDU ergebenden Haushaltsübersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Einzelpläne beläuft sich das Haushaltsvolumen für das Haushaltsjahr 2006 sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite nunmehr auf 9.325.193.200 €. Für das Haushaltsjahr 2007 ist das Haushaltsvolumen im Vergleich zum Entwurf des Haushaltsplans unverändert geblieben.

Im Einzelplan der Thüringer Staatskanzlei, der Einzelplan 02, wurden bei fünf Haushaltstiteln Veränderungen beschlossen. Hervorzuheben ist die Erhöhung von Mietmitteln für das Thüringer Büro in Brüssel sowie ein Haushaltsvermerk, mit dem bei den veranschlagten Zuschüssen für Filmprojekte abgesichert wird, dass 75.000 € der Förderung von Aktivitäten der Stiftung „Goldener Spatz“ vorbehalten sind; das Kinderfestival wird es freuen.

Der Einzelplan 03 des Thüringer Innenministeriums hat ebenfalls bei fünf Haushaltstiteln Veränderungen erfahren. So wurden Mehrausgaben für Verkehrsüberwachungsanlagen beschlossen; dies gilt für den Bereich der Polizeidirektion sowie für die Bereitschaftspolizei. Hinzuweisen ist auch auf eine Erläuterungserweiterung in Kapitel 03 18, das ist Brand- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst und zivile Verteidigung, dort beim Erwerb von Kraftfahrzeugen, mit der die Fahrzeugs- und Ausstattungsbeschaffung über die Katastrophenschutzseinheiten hinaus auch auf sonstige Rettungs- und Ortungseinheiten bezogen wird.

Im Einzelplan 4 - Thüringer Kultusministerium - wurde eine Änderung vorgenommen, mit der die Ausgabensätze in den Jahren 2006 und 2007 im Bereich des Förderprogramms für Projektmanager im kulturellen Bereich um jeweils 15.000 € erhöht wurden, um das Projektmanagement auf dem Gebiet der Filmkultur zu verstärken.

Der Einzelplan 07 - Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit - wurde durch sieben angenommene Änderungsanträge verändert. Hinzuweisen ist auf die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung in Kapitel 07 02, das sind die allgemeinen Bewilligungen im Bereich Wirtschaft, Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Die Erhö-

hung der Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2006 beträgt 71.464.000 €. Für das Jahr 2007 ist eine Steigerung der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 132.826.000 € beschlossen worden. Mit diesen Änderungen sollen Verpflichtungsermächtigungen an die voraussichtliche Zuweisung der Verpflichtungsermächtigungen des Bundes angepasst werden.

Weitere Veränderungen betreffen ebenfalls das bereits angeführte Kapitel 07 02. Die Ausgabensätze im Bereich der Zuwendungen für Investitionen an private Unternehmen wurden um 800.000 € in 2006 bzw. 1.551.100 € in 2007 erhöht. Eine Reduzierung der entsprechenden Höhe erfolgte für die Haushaltsjahre 2006/2007 in der gleichen Titelgruppe im Bereich der Zuwendungen an private Unternehmen. Zudem ist auf eine Ausgabenerhöhung im Bereich der Förderung des Jugendsports um jeweils 100.000 € in den Jahren 2006 und 2007 hinzuweisen.

Durch acht angenommene Änderungsanträge wurde der Entwurf des Einzelplans 08 - Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit - verändert. So wurde der Zuschuss an die Verbraucherzentrale Thüringen e.V. um 300.000 € im Jahr 2006 und um 314.900 € im Jahr 2007 erhöht. Für einen Härtefonds, aus dem Blinde in besonderen Lebenssituationen nach der Abschaffung des Landesblindengeldes zusätzliche finanzielle Unterstützung erhalten sollen, wurde für das Haushaltsjahr 2006 und 2007 ein Ausgabenansatz in Höhe von jeweils 1 Mio. € beschlossen.

Für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 wurde zudem eine Verpflichtungsermächtigung für die Förderung von Maßnahmen der Jugendhilfe in Höhe von jeweils 488.000 € beschlossen.

Aus dem Bereich der für den Einzelplan 09 - Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt - angenommenen sechs Änderungsanträge ist hervorzuheben, dass die Einnahmen in Kapitel Allgemeine Bewilligungen Landwirtschaft und Forsten, Erstattungen aus dem Ausland, im Haushaltsjahr 2006 um 3.980.000 € erhöht wurden. Die Erstattung erfolgt durch die Europäische Union und ist auf eine Änderung der Kofinanzierung für die Beihilfeszuschüsse an Landwirte zur Gewährleistung der landwirtschaftlichen Bodennutzung und Einführung oder Beibehaltung landwirtschaftlicher Produktionsverfahren, die auf den Schutz und die Verbesserung der Umwelt ausgerichtet sind, zurückzuführen. Die zuvor genannten zusätzlichen Einnahmemittel wurden im Kapitel 09 01, also im Ministeriumsbereich, zur Reduzierung der für das Haushaltsjahr 2006 etatisierten Globalen Minderausgabe eingesetzt.

Die fünf angenommenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10, das ist das Thüringer Ministerium für

Bau und Verkehr, hatten die Ergänzung von Haushaltsvermerken, die Schaffung von zwei neuen Haushaltstiteln sowie die Änderung von Verpflichtungsermächtigungen zum Gegenstand. Es wurde für den Bereich der Funktionsbauverträge im Rahmen des ÖPP die Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2006 in Höhe von 214.500.000 € auf null reduziert und für das Haushaltsjahr 2007 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 68 Mio. € veranschlagt.

Im Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung - wurden für den Bereich des Kapitels Kommunalen Finanzausgleich Änderungen bei drei Haushaltstiteln beschlossen. Die Zuweisungen an die Musik- und Jugendkunstschulen wurden für das Haushaltsjahr 2006 und 2007 um jeweils 340.400 € erhöht. Zugleich wurden die Ansätze im Bereich des Landesausgleichsstocks für die zuvor genannten Haushaltsjahre um den gleichen Betrag reduziert. Zudem wurde für Zuweisungen zur Anschaffung von Computertechnik an den Schulen für das Haushaltsjahr 2006 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1 Mio. € etatisiert.

Für den Bereich des Einzelplans 18, das sind die Staatlichen Hochbaumaßnahmen, wurden vier Änderungen beschlossen. Im Kapitel Bauten im Bereich des Thüringer Innenministeriums wurde hinsichtlich des Thüringer Landesverwaltungsamts Weimar - Grundinstandsetzung des Dienstgebäudes - eine Erläuterungsergänzung vorgenommen, in der unter anderem deutlich gemacht wird, dass die Grundsanierung bis zur Entscheidung über die weitere Nutzung der Gebäude des Landesverwaltungsamts verschoben wird.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Da der Neubau der Fakultät „Informatik und Automatisierung“ der Technischen Universität Ilmenau in der im Jahr 2007 beginnenden neuen Förderperiode mit EFRE-Mitteln gefördert werden soll, wurde im Kapitel 18 20 ein entsprechender Titel mit Erläuterungen und Nullansätzen für das Haushaltsjahr 2006/2007 eingefügt.

Die Fraktion der Linkspartei.PDS hat 59 Änderungsanträge zum Entwurf des Landeshaushaltsplans 2006/2007 eingebracht. Einige wesentliche Änderungsanträge sollen hier kurz dargestellt werden.

Von den drei Änderungsanträgen der Fraktion der Linkspartei.PDS zum Einzelplan der Thüringer Staatskanzlei ist insbesondere auf den Antrag zur Vergütung der Auszubildenden hinzuweisen. Für die gesamte Landesverwaltung sollten im zuvor genannten Titel 100 zusätzliche Ausbildungsstellen mit einem finanziellen Mehrbedarf von jeweils 998.000 € in den beiden Haushaltsjahren veranschlagt werden.

Während die drei Änderungsanträge der Fraktion der Linkspartei.PDS zum Einzelplan 03 - Thüringer Innenministerium - ausschließlich Ausgabenreduzierungen im Bereich des Landesamts für Verfassungsschutz zum Gegenstand hatten, zielten die sieben Änderungsanträge zum Einzelplan 04 - Thüringer Kultusministerium -, bis auf eine Ausnahme, auf Ausgabenerhöhungen, die in den Bereichen Kindertageseinrichtungen, Lernmittel, Förderschulen, private berufliche Schulen und Erwachsenenbildung; insbesondere sollten die Landeszuschüsse zur Kindertagesbetreuung um 12.565.500 € im Jahr 2006 und um 41.000.000 € im Jahr 2007 erhöht werden.

Von den für den Einzelplan 07 - Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit - vorgelegten zehn Änderungsanträgen der Fraktion der Linkspartei.PDS sahen vier Anträge Ausgabenreduzierungen vor, zum Beispiel die Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen. Sechs Vorschläge zielten auf Ausgabenerhöhungen, etwa für den Bereich Arbeit für Thüringen, für den 10 Mio. € im Jahr 2006 und 15 Mio. € im Jahr 2007 an Erhöhungsmitteln vorgesehen waren.

Von den insgesamt 15 Änderungsanträgen der Fraktion der Linkspartei.PDS zum Einzelplan 08 - Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit - hat der überwiegende Teil der Anträge Ausgabenerhöhungen zum Gegenstand, zum Beispiel in den Bereichen Landesblindengeld, Landeserziehungsgeld, Jugendpauschale und Schuljugendarbeit, Verbraucherinsolvenzberatungsstellen, Verbraucherschutz, Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen sowie Frauenzentren.

Für das Landesblindengeld war für die Jahre 2006/2007 jeweils eine Erhöhung um 19.334.000 € beantragt worden. Das Landeserziehungsgeld sollte im Jahr 2006 um 5,6 Mio. € und im Jahr 2007 mit einem Gesamtbetrag von 20 Mio. € etatisiert werden. Auch für die Ausgabenansätze im Bereich der Jugendpauschale und Schuljugendarbeit wurde eine erhebliche Steigerung vorgeschlagen, jeweils 5 Mio. € in den Haushaltsjahren 2006/2007.

Während die zwei Änderungsanträge der Fraktion der Linkspartei.PDS zum Einzelplan 09 - Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt - Ansatzserhöhungen sowohl auf der Einnahmenseite als auch auf der Ausgabenseite zum Gegenstand hatten - Stichwort „Steigerung der Erlöse beim Holzverkauf“ und „Steigerung bei Holzernstekosten“ -, zielte der einzige in Bezug auf den Einzelplan 10 vorliegende Änderungsantrag auf die Reduzierung der für das Jahr 2007 vorgesehenen Zuschüsse für den gewerblichen Luftverkehr in Höhe von 1.620.000 € im entsprechenden Kapitel.

Zum Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung - hatte die Fraktion der Linkspartei.PDS 17 Änderungsanträge vorgelegt, die sich auf Einnahmesteigerungen, Ausgabenerhöhungen und Ausgabenreduzierungen bezogen. Für den Bereich der Einnahmesteigerung war vorgeschlagen worden, die Verwertungserlöse aus Sicherheiten und Erlöse aus Inanspruchnahme des Bundes aus gewährten Rückgarantien in den Jahren 2006 und 2007 jeweils um 6,5 Mio. € zu erhöhen. Die vorgeschlagenen Ausgabenreduzierungen bezogen sich auf die Kapitel 17 02 und 17 04 und schwerpunktmäßig auf das Kapitel 17 16. So wurde etwa beantragt, die Ausgabenansätze für die Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen wegen der großzügigen Veranschlagung im Jahr 2006 um 3,5 Mio. € und im Jahr 2007 um 7,5 Mio. € abzusenken. Ausgabenerhöhungen wurden für die Zuschüsse an die politischen Stiftungen sowie im Bereich des Kommunalen Finanzausgleichs beantragt. Die beantragten Erhöhungen im Kommunalen Finanzausgleich bezogen sich auf die Zuweisungen an Musik- und Jugendkunstschulen, die Zuschüsse für öffentliche Bibliotheken und die Zuweisungen zu den Ausgaben der Schülerspeisung. Die Mittel für die Schülerspeisung sollten in den Jahren 2006 und 2007 mit einem Betrag von jeweils 2,6 Mio. € etatisiert werden. Mit dem einzigen Antrag zum Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen - wurde für das Kapitel 18 25 - Vorarbeitskosten - vorgeschlagen, den Ausgabenansatz in den Jahren 2006 und 2007 um jeweils 1,55 Mio. € zu reduzieren.

Die Fraktion der SPD hat insgesamt 67 Änderungsanträge zum Entwurf des Haushaltsplans 2006/2007 eingebracht. Die Deckungsvorschläge für beantragte Mehrausgaben wurden durch Anträge ergänzt, mit denen die Einnahmen im Haushaltsjahr 2006 um insgesamt 12 Mio. € und im Haushaltsjahr 2007 um 180 Mio. € gesteigert werden sollten, um u.a. im Jahr 2007 die Nettoneuverschuldung zu reduzieren.

Einige wesentliche Änderungsanträge der Fraktion der SPD sollen kurz dargestellt werden:

Im Einzelplan der Thüringer Staatskanzlei sowie im Einzelplan des Thüringer Innenministeriums lag jeweils ein Änderungsantrag der SPD vor, mit denen Ausgabenreduzierungen realisiert werden sollten. So wurde u.a. beantragt, die Zuweisung an die Kommunen zur Förderung von Gemeindegemeinschaften in den Jahren 2006 und 2007 in Höhe von 10 Mio. € zu streichen, weil in der Förderung einzelner freiwilliger Zusammenschlüsse die Gefahr der Zementierung nicht zukunftsfähiger Strukturen gesehen wurde.

Von den von der Fraktion der SPD zum Einzelplan 04 - Thüringer Kultusministerium - vorgelegten neun Än-

derungsanträgen hatten fünf Vorschläge Ausgabensteigerungen zum Gegenstand. So wurde u.a. beantragt, die Landeszuschüsse für Kindertagesbetreuung im Jahr 2006 um 32.648.500 € und im Jahr 2007 um 60.654.000 € zu erhöhen. Zudem sollten auch die Ansätze zur Beschaffung von Lernmitteln deutlich erhöht werden.

Die 12 Änderungsanträge der Fraktion der SPD zum Einzelplan des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Arbeit hatten eine Einnahmeerhöhung, Ausgabenerhöhungen, zum geringen Teil Ausgabenreduzierungen sowie die Ausbringung einer Erläuterung, die Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen zum Gegenstand. So wurde etwa für den Einnahmehereich beantragt, den Ansatz hinsichtlich der Rückzahlungen aus Thüringer Darlehensprogrammen im Jahr 2006 um 4,5 Mio. € zu erhöhen und für das Jahr 2007 auf einen Betrag in Höhe von 5,5 Mio. € festzusetzen. Die Ausgabenansätze für die Zuschüsse an private Unternehmen im Bereich der Förderung der wirtschaftsnahen Forschung und Grundlagenforschung sollten im Jahr 2006 um 3,5 Mio. € und im Jahr 2007 um 1 Mio. € erhöht werden.

Im Einzelplan des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit legte die Fraktion der SPD 14 Änderungsanträge vor, von denen 11 Anträge Ausgabenerhöhungen zum Gegenstand hatten, zum Beispiel im Bereich Landesblindengeld, Landeserziehungsgeld, Jugendpauschale und Schuljugendarbeit, Verbraucherschutz, Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen. Das Landesblindengeld sollte in den Jahren 2006 und 2007 um jeweils 15.974.000 € erhöht werden. Für das Landeserziehungsgeld war beantragt worden, den Ansatz für die Jahre 2006 um 1,6 Mio. € zu erhöhen und die Ausgaben für das Jahr 2007 auf einen Betrag in Höhe von 16 Mio. € festzusetzen. Im Rahmen der Maßnahmen der Jugend- und Familienförderung sollten die Mittel für die Jugendpauschale und Schuljugendarbeit in den Haushaltsjahren 2006 und 2007 jeweils um 1,5 Mio. € erhöht werden. Für den Bereich der Zuschüsse für die Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen war eine Mittelserhöhung um 501.500 € für das Jahr 2006 und für das Jahr 2007 eine Ausgabensteigerung in Höhe von 529.500 € beantragt worden.

Während die Fraktion der SPD zum Einzelplan des Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt keinen Änderungsantrag vorgelegt hatte, wurden zur Veränderung des Einzelplans 10 - Ministerium für Bau und Verkehr - vier Anträge vorgelegt. So beantragte die Fraktion neben zwei Ausgabenreduzierungen etwa im Bereich der Zuschüsse für den gewerblichen Luftverkehr im Kapitel Sozialer Wohnungsbau und Wohngeld eine Aufstockung der

Mittel für Zinszuschüsse zur Modernisierung und Instandhaltung. Zudem sollte in Kapitel 10 06 - Untere Straßenbauverwaltung - der Haushaltstitel für die Funktionsbauverträge im Rahmen des ÖPP komplett gestrichen werden.

Zum Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung - legte die Fraktion der SPD 24 Änderungsanträge vor. Darunter befanden sich 12 Anträge zu verschiedenen Einnahmetiteln der Kapitel 17 01, das sind die Landessteuern, und 17 09, Ausgleichsleistungen zwischen Bund und Ländern, mit denen im Gesamtergebnis, wie bereits erwähnt, Einnahmen im Haushaltsjahr 2006 um insgesamt 12 Mio. € und im Haushaltsjahr 2007 um 180 Mio. € gesteigert werden sollten, um unter anderem im Jahr 2007 die Nettoneuverschuldung in Höhe von 132.080.000 € zu reduzieren.

Darüber hinaus wurden auch Ausgabenreduzierungen vorgeschlagen. So sollte im Bereich der Erstattung an Sozialversicherungsträger für Rentenleistungen an Angehörige der Zusatzversorgungssysteme und ihre Hinterbliebenen im Jahr 2006 der Ansatz um 12.400.000 € und im Jahr 2007 das Ausgabenvolumen um 12 Mio. € reduziert werden.

Im Bereich des Kommunalen Finanzausgleichs wurden Mehrausgaben für das Jahr 2006 in Höhe von 2,64 Mio. € und für das Jahr 2007 in Höhe von 47,92 Mio. € beantragt. Die beantragten Erhöhungen im Kommunalen Finanzausgleich in den Haushaltsjahren betreffen die Schülerspeisung, die Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute sowie an Musik- und Jugendkunstschulen, die Zuschüsse im öffentlichen Bibliotheksbereich und die Investitionspauschalen an Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise.

Zum Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen - legte die SPD zwei Änderungsanträge vor. Hinzuweisen ist auf die beantragten Mittelerhöhungen für den Umbau und die Sanierung des Bildungszentrums der Polizei in Meiningen in den Haushaltsjahren 2006 und 2007 um jeweils 3,5 Mio. €.

Zum Thüringer Haushaltsgesetz 2006/2007, meine Damen und Herren, beschloss der Haushalts- und Finanzausschuss mehrheitlich Änderungen, die auf einen von der Fraktion der CDU eingebrachten Änderungsantrag beruhen. Die Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD hatten zum Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes keine Änderungsanträge vorgelegt. Die beschlossenen Änderungen beziehen sich auf die §§ 2 und 3 des Haushaltsgesetzes. Der Gesetzestext des § 2, Kreditermächtigungen, wurde in einigen Bereichen zum Zwecke der rechtlichen Darstellung den Anforderungen eines Doppelhaushalts angepasst. Im Übrigen erfolgte zu-

dem eine redaktionelle Änderung. Und § 3 - Verwendung von Mehreinnahmen - wurde neu gefasst. Danach sind Mehreinnahmen im Haushaltsjahr 2006 und 2007 nunmehr grundsätzlich zur Verminderung des Kreditbedarfs oder zur Bildung von Rücklagen zu verwenden.

Zum Entwurf des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes lagen dem Haushalts- und Finanzausschuss Änderungsanträge der Fraktionen der CDU, der Linkspartei.PDS und der SPD vor. Zum Gesetzentwurf der Landesregierung hat der Haushalts- und Finanzausschuss mehrheitlich Änderungen beschlossen. Die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Thüringer Haushaltsbegleitgesetz beruht aber auf den angenommenen Änderungsanträgen der Fraktion der CDU. Die wichtigsten Änderungen, die der Haushalts- und Finanzausschuss zum Thüringer Haushaltsbegleitgesetz 2006/2007 mehrheitlich beschlossen hat, sollen nachfolgend noch kurz dargestellt werden:

In Artikel 9 - Änderung der Thüringer Verordnung über gerichtliche Zuständigkeiten in der ordentlichen Gerichtsbarkeit - wurde dem § 5 ein Absatz 3 angefügt. Mit dieser Änderung wird dem Landgericht Gera für den Bezirk des Oberlandesgerichts die Zuständigkeit für Klagen nach § 32 b Abs. 1 der Zivilprozessordnung zugeordnet. Das betrifft etwa Schadensersatzklagen bei falschen, irreführenden oder unterlassenen öffentlichen Kapitalmarktinformationen.

In Artikel 11 - Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz - wurde der § 13, die Grundförderung, in seinem Absatz 2 Satz 1 neu gefasst. Der Hintergrund dieser Änderung besteht darin, dass aufgrund der besonderen Organisationsform der drei Heimvolkshochschulen - Seminarbetrieb, Übernachtungs- und Verpflegungsbetrieb - ein erhöhter Grundaufwand resultiert. Ein erhöhter Sockelbetrag soll diesem Umstand Rechnung tragen. Im Entwurf des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes wurde auch der § 19, Rechnungsprüfung, durch eine Neufassung des Satzes 2 verändert, weil das für das Schulwesen zuständige Ministerium oder dessen Beauftragte nur für die von ihm ausgereichten Fördermittel prüfungsberechtigt sein sollen. Zudem wurde auch die Übergangsbestimmung in § 20 zum Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz neu gefasst, weil eine Sockelfinanzierung auch bereits im Übergangszeitraum gelten soll, um insbesondere die Interessen kleinerer Träger der Erwachsenenbildung zu wahren.

In Artikel 12 - Änderung des Thüringer Studentenerwerbsgesetzes - wurde der § 8 - Verwaltungsrat - geändert, damit durch eine veränderte Formulierung in § 8 Abs. 1 Nr. 3 sichergestellt ist, dass dem Verwaltungsrat mindestens ein Vertreter aus Bereichen außerhalb der Hochschulen angehört.

Die beschlossenen Änderungen zu Artikel 13 - Änderung des Thüringer Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft - beziehen sich auf folgende Bereiche: Die Bestimmungen über die Schulaufsicht in § 3 wurde neu gefasst. Damit entfallen insbesondere die im Regierungsentwurf in § 3 Abs. 2 enthaltenen Normierungen über die Auskunftserteilung, die Unterlagen vorlage, die Besichtigungen und die Unterrichtsbesuche. Auch wurden die im Regierungsentwurf vorgeschlagenen Änderungen zu § 5 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Satz 1 gestrichen. Damit verbleibt es bei der Genehmigung von Ersatzschulen bei den bisher geltenden Regelungen des § 5 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Schulen in freier Trägerschaft. Der Anwendungsbereich der im Regierungsentwurf vorgesehenen Regelungen in § 15 Abs. 5, wonach bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen die Wartefrist für die staatliche Finanzhilfe verkürzt werden kann, wurde auf Ersatzschulen, die zu einem berufsbildenden Schulabschluss führen, erweitert. § 16 - Staatliche Finanzhilfe für Personal- und Sachkosten - hat mehrere Änderungen erfahren. Hervorzuheben ist, dass mit einer Formulierungsergänzung in § 16 Abs. 2 nunmehr die Möglichkeit eröffnet wird, dass das für das Schulwesen zuständige Ministerium bei besonderem öffentlichen Interesse am Betrieb einer Schule im Einzelfall eine höhere Finanzhilfe vorsehen kann. § 16 Abs. 3 wurde neu gefasst mit der Folge, dass bei der Kostenermittlung für den Personalkostenanteil nunmehr auf Faktoren des vorletzten Jahres abgestellt wird. Die Rechtsverordnungsermächtigung in § 16 Abs. 7 wurde dahin gehend geändert, dass die Regelungen durch die Landesregierung im Benehmen mit dem zuständigen Ausschuss des Thüringer Landtags erfolgen müssen. Die Übergangsbestimmungen für die Haushaltsjahre 2006/2007 wurden zu § 22 a - bisher § 21 a - und im Absatz 1 geändert. Die beim Schülerbetrag nach dem bisherigen § 21 a Abs. 1 Nr. 2 zu berücksichtigende Vergütungserhöhung seit dem Jahr 2003 wurde dahin gehend geändert, dass die entsprechenden Vergütungserhöhungen im öffentlichen Dienst nunmehr pauschal mit einer Erhöhung im Jahr 2006 um 1,5 Prozent und im Jahr 2007 und weitere Jahre 1,2 Prozent abgegolten werden. Zudem wurde die Regelung für die berufsbildenden Schulen in dem bisherigen § 21 a Abs. 1 Nr. 3 in den Regelungsbebereich des Absatzes 1 Nr. 2 übernommen. Im Übrigen wurde der Absatz 1 des bisherigen § 21 a um eine neue Nummer 5 ergänzt. Wegen der Umstellung der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft kann danach das für das Schulwesen zuständige Ministerium im Einzelfall für bestimmte Schulen auf Antrag einen Ausgleich für die Träger gewähren, die trotz nachgewiesener wirtschaftlicher Betriebsführung mit den zur Verfügung gestellten Finanzmitteln ihren Finanzbedarf nicht abdecken können. Der Ausgleich erfolgt nach Maßgabe des Haushalts.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass zu Artikel 15 - Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes - eine Neufassung des § 19 - Jugendberufshilfe - beschlossen worden ist und in Artikel 18 - In-Kraft-Treten und Außer-Kraft-Treten - festgelegt wurde, dass die Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes mit dem Tag der Verkündung in Kraft treten soll. Die zuletzt genannte Änderung des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes wurde mit der Gewährleistung der verwaltungsrechtlichen Umsetzung des Thüringer Blindengeldgesetzes zum 1. Januar 2006 begründet.

Nachfolgend sollen noch die wesentlichsten Änderungsanträge der Fraktion der Linkspartei.PDS und der SPD zur Änderung des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes aufgeführt werden. Die Fraktion der Linkspartei.PDS hatte zum Haushaltsbegleitgesetz folgende wesentliche Änderungen beantragt: Zu Artikel 1 des Thüringer Reisekostengesetzes wurde von der Fraktion vorgeschlagen, den § 5 - Wegstreckenentschädigung - in seinem Absatz 1 neu zu fassen. Damit sollte für Strecken, die der Dienstreisende mit einem privaten Kraftfahrzeug zurückgelegt hat, eine Wegstreckenentschädigung in Höhe von 20 Cent für jeden gefahrenen Kilometer gewährt werden. Im Übrigen wurde vorgeschlagen, den § 5 Abs. 2 zu streichen. Für Artikel 4 - Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes - hat die Fraktion der Linkspartei.PDS beantragt, den § 3 Abs. 3 mit dem Ziel neu zu fassen, dass sich die Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2006 und 2007 durch Zuführung aus dem Landeshaushalt jeweils mit einem Betrag von 3,45 Mio. € erhöht. Mit der Einfügung eines Artikels 8 - neu - beabsichtigte die Fraktion der Linkspartei.PDS eine Änderung der Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen und über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts. In § 2 Abs. 4 der genannten Verordnung sollten Sätze angefügt werden, mit dem Ziel, die Landkreise und kreisangehörigen Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern zu ermächtigen, zur Aufgabenerfüllung Vereinbarungen auf der Grundlage des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit abzuschließen. Um zu verhindern, dass dem Land durch die freiwillige Vereinbarung Mehraufwendungen entstehen, sollte eine zusätzliche finanzielle Beteiligung des Landes ausgeschlossen werden. Zu Artikel 8 - Änderung des Thüringer Gerichtsstandortgesetzes - beantragte die Fraktion der Linkspartei.PDS, dass die Umgruppierung des Amtsgerichtsbezirkes Eisenach zum Landgerichtsbezirk Meiningen vollständig rückgängig gemacht wird. Zudem wurde zu Artikel 9 - Änderung der Thüringer Verordnung über gerichtliche Zuständigkeiten in der ordentlichen Gerichtsbarkeit - vorgeschlagen, den Amtsgerichtsbezirk Eisenach jeweils dem Landgerichtsbezirk Mühlhausen zuzuordnen. Der Änderungsvorschlag der Fraktion der Linkspartei.PDS zu

Artikel 10 - Änderung des Thüringer Mittelstandsförderungsgesetzes - hatte zum Ziel, dass der Mittelstandsbericht der Landesregierung mindestens alle zwei Jahre vorzustellen ist. Der Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS zum Artikel 11 - Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz - sah vor, den Wortlaut des Thüringer Erwachsenenbildungsgesetzes in der Fassung vom 25. August 2003 wiederherzustellen. Zu Artikel 13 und 14 - das sind die Änderung des Thüringer Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft und Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes - sollten nach den Anträgen der Fraktion der Linkspartei.PDS jeweils die Änderungen gestrichen werden. Zu Artikel 15 - Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes - beantragte die Fraktion die Beibehaltung des bisher geltenden § 19 Abs. 1.

Die Fraktion der SPD hatte zum Thüringer Haushaltsbegleitgesetz folgende wesentliche Änderungen beantragt: Zu Artikel 4 - Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes - beantragte die Fraktion die Streichung des § 35 a - Förderung freiwilliger Gemeindezusammenschlüsse oder Eingliederung. Artikel 8 - Änderung des Thüringer Gerichtsstandortgesetzes - sollte nach dem Antrag der Fraktion der SPD gestrichen werden. Streichungen in Artikel 9 - Änderung der Thüringer Verordnung über gerichtliche Zuständigkeiten in der ordentlichen Gerichtsbarkeit - waren von der Fraktion der SPD für die §§ 7, 9, 10 sowie 13 und 15 vorgeschlagen worden. Das Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz in Artikel 11 sollte nach dem Antrag der Fraktion der SPD ebenso gestrichen werden wie die §§ 1 bis 3 und 8 in Artikel 12 - Änderung des Thüringer Studentenwerkgesetzes. Der Artikel 13 - Änderung des Thüringer Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft - und 14 - Änderung des Thüringer Landesblindengesetzes - waren gleichfalls Bestandteil der Streichungsvorschläge der Fraktion der SPD. Zu Artikel 15 - Änderung des Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetzes - beantragte die Fraktion der SPD die Beibehaltung des bisher geltenden § 19 Abs. 1.

Meine Damen und Herren, all denen, die sich an der schriftlichen Anhörung des Ausschusses beteiligt haben, sei an dieser Stelle für ihre eingebrachten Stellungnahmen recht herzlich gedankt. Verweisen möchte ich allerdings beispielhaft auf eine Stellungnahme des Landkreistages vom 13. Dezember 2005 in der Zuschrift 4/411, in der der Standpunkt vertreten wird, dass - und ich zitiere -: „die mit der Externalisierung des Kindergartenwesens aus dem kommunalen Finanzausgleich verknüpfte Umschichtung von 32,3 Mio. € in den Haushaltsjahren 2006 und 2007 verfassungswidrig ist.“

Meine Damen und Herren, der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Landtag, den Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2006/2007 mit dem Entwurf des Landeshaushaltsplans 2006/2007 mit den in der Beschlussempfehlung in Drucksache 4/1423 aufgeführten Änderungen anzunehmen. Diese Empfehlung ergeht mehrheitlich. Wiederum schlägt der Haushalts- und Finanzausschuss im Zusammenhang mit dem Thüringer Haushaltsgesetz 2006/2007 unter anderem vor, der Finanzministerin und der Präsidentin des Landtags redaktionelle Ermächtigungen zu erteilen, die im Einzelnen in den Beschlussempfehlungen enthalten sind. Darüber hinaus empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss auch, den Entwurf des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes mit den in der Beschlussempfehlung - Drucksache 4/1424 - ausgeführten Änderungen anzunehmen. Zudem empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss dem Landtag, sowohl den Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2005 bis 2009 für den Freistaat Thüringen - Drucksache 4/1329 - als auch den Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes in Drucksache 4/1348 zur Kenntnis zu nehmen. Im Übrigen empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss dem Landtag ebenfalls mehrheitlich die Zustimmung zur Verlängerung der Rahmenvereinbarung zwischen der Thüringer Landesregierung und den Hochschulen des Landes zur Sicherung der Leistungskraft der Thüringer Hochschulen, das ist Drucksache 4/1213.

Meine Damen und Herren, am Ende des Berichts möchte ich die Gelegenheit nutzen, auch Dank zu sagen, nicht weil es guter Stil ist am Ende einer solchen Marathonberatung, sondern weil ich mit meinen Ausschussmitgliedern der Meinung bin, dass es sich die Mitarbeiter durch ihren Einsatzwillen und ihre gewissenhafte Arbeit ausdrücklich verdient haben, also einen herzlichen Dank an Dr. Seidel für die Ausschussvorbereitung und Ausschussbegleitung und stellvertretend für alle Protokollantinnen und Protokollanten Dank an Frau Hartung für ihre fleißige Arbeit. Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich danke dem Abgeordneten Gerstenberger für seinen Bericht.

Ich möchte Ihnen folgenden Hinweis geben: Der Ältestenrat hat von der Möglichkeit des § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch gemacht und die Redezeit auf 150 Prozent verlängert, das heißt, die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt somit 18 Stunden 30 Minuten. Die Beratung der Entschließungsanträge erfolgt im Zusammenhang mit den jeweiligen Aussprachekomplexen. Diese Redezeit

wurde auf folgende Komplexe aufgeteilt:

1. die Generalaussprache zum Haushalt insgesamt,
2. die Aussprache zu den Einzelplänen und zusammengefassten Komplexen und
3. die Schlussrunde.

Wir beginnen jetzt, wie im Ältestenrat festgelegt, mit der Generalaussprache. Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen für die CDU 1 Stunde 19 Minuten, für Die Linkspartei.PDS 58 Minuten, für die SPD 43 Minuten. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass gemäß § 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung die Redezeit jeder Fraktion sich entsprechend verlängert, wenn die Mitglieder der Landesregierung insgesamt länger als 24 Minuten reden.

Ich eröffne die **Generalaussprache** und erteile das Wort dem Abgeordneten Huster, Die Linkspartei.PDS.

Abgeordneter Huster, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, morgen wird der Thüringer Landtag den Etat für die nächsten beiden Jahre verabschieden und man muss sicher kein Prophet sein, um zu befürchten, dass kein Änderungsantrag der Opposition eine Mehrheit erhalten wird. Es bleibt so, wie es war, die Regierung stellt ihren Etatentwurf als alternativlos dar und die CDU-Fraktion wird alles niederstimmen, was an diesem Wunschdenken rütteln könnte. Ich will es am Anfang meiner Rede deshalb auch klar sagen: Dieses Vorgehen pervertiert die Idee des Parlamentarismus aufs Tiefste.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Denn immerhin waren die parlamentarischen Debatten eines Haushalts stets dazu gedacht, in der gemeinsamen Beratung im Parlament und in den Ausschüssen nach besseren Lösungen zu suchen und diese auch als Korrektiv gegenüber der Regierung zu verstehen. Davon, von der Umsetzung dieser Grundidee, sind die Landesregierung und die CDU-Fraktion meilenweit entfernt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Werte Kollegen, nicht nur an dieser Stelle sprechen wir von Ihrer mittlerweile unerträglichen Arroganz. Wir behaupten, dass dieser Etat und der Umgang dabei mit den Betroffenen letztlich auch Ausdruck Ihres Politikverständnisses sind. Ihr ganzes Handeln scheint darauf angelegt, möglichst schnell und ohne Aufregung zum Ziel zu kommen. Die Erfahrung der letzten Tage lehrt uns aber auch, dass Sie keine be-

friedigende Antwort haben, wenn sich die Menschen bei Ihnen dafür nicht bedanken, sondern Sie kritisieren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie bezeichnen das dann als Jammern und altes Anspruchsdenken, wir bezeichnen dies als notwendiges Element der Demokratie, nämlich Auseinandersetzung, Kritik und Suche nach den besten Lösungen.

Die CDU, meine Damen und Herren, verstößt permanent gegen diese Prinzipien. Dafür haben Sie nun schon mehr als einmal die Quittung erhalten und ich bin sicher, dass sich das fortsetzen wird, wenn sich Ihre Grundhaltung dazu nicht ändert.

Werte Kollegen, jeder hier im Hause kennt die finanziellen Rahmenbedingungen des Landes. Diese haben sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. So weit ist es auch bekannt. Dafür aber allein die Steuerausfälle verantwortlich zu machen, wäre falsch und wohl auch zu billig. Viele Probleme sind in Thüringen hausgemacht und selbst verursacht und eine Lösung wird durch diese Landesregierung nicht versucht oder sogar die Haushaltslage ist nur Mittel zum Zweck, unliebsame Strukturen zu beschneiden und zu zerstören. Ich will das in der Folge belegen.

Erster zentraler Kritikpunkt: Für das Land Thüringen fehlt Ihnen eine zukunftsweisende Vision.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es bleibt der Eindruck, dass die Landesregierung immer noch auf ein galaktisches Wachstum hofft, welches Arbeitsplätze schaffen und den Haushalt sanieren hilft. Alle Erfahrungen der letzten Jahre sprechen aber dagegen. Deshalb muss es vielmehr darum gehen, die auch für ein nachhaltiges Wachstum wichtigen Zukunftsfelder zu stärken.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Dafür ist Politik da und das ist auch die Erwartung der Menschen. Die Landesregierung tut genau das Gegenteil dessen. Sie kürzt massiv in Zukunftsbereichen wie Bildung und auch im Sozialbereich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich will es an dieser Stelle auch ganz klar sagen: Der Sozialbereich ist ein elementarer Zukunftsbereich für Thüringen und seine Bürger. Man kann durchaus kritisch auf die Entwicklung des Sozialstaats im Einzelnen blicken, aber wenn man verantwortungsvoll die Entwicklung der nächsten Jahre in

der Welt und in Europa prognostiziert, dann muss man doch sehen, dass neben Bildung und Forschung vor allem die Sozialpolitik in der Lage ist, Menschen notwendige Anpassungsleistungen zu erleichtern. Da ist auch der entscheidende Unterschied zu unseren Auffassungen. Sie wollen Sozialpolitik künftig lediglich als Almosenpolitik verstehen und nirgends wird es so deutlich wie bei der geplanten Abschaffung des Blindengeldes und der Gewährung von Blindenhilfe.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Dieses Vorgehen lässt sich durchaus verallgemeinern. Die CDU Thüringen versuchte in den letzten Wochen und Monaten massiv die Erwartungen der Menschen an eine ausgleichende und die Lasten abfedernde Sozialpolitik des Staates zu diskreditieren. Noch schlimmer ist, dass Sie die legitimen Erwartungen der Menschen in totalitäre Nähe zu rücken versuchen. Mit dieser Wendung fallen Sie sogar hinter die Kernthesen der katholischen Soziallehre zurück und schon die stellen für die heutigen Probleme keine ausreichende Antwort dar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zweiter zentraler Kritikpunkt: Die Nachbarländer Thüringens stellen sich auf künftige Herausforderungen ein und machen eine vernünftige Gebietsreform. Was macht Thüringen? Der Ministerpräsident sagt, dass es bis 2009 keine Gebietsreform geben wird. Dafür wird eine Behördenstruktur vom Zaun gebrochen; die Betroffenen erfahren es aus der Zeitung. So gehen dem Land insgesamt fünf wertvolle Jahre verloren und mit Blick auf die Zeit nach 2009 will man vielleicht genau in dem Jahr mit einer Gebietsreform beginnen, in dem die Zahlungen aus dem Solidarität II zum ersten Mal dann spürbar zurückgehen werden und sich so die Einnahmesituation des Landes weiter verschlechtern wird. Schon allein daran sieht man, dass es um diese Landesregierung, was ihre konzeptionellen Fähigkeiten betrifft, sehr, sehr schlecht bestellt ist.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Dritter Kritikpunkt: Neben dem Genannten gibt es Bereiche, in denen sich die Landesregierung und die CDU-Fraktion nach wie vor nicht in die Karten schauen lassen. Keiner von Ihnen in der CDU fragt wirklich danach, was mit den ganzen Milliarden in Betonprojekte an Nachhaltigkeit erreicht wurde. Keiner fragt nach, ob dieses Geld nicht besser und effektiver als Investition bei den Menschen eingesetzt werden konnte. Keiner fragt wirklich nach, was aus den Hunderten Millionen in Landesgesellschaften, in Sondervermögen und Schattenhaushalten, in zwei-

felhaften Finanzierungen von Groß- und Prestigeprojekten und letztlich auch an gute Bekannte geworden ist. Fakt ist, Sie haben in dieser Legislaturperiode schon drei Untersuchungsausschüsse am Hals und jeden Tag schreiben die Zeitungen über neuen Filz. Elementare Regeln der Transparenz und der Beteiligung des Parlaments, auch natürlich, um Missbrauch zu verhindern, werden weiter verletzt und so wird Geld weiter ausgegeben, was wir eigentlich nicht haben.

Werte Kollegen, es muss natürlich in diesem Zusammenhang weiter über die richtigen Prioritäten gestritten werden. Ein einfaches Beispiel soll Ihnen verdeutlichen, was ich damit meine: Das gleiche Geld, welches Sie Jahr für Jahr in die Subventionierung von Fluglinien stecken, kürzen Sie schon für das Jahr 2005 bei den Museen. Während nun ein Untersuchungsausschuss befinden will, wie viele Gäste nun tatsächlich diese Linien in Anspruch genommen haben, wissen wir es bei den Museen ziemlich genau - nämlich 3,4 Mio. Menschen im letzten Jahr. Der Doppelhaushalt 2006/2007 zeigt, dass Sie im letzten Jahr daraus nichts gelernt haben. Jetzt kürzen Sie eben bei den Musikschulen.

Meine Damen und Herren, dieses Beispiel soll Ihnen zeigen, dass es durchaus Spielräume gibt. Nur dort, wo sie bestehen, steuert die Landesregierung in die falsche Richtung, oftmals zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger und zu Lasten von wirklich wichtigen Zukunftsfeldern.

Vierter Punkt: In den meisten Gesprächen, die wir führen durften, wurde von den Beteiligten die Notwendigkeit des Sparens bekräftigt. Ja, überall machen sich in Thüringen Menschen Gedanken, um eigene Vorschläge zu unterbreiten, wie man angesichts der Haushaltslage sparen kann, ohne Strukturen einfach blind zu zerschlagen. An dieser Stelle will ich Sie fragen: Ist es denn zu viel verlangt, dass eine Landesregierung die Bürger mitnimmt, dass sie sie um Vorschläge bittet, dass sie das Gefühl vermitteln hilft, sie seien gewollt und ihre Anregungen erwünscht? Oder ist es denn zu viel verlangt, dass umfangreiche Gesetzesänderungen auch im Haushaltsverfahren in den zuständigen Fachausschüssen beraten werden? Oder ist es denn zu viel verlangt, dass man neben den schriftlichen Anhörungen sich die Zeit nimmt, in einer mündlichen Anhörung mit den Betroffenen spricht und die Argumente austauscht, anstatt sich dann auf hunderte Seiten schriftlicher Zuarbeiten zu reduzieren? Und ist es dann nicht unerhört, wenn man ohne Teilnahme an der Anhörung von Linkspartei.PDS und SPD zehn Minuten später über die Presse erklären lässt, die Anhörung hätte keine neuen Erkenntnisse gebracht, wie dies der Thüringer Generalsekretär getan hat? Wie passt das dann zusammen, wenn Sie permanent in Sonn-

tagsreden zur Eigeninitiative auffordern? Merken Sie denn nicht, dass Sie genau die Menschen mit Ihrer Art vor den Kopf stoßen, die genau diese Eigeninitiative täglich erbringen und weiter erbringen wollen? Wie geht das zusammen, will ich mich an dieser Stelle fragen?

Nein, Werte Kollegen, der Umgang der CDU Thüringen mit den Betroffenen ist nicht zu tolerieren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Kritik der Menschen an Ihrem Politikstil ist völlig berechtigt. Die Debatte zum Doppelhaushalt 2006/2007 zeigt auch, dass Sie zunehmend ohne Unterstützung dastehen.

Werte Kollegen, ich erwähnte vorhin die mangelnde Konzeption der Landesregierung. Ein wichtiges Feld dabei ist die Arbeitsmarktpolitik. Eine einfache analytische Überlegung zwingt uns zu neuen Denksätzen, nämlich die Einsicht, dass der technische Fortschritt tendenziell immer mehr Menschen von der Arbeit im herkömmlichen Sinne freizusetzen droht. Das können Sie jeden Tag in den Zeitungen lesen, wobei oft auch - das will ich hier einschränken - fragwürdige Unternehmensentscheidungen Ursache von großen Entlassungen sind. Trotz viel gepriesener Hartz-IV-Reform, trotz PSA, trotz Ein-Euro-Job sind die Zahlen der Erwerbstätigen im Jahr 2005 wieder unter die Werte von 2004 gefallen und haben wieder Tausende junge Menschen Thüringen verlassen. Es dürfte unstrittig sein, dass wir in diesem Bereich vor enormen Herausforderungen stehen. Eine zentrale Frage dabei ist, ob es gelingen kann, Arbeit zu schaffen, die gesellschaftlich offensichtliche Defizite erledigen kann und dabei der harten Profitlogik des Markts nicht ausgeliefert ist. Dabei handelt es sich nicht um theoretische Gespinste, so wie Sie das gelegentlich unterstellen, sondern um einen Teil der heute schon vorhandenen Realität im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen und der Pflege, der sozialen Daseinsfürsorge insgesamt, in der Jugendarbeit, in der Kultur, in vielen anderen kommunalen Tätigkeitsfeldern. Kurzum, überall gibt es Aufgaben für diese Art von Beschäftigung. Es gibt Menschen, die in solchen Feldern ausgebildet worden sind, und es gibt umfangreiche Erfahrungen, die dort bereits gesammelt wurden. Dazu kommt, es gibt die Erkenntnis, dass hier eingesetzte Mittel auch für die Gesellschaft insgesamt sehr effektiv verwendet werden, denn jeder weiß, dass Prävention weniger kostet als Nachsorge. Deshalb ist es für meine Fraktion auch nicht nachzuvollziehen, dass sich die Landesregierung immer weiter aus einer eigenständigen Arbeitsmarktpolitik verabschiedet.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Deshalb wollen wir mit einem Programm „Arbeit für Thüringen“ in Höhe von 25 Mio. € in diesem Bereich modellhafte Arbeit schaffen, und ich sage klar, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit Löhnen, die diesen Namen natürlich auch verdient haben. Damit skizziere ich nur einen von drei Ansätzen unseres Antrags aus dem Septemberplenar und Sie werden weitere Ausführungen bei der Beratung des Einzelplans 07 nachvollziehen können.

Ebenso wollen wir mit einem weiteren Antrag die Ausbildungsanstrengungen des Landes erhöhen. Es reicht nämlich nicht, nur über ungünstige Rahmenbedingungen und über Abwanderung zu klagen, man muss auch etwas dagegen tun. Deshalb wollen wir Geld für zusätzliche 100 Ausbildungsplätze in der Landesverwaltung zur Verfügung stellen. Ich kann Sie nur auffordern, diesem Antrag zuzustimmen. Jeder weiß, dass der demografische Wandel in einigen Jahren auch die öffentlichen Verwaltungen erreichen wird. Ausbildung ist deshalb eine Zukunftsaufgabe. Angesichts der katastrophalen Lage auf dem Ausbildungsmarkt und der extrem hohen Zahl von Jugendlichen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind unseres Erachtens neuerliche Diskussionen über eine Ausbildungsumlage notwendig.

Werte Kollegen, in eklatantem Widerspruch zu Ihren Ankündigungen oder zu den Ankündigungen der Landesregierung steht auch die weitere Kürzung bei der Verbundforschung. Die Erfolge und die Bedeutung der Verbundforschung werden ja selten bestritten, wir waren in dieser Hinsicht konsequent und haben einen Änderungsantrag eingereicht.

Werte Kollegen, im Bereich der Bildung sprach ich von einem Zukunftsfeld, in welchem die Landesregierung Chancen aufs Spiel setzt. Jenseits der großen politischen Debatten um das bessere Schulsystem und um die besseren Schulstrukturen meinte ich bisher, dass die Bedeutung von Bildung ebenso wie die steigende Bedeutung der frühkindlichen Bildung auch bei der CDU nicht umstritten ist. Ihre Familienoffensive ist allerdings das Gegenteil von dem, was erforderlich ist. Wir meinen es auch nach der Verabschiedung der Familienoffensive ernst. Wir wollen das bewährte System der Kita-Finanzierung weiter; wir lehnen die beabsichtigte Stiftung ab und die Neuregelung beim Erziehungsgeld.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Deshalb haben wir auch entsprechende Änderungsanträge gestellt, und zwar auf Grundlage unseres Antrags für ein Moratorium. Wir halten es nach wie vor für besser, die Familienoffensive auszusetzen und vor allen Dingen mit den Beteiligten über die Zukunft der Strukturen und der Finanzierung zu reden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Werte Kollegen, Bildung auf hohem Niveau zu finanzieren ist die Pflicht gegenüber den Kindern und eine wesentliche Zukunftsaufgabe. Staatliche Zuwendung für Bildung sehen wir daher nicht ausschließlich als Ausgaben, sondern als Investition in die Zukunft des Landes. Auf der Sicherstellung und dem Ausbau eines höchstmöglichen Bildungsniveaus wird die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten basieren. Die Landesregierung kürzt weiter massiv im Bildungsbereich. Unsere Änderungsanträge orientieren sich stattdessen an den aus unserer Sicht notwendigen Ergänzungsleistungen für leistungsfähige Ganztagsangebote. Deshalb wollen wir die Erhöhung der Mittelansätze für die Jugendpauschale und die Schuljugendarbeit. Hierbei wollen wir für die Schuljugendarbeit Mittel in Höhe von jeweils 5 Mio. € festschreiben. Wir wollen die Wiedereinführung des Zuschusses für die Schüler speisung. Des Weiteren wollen wir die Wiedereinführung der tatsächlichen Lernmittelfreiheit an Schulen und die Anhebung der Zuschüsse für Lernmittel, ebenso die Anhebung der Landesförderung für Schulen in freier Trägerschaft und die Anhebung der Mittel für die Musik- und Kunstschulen. Ebenso ist die mit dem Jahr 2005 erfolgte Kürzung bei den Trägern der Erwachsenenbildung für uns absolut nicht akzeptabel. Wir meinen auch an dieser Stelle, dass Sie ohne wirkliche Konzeption und vorbei an den gesellschaftlich notwendigen Bedarfen den Rotstift angesetzt haben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wir fordern mit unserem Antrag die Anhebung der Zuschüsse für die Träger der Erwachsenenbildung um mindestens 50 Prozent der im Jahr 2005 gestrichenen Summe, das heißt eine Anhebung des Landeszuschusses um jährlich 2 Mio. €. Damit wird unserer Meinung nach den Einrichtungen eine Finanzausstattung bereitgestellt, die sowohl ihren Einsparmöglichkeiten als auch ihrem Sparwillen Rechnung trägt. Nur so kann der Forderung und der Notwendigkeit des lebenslangen Lernens wirklich Rechnung getragen werden, meine Damen und Herren. Unserem Ansatz folgend haben wir ebenfalls eine Erhöhung der Mittel für Bibliotheken vorgesehen.

Werte Kollegen, eine immer höhere Bedeutung muss der politischen Bildung beigegeben werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Ergebnisse des diesjährigen Thüringen-Monitors verdeutlichen die Notwendigkeit einer nachhaltigen Auseinandersetzung mit Ideologien der extremen Rechten. Im vorpolitischen Raum wächst der Einfluss rechtsextremer Kultur, insbesondere im Jugendbe-

reich und dort, wo staatliche Angebote der Jugendarbeit, des Sports, der Sozio- und Breitenkultur zunehmend in Frage gestellt werden. Alle drei hier im Haus vertretenen Fraktionen kennen die Ergebnisse des Monitors und haben in ihren Reden Handlungsbedarf skizziert. Eigentlich sollten aus Reden immer Taten folgen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Folglich wollen wir die politische Bildung mit insgesamt 500.000 € in drei Anträgen verstärken:

1. die Kofinanzierung der Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus MOBIT in Höhe von jeweils 50.000 €;
2. im Kapitel der Landeszentrale für politische Bildung ein neuer Titel für Veranstaltungen in Höhe von jeweils 150.000 €;
3. ein neuer Titel im Einzelplan 08, welcher Mittel in Höhe von jeweils 50.000 € für internationale Jugendarbeit vorsieht.

Meine Damen und Herren, den dritten Schwerpunkt neben Arbeit und Bildung legt meine Fraktion in die Sozialpolitik. Grundsätzliche Bemerkungen dazu erfolgten bereits. Nur so viel an dieser Stelle: Sie wissen, dass insbesondere im Sozialbereich oft 10.000 € über den Fortbestand eines Trägers, eines Angebots für die Bürgerinnen und Bürger sowie auch über die Förderung einer Fachkraft entscheiden. Sie wissen auch, dass wir in Thüringen über bisher alles in allem gut funktionierende Strukturen verfügten. Vor allem aber kennen Sie die Akteure in der LIGA der Freien Wohlfahrtsverbände und der Parität als umsichtige und verlässliche Partner. Meine Fraktion akzeptiert nicht, dass man Jahr für Jahr diesen Kurs des Sozialabbaus weitergehen will. Was hat das mit zukunftsweisender Konzeption oder mit Vision zu tun? Ist es nicht besser, als die Strukturen dort permanent zu gefährden und zu zerschlagen, sich mit den Akteuren gemeinsam an Lösungen zu versuchen? Oder erklärt sich Ihr Umgang mit den Akteuren und den Betroffenen aus genau der Absicht, hier und da aufgebaute Strukturen zu zerschlagen? Wir wollen nicht akzeptieren, dass man entgegen der fachlichen Argumente elf Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen nicht mehr fördern will. Gibt es Ihrer Meinung nach die Bedarfe zum Schutz vor häuslicher Gewalt nicht mehr? Uns wird in allen Gesprächen signalisiert, dass gerade das wohnortnahe Angebot wichtig ist und dass insbesondere Beratungsleistungen deutlich gestiegen sind. Deshalb ist eine Kürzung der Mittel für uns nicht machbar und Änderungsanträge mit der Erhöhung der Mittel die logische Folge. Ebenso tragen wir die Umwandlung des Landesblindengeldes in eine bedürftigkeitsabhängige Zahlung nicht mit und

haben in den Änderungsanträgen zum Haushalts- und Haushaltsbegleitgesetz die Beibehaltung der alten Regelungen vorgesehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Besucher, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass es nicht erlaubt ist, von der Tribüne aus Beifallskundgebungen oder Missfallenskundgebungen zu äußern.

Abgeordneter Huster, Die Linkspartei.PDS:

Auch hier im Bereich des Landesblindengeldes muss die Frage gestellt werden, was die Umwandlung des Landesblindengeldes in eine Blindenhilfe mit Visionen zu tun hat. Oder an anderer Stelle: Wollten Sie die Verbraucherzentrale in den Konkurs treiben trotz steigender Bedarfe, ebenso die Aidshilfe trotz gestiegener Erkrankungsfälle? Was, bitte, hat das mit Vision oder mit Konzeption zu tun?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wir verstehen das alles nicht, weil es gegen die gesellschaftlichen Notwendigkeiten läuft, und unterstützen deshalb in den genannten Feldern Ihre Politik nicht. Wir tragen die geplanten Kürzungen bei der Jugendberufshilfe nicht mit und stellen hier einen Änderungsantrag, der über den CDU-Antrag hinausgeht, ebenso wie bei der Sportförderung und bei Beratungsleistungen im Seniorenbereich.

Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen. Ich erwähnte eingangs, dass es gerade im Sozialbereich oftmals im Verhältnis zu anderen Mittelansätzen die kleineren Positionen sind, um die es geht, aber mit großen negativen Auswirkungen, wenn sich das Land Thüringen dort aus seiner Verantwortung zurückzieht. Die vorgesehenen Kürzungen im Sozialbereich werden den Haushalt nicht sanieren, dafür aber viele Leistungen infrage stellen, die bisher direkt am Bürger erbracht werden konnten. Wir halten das für den falschen Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Werte Kollegen, aus dem Genannten wird deutlich, dass die beiden Oppositionsfraktionen hier im Hause ähnliche inhaltliche Schwerpunkte verfolgen. Ich will auch klar sagen, dass uns das in der Richtung bestärkt. Vergleicht man die vorgelegten Änderungsanträge mit denen der CDU, so stellt man fest, dass die CDU entweder den Etat für völlig ausgereizt hält oder nicht gewillt ist, die Landesregierung wesentlich zu korrigieren. Änderungsanträge in Höhe von 1 Mio. € bei einem Haushaltsvolumen von jeweils mehr als

9 Mrd. € sprechen eine eigene Sprache. Darüber können auch Ihre zahlreichen Entschließungsanträge nicht hinwegtäuschen.

Dass allein der Verzicht auf die weitere Subventionierung einer Fluglinie im Jahr 2006 mehr als die von der CDU befundene 1 Mio. € bringen würde, scheint die These zu bestätigen, dass es vor allem Ihr mangelnder politischer Wille ist, der Sie hemmt, mehr zu tun.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Werte Kollegen, ich erwähnte die inhaltlichen Übereinstimmungen bei den Änderungsanträgen von Linkspartei.PDS und SPD. In der Deckung der Anträge gibt es Unterschiede. Wohl mag es Gründe für eine optimistischere Prognose bei den Steuereinnahmen in den nächsten Jahren geben, nichtsdestotrotz gibt es aber bekanntlich auch viele Risiken. Das wesentliche Risiko dürfte die wohl seit Jahren anhaltende Schwäche der Binnennachfrage sein. Davon leitend halten wir es für vernünftiger, unsere Deckungen nicht aus möglichen Steuermehreinnahmen darzustellen. Falls es nach der Mai-Steuerschätzung 2006 tatsächlich zu relevanten Mehreinnahmen im Landshaushalt kommen sollte, meinen wir, dass dann der Thüringer Landtag und nicht die Landesregierung gefragt ist, über die Verwendung der Mittel zu beraten. Wohl favorisieren auch wir, dass ein Gros der möglichen Einnahmen zum Abbau der Nettoneuverschuldung verwandt werden sollte, aber ich meine auch hinreichend skizziert zu haben, auf welchen Politikfeldern dringender Nachholebedarf besteht. Genau darüber muss unserer Auffassung nach der Thüringer Landtag entscheiden. Die Forderung kann also nur sein, in diesem optimistischeren Fall so bald wie möglich einen Nachtragshaushalt dem Parlament vorzulegen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Konsequenzen aus der Einigung im EU-Finanzstreit sprechen übrigens ebenfalls für einen Nachtragshaushalt.

Werte Kollegen, meine Fraktion versucht, ihre Änderungsanträge im Wesentlichen durch echte Einsparungen und ohne Erhöhung der Nettoneuverschuldung darzustellen. Wir wissen dabei sehr wohl, dass unsere Vorschläge diskutierbar, ja strittig sind. Das ist ja auch leicht zu verstehen, denn wir alle wissen, dass Kürzungen in allen Bereichen Probleme verursachen. Wir meinen aber, dass es beispielsweise im Bereich der Technik bei geplanten Gesamtsummen von insgesamt 150 Mio. € Reserven gibt bei den verschiedensten Verwaltungsausgaben wie Öffentlichkeitsarbeit und allgemeinen Geschäftsbedarfen. Wir meinen, dass Investitionen in dieser Haus-

haltslage durchaus auf ihre Dringlichkeit hin geprüft werden müssen und keine neuen Experimente wie PPP oder ÖPP durchgeführt werden sollten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie bedeuten für uns nichts anderes als eine weitere Art der verdeckten Verschuldung. Wir meinen, dass insbesondere die mangelnde Transparenz der Landesregierung, was die Landesgesellschaften betrifft, zur Forderung eigentlich zwingend führen muss, die Mittel hier Jahr für Jahr nicht deutlich zu erhöhen wie bei der LEG, sondern auch angemessen an die Haushaltslage für zwei Jahre zu deckeln. Wir schlagen deshalb dort ein entsprechendes Moratorium vor.

Angesichts der Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich ist es eben nicht vermittelbar, dass die einen seit Jahren mit erheblichen Mittelkürzungen leben müssen, während andere seit Jahren deutliche Mittelaufwächse erhalten. Dieses und die kritische Darstellung der weiteren Verbindlichkeiten im Landshaushalt und in den Sondervermögen war übrigens Ziel unserer Anträge für einen umfassenden Kassensturz. Ich hoffe, Sie erinnern sich noch. Wir müssen feststellen, dass diese Landesregierung nicht mehr in der Lage ist, aus eigener Kraft einen umfassenden Kassensturz durchzuführen, weil man sich im eigenen Netz des Verschleierns verfangen hat.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch wenn die Spielräume eng sind, es gibt Spielräume. Um diese Spielräume zu nutzen ist vor allen Dingen eine Politik nötig, die Handlungsspielräume als Erstes zu erweitern versucht, und nicht durch die Aushebelung von Sozialgesetzen, sondern vor allem durch eine gerechtere Steuer- und Finanzpolitik auf Bundes- und Landesebene. Es ist eine Politik nötig, die die Arbeitsmarktpolitik des Landes weiterentwickelt, anstatt sie platt zu machen. Es ist eine Politik nötig, die Bildungs- und Sozialpolitik als originäre Zukunftsfelder begreift und von Kürzungen dort absieht. Dazu gehören dann auch Strukturreformen im Sinne einer Funktional- und Vewaltungsreform einschließlich einer Gebietsreform, die schnell angegangen werden müsste und so Kosten sparen helfen könnte. Dazu gehört natürlich der Verzicht auf weitere Prestige- und fragwürdige Großprojekte sowie zweifelhafte Finanzierungen. Und es gehört letztens dazu ein anderer Umgang mit den Menschen in Thüringen, ein Umgang, der die Menschen und ihre Bereitschaft mitnimmt und Abstand nimmt von selbstherrlicher und selbstgerechter Verkündungspolitik.

Werte Kollegen der CDU-Fraktion, an Ihnen liegt es, ob es nun noch wesentliche Korrekturen im Sinne der

aufgezeigten Defizite und Fehlentwicklungen geben wird. In diesem Sinne appelliere ich abweichend von meiner eingangs befürchteten Äußerung an Sie, unseren Änderungsanträgen zuzustimmen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Pidde, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, nach dem Studium des Doppelhaushalts 2006/2007 und dessen Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss kann ich nur sagen: Top Thüringen. Dabei meine ich nicht den Werbeslogan der CDU, in „Top“ steht „t“ für totale Überschuldung, „o“ für orientierungsloses Streichkonzert und „p“ für phantasievolles Vertuschen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich diese Aussage begründen. Fangen wir mit „t“ an, mit der totalen Überschuldung.

(Unruhe bei der CDU)

Obwohl der Freistaat heute schon 15 Mrd. € offizielle Schulden hat, packt die Landesregierung in den nächsten beiden Jahren noch einmal fast 2 Mrd. € obendrauf. Kein Bundesland nimmt in diesem Jahr mehr neue Schulden auf als Thüringen.

(Beifall bei der SPD)

Das setzt sich in den Jahren 2006 und höchstwahrscheinlich auch 2007 fort. Herr Ministerpräsident, Sie sind der Schuldenkönig der neuen Bundesländer.

(Beifall bei der SPD)

Politik an Wahlperioden ausgerichtet, die unpopuläre Entscheidungen bis nach wichtigen Wahlterminen vor sich her schiebt und auch danach nicht trifft, Wahlgeschenke in Milliardenhöhe, Beteiligung an der Bundesratsblockade, am Subventionsabbau und Schlamperien bei der Verwaltung und Verwendung der Steuermittel der Bürger - ich nenne hier nur die Stichworte Spielbankvertrag, Fördermittelverschwendung für Hotelneubauten und Spaßbäder oder den Bau von Glaspalästen für eine schrumpfende Landesverwaltung -

(Beifall bei der SPD)

das alles spiegelt sich derzeit in der Kreditaufnahme wider. Für all diese Dinge kann man die rotgrüne Bundesregierung nicht verantwortlich machen, Herr Ministerpräsident, das ist Ihre Verantwortung.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU:
Deswegen sind die abgewählt!)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die offizielle Verschuldung ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Über Jahre hinweg wurden zweifelhafte alternative Finanzierungsmodelle angewandt, deren Vorteile bis heute nicht bewiesen sind. Haben Sie wirklich keinen Vorteil? Doch, natürlich, für die Landesregierung. Die rund 800 Mio. € alternativen Schulden stehen nicht so im Blickpunkt des Interesses wie die Schulden auf dem Kreditmarkt. Die Jahresraten werden auch noch komplett als Investitionen abgerechnet und erhöhen somit wiederum den neuen Kreditrahmen. An die Aussage des damaligen Finanzministers, Herrn Trautvetter, dass im Hinblick auf die Erhaltung der Finanzierbarkeit künftiger Haushalte die Summe der jährlichen Belastungen aus alternativen Finanzierungen 100 bis 120 Mio. DM nicht überschreiten sollte, erinnert sich ohnehin heute kaum jemand. Die 120 Mio. DM oder heute 60 Mio. € sind übrigens im Jahr 2007 erreicht. Was brauchen wir dann noch Pilotprojekte für PPP, der neu entdeckten Form der alternativen Verschuldung? Dazu kommen Eventualverbindlichkeiten mit dem klangvollen Namen „Patronatserklärungen“ und Bürgschaften. Dazu kommen die sich in Zukunft dramatisch entwickelnden Pensionsverpflichtungen des Landes, die bewusst und mit Kalkül eingegangen wurden, weil Verbeamtung als kurzfristiges Sparinstrument benutzt wurde. Es fehlen in der Aufzählung auch noch die Sondervermögen, die ja nur Sonderschulden sind. Top Thüringen, „t“ - für total überschuldet.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Und dann erinnert mich das Handeln der Landesregierung an meine Tätigkeit nach der Wende. Im Waltershäuser Rathaus war eine technische Kraft angestellt, welche am Tag der Gehaltszahlung in einer nahe am Marktplatz gelegenen Kneipe eine Runde nach der anderen ausgab, weil der Monatslohn sowieso nicht zum Rückzahlen der aufgelaufenen Schulden reichte. Genauso war das mit dem CDU-Wahlgeschenk, der Abschaffung der Wasserbeiträge.

Meine Damen und Herren, inzwischen ist das eingetreten, was die SPD-Fraktion immer vorhergesagt hat und was Sie, meine Damen und Herren von CDU-Fraktion, vehement bestritten haben, ein Zweckverband nach dem anderen muss infolge Ihres

Gesetzesbeschlusses seine Wassergebühren erhöhen. Der Wasser- und Abwasserzweckverband Gotha und Landkreisgemeinden musste Kredite in Höhe von insgesamt 17 Mio. € aufnehmen, um der von Ihnen geschaffenen Rückzahlungsverpflichtung nachzukommen. Die Folge: Die Wassergebühren steigen rückwirkend zum 01.01. dieses Jahres um 39 Cent pro Kubikmeter; das sind 20 Prozent mehr als bisher. Die Banken werden es Ihnen danken, Herr Ministerpräsident, sie sind die Gewinner. Die Banken machen durch Ihre Politik Geschäfte wie im Nachfrageboom kurz nach der Wende. Verlierer aber sind die Mieter in Thüringen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, so wie bei den Problemen im Abwasser-/Wasserbereich haben Sie, hat die CDU in Thüringen, alle Schwierigkeiten im Freistaat mit Geld zugekleistert. Schließlich sollte zunächst der Abgang von Herrn Dr. Vogel glücken, dann musste der Ministerpräsidentensessel verteidigt werden, anschließend folgte die Bundestagswahl. In der TLZ vom Montag wird aus einer Untersuchung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zitiert. Frau Präsidentin, ich zitiere mit Ihrer Zustimmung: „Von den neuen Bundesländern haben die Thüringer zwischen 2000 und 2004 die höchsten Finanzhilfen vergeben.“ Da wurde halt das Geld mit vollen Händen ausgegeben.

Meine Damen und Herren, die große Koalition in Berlin bietet endlich die Chance, den Blick auf die Thüringer Probleme und Versäumnisse zu konzentrieren. Es wird Ihnen schon bald sehr schwer fallen, wie in der Vergangenheit die Bundesregierung für die hausgemachten Thüringer Probleme verantwortlich zu machen. Jetzt heißt es

(Beifall bei der SPD)

für die Thüringer CDU, Farbe zu bekennen. Mich persönlich hat gefreut, dass die CDU mit diesem Koalitionsvertrag steuerpolitisch endlich zur Vernunft gekommen ist.

(Unruhe bei der CDU)

Die von der Union immer wieder propagierte noch weitere Senkung des Spitzensteuersatzes auf 39 oder gar 35 Prozent hätte erst recht keinen Beitrag zur wirtschaftlichen Belebung geleistet, weil der Thüringer Mittelstand, den Sie immer vorgeben entlasten zu wollen, mit seinen Einkommen überhaupt nicht in die Nähe des Spitzensteuersatzes kommt. Die wenigen sonstigen Spitzensteuersatzzahler in Thüringen können sich doch schon bisher alles leisten. Was sollen die denn noch zusätzlich kaufen, um die Binnenkonjunktur anzukurbeln!

Meine Damen und Herren, jeder, der ehrlich und nicht ganz von Sinnen ist, muss erkennen, dass sich der Staat schon seit Jahren keine weitere Einkommensteuersenkung mit Nettoentlastung leisten kann. Es gab Leute auch innerhalb der CDU, die waren schon früher Realisten. So sagte Lothar Späth am 16. September 2003 in der Sendung „Berlin Mitte“, ich zitiere: „Es wird keine weiteren Steuersatzsenkungen geben, es gibt keinen Spielraum dafür.“

Noch eines sei bemerkt: Der von der CDU über Jahre hinweg blockierte Subventionsabbau kommt endlich in Gang. Was haben wir hier im Landtag in den letzten Jahren über die Abschaffung der Eigenheimzulage diskutiert. Ich will Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, die Peinlichkeit ersparen und will nicht aus alten Plenardebatten zitieren. Inzwischen haben auch in dieser Sache die Vernunft und die Einsicht in die Notwendigkeit gesiegt. Auch das ist gut so, aber es hätte eher kommen können und eher kommen müssen. Durch Ihre Ausgabenpolitik im Land und durch Ihre Blockadepolitik im Bundesrat tragen Sie wesentliche Verantwortung für die dramatische Finanzsituation unseres Freistaats.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt müssen andere die Suppe für Sie auslöffeln. Top! Damit wäre ich beim „o“, beim „orientierungslosen Streichkonzert“.

Meine Damen und Herren, es gibt in Thüringen keine Gebietsreform, es gibt keine darauf aufbauende Verwaltungsreform, es gibt kein Personalentwicklungskonzept, es gibt nur Stückwerk. Dafür wütet der Rotstift in Thüringen ohne Sinn und Verstand. Was mich und viele Menschen im Lande jedoch so stört und ärgert, ist die vertane Chance, die Dinge gleich richtig zu regeln. Stattdessen wird aus Angst oder aus Kalkül, weil ja die eigene Mehrheit nur so hauchdünn ist, vor sich hin gewurstelt.

Meine Damen und Herren, verschlafene, hinausgezögerte oder schlicht stümperhafte Reformen in der Landesverwaltung fordern auch bei den Personalausgaben ihren Tribut. Thüringen ist im Jahr 2005 das Land mit der höchsten Personalausgabenquote. Auch im Jahr 2006 ändert sich daran nicht viel. Ein trauriger Spitzenplatz! Dafür müssen dann die Bürger in Thüringen den Rücken hinhalten. Der Doppelhaushalt und insbesondere das Haushaltsbegleitgesetz bringen keine Weihnachtsgeschenke. Die Rute wird vielen Menschen in diesem Land die Weihnachtsfeiertage richtig vermiesen.

(Beifall bei der SPD)

Das betrifft die blinden Menschen im Feistaat genauso wie die Verantwortlichen für und die Lehrer

der freien Schulen und letztlich die Schüler dieser Schulen und deren Eltern.

(Beifall bei der SPD)

Das betrifft die vielen sozialen und gemeinnützigen Träger in unserem Land und ihre Mitarbeiter. Aber schließlich betrifft ein ausgedünntes Betreuungsangebot alle hilfebedürftigen Menschen in Thüringen.

(Beifall bei der SPD)

Das betrifft auch die Kommunen und die freien Träger von Kindereinrichtungen und deren Erzieherinnen. Aber letztlich trifft es die, die uns am liebsten sind, unsere Kinder und Enkelkinder.

(Beifall bei der SPD)

Sie alle werden zu den Verlierern einer verfehlten CDU-Politik. Ich will auch noch einmal die so genannte Familienoffensive und das darin enthaltene Thüringer Erziehungsgeld nennen. Dabei hatten Sie, Herr Ministerpräsident, doch noch in Ihrer Regierungserklärung im September 2004 angekündigt, dass für soziale Leistungen zukünftig stärker als in der Vergangenheit die tatsächliche Bedürftigkeit der Maßstab sei. Nun führen Sie ein Erziehungsgeld auch für besser Verdienende ein. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, außerdem müssen wir konstatieren, dass unser Land in den letzten Jahren in vielen Bereichen hinter die anderen neuen Bundesländer zurückgefallen ist. Dieses Zurückfallen, diese Stagnation und Lähmung unseres Landes, die verbunden ist mit einer teilweisen Zerstörung bewährter und anerkannter Strukturen, trägt den Namen Dieter Althaus. Deshalb mein Fazit: Kein Konzept, keine Strategie und die richtige Bewertung „o“ wie orientierungsloses Streichen.

(Beifall bei der SPD)

Das darf aber niemand so sehen, wir sind doch top. Deshalb komme ich zu „p“ wie phantasievolles Vertuschen. Hingewiesen habe ich schon auf die verschiedenen Schattenhaushalte, auf Kreditlinien, die den Namen „Sondervermögen“ tragen. Da werden reale Verpflichtungen des Landes im Rahmen von Patronatserklärungen abgesichert, um sie nicht im Landeshaushalt darstellen zu müssen. Es könnten ja unliebsame Fragen zur Gesellschafterverantwortung oder zur Verantwortung der LEG-Aufsichtsratsmitglieder, das ist ja immerhin das halbe Kabinett, aufkommen. Die Investitionsquote wird geschönt, um immer noch höhere Kredite aufnehmen zu können.

Die Globale Minderausgabe wird auch 2006 insbesondere im Bereich des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Arbeit wieder zu einem großen Teil zu Lasten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gehen und damit die tatsächlichen Investitionsausgaben weiter senken. Bundesmittel werden so der Thüringer Wirtschaft vorenthalten. Da wird eine neue mit einer alten Prognose verglichen, um der Öffentlichkeit damit riesige neue Steuereinbrüche zu suggerieren. Vergleicht man die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung mit dem Haushalt 2005, dann sieht man auf den ersten Blick, dass sich die Steuereinnahmen 2006 inklusive Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisung lediglich um 52 Mio. € verringern. Nach den Ergebnissen der November-Steuerschätzung sind es gar nur noch 40 Mio. €. 2007 steigen die Steuern nach der Mai-Steuerschätzung gegenüber dem Jahr 2006 wieder um 140 Mio. € an. Mit den realen Zahlen kann man natürlich die drastische Kürzungsorgie in Thüringen nicht begründen.

Meine Damen und Herren, solche Diskussionen sind nicht erwünscht, deshalb erfolgte die Einbringung des Haushalts rein zufällig nach der Bundestagswahl und nicht, wie von der Landeshaushaltsordnung vorgeschrieben, spätestens in der ersten Sitzungswoche des Landtags im September. Die späte Einbringung des Haushalts engt aber die Zeit des Landtags für die sachgerechte Beratung ein, vor allen dann, wenn die Landesregierung, wie in diesem Jahr, die Gunst der Stunde wieder einmal nutzt und ein Haushaltsbegleitgesetz mit durch den Landtag peitscht. Im Schweinsgalopp werden 15 vollkommen unterschiedliche Gesetze novelliert, ohne in den zuständigen Fachausschüssen darüber zu beraten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Aber auch dahinter steckt politisches Kalkül. Die Verfahrensweise soll sicherstellen, dass die Einschnitte in das soziale Netz in Thüringen möglichst schnell und geräuschlos im Hauruck-Verfahren durch das Parlament gehen.

Meine Damen und Herren, das alles ist schon schlimm, aber noch schlimmer ist die Art und Weise, wie das Ganze geschieht. Die Arroganz, mit der Argumente der Betroffenen und des politischen Konkurrenten einfach weggewischt werden, als ob Sie, meine Damen und Herren von der CDU, die Weisheit für sich gepachtet hätten, die Arroganz zeigt sich auch in der Verhinderung einer mündlichen Anhörung zum Haushaltsbegleitgesetz im Haushalts- und Finanzausschuss.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Und wenn dann der finanzpolitische Sprecher der CDU, Herr Mohring, ohne eine Minute an der Anhörung von der PDS und SPD teilgenommen zu haben, behauptet, es gebe keine neuen Erkenntnisse durch diese Anhörung, dann zählt auch das dazu.

(Beifall bei der SPD)

Heute zur Verabschiedung ist ja wenigstens der Ministerpräsident anwesend, nachdem er bei der ersten Lesung noch durch Abwesenheit glänzte. Das hätte Altministerpräsident Herr Dr. Vogel sich vor dem Parlament nie geleistet.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ihr Pfeifen wisst doch ganz genau, wo er war.)

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion ...

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Fiedler, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für „Ihr Pfeifen“.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Die SPD-Fraktion vertritt seit Jahren die Auffassung, dass ein Doppelhaushalt in solch wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht real ist, da sich die prognostizierten Rahmendaten schnell verändern. Welchen Sinn macht dann ein Doppelhaushalt, wenn bis zu drei Nachtragshaushalte in einem Jahr mit Kürzungen von der Landesregierung nachgeschoben werden? Ein Doppelhaushalt hat nur einen Zweck, er hält der Regierung unpopuläre Diskussionen vom Halse, weil viele Kürzungen im Etatentwurf noch nicht ausgewiesen werden. Top Thüringen - „p“ wie phantasievolles Vertuschen, da ist Thüringen Spitzenreiter.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, jetzt, wo das Kind im Brunnen liegt, jetzt, wo schon unsere Kinder und Enkel mit unvorstellbar hohen Krediten überzogen sind, wird die Opposition gefragt: Was würden Sie denn jetzt anders tun? Welche Alternativen bietet die SPD? Meine Damen und Herren, wir müssen die Nettokreditaufnahme drastisch senken und in wenigen Jahren zu ausgeglichenen Haushalten gelangen.

(Beifall bei der CDU)

Das geht nur durch Sparen, durch sinnvolles Sparen, durch Sparen auf der Basis von langfristig tragenden Reformen und Konzepten. Ich weiß auch, das

geht nicht von heute auf morgen.

Aber auch für den vorliegenden Doppelhaushalt zeigt die SPD-Fraktion Alternativen auf. Es ist nämlich noch etwas Fleisch am Knochen, sehr geehrte Frau Lieberknecht, man muss nur Veränderungen wollen.

Lassen Sie mich jetzt auf die Änderungsanträge der SPD-Fraktion eingehen und dann die finanzielle Deckung dieser Vorschläge erläutern. Damit alle Kinder einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, unabhängig vom Finanzbudget der Eltern, haben, will die SPD-Fraktion die von der Landesregierung getroffenen Fehlentscheidungen im Bildungsbereich korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb beantragen wir, die Lernmittelfreiheit wieder im alten Umfang zu garantieren; Bibliotheken und Musikschulen sollen stärker gefördert werden, als dies die Landesregierung vorsieht. Mit der Wiedereinführung der Förderung des Schulessens soll ein Anreiz für eine gesunde und wachstumsfördernde Ernährung der Schüler gegeben werden.

Auch wenn das Familienförderungsgesetz inzwischen von der Mehrheit dieses Hauses beschlossen ist, hält es die SPD-Fraktion für falsch, nicht nur wegen der Fehlanreize in Sachen frühkindlicher Bildung, sondern auch wegen der fehlender Kompatibilität zu den familienpolitischen Vorhaben der großen Koalition, aber auch weil dem System der Familienförderung und den Kommunen dauerhaft Geld entzogen wird. Wir unterbreiten einen praktikablen Vorschlag, mit dem die bisherige Kindergartenfinanzierung beibehalten wird.

Meine Damen und Herren, „die Zukunftsfähigkeit Thüringens ist messbar am Engagement der Landesregierung für Forschung und Bildung“, Zitat von unserer Finanzministerin bei ihrer Einbringungsrede im Oktober. Nehmen wir die Ministerin wörtlich, muss uns wirklich angst werden, denn nicht nur im Bildungsbereich, sondern auch bei der Forschung setzt die Regierung den Rotstift mächtig an. Letztlich steht bei einem Festhalten an einer derart verfehlten Forschungspolitik auch die Zukunft des Forschungs- und Technologiestandorts Thüringen auf dem Spiel.

(Beifall bei der SPD)

Nicht umsonst sagte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung, ich zitiere: „Wirtschaftsstandort und Wissenschaftsstandort gehören zusammen. Wenn das Forschungsland Thüringen gut aufgestellt ist, hilft das einer soliden, zukunftsfähigen und auch arbeitsplatzintensiven Thüringer Wirtschaft.“ Weil die

SPD die plakative These des Ministerpräsidenten mit Inhalt füllen will, liegen Ihnen unsere Änderungsanträge zur Verbundforschung vor.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in keinem Bereich kann man mit dem Kürzen von ein paar hunderttausend Euro einen größeren Schaden anrichten als im Bereich der sozialen Beratungsdienste. Auf der einen Seite werden die Sozialleistungen von der Landesregierung gekürzt und es wird mehr Eigenvorsorge verlangt; auf der anderen Seite zerstört die Landesregierung jedoch auch noch die Strukturen, die dazu beitragen, dass persönliche Notlagen der verschiedensten Art besser bewältigt werden. Da hilft auch die feigenblattähnliche Installation von Landesbeauftragten in verschiedenen Bereichen recht wenig, insbesondere dann nicht, wenn der Apparat letztlich teurer ist als die Hilfe, die gegeben wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit unseren Vorschlägen nachgelegt bei den Frauenhäusern, bei den Gewaltkonfliktberatungsstellen, beim Kinder- und Jugendschutz, bei der Behindertenhilfe, bei der Sucht- und Drogenhilfe, bei den Beratungen für seelisch Kranke und psychisch Behinderte, bei der Telefonseelsorge, bei den Beratungsmöglichkeiten für Arbeitslose und bei der Verbraucherberatung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat mit ihrer in großen Teilen erfolgreichen Verfassungsklage die Thüringer Kommunen vor riesigen geplanten Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich bewahrt. Aber ganz ruhig geht es an der kommunalen Front doch nicht ab, denn relativ schnell haben die Kommunen das Spiel erkannt, welches die Landesregierung mit ihnen im Rahmen der Familienoffensive spielen will. Der Vorschlag der SPD zur Aufrechterhaltung der bisherigen Finanzierung der Kindertagesstätten ist nicht nur ein Antrag zur Stärkung der frühkindlichen Bildung, sondern auch ein Antrag zur Verhinderung von Kürzungen bei den Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion will jedoch noch mehr, sie will nicht nur Kürzungen verhindern, sondern sie will mit der Veranschlagung der in der November-Steuerschätzung prognostizierten Erhöhung der Steuereinnahmen auch die Finanzausgleichsmasse erhöhen. Durch die erhöhte Steuerverbundmasse fließt über die bestehenden Regelungen des Finanzausgleichsgesetzes automatisch mehr Geld an die Kommunen. Derselbe Mechanismus kommt den Kommunen beim

SPD-Vorschlag zugute, die aus dem Koalitionsvertrag der großen Koalition resultierenden und sicheren Steuermehreinnahmen des Landes bereits in diesem Haushalt zu veranschlagen. Wenn schon Doppelhaushalt, dann auch richtig - so unsere Auffassung. Den Kommunen könnten damit im Jahr 2007 fast 50 Mio. € mehr zufließen, die nach dem Vorschlag der SPD für eine satte Erhöhung der Investitionspauschale verwendet werden sollten.

Meine Damen und Herren, die von der SPD zusätzlich veranschlagten Steuereinnahmen sollen aber nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden. Dies und die hohe Wahrscheinlichkeit des Eintretens dieser Einnahmeerhöhung unterscheiden den SPD-Vorschlag von früheren Vorschlägen der PDS. Der nicht der Finanzausgleichsmasse zufließende Anteil der Steuermehreinnahmen soll zur Reduzierung der 2007 vorgesehenen Nettokreditaufnahme verwendet werden. Damit soll das Signal für eine schnellere Absenkung der Kreditaufnahme gesetzt werden.

Meine Damen und Herren, auch eine Chefsache des Wirtschaftsministers hat sich schnell als Sprechblase ohne Inhalt herausgestellt - die Tourismusförderung. Wo sind die Akzente, wo sind die harmonisierten Strukturen, die Sie uns seit Jahren versprechen? Wir haben Natur und Kultur, wir brauchen aber auch andere Höhepunkte für unsere Gäste. Hierfür muss das Land Unterstützung leisten. Aus diesem Grund hat die SPD entsprechende Aufstockungsvorschläge bei den Ausgaben für touristische Infrastruktur gestellt.

Meine Damen und Herren, wieso das Kapitel 07 14 im Haushalt des Wirtschaftsministeriums noch „Energie und Technologie“ heißt, erschließt sich dem Leser des Haushaltsplans wirklich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Energie und insbesondere die Förderung der Nutzung umweltfreundlicher Energiequellen kommen im Thüringer Landeshaushalt nicht mehr vor. Dabei ist Thüringen auf dem Weg, sich zu einem Cluster der Solarmodulproduktion zu entwickeln. Aber die Landesregierung hält es nicht mehr für nötig, Förderimpulse für die Nutzung dieser Technik und anderer Energiespartechnologien zu geben. Deshalb beantragt die SPD die Wiederaufnahme der Förderung durch das Land.

Meine Damen und Herren,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

wie will die SPD-Fraktion ihre Anträge gegenfinanzieren? Ein großer Teil der Deckung ergibt sich durch

die Rückabwicklung der Familienoffensive und die Rücknahme der Abschaffung des Blindengeldes. Dazu kommen Reduzierungen bei zweifelhaften Haushaltstiteln, die die Landesregierung von Kürzungen schon seit Jahren verschont hat und auch jetzt wieder verschonen will, zum Beispiel die Mittel für öffentliche Publikationen und Veranstaltungen. Hier ist nach wie vor viel Geld für Regierungspropaganda im Haushalt vorgesehen. Hoch sind die Ausgaben für die Ausstattung der Landesverwaltung mit neuer Informationstechnik. Ist das sinnvoll? Konzepte gibt es nicht. Der Ministerpräsident hat den interministeriellen Ausschuss Informationstechnik quasi per Regierungserklärung im September 2004 für aufgelöst erklärt. Da kann mit Sicherheit gespart werden.

Nach wie vor will die Thüringer Landesregierung mit erheblichen Mitteln Fluglinien subventionieren. Ich zitiere aus der OTZ, in der ein Zitat aus dem Saarland wiedergegeben wird: „Diesen Irrsinn hatten wir bei uns auch einmal.“

Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU-Fraktion, sehr geehrter Herr Mohring, weil ich vermute, dass Sie mangels anderer Argumente wie immer versuchen werden, unsere Deckungsvorschläge zu diskreditieren, verweise ich auf die Beratung zum letzten Haushalt, zum Haushalt 2005. Da wurden unsere Deckungsvorschläge auch erst von Ihnen verteufelt, dann aber in Größenordnungen von der CDU für die Finanzierung eigener Vorschläge herangezogen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, in den neuen Ländern und auch in Thüringen ist in den vergangenen 15 Jahren ein enormer Aufholprozess in allen Bereichen des Lebens erfolgt. Es ist viel erreicht worden, es ist aber nicht alles Notwendige erreicht worden. Die hohe Arbeitslosigkeit in Thüringen und der Wegzug vieler junger, leistungsbereiter Menschen sind für mich persönlich die zwei größten Probleme unseres Landes. Aus meiner Sicht setzt der Landeshaushalt 2006/2007 zu wenig Akzente, um diese Probleme wirkungsvoll anzugehen. Schlimmer noch, es festigt sich mit diesem Haushalt der Eindruck, dass das Land insgesamt zunehmend außer Tritt gerät.

So kommt der an der Technischen Universität Dresden lehrende bekannte Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Seitz im Interview der „Südthüringer Zeitung“ vom 11. November dieses Jahres zu der Einschätzung, dass Thüringen nach Sachsen-Anhalt das ostdeutsche Problemland sei. Parteiübergreifend wenden sich Kommunalpolitiker gegen, Frau Präsidentin, ich zitiere: „Niedertracht und Arroganz der Landesregierung“. Die CDU-Bürgermeister klagen, ich zitiere wieder: „haben vergebens auf Erleuchtung ge-

hofft“ und beklagen, Zitat: „unintelligentes Sparen und Primitivität des Denkens“.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wer hat das gesagt?)

(Beifall bei der SPD)

Wenn man es sich einfach macht, wie Sie, Herr Ministerpräsident, es oft tun, dann schieben Sie die Ursachen der Kritik von vielen Seiten auf die Dummheit der anderen, die Ihre Vorschläge oder Ihre Ziele nicht kennen und verstehen

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wer ist das?)

oder eben auf die Opposition, die Ihre Vorschläge diskreditiert. Man sollte aber nicht immer nur bei anderen die Schuld suchen. Vielleicht liegt es ja daran, dass Sie Thüringen mit Ihren rückwärts gerichteten konservativen Ansichten und Ideen inzwischen am Volk vorbei regieren.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Das Ergebnis der letzten Bundestagswahlen müsste Ihnen eigentlich zu denken geben. Wie urteilte Herr Mohring, der Generalsekretär der CDU, am vergangenen Donnerstag in der TA so schön über die Thüringer CDU, Zitat: „Wir sind träge geworden und ein wenig selbstgefällig.“ Ich gebe Ihnen Recht, Herr Mohring, Thüringen

(Beifall bei der SPD)

kann sich aber nicht leisten, von einer trägen, selbstgefälligen Partei regiert zu werden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Mohring, CDU-Fraktion.

(Unruhe bei der CDU)

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zunächst vorweg: War das alles? War das alles, was die Opposition hier im Thüringer Landtag an Vorschlägen für den Doppelhaushalt für 2006 und 2007 gebracht hat?

(Beifall bei der CDU)

Ich will gar nicht davon erzählen, dass wir wieder gehört haben, wir seien im Hauruck-Verfahren durch die Ausschussberatung gegangen, obwohl uns der Ausschussvorsitzende berichtet hat, über 40 Stunden Ausschussberatung im Haushalts- und Finanzausschuss hat es gegeben. Ich will nicht davon reden, dass wir weit über 100 Anhörungen durchgeführt haben, wenn auch schriftlich, aber wir haben weit über 100 Betroffene zum Haushaltsbegleitgesetz angehört. Wir haben auch gehört, dass es natürlich schwierig ist bei der Frage, wenn man tatsächlich sich an seinen eigenen Ansprüchen misst, dann auch das mit eigenen Anträgen zu untersetzen. Aber was mich am meisten überrascht hat, ich dachte ja immer, unsere Fraktion ist dem Konservativen zugeneigt, aber dass es die SPD ist, die der alten Rechtschreibung verhaftet ist und Top Thüringen und Phantasie mit „ph“ immer noch dekliniert, das ist schon weit hergeholt, das ist nicht Top Thüringen,

(Beifall bei der CDU)

das ist ziemlich peinlich.

Meine Damen und Herren, ich will auch feststellen, wenn das alles ist, was die Opposition hier angeboten hat, dann will ich deutlich sagen, das ist erstens ideenlos und es ist zweitens für eine Haushaltsdebatte auch ziemlich langweilig, was Sie uns hier angeboten haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Lage in Deutschland und auch die in Thüringen ist nicht einfach, aber ich will auch sagen, sie ist nicht hoffnungslos. Von 35 Mrd. € bis zu 70 Mrd. € lauten die Angaben zum strukturellen Defizit im Bundeshaushalt einerseits und zu 45 Prozent decken wir auf der anderen Seite in Thüringen nur unsere Ausgaben mit eigenen Steuereinnahmen. Wir leisten uns zu viel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, warum ist Deutschland in diese Lage geraten und warum ist es so schwer, die eigentlich von allen erkannten Probleme zu lösen? Dazu ist eigentlich eine tief greifende Analyse notwendig; ich aber meine, dass die Haushaltsberatung hier an dieser Stelle sie sprengen würde. Dennoch will ich vier Punkte aufzählen, die wichtig sind, damit man sie für eine Analyse zum Haushalt in Deutschland, aber auch hier in Thüringen mit zur Berücksichtigung heranzieht.

1. Der Staatsanteil am Nettoinlandsprodukt, also die Summe aller in Deutschland verdienten Einkommen, liegt jetzt bereits bei 49 Prozent. Die Hälfte aller in Deutschland erzeugten Werte beschlagnahmt der Staat bei denen, die diese Werte erzeugen, und stellt sie damit dann anderen wieder zur Verfügung, ent-

weder als geldmäßige Ansprüche oder als Sachleistungen. Auf einer Skala von 0 bis 100 gesehen, wenn man bei 0 ansetzt die reine Marktwirtschaft in ihrer reinen Lehre und wenn man bei 100 den Kommunismus ansetzt und dabei auch den großen Korridor der sozialen Marktwirtschaft in der Mitte sieht, dann ist man zumindest bei der Skala der beiden Extreme von 0 bis 100 jetzt mehr bei 100 als bei 0 und das ist eine der Ursachen, warum unsere Haushaltslage in Deutschland so ist, wie sie ist.

2. Im Jahre 1970, beim Start der sozialliberalen Koalition, betrug der Staatsanteil der in Deutschland verdienten Einkommen 44 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen lag damals bei nur 150.000 und Deutschland wuchs mit atemberaubender Geschwindigkeit, so schnell, dass es die Lokomotive des europäischen Gleitzugs war. Heute sind wir in Deutschland Schlusslicht. Seit 1995 ist kein Land in West- und Mitteleuropa so langsam gewachsen wie Deutschland. Man muss schon weit nach Osteuropa, nach Rumänien und nach Bulgarien schauen, um noch Länder zu finden, die ein geringeres Wachstum haben als Deutschland selbst.

3. Deutschland hat ein ausuferndes Sozialbudget, das rund 35 Prozent der in Deutschland verdienten Einkommen absorbiert. Mit dieser Quote wird Deutschland, außer von Schweden, von keinem anderen EU-Land übertroffen. Bei seinen Zahlungen an Rentner, bei seinen Zahlungen an Pensionäre, bei den Zahlungen an Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Studenten, Kriegsoffer, Behinderte und Kranke ist Deutschland Weltmeister. In Westdeutschland allein für sich genommen erhalten 38 Prozent der wahlberechtigten Bürger ihr hauptsächliches Einkommen als Sozialtransfer vom Staat, die mitfinanzierten Familienmitglieder noch nicht mitgerechnet. Nur 41 Prozent der Thüringer können, weil der Arbeitsmarkt so ist, wie er ist, ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch Arbeit bestreiten. 1991 waren das noch mehr als 47 Prozent. Nur 28 Prozent der Thüringer leben vor allem von Rente und weitere 18 Prozent vom Unterhalt ihrer Angehörigen. Weil das vor allem Kinder sind, ist dieser Anteil wegen des Geburtenknicks seit 1991 um sechs Prozentpunkte weiter gesunken. Der Anteil der Rentner und Pensionäre stieg aber im gleichen Zeitraum in Thüringen um weitere zehn Prozentpunkte an. Dieser Anteil wird sich schon wegen der demografischen Krise des Landes in den nächsten beiden Jahrzehnten weiter deutlich erhöhen.

4. Nirgendwo sonst hat der durchschnittliche Arbeitnehmer eine so hohe Grenzabgabenlast zu tragen wie in Deutschland - 63,8 Prozent. Ich will diese Grenzabgabenlast einmal an einem Beispiel von zwei Handwerkerfamilien, wo beide Väter als Handwerker angestellt sind, der eine als Maler, der

andere als Schlosser, verdeutlichen. Der Maler, der bei seiner Firma angestellt ist, zwei Kinder hat und eine Frau, die einen Teil zum Familieneinkommen beiträgt, der hat einen Auftrag bekommen von seinem Chef, weil er bei einem Kunden eine Malerleistung erbringen will, wo der Kunde dafür 1.000 € von dem Malerchef in Rechnung gestellt bekommt. Von den 1.000 €, die der Maler als Leistung erbracht hat, nachdem er die Wohnung gemalert hat, verbleiben am Ende von allen Leistungen, die an den Staat, an die Sozialversicherungskassen, an die Krankenkassen und all diejenigen, die die Hand aufhalten, gehen, bleiben für den Maler, der angestellt ist, 362 € übrig. Der Rest, 638 €, fließen als Mehrwertsteuer, als Arbeitgeberanteile, als Arbeitnehmeranteile sowie persönliche Einkommensteuer an den Staat. Jetzt stellt man sich einmal Folgendes vor, dass der andere Handwerker, der Schlosser mit seiner Familie, genau so eine Leistung in Anspruch nehmen will, nämlich sich für 1.000 € seine Wohnung malern zu lassen. Er muss aber, um sich die 1.000 € aus seinem verdienten Einkommen tatsächlich leisten zu können, selbst als Schlosserangestellter in seiner Firma, in seiner Handwerksfirma, wiederum zunächst eine Leistung von 2.762 € erbringen und auch verkaufen, damit bei ihm am Ende 1.000 € übrig bleiben, um den Maler zu bezahlen, bei dem dann am Ende 362 € in der Lohntüte verbleiben. Das heißt, am Ende dieser langen Kette, dass 2.400 € von der erbrachten Handwerksleistung oder - umgerechnet - 87 Prozent beim Staat verbleiben. Das ist absurd. Diese Abgabenlast behindert die legale Tätigkeit in solch massivem Maße, dass es fast an ein Wunder grenzt, dass die Arbeitsteilung in Deutschland überhaupt noch so funktioniert und nicht alles in Schwarzarbeit endet.

Diese vier Punkte, meine Damen und Herren, zusammengenommen, die darf man bei einer seriösen und unabhängig vom Parteibuch bearbeitenden Haushaltspolitik nicht außer Acht lassen, weil sie kennzeichnend sind für die Ausgangssituation, die wir hier in Thüringen, die wir auch in allen anderen Bundesländern hier in Deutschland vorfinden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Konsolidierung muss mittelfristig angelegt sein. Das ist keine Sache, die man in wenigen Jahren schaffen kann, und auch keine Sache, die man an wenigen Stellschrauben regeln kann, wie uns die Opposition auch vorhin wieder in den Eingangsstatements zur Generalausssprache weismachen will. Es reicht auch nicht allein zu sagen, wir wollen wieder Vermögensteuer. Es reicht auch nicht allein zu sagen, wir wollen eine Gebietsreform. Was wir brauchen, und das ist eine Einsicht, an der es vielen hier, die zum Haushalt gesprochen haben, fehlt, aber auch, die noch zum Haushalt sprechen werden, nämlich die Einsicht, ein Weiterso im

Allgemeinen kann es nicht mehr geben und zweitens auch noch eins viel mehr, ein Weiterso bei mir darf es auch nicht mehr geben. Klaus-Peter Schöppner von Emnid hat von der deutschen Krankheit gesprochen und er hat gesagt, es gäbe ein verqueres Verhältnis zwischen Erkenntnis des Notwendigen und der Bereitschaft zum Wandel. Nach seiner Meinung muss sich der Staat auf seine grundlegenden Sicherungsaufgaben zurückziehen. Abstrakt - und das steckt dahinter, was Schöppner auch sagt - ist jedem die rasant wachsende Staatsverschuldung bekannt. Die wird auch allgemein kritisiert. Trotzdem wird sich die Finanzlage aber in ganz wenigen Jahren nochmals dramatisch weiter verschärfen; in Thüringen betroffen nicht zuletzt auch durch fortsetzenden Solidarakt, aber auch natürlich nach der Einigung in Brüssel durch absinkende weiterführende EU-Mittel sowie durch die demografische Entwicklung.

Ich habe manchmal den Eindruck, dass dies von der Öffentlichkeit, aber auch von vielen Politikern bisher in dem Maße, wie man es eigentlich für notwendig halten würde, nicht zur Kenntnis genommen wird. In Thüringen haben wir uns viel zu sehr auf die überproportionale Zuweisung aus Solidaraktmitteln und EU-Geldern eingerichtet und uns in vielen Bereichen Standards und Versorgungsansprüche geschaffen, die wir mit Blick auf unsere eigene Einnahmesituation - 44 Prozent Steuerdeckungsquote - eigentlich nicht leisten können. Ein bezeichnendes Beispiel dafür hat im Oktober der Deutsche Bühnenverein geliefert. Thüringen leistet sich die teuersten Theater. Wir zahlen bundesweit die höchsten Zuschüsse pro Karte. Allein das Theater in Erfurt ist mit 178 € Spitze bei diesen Zuschüssen. Bayern, das jährlich 2 Mrd. € in den Länderfinanzausgleich zahlt, gibt lediglich 84 € pro Theaterkarte aus. Auch bei der Ausstattung mit Theatern sind wir mit 30 Theaterplätzen pro 1.000 Einwohner Spitzenreiter in Deutschland. Natürlich kann man das alles tun, aber wenn wir schon bei so einer Haushaltsdebatte sind, dann ist es doch zumindest mal notwendig, auch zu fragen: Ist das denn gerecht? Ist es vor allen Dingen gerecht, dass wir in Thüringen - natürlich darf man die nicht allein stehen lassen, ich beuge gleich für die Lobbyisten vor, die alle heute noch reden werden -, den Kultur- und Kunstgenuss eines Kulturbürgers für eine Theatervorstellung in Erfurt quasi mit der Hälfte eines Monatseinkommens eines Hartz-IV-Empfängers gleichsetzen? Ich glaube, es ist nicht gerecht. Wir haben uns da in der Vergangenheit zu viel aufgeladen, aus dem wir jetzt auch schwer herauskommen. Aber für die Debatte ist es notwendig und auch für Zukunftsaufgaben, die wir definieren müssen, dass wir uns dieser kritischen Frage stellen. Ob wir es an jeder Stelle umändern können, ist eine zweite Frage. Aber allein die Debatte nicht mehr zuzulassen, wäre falsch für dieses junge Land.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, viele Einnahmepositionen des Landes sind im Rahmen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs sowie der EU-Förderung an die Einwohnerzahl gekoppelt. Solidaraktmittel, Mittel der politischen Führung und ein überproportional großer Teil der Fördermittel aus den Gemeinschaftsaufgaben stehen nur den jungen Ländern zu. Deshalb ist es auch noch mal wichtig, weil wir auch nach Einwohnerzahl diese Zuschüsse erhalten, daran zu erinnern, hätten wir noch die Bevölkerungszahlen von 1998, würden uns allein bei diesem gleich bleibenden Schlüssel 300 Mio. € an Mehreinnahmen zur Verfügung stehen, als uns aufgrund des Bevölkerungsrückgangs jetzt zur Verfügung steht. Während in Thüringen die Steuerkraft je Einwohner im Verhältnis zur durchschnittlichen Steuerkraft in Deutschland lediglich bei 36,7 Prozent liegt, liegen unsere Ausgaben in Thüringen bei 121 Prozent gegenüber den alten Flächenländern in Westdeutschland. Zwischen 500 und 1.000 € pro Einwohner geben wir mehr aus als vergleichbare alte Bundesländer. Dieses Verhältnis wird sich ab dem Jahr 2008 dramatisch durch das Absenken des Solidarpakts II und die Reduzierung der EU-Fördermittel um 29 Prozent und auch wegen der demografischen Entwicklung verändern.

Auf diese auslaufende Sonderförderung für Thüringen müssen wir reagieren, weil uns bis zum Jahr 2020 2 Mrd. € weniger zur Verfügung stehen aus diesen Töpfen. Da gesetzliche Leistungen wie Vergütung und Besoldung, Pensionslasten, aber auch Zinslasten durch Schulden steigen, werden die Gestaltungsspielräume immer kleiner und gehen gegen null. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft stellte im August dieses Jahres Folgendes fest: Von den neuen Bundesländern haben die Thüringer zwischen 2000 und 2004 die höchsten Finanzhilfen vergeben; sie lagen pro Einwohner bei 5.721 €. Einen ähnlich hohen Wert erreichte nur Sachsen-Anhalt mit 5.710 €. In den alten Bundesländern lagen diese Werte zwischen 2.460 € in Schleswig-Holstein und 3.500 € in Baden-Württemberg. Die Palette der erfassten Subventionen reicht hier in diesem Land von Zuschüssen für Sport, Theater, Kirchen und Kindergärten über die Mittelstandsförderung bis hin zu Hilfen für Verkehr, Bergbau, Landwirtschaft und Schiffbau.

Eine weitere Meldung vom gleichen Tag im August dieses Jahres lässt das Dilemma von einer anderen Seite her an der Subventionspolitik auch noch deutlich erkennen, nämlich: Thüringen hat in den vergangenen drei Jahren rund 112 Mio. € an Fördergeld des Bundes ungenutzt zurückgeben müssen. Allein 2004 waren danach 30 Mio. € aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die eigentlich für Thüringen bestimmt waren, an

ein anderes Bundesland verfallen. Aber was ist das Fazit daraus? Was ist die Schlussfolgerung für die, die hier in Thüringen Verantwortung tragen? Obwohl Thüringen die höchsten Subventionen und Sachsen die niedrigsten Subventionen zahlt, muss Thüringen 112 Mio. € GA-Mittel für Investitionen zurückgeben. Das heißt, wir leisten uns zwar viele und hohe Subventionen, aber hauptsächlich für konsumtive Ausgaben, für Sport, für Theater, für Kultur, für Kirchen und für Kindergärten. Für Wirtschaftsförderung, dort, wo am Ende auch Arbeitsplätze entstehen, dauerhaft, und wo Familien anschließend ernährt werden können, dort können wir die Komplementärfinanzierung nicht immer in vollem Umfang in der Vergangenheit bereitstellen. Wir sind deshalb in einer verhängnisvollen Spirale: Konsumtive Subventionen treiben die Verschuldung nach oben, ohne neue Steuerquellen zu regenerieren, und Wirtschaftssubventionen, die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen schaffen, fallen dagegen gering aus. Deshalb bleibt es eine Aufgabe auch für dieses Haus mit dem Doppelhaushalt jetzt, aber auch mit dem nächsten Doppelhaushalt 2008 und 2009, sich der neuen Einnahmesituation erneut verschärft bewusst zu werden und die Weichenstellung weiter richtig in Richtung Konsolidierung des Landeshaushalts zu legen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Entwurf des aktuellen Doppelhaushalts ist einerseits ein Spiegelbild der dramatischen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Situation in Deutschland, aber auch andererseits ein Ausdruck der Tatsache, dass wir viele Jahre über unsere Verhältnisse gelebt haben. 11-mal hintereinander musste inzwischen die Steuerschätzung des Bundes nach unten korrigiert werden. Würde man die ständig korrigierten Steuereinnahmen einmal addieren - wir haben den Satz schon einmal gesagt und jetzt kann man sehen, wie sich das im Laufe der Jahre entwickelt hat -, summieren sich mittlerweile die Steuerausfälle gegenüber den Planungen aus den Steuerschätzungen auf 3,5 Mrd. €. Thüringen kann sich dem deutschlandweit hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Wirtschaftswachstum und den anhaltenden hohen Arbeitslosenzahlen und damit verbundenen Finanzproblemen nicht entziehen. Dafür sind wir nicht allein so aufgestellt in diesem Land und wir können es auch gar nicht, weil wir in der föderalen Ordnung tief eingebettet sind. Für die vorgelegten Etatentwürfe bedeutet allein das Ergebnis der letzten Steuerschätzung Mindereinnahmen von 331 Mio. € im nächsten Jahr und weiteren 418 Mio. € in 2007 gegenüber der Finanzplanung. Man kann auch andere Zahlen heranziehen; gegenüber der Finanzplanung, die aber wiederum begründet andere Ausgaben festzusetzen, andere Budgets festzusetzen, auch Pakte abzuschließen, ist der Vergleich mit der Finanzplanung aber der entscheidende, weil er auch die Ausgaben auf der anderen Seite definiert. Deshalb will ich auch einen kleinen

Blick dahin wagen, was Herr Pidde, aber auch im Vorfeld zu dieser Haushaltsberatung die SPD mit ihren Steuerschätzungen gesagt hat und auch noch mal in ihren Anträgen für den heute vorgelegten Haushalt hier untersetzt hat.

Am 13. September dieses Jahres hat Herr Pidde gesagt, 52 Mio. € Steuerrückgang prognostiziert er für 2006 und redet im Jahr 2007 von 140 Mio. € Steuermehreinnahmen. Sein Fraktionsvorsitzender, eine Stufe höher auf der Verantwortungsleiter, hat zwei Wochen später, am 27. September, gesagt, er denkt nach seiner Rechnung 2006 an Mindereinnahmen von 38 Mio. €, und weil ihm die Steuerschätzung im Plus von Herrn Pidde nicht genug war, hat er dann gesagt, 128 Mio. € 2007 Mehreinnahmen. Jetzt liegen uns die neuesten Steuerschätzungen in Form von Anträgen der SPD vor und da heißt es auf einmal, nicht etwa Mindereinnahmen in 2006, wie im September noch von beiden gesagt, sondern jetzt plötzlich 2006 12 Mio. € Mehreinnahmen und dann auch noch 2007 - und jetzt kommt es -, jetzt sind es plötzlich 180 Mio. € Mehreinnahmen. Schön wäre es, aber eins zeigt sich, Sie haben ja, Herr Pidde, vorhin so schön davon gesprochen, Sie haben von der PDS gelernt; beim Steuerschätzen haben Sie nicht von der PDS gelernt, Sie haben es noch schlimmer gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts dieses Wirrwarrs an Steuerschätzungen der letzten zwei Monate durch die kleinste Oppositionsfraktion hier im Haus, dann darf man sich ja einmal fortentwickeln, was es heißen würde, wenn man diesen Steuerschätzungen folgen würde. Dann kann wahrscheinlich Birgit Diezel in ihren Finanzplanungen künftig von einem Haushaltsüberschuss ausgehen. Wir wollen das nicht, denn wir wollen seriös Finanzpolitik betreiben und auch seriöse Planungsgrundlagen für unsere Aufgaben stellen, aber wir müssen auch aufklären, dass hinter diesen vielen Zahlenspielen, die die Opposition oft betreibt, auch nur ein großer Budenzauber manchmal vorherrscht.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich betone an dieser Stelle, die Bezugsgröße für Etatplanungen sind gültige und vom Gesetzgeber gebilligte Finanzplanungen wie die am 25. Februar verabschiedete Mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2008. Gegenüber dieser Planung sind halt auch die Steuerausfälle, wie ich sie bezeichnet habe, zu verzeichnen. Dieser Vergleichsmaßstab ist auch in allen Ländern, egal von wem geführt, so üblich. Selbst nach der November-Steuerschätzung können wir nicht mit Mehreinnahmen rechnen, lediglich die Ausfälle in 2006 reduzieren sich um 12 Mio. € auf 319 Mio. €, aber es bleiben Ausfälle. Es bleiben Mindereinnah-

men gegenüber den geplanten Erwartungen, was wir für Geld bekommen. Deshalb ist es zwar schön in der Tendenz, dass wir 12 Mio. € weniger Einnahmeverluste haben als geplant, aber allein dass uns noch weitere 319 Mio. € fehlen gegenüber unserer ursprünglichen Planung, das ist der Maßstab, den wir berücksichtigen müssen. Und den müssen wir auch den Menschen sagen nach den Anhörungen und nach den Gesprächen, die wir geführt haben, weil nur dann die Leute auch erkennen, welche schwierige Ausgangslage wir im Haushalt in diesem Land zu verzeichnen haben, und darüber hinwegzutäuschen wäre falsch.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Mohring, der Abgeordnete Dr. Pidde möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Abgeordneter Mohring, CDU:

Am Ende.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte am Ende.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Und wenn es wirklich, meine Damen und Herren, das will ich für unsere Fraktion ausdrücklich sagen, weil wir auch einen Antrag zum Haushaltsgesetz dazu vorgelegt haben, zu Steuerermehreinnahmen kommen sollte, dann sollen die konsequent zur Reduzierung der Neuverschuldung eingesetzt werden. Das sagt unser Antrag zum Haushaltsgesetz.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin meiner Fraktion ausdrücklich dankbar, dass sie diesem Vorschlag gefolgt ist, weil der auf Dauer festschreibt, die Konsolidierung voranzutreiben, wenn wir eine bessere Entwicklung, auch begleitet aus Berlin, zu verzeichnen haben. Dies ist der ehrlichere Weg, als nach dem Motto zu handeln „Wünsch dir was und gebe es einfach aus“.

Aber ich will auch noch mal selbst ein Wort verlieren zu den Schulden und zu den Zinsbelastungen: Am deutlichsten wird der Begriff „über die Verhältnisse leben“ einer Zinsbelastung, die sich aus den Schulden der Vergangenheit ergibt. 720 bzw. 740 Mio. € an Zinszahlungen sind das Ergebnis einer Politik, das für die Thüringer in vielen Bereichen ein Niveau sichert, das weit über dem anderer Länder liegt. Das sind rein rechnerisch 1,94 Mio. € an Zinsen pro Tag, ohne dass auch nur ein Cent vom Schuldenberg abgetragen wird. Wir haben seit 1991 einen Schulden-

berg angehäuft, der inzwischen auf 15 Mrd. € angewachsen ist. Die Gesamtverschuldung des Landes ist damit deutlich höher als die jährlichen Ausgaben von derzeit 9,37 Mrd. € und die Verschuldung pro Einwohner liegt nach mehr als einem Jahrzehnt bereits höher als in einigen alten Bundesländern nach mehr als 50 Jahren. Natürlich mussten wir auch höhere Aufholprozesse leisten und natürlich, wenn man unsere Städte und Gemeinden anschaut, hat sich das auch gelohnt, aber der Preis, der dafür gezahlt wurde, muss zur Kenntnis genommen werden. Die Zinsen, die Thüringer für die aufgenommenen Kredite zahlen müssen, werden zunehmend zum Problem. Ich wage mir gar nicht auszumalen, wenn das zurzeit historisch niedrige Zinsniveau auf das der 90er-Jahre steigen sollte: 1 Prozent Zinserhöhung würden unseren Spielraum um weitere 150 Mio. € pro Jahr allein einschränken.

Ich will deshalb, weil ich es so dramatisch finde, auch persönlich ein paar Worte dazu sagen, ohne dass ich ausdrücklich im Namen meiner Fraktion spreche, aber ich will es aus dem Grund sagen, weil ich mit Kritik auch in die Politik gekommen bin, als ich mich im Herbst 1989 engagiert habe. Ich habe meinen Freunden und auch denen, warum ich 1999 für dieses Parlament kandidiert habe, versprochen, wenn schwierige Situationen sind, auch deutlich zu sagen, wenn Kritik tatsächlich angebracht ist. Und ich will sie vor allen Dingen tun, weil ich zu den Jüngeren in diesem Parlament gehöre, die ein Mandat innehaben, und ich deshalb meine, dass man auch weit über das Ende dieser Wahlperiode hinaus blicken sollte. Die Belastung aus der Verschuldung, auch wenn diese mit Blick auf frühere Entscheidungen nachvollziehbar und auch im größten Teil gerechtfertigt zu sein scheinen, sind sie für die Zukunft unerträglich. Es liegt an den Politikern dieser Wahlperiode, über ihre Aufgaben für die Zukunft und für die Ausgaben in diesem Land ernsthaft nachzudenken und dies sowohl innerhalb dieses Parlaments - alle Fraktionen betreffend -, aber auch für die Politiker diese Landes außerhalb dieses Parlaments zu tun.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Dann dürfen Sie aber dem Haushalt, so wie er vorgelegt ist, nicht zustimmen.)

Die vorgelegten Anträge aller Fraktionen zum Haushalt zeigen - aller Fraktionen, Herr Matschie -, die Verschuldung wird im Wesentlichen hingenommen. Auch werden jedes Jahr von neuem - und das sage ich vor allen Dingen mit Blick auf die Oppositionsfraktionen - die Eckwerte, die mit einem Haushalt von einer Regierung hier ins Parlament gestellt werden, in diesem Rahmen wird im Wesentlichen verhandelt und es wird hin und her geschoben, ohne tatsächlich ernsthaft die Ausgabenstruktur so neu zu ordnen, dass man ernsthaft unterschiedliche Politikansätze

sehen könnte. Ich finde, dass dieses Hinnehmen der Verschuldung auch bei den Anträgen in der Opposition nicht zu akzeptieren ist. Ich finde, die Sparunwilligkeit an sich ist erschreckend. Ich bin enttäuscht, wie dieses Parlament, dem ich auch angehöre, sehenden Auges sich seiner eigenen Gestaltungsrechte selbst entledigt und eigener Handlungsspielräume beraubt. Die Botschaft der Nachkriegsjahre, vor allen Dingen die der Politik und der Menschen, die am Aufbau des alten Landes wieder geholfen haben, die Botschaft damals war: Unseren Kindern soll es mal besser gehen. Ich wünsche mir, dass wir auch - vor allem die, die Verantwortung in diesem Land tragen - an diese Botschaft anknüpfen und auch zeigen, wir müssen durch ein schwieriges Tal hindurchgehen. Aber wir müssen diesen Weg beschreiben und diesen Weg auch beschreiten, damit die Kinder und die Kindeskinde, auch die, heute noch gar nicht geboren sind, Zukunft haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich will ein Zitat bringen von einem Sänger, der wahrlich nicht der Union nahe steht. Aber ich will es sagen, weil er das zu einer Zeit gesagt hat, als das in diesem Kontext auch anders zu sehen ist, nämlich als Rio Reiser im Jahr 1988 in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin gesungen hat. Er hat ein Lied gesungen, was im damaligen DDR-Fernsehen dann nicht übertragen wurde, das hieß „Der Traum ist aus“. Eine Zeile aus diesem Song heißt: „Es ist unsere Zukunft und es ist unser Land.“ Ich finde, ein Stück abgewandelt von dem Song sollte es weiter heißen: Der Traum ist nicht aus, keine Schulden mehr zu machen,

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD:
Mensch, Rio Reiser wird sich im Grab
rumdrehen, wenn er das hört.)

und wir sollten darum kämpfen, dass dieser Traum auch Wirklichkeit wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dennoch, wir haben dieser Entwicklung nicht tatenlos zugeschaut, sondern wir haben in den letzten Jahren Maßnahmen ergriffen, die dieser Entwicklung entgegensteuern. Mit den Nachtragshaushalten für 2002, für 2003 und für 2004 haben wir bereits insgesamt 1,2 Mrd. € an Einsparungen gegenüber den ursprünglichen Ansätzen erbracht, um Steuerausfälle und steigende Mehrausgaben bei gesetzlichen Leistungen aufzufangen. Deshalb bleibt festzustellen, das, was wir eingeleitet haben, insbesondere bei personalwirtschaftlichen Maßnahmen, beginnt zu greifen. Die Personalausgaben konnten trotz Tarifsteigerungen von 13 Prozent seit 1998 nahezu konstant gehalten werden. Dies entspricht einer Personalkosteneinsparung von

400 Mio. €. Der Personalabbau wurde in den letzten Jahren forciert. Waren 1998 noch über 65.000 Beamte im Landesdienst tätig, werden es 2006 nur noch 53.700 Beschäftigte sein. Mit Blick auf die künftig zu erwartenden Mehrbelastungen aufgrund von Tarifsteigerungen und der Ost-West-Anpassung wird die Notwendigkeit des beschlossenen Abbaus von weiteren 7.400 Planstellen deutlich. Ich bin dankbar, dass dieser Weg so beschritten wurde. Allein die Ost-West-Anpassung nämlich verursacht Personalmehrkosten von 200 Mio. € jährlich. Mit dem beschlossenen Personalabbau können dann in der Endstufe ab 2009 ca. 300 Mio. € eingespart werden. Mit den uns vorliegenden Haushaltsentwürfen ist ein entscheidender Schritt bei der Umsetzung des Personalabbaupfades verwirklicht worden. Weit über 6.500 Stellen und Planstellen sind bereits jetzt auf die Ressorts verteilt worden und in jedem Einzelplan wie auch im Gesamtplan sind die entsprechenden Übersichten der abzubauenen Stellen und deren Umsetzungen aufgeführt. Es bleibt auch im Personalbereich festzustellen: Wir leisten uns in manchen Bereichen eine bessere Ausstattung als andere Länder. Aber auch jeder Vergleich in der Statistik trügt, wenn man nicht hinter die Zahlen schaut. Ich will das vor allem zum Beispiel mit Blick auf Sachsen-Anhalt zeigen, weil wir sehr wohl die Personalausgabenbelastungen der beiden Landeshaushalte miteinander vergleichen können, aber beim Vergleich der Landeshaushalte übersehen wird, dass weit über 11.000 Stellen in Sachsen-Anhalt nicht in der Landesverwaltung etatisiert, sondern bei Landesgesellschaften ausgebracht sind. Dann hinkt plötzlich jeder Vergleich, wenn ich einfach platt Prozentzahlen von Personalausgaben nebeneinander lege, und deshalb gehört es auch zu einer sachlichen Haushaltsdebatte immer dazu, zu schauen, wer hat die Statistik aufgestellt und sind die gleichen Parameter auch zur Vergleichbarkeit tatsächlich gegeben.

Das Haushaltsbegleitgesetz, was mit diesem Haushalt hier vorgelegt wird, ändert 15 Rechtsvorschriften. Das Familienfördergesetz ist zwar nicht Bestandteil des Haushaltsbegleitgesetzes, dennoch, weil die Opposition mit vielen Änderungsanträgen darauf reagiert, will ich dazu für unsere Fraktion noch einmal Stellung nehmen. Mit großem Pomp hat die SPD ein Umschichtungsvolumen von 363 Mio. € angekündigt. Die Linkspartei.PDS zog mit 190 Mio. € nach. Gewaltige Zahlen, angesichts von gerade einmal 160 Mio. € gesetzlich nicht gebundener Mittel. Allein 92 Mio. € bei der SPD und 53,5 Mio. € bei der Linkspartei.PDS beträgt das Umschichtungsvolumen im Kindertagesstättenbereich. Warum die eine Fraktion 92 Mio. € mehr veranschlagen will und die andere Fraktion 53 Mio. € mehr und beide meinen, damit ein Gesetz wieder abzuwickeln, was wir erst vor 14 Tagen beschlossen haben, erschließt sich auch bei deutlicher Daraufrschau der heute vorgelegten Änderungsan-

träge nicht.

(Beifall bei der CDU)

Am 8. Dezember 2005 haben wir hier in diesem Haus das Familienfördergesetz verabschiedet. Die Ansätze im Haushalt entsprechen diesem Gesetz. Ihre Umschichtungsanträge von der Opposition zu diesem Thema haben keine gesetzliche Grundlage mehr. Zumindest die Linkspartei.PDS, das will ich ihr zugute halten, hat wohl auf unseren Hinweis in der Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss zumindest reagiert mit einem heute vorliegenden Antrag zum Haushaltsbegleitgesetz, das Familienfördergesetz von vor 14 Tagen wieder abzuschaffen. Das ist natürlich ein Irrwitz der Geschichte, zu glauben, dass wir ein Gesetz, vor 14 Tagen beschlossen, heute wieder rückgängig machen. Aber es bleibt festzuhalten, dass die SPD-Fraktion Umschichtungsvolumen von 92 Mio. € beschreibt, aber dazu die gesetzliche Grundlage nicht ändert. Es bleibt die finanzpolitische Schwäche Ihrer kleinen Fraktion, in diesen Fällen nicht ausgebessert zu haben.

Meine Damen und Herren, auf die einzelnen Punkte des Haushaltsbegleitgesetzes werden meine Kollegen in der Plenardebatte heute und morgen auch noch eingehen. Ich möchte nur herausstellen, dass mit der Anpassung von Leistungs- und Verwaltungsstandards die Konsolidierung des Haushalts unterstützt wird. Wir rechnen damit, dass mit dem Haushaltsbegleitgesetz ein Volumen von insgesamt 200 Mio. € eingespart oder umverteilt werden kann. Beispielhaft zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Novelle des Gesetzes für die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern, das Erwachsenenbildungsgesetz oder aber auch das Gesetz zur Änderung von Gerichtsstandorten als Ausfluss der Verwaltungsreform. Die Einschnitte bedeuten aber nur eine Anpassung an gewandelte Rahmenbedingungen. Die Lebensbedingungen in Thüringen werden sich dadurch nicht grundlegend verändern.

Ich will etwas sagen zur kommunalen Finanzausstattung. Angeblich, so wird es ja gesagt, ist die Herausnahme von 32,5 Mio. € infolge des Familienfördergesetzes verfassungswidrig. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat einen klaren Handlungsauftrag an den Landtag gegeben, nämlich die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Finanzausweisungen an die Kommunen bis zum nächsten Doppelhaushalt 2008/2009 neu zu regeln. Diesen Auftrag nehmen wir und die Landesregierung ernst. Dazu sind umfangreiche Datenermittlungen nötig, um den notwendigen Kostenfaktor zu ermitteln. Thüringen ist damit das erste Bundesland in Deutschland, das diese Kosten des eigenen Wirkungskreises bestimmen und festlegen muss. Wie die Höhe der Kosten für die Aufgabe in eigenen Wirkungskreisen und da-

rüber hinaus die freie Finanzspitze zu bestimmen ist, stellt Kommune und Land vor eine schwierige Aufgabe. Deshalb unterstützen wir als CDU-Fraktion den Anspruch der Landesregierung, in einem gemeinsamen Gutachten mit Regierung und Kommunen diese Parameter festzustellen und damit auch zu definieren, welche Kosten im eigenen Wirkungskreis tatsächlich auf kommunaler Seite anfallen. Ausdrücklich möchte ich jedoch die festgestellte Verfassungsmäßigkeit zur Ermittlung der Auftragskostenpauschale hervorheben. Allen Vorwürfen von Kommunen und Opposition zum Trotz sei die Ermittlung des Kostenausgleichs für den aufgabenübertragenen Wirkungskreis mit der Verfassung vereinbar, das kann man aus dem Urteil herauslesen. Was aber entscheidend ist, über die Höhe der Finanzausstattung der Kommunen hat der Verfassungsgerichtshof sich ausdrücklich nicht geäußert. Es bleibt deshalb dem Landtag in seiner Budgetverwaltung überlassen, da abschließend eine Entscheidung zu treffen. Aus diesen Gründen hat die Landesregierung auch die dritte Stufe der Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen bis zur Feststellung der Kosten für den eigenen Wirkungskreis zurückgestellt.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Sehr vernünftig.)

Aber diese notwendige dritte Stufe wird nach Abschluss der Feststellung der Kosten kommen müssen. Mittelkürzungen sind immer schmerzlich, doch muss man die Verhältnismäßigkeit der Argumente bei seiner Kritik wahren und auch die Kirche im Dorf lassen. Und wer sich erinnert, als wir im Sommer angefangen haben, über Haushalt hier in diesem Land zu sprechen, da hieß es noch, 500 Mio. € seien Kürzungen im Landeshaushalt nachzuvollziehen. Ich will sagen, dieses unredliche Sommertheater, das darf so nicht mehr stattfinden, wenn man sachlich miteinander zum Haushalt redet.

(Beifall bei der CDU)

Abgesehen vom Stil der Auseinandersetzung, das will ich sagen, mit Horrorzahlen hier zu jonglieren und die Leute in diesem Land zu verunsichern, ist nicht der richtige und vor allen Dingen nicht der verantwortliche Weg von Politikern.

Meine Damen und Herren, dass das Land die Kommunen an den Steuermindereinnahmen beteiligt, ruft natürlich keine Zustimmung hervor, ist jedoch den gesetzlich definierten Verbundquoten geschuldet. Wenn Steuereinnahmen und -zuweisungen aus dem Solidarpakt sinken, reduziert sich natürlich auch die Finanzausgleichsmasse. Bei diesen beiden Faktoren sind das 27 Mio. € im Jahr 2006 gegenüber 2005 und weitere 34 Mio. € Absinken der Finanzausgleichsmasse im Jahr 2007 gegenüber 2005 allein aufgrund

der Verbundquoten, die wir gesetzlich definiert haben. Wir haben einmal nachgerechnet, wenn in Thüringen die gleichen Verbundquoten für Steuern und Bundesergänzungszuweisungen wie in anderen jungen Ländern gelten würden, würde es für die Kommunen sehr viel schlechter in Thüringen bestellt sein. Statt 1,6 Mrd. €, die die Kommunen in Thüringen aus oben genannten Quellen bekommen, wären das nach den Quoten in Sachsen-Anhalt nur 1,4 Mrd. € oder nach den Quoten in Brandenburg 1,5 Mrd. €. Sie sehen, auch da muss jedes Land für sich allein die Stellschrauben setzen. Wir denken, dass wir mit den Finanzbeziehungen, wie wir sie in Thüringen geordnet haben, richtig liegen, und deshalb werden wir sie fortsetzen, auch aus dem Auftrag des Verfassungsgerichtshofs heraus, und werden im Jahr 2008 gemeinsam mit den Kommunen die Finanzbeziehungen so ordnen, dass sie für die Zukunft auch tragfähig sind.

Insgesamt ergeben sich im Vergleich des Jahres 2006 mit 2005 für die Kommunen ohne jede Rechtsänderung Mindereinnahmen in Höhe von 53,3 Mio. € und im Jahr 2007 ergibt sich im Vergleich zu 2006 eine weitere Reduktion von 7 Mio. €. Sie sehen, dass diese realen Zahlen mit dem Sommertheater von 500 Mio. € weit gar nichts zu tun haben. Wie das Statistische Landesamt erst kürzlich mitteilte, resultiert das Plus bei den Einnahmen der Kommunen aus kräftiger sprudelnden Steuerquellen. An Steuern flossen im I. Quartal den Kommunen im Jahr 2005 insgesamt 360,7 Mio. € zu. Nach Abzug der Anteile für Bund und Land nahmen die Kommunen insgesamt 27 Prozent mehr an eigenen Steuereinnahmen ein. Mit 180 Mio. € stellt die Gewerbesteuer die Hälfte der Steuereinnahmen dar. Der Anteil an der Einkommensteuer stieg um 46 Prozent auf insgesamt nunmehr 70 Mio. € für die Kommunen in Thüringen an. Frau Taubert, innenpolitische Kämpferin bei der SPD-Fraktion, hat nach dieser Pressemitteilung vom Landesamt für Statistik, die ich vorgetragen habe, eine eigene SPD-Meldung verfasst. Was ich darin nicht wiedergefunden habe, und das spiegelt auch ein Stück des Sommertheaters wider, war, dass die SPD zwar kein Wort über Mehreinnahmen bei den Kommunen gesprochen hat, aber eine angebliche Job-Vernichtung von 1.000 Jobs in der Baubranche durch Kürzung von Landesmitteln beklagt hat. Was sie aber verschwiegen hat, und das ist das Entscheidende, dass die alte nicht mehr im Amt befindliche rotgrüne Bundesregierung im gleichen Bereich der kommunalen Infrastruktur für 2006 noch Kürzungen in Höhe von 1,7 Mrd. € geplant hatte. Daran sieht man deutlich, wie Anspruch und Wirklichkeit bei der SPD noch immer weit auseinanderklaffen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch wenn man die Steuereinnahmen der letzten Jahre betrachtet, stellt man fest, dass sich die Entwicklung zwischen Land und Kommunen gegensätzlicher nicht darstellen kann. Hatte das Land im Jahr 2000 noch 4,4 Mrd. € an Steuereinnahmen zu verzeichnen, so erwarten wir in diesem Jahr noch rund 4,1 Mrd. € Steuereinnahmen. Die Kommunen konnten jedoch ihre Steuereinnahmen im gleichen Zeitraum um 21 Prozent, von 638 Mio. auf 773 Mio. €, steigern. Die Zinslast der Kommunen ist im Jahr 2004 um 4,8 Prozent abgesunken. Grund dieses Rückgangs ist der Rückgang der Verschuldung bei den Kommunen. Von solch einer Entwicklung, darauf bin ich eingegangen, ist das Land noch weit entfernt. Mit der November-Steuerschätzung hat der positive Trend für die Kommunen noch einmal angehalten. Mit 773 Mio. € in diesem Jahr und 808 Mio. € im nächsten Jahr werden die Kommunen die höchsten Steuereinnahmen seit Anfang der 90er-Jahre erzielen. Das ist gut und richtig. Wir wollen diesen Zustand auch nicht kritisieren, aber wir wollen, dass diese Steuereinnahmeentwicklung bei den Kommunen zur Kenntnis genommen wird.

Ich will wenige Worte sagen zu unserem Entschließungsantrag, der Ihnen heute mit Drucksache 4/1510 vorgelegt wurde. Bei Max Frisch's Aphorismen heißt es: „Die Krise ist ein produktiver Zustand und man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“ Wenn dieser Aphorismus Leitmotiv einer entschlossenen Politik sein soll, die sich den notwendigen Strukturreformen in unserem Land annimmt, dann ist es gut und dafür steht der Entschließungsantrag der CDU-Fraktion. Ich bin meiner Fraktion dankbar, dass sie sich heute durchgerungen hat, diesen Antrag auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, eins unterscheidet diesen Entschließungsantrag auch von dem Volumen der Anträge aus den Oppositionsfraktionen: Nicht millionenschwere Umschichtungen sind Ausdruck politischen Gestaltungswillens, sondern der ernsthafte Wille zu Veränderungen in der Ausgabenstruktur unseres Landes. Die Überprüfung von Aufgaben und von Förderungen nach Sinn und Höhe ist notwendig, um die Aufgaben für die Zukunft sich noch leisten und aber auch meistern zu können. In diesem Sinne ist auch die Forderung der Fraktion gemeint, dass Fördersätze auf ihre Höhe hin überprüft werden müssen. Mitnahmeeffekte und mangelnde Eigenbeteiligung an den verschiedensten Projekten schärfen nicht den Sinn für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern. Natürlich ist uns bewusst und das will ich ausdrücklich auch vor Beginn der Debatte sagen, dass der Antrag, die Höhe auf 70 Prozent zu begrenzen, nur ein grundsätzlicher Antrag ist und dass es natürlich in vielen Bereichen, zum

Beispiel bei der Familien- oder Jugendförderung, auch eine Ausnahme von dem Grundsatz geben muss, damit Projekte, die vor Ort gut laufen, auch fortgeführt werden können. Aber den Prozess an sich zu scheuen wäre angesichts der Ausgangslage der Einnahmesituation in den nächsten Jahren fehlerhaft. Damit wir eine genaue Übersicht auch als Parlament über die verschiedensten Förderzwecke bekommen, ist diese Entschließung in diesem Punkt sinnvoll, wie er auch in den übrigen Punkten sinnvoll ist, die wir noch in den weiteren Einzelberatungen auch ausführlich debattieren werden.

Ich will mit Blick auf die kommunale Seite auf den letzten Punkt unseres Entschließungsantrags noch mal deutlich eingehen, wo es heißt, dass der Thüringer Landtag die Regierung auffordert, in den Jahren 2006 und 2007 im Zusammenhang mit der Überprüfung der Landeszuweisungen, nämlich bei den Wohngeldersparnissen an die Kommunen nach den Neuregelungen zu Hartz IV und Sozialgesetzbuch II, alles, was dazu gehört, jeweils vor Jahresende in den einzelnen Haushaltsjahren eine Schlussrechnung zu erstellen und die Landeszuweisungen im laufenden Jahr gegebenenfalls anzupassen und auszuzahlen. Ich weiß, dass das ein schwieriger Weg ist. Ich bin Birgit Diezel als verantwortlicher Ressortministerin ausdrücklich dankbar, dass wir unser Versprechen erfüllt haben in diesem Jahr, die Landeszuweisungen an die Kommunen noch in diesem Haushaltsjahr wirksam werden zu lassen. Es ist wichtig, dass die Fraktion mit dem Punkt im Entschließungsantrag jetzt zum Ausdruck bringt, wir wollen diesen Willen von 2005 auch in den zu beschließenden Haushaltsjahren 2006 und 2007 fortsetzen, weil das den Kommunen und unseren Kommunalpolitikern, den Kreisräten in den Kreistagen Sicherheit gibt für die Aufstellungsverfahren ihrer eigenen Haushalte.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenige Anmerkungen zu den angeblich solide gegenfinanzierten Änderungsanträgen der Opposition. Wir konnten es hören, da hat der Fraktionsvorsitzende der SPD von „heiligen Kühen“ gesprochen und wir haben darauf zu Recht erwidert, wenn das, was er meint, was heilige Kühe sein sollen, dann sind diese Vorschläge mit Blick auf den Doppelhaushalt nur dürre Kälber.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das auch mal untermauern und will mal anfangen mit dem Antrag Landesverwaltungsamt und dieser ominösen Zahl im Hinblick auf die Sanierungskosten von 70 Mio. €. Ich weiß nicht, wo Sie das gesehen haben. Ich weiß nicht, warum Sie so was lesen, Herr Matschie! Aber es gibt darauf nur eine Antwort: Entweder Ihre Finanzpolitiker haben es

Ihnen nicht gesagt oder sie haben es Ihnen gesagt und Sie verstehen es nicht. Oder - und ich glaube, das ist eigentlich auch die Antwort - Sie können es nicht, Sie können keinen Haushalt lesen. Sie verunsichern das Land. Sie schaffen Unruhe und Sie kennen die Probleme nicht.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich will noch einen zweiten Punkt nennen - Sie haben

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Ja, Herr Lehrer.)

ja mehrere heilige Kühe bezeichnet -, Spielbank: Die Spielbank ist ja auch so ein Thema. Natürlich weiß ich, dass es ein sensibles Thema im ganzen Haus ist, auch in der Landtagsverwaltung. Nicht zuletzt kann man das auch daran sehen, während Fahrten von Ausschüssen zu Frauenhäusern nach Schweden in der Vergangenheit genehmigt wurden, durften andere Ausschüsse zu gemeinnützigen Spielbanken nach Kassel nicht fahren. Daran will ich erinnern; daran sieht man auch,

(Beifall bei der CDU)

wie sensibel das Thema ist.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Sehr gut, dass das endlich mal einer sagt.)

Natürlich bleibt auch für uns, wir haben das mehrmals gesagt, dass die Mietzahlungen, die als Vorleistungen bis zur Eröffnung der Spielbank gezahlt werden müssen, problematisch sind und uns auch nicht schmecken. Aber eins bleibt festzuhalten: Die Subvention in die Spielbank ist nun gerade eine Subvention, die am Ende auch Erträge für den Landeshaushalt bringt. Das muss gesagt sein. Auch wenn wir noch, leider Gottes, 30.000 € monatliche Mietzahlungen leisten müssen - 360.000 € im Jahr -, so erwarten wir allein schon mit dem jetzigen Doppelhaushalt pro Jahr das Zehnfache an Erlösen aus der Spielbank. Natürlich darf man es kritisieren, dass wir Mietzinszahlungen leisten, und natürlich geben wir auch Geld aus und das an sich genommen ist auch immer eine Schlagzeile wert, aber wer außer Acht lässt, dass da auch Einnahmen in Millionenhöhe der Landeskasse wieder zufließen und damit auch Mittel in der Ehrenamtsstiftung auf Dauer gesichert werden können, darf man dabei nicht vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Und ein Dritter Punkt der heiligen Kühe sind die Zuschüsse für den Luftverkehr. Natürlich ist das immer unter besonderer Betrachtung zu sehen, wenn

neue Linien beim Flughafen in Erfurt finanziert werden. Das muss auch nicht jedem Haushaltspolitiker schmecken und denen darüber hinaus vielleicht auch nicht. Aber dieses Affentheater, liebe Kollegen von der SPD, was Sie hier bieten, das grenzt schon an Schamlosigkeit, wie Sie sich auf der einen Seite hinstellen,

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Schlaumeier.)

und beklagen, dass der Flughafen Erfurt auch mit Linien ausgestattet wird, dass

(Unruhe bei der SPD)

tatsächlich die Leute vom Flughafen auch wegfliegen können, sonst brauche ich gar keinen Flughafen, vergessen Sie auf der anderen Seite, dass Sie mit eigenen Anträgen über Monate hinweg dafür plädiert haben, Altenburg-Nobitz mit Millionen auszustatten, ohne ein Konzept abzuwarten.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich sind wir doch nicht blind, um nicht zu wissen, dass Ihr Ansinnen in Altenburg ursächlich zusammenhängt mit Ihren Forderungen, Kürzungen in Erfurt hinzunehmen. Man darf es bei einer ordentlichen, seriösen Debatte nicht außer Acht lassen: Wir wollen beides, wir wollen in Erfurt kritisch schauen, was muss man sich leisten für die Zukunft, aber auch damit der Flughafen auch Flughafen sein kann und nicht nur Straßenbahnhaltestelle, und wir wollen zweitens auch die Förderung in Altenburg-Nobitz sichern. Aber dazu hat richtigerweise ein Haushaltsvermerk auch anerkannt, erst bedarf es dazu eines Gutachtens und einer Berechnung, dass auch Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Sie sind doch die Ersten und nicht zuletzt der Rechnungshofpräsident, wenn wir Subventionen uns leisten und in ein Unternehmen hineingeben, wo keine Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Deshalb erst Gutachten, Wirtschaftlichkeitsnachweis und dann Subventionen - so wollen wir es halten.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie weitere Anträge gemacht zu den Zusatzversorgungssystemen in Höhe von 24 Mio. € bei der SPD. Ich will sagen, dieser Antrag ist ein schlechter Witz! Basis der Veranschlagung sind die Voranschläge im Bundeshaushalt, da wir selber keine eigene Möglichkeit haben, die wirklichen Ansätze zu berechnen - das machen übrigens alle neuen Bundesländer so.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Nein, das stimmt nicht.)

Es ist zwar festzustellen, dass der Höhepunkt erreicht ist bei den Ausgaben in dem Zusatzversorgungssystem, aber noch keine Entlastung eingetreten ist. Sie kürzen deshalb mit Ihrem Antrag an einer gesetzlichen Leistung, die zu bezahlen ist. Es bleibt doch die Frage: Was passiert, wenn Ihre Steuerschätzungsannahmen nicht zutreffen? Das tun Sie so bei Ihren Steuermehreinnahmen und das tun Sie so bei Ihren Kürzungsvorschlägen bei dem Zusatzversorgungssystem.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Das Problem, dass Steuerschätzungen eventuell nicht zutreffen, hat jeder Haushalt.)

Kommen aber die Einnahmen nicht oder finden die Ausgaben statt, dann haben wir uns in anderen Bereichen Ausgaben geleistet, haben Mindereinnahmen zu verzeichnen und am Ende haben wir ein höheres Defizit auszuweisen, was uns dann wiederum zwei Jahre später bei Haushaltsdebatten beschäftigt,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Und dann werfen Sie es uns sogar noch vor.)

weil der Defizitausgleich dann aus neuen Schulden im Landeshaushalt zu leisten ist. Wir wollen das nicht und deshalb lehnen wir Ihren Änderungsantrag auch richtigerweise - Wolfgang Fiedler sagte es, dann wird es uns vorgeworfen am Ende - an dieser Stelle ab.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zweitens: Die PDS will im Saldo 400.000 € mehr an Einnahmen aus Holzverkäufen erzielen. Ich will an der Stelle gern mal an die Diskussion zum Verkauf von Waldflächen im Zuge der Entschädigung der Fürstenhäuser erinnern. Da spielte sich die Opposition als Retter der Thüringer Wälder auf. Da wurde von Mehrung des Waldbestands geredet und von Verscherbeln von Landesvermögen aufgrund angeblich zu niedriger Verkaufspreise.

(Beifall bei der CDU)

Nichts - und das bleibt zunächst festzustellen -

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, Die Linkspartei.PDS: Das ist doch Quatsch, was Sie da erzählen.)

hat sich von Ihren Vorwürfen bewahrheitet.

(Beifall bei der CDU)

Aber jetzt, wo Sie mit der Lupe nach Deckungsvorschlägen suchen, weil Sie sich dem Vorwurf nicht aussetzen wollen, nur in die Verschuldung zu gehen, jetzt plötzlich, wo Sie Wohltaten verteilen wollen, jetzt soll der Holzeinschlag um 3,2 Mio. € auf einmal erhöht werden. Wo bleibt da die Rücksicht auf die Nachhaltigkeit? Wo bleibt da der Blick auf die niedrigen Holzpreise? Sie wechseln Hemd und Maske, wie es Ihnen gerade passt, so schnell kann man gar nicht zuschauen.

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Drittens, die SPD streicht einfach Artikel 11 im Haushaltsbegleitgesetz

(Unruhe bei der CDU)

zur Erwachsenenbildung und will die alten Regelungen beibehalten. Was Sie aber nicht getan haben, und da hat es Ihnen die Linkspartei.PDS vorgemacht, ist, Sie müssen natürlich, wenn Sie im Haushaltsbegleitgesetz Regelungen streichen, dann im Haushalt selbst bei den Ansätzen wieder den alten Zustand herstellen. Das haben Sie bei der SPD sowohl bei der Erwachsenenbildung als auch bei Ihrem Vorschlag zur Streichung des Artikels 13, Schulen in freier Trägerschaft betreffend, nicht getan und auch das ist erneut ein Ausfluss Ihrer Schwäche, wenn Sie sich zum Haushalt hier im Landtag äußern.

(Beifall bei der CDU)

Viertens: Die Linkspartei.PDS reduziert gnadenlos die Ansätze

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Wenn eine Regierung auf der Opposition herumhacken muss, dann geht es ihr ganz schlecht.)

für Beschaffung, Betreibung und Wartung von IT-Technik für die gesamte Landesverwaltung. Auf der einen Seite fordern Sie ständig eine moderne Verwaltung, die nach Umsetzung Ihrer Kürzungen am Ende ihre Verwaltungsakte auf Steintafeln ritzen muss. Sie wollen höhere Steuereinnahmen durch eine effektive Steuerverwaltung, arbeiten sollen die Steuerbeamten anscheinend wie in den Comics von Hägar dem Schrecklichen, wo die Beamten des Königs mit der Keule die Steuern eintreiben. Wir wollen das nicht. Uns werfen Sie Kürzungen nach der Rasenmähermethode vor; bei Ihrer Kürzung der IT-Technik von über 25 Mio. € gehen Sie ohne Sinn und Verstand vor und für den laufenden Haushalt kürzen Sie noch einmal 13 Mio. €. Wie es scheint, wollen Sie Thüringen von der Entwicklung im IT-Bereich

reich völlig abhängen. Nicht nur in Ihren politischen Grundsätzen sind Sie von gestern, sondern auch in Ihren Vorstellungen von einer modernen Landesverwaltung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wie in jedem Jahr möchte die SPD die Mittel für die Auszahlung in Bezug auf die Inanspruchnahme von Bürgerschaftsausfällen kürzen. Ich will Sie erinnern an einen 32-Mio.-€-ÜPL-Antrag aus dem Jahre 2004. Damals haben Sie sich mit großen Vorwürfen auch in der Öffentlichkeit aufgespielt und haben gesagt, falsche Veranschlagung im Haushalt und Berichte im Ausschuss und die zuständigen Minister mussten dem Ausschuss sich erklären. Heute können wir Ihnen nur sagen, ausgehend vom derzeitigen Obligo-Stand sind mögliche Zahlungsverpflichtungen aus dem derzeit laufenden Engagement ermittelt worden. Die Ausfallwahrscheinlichkeit wurde dabei individuell oder aber pauschal anhand von Erfahrungswerten aus den Vorjahren geschätzt. Bereits die Ausgaben des laufenden Haushalts übersteigen mit Stand vom 01.12.2005 die Ansätze für das diesjährige Haushaltsjahr. Dabei befinden sich aktuelle Inanspruchnahmen aus Bürgerschaftsverpflichtungen in Bearbeitung und bereits zum derzeitigen Zeitpunkt können Forderungen aus den zu regulierenden Bürgerschaftsverpflichtungen erst zu späteren Haushaltsjahren finanziert werden. Das heißt, diese Informationen hätten Sie auch im Haushaltsausschuss erhalten können, aber Sie fragen ja nicht, Sie beklagen ja nur. Sie beklagen die Sitzung, Sie beklagen wahlweise die Länge der Sitzung, dann beklagen Sie wahlweise, dass wir nicht mündlich angehört haben, dann beklagen Sie das Hauruck-Verfahren, dann beklagen Sie den Haushalt an sich, aber was Sie nicht tun, Sie fragen nicht sachlich nach und machen dann auch noch falsche Anträge. Das muss hier in diesem Hause gesagt sein.

(Beifall bei der CDU)

So funktioniert es nicht und das zeigt nicht zuletzt auch ein Antrag von der Linkspartei.PDS zum Industrietitel der Landesentwicklungsgesellschaft. Dort wollen Sie zugunsten „Arbeit für Thüringen“ 15,2 Mio. € kürzen. Aber ich frage Sie: Wo findet man denn Arbeit, wenn nicht durch Erschließung und Sanierung von Industrie- und Gewerbegebieten?

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Genau, das ist das Wirtschaftsbild der CDU!)

Der Ansatz von 23 Mio. bzw. 31,7 Mio. € deckt gerade einmal 70 Prozent der vorliegenden Anträge. Die sind allen bekannt, weil diese Liste für die An-

tragstellung von Industrieerschließungen auch im Haushaltsausschuss allen Mitgliedern vorgelegen hat. Sie tun gerade so, als ob die LEG oder die Landesregierung ein besonderes Geschenk macht, wenn Altlasten bei den Kommunen saniert werden. Sie tun so, als ob das irgendwie gottgegeben sei, was wir da machen. Nein, wir tun das, weil wir die Voraussetzungen schaffen wollen, damit durch die Sanierung dieser Altlasten Arbeitsplätze geschaffen werden. Nur durch Arbeitsplätze am Ende können auch Aufträge für neue Firmen entstehen und das schafft wieder Arbeit für Thüringen. Was wollen wir denn, wenn nicht die Menschen in Lohn und Brot in diesem Land kommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie auch mit Blick auf die vorgelegte Liste: Welche Sanierung in einer Kommune wollen Sie denn nicht mehr fördern, welche Erschließung eines Gewerbegebiets oder welche Verwertung von Industriestandorten wollen Sie denn streichen am Ende?

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.
PDS: Sie haben doch selbst gesagt, man muss alles auf den Prüfstand stellen.)

Am Ende stehen Sie doch sofort wieder hier auf und sind die Ersten, die die Entwicklung einer Region in Frage stellen. Ich erinnere an den Industrie- und Gewerbepark in Rudisleben oder an Am Vogelherd in Ilmenau oder in Barchfeld an den Park im Vorwerk oder in Ichttershausen an das Gewerbegebiet Erfurter Kreuz mit der N3-Investition. Sie haben eine Liste von rund 70 Projekten vorliegen. Dann erwarten wir von Ihnen, sagen Sie den Wählern ganz klar, in unseren Wahlkreisen oder auch in ihren Listenkreisen, wo Sie, Ihre Partei, Verantwortung tragen, welches Projekt Sie zur Untersetzung Ihrer Deckungsvorschläge tatsächlich streichen wollen. Wir wollen das sehen und wir wollen auch dann darüber die Auseinandersetzung führen.

Dann gibt es die PDS, die glaubt, einen ganz dicken Schatz gefunden zu haben bei zusätzlichen Einnahmen von 13 Mio. € bei Verwertungserlösen aus Sicherheiten und Erlösen aus Inanspruchnahme des Bundes aus gewährten Rückgarantien. Die Einnahmen sind jedoch zweckgebunden, das übersehen Sie. Sie enthalten treuhänderisch vereinbarte und verwaltete Einnahmeanteile des Bundes und der Thüringer Aufbaubank. Die Auszahlung dieser vom Land treuhänderisch gehaltenen Anteile erfolgt im Einzelplan 17 auf Basis des Deckungsvermerks durch Einnahmen. Sie können also nicht treuhänderisch verwaltetes Geld einfach kürzen und damit andere Ausgaben finanzieren. Weil das, wenn man das haushaltstechnisch richtig be-

wertet, zu einer Erhöhung der Nettoneuerschuldung führt, weil Sie Ausgaben definieren mit fremdem Geld, was wir nur treuhänderisch verwalten und was wir, wenn wir es zweckmäßig verwenden würden, auch an den Treuhänder, an den Bund zurückzahlen müssten. Deshalb gehen Ihre Anträge nicht, wie diese wenigen Beispiele zeigen, wie angeblich seriös Ihre Deckungsvorschläge in Wahrheit sind, und sie entpuppen sich als große Mogelpackung. Wenn ich es gutgläubig formulieren wollte, würde ich sagen, sie unterliegen einem reinen Wunschdenken, das mit der bitteren Wirklichkeit nur wenig zu tun hat. Nur, und das steht fest, so ist keine solide Haushaltspolitik für Thüringen zu machen. Sie suggerieren der Öffentlichkeit, wir geben euch, was ihr euch wünscht, bezahlen sollen es nachfolgende Generationen. Sie versprechen Ausgaben auf Pump.

Ich möchte mit einem Zitat von Samuel Smith enden, der Folgendes gesagt hat, und ich glaube, vielleicht ist es ganz gut, sich das auch für die Haushaltsberatung hier zu Herzen zu nehmen: „Sparsamkeit kann die Tochter der Weisheit, die Schwester der Mäßigkeit und die Mutter der Freiheit genannt werden. In jedem Fall stellt sie die Selbsthilfe in einer ihrer besten Formen dar.“ Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich weiß jetzt nicht, ob Sie daran dachten; der Abgeordnete Dr. Pidde wollte Ihnen eine Frage stellen und Sie haben gesagt am Ende. Beantworten Sie diese Frage noch?

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Am Ende dieses Jahres?)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Abgeordnete Mohring hat gesagt, am Ende seiner Rede, und nicht, am Ende dieses Jahres.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Herr Mohring, Sie haben die zurückgehenden Steuereinnahmen beklagt. Wissen Sie denn nicht, dass die Steuereinnahmen des Landes, egal, ob Sie die Mai- oder November-Steuerschätzung nehmen, und egal, ob Sie die Bundesergänzungzuweisungen und den Länderfinanzausgleich dazurechnen oder nicht, als Sie vorhin die Aussagen von Herrn Matschie und mir hier auseinander dröseln wollten, wissen Sie denn nicht, dass die Steuereinnahmen des Landes 2007 höher sein werden als 2005 und 2006?

Abgeordneter Mohring, CDU:

Sie sind, glaube ich, ein Wahrsager, ich weiß noch nicht, welche Steuereinnahmen 2007 zu verzeichnen sind. Sie sind irrig in Ihrer Annahme, dass Sie denken, die Steuereinnahmen steigen um 180 Mio. €. Wir weisen diesen Antrag und Ihre Steuerschätzung weit von uns, weil damit keine seriöse Haushaltspolitik gemacht werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Fraktion der Linkspartei.PDS hat sich der Abgeordnete Huster zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Huster, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen, ich will versuchen und mich darum bemühen, sehr ruhig und auch mit einer gewissen Gelassenheit auf das einzugehen, was Herr Mohring hier erzählt hat. Ich will aber zumindest grundsätzlich eines sagen, Herr Mohring: Bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassung, die wir durchaus hier im Hause haben können, es fällt mir schwer, zu ertragen, wie Sie Halbsätze und Halbwahrheiten dazu benutzen, hier geschlossene Ideologien zu formulieren, die letztlich nur darauf zielen, die Opposition hier im Hause - auf Deutsch gesagt - dumm zu machen. Das stinkt mir gewaltig, das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich kann Ihnen aus Ihrer Rede eine ganze Menge von Beispielen nennen. Das Erste beginnt bei der Beratungszeit von 40 Stunden Haushalt. Ihr Argument, dass die Gesamtberatungszeit im Haushalts- und Finanzausschuss für die intensive Beratung, womöglich mit Betroffenen, sprechen würde, das reicht zumindest nicht aus, denn dann wäre es theoretisch möglich, in 48 Stunden hintereinander den gesamten Landeshaushalt zu beraten, und dann könnten sich die Betroffenen auch noch mit ihren schriftlichen Anhörungen darauf einstellen. Das ist doch kein Qualitätsmerkmal, wie lange ein Ausschuss berät, sondern die Frage ist doch, wie intensiv er mit Betroffenen und mit dieser Gesellschaft kommunizieren kann.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich habe auch nicht erwartet, Herr Mohring, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, über einzelne Änderungsanträge der Opposition kann man vernünftig reden. Wir haben uns das überlegt, das geht aus dem Grund nicht, aber hier könnte man eventuell

zustimmen. Das wäre sicher zu viel des Guten. Aber wenn Sie einigermaßen glaubhaft sein wollen, dann dürfen sich unsere Änderungsanträge nicht im nächsten oder übernächsten Jahr in den Vorschlägen der Landesregierung wiederfinden. Die Erfahrung der letzten Jahre lehrt, dass durchaus eine enorme Anzahl Änderungsanträge der Opposition aus diesem Hause dann in Regierungsvorlagen eingeflossen ist,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Genau!)

sicherlich mit anderen Intentionen, mit anderen Ansätzen, aber sie sind eingeflossen. Das heißt, sie wären auch zum damaligen Zeitpunkt diskutierbar gewesen, genauso wie heute unsere Ansätze hier mindestens diskutierbar sind, Herr Mohring.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Manchmal haben Sie nur zwei Worte umgedreht.)

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie haben - auf die SPD bezogen - von den heiligen Kühen und den dünnen Kälbern gesprochen, was das Landesverwaltungsamt betrifft. Sicher ist es berechtigt zu sagen, für den Doppelhaushalt 2006/2007 hätte das nicht die fiskalische Auswirkung. Aber, Herr Mohring, es ist doch auch richtig, dass die Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt standen. Das heißt, die Generalsanierung des Landesverwaltungsamts war doch mit diesem Doppelhaushalt geplant. Es ist doch wichtig, dass die Abgeordneten dieses Landtags sowohl in der Mehrheitsfraktion als auch in der Opposition sich dazu positionieren, ob sie diese Generalsanierung wollen oder nicht. Ihr eigener Änderungsantrag zeigt doch jetzt, dass Sie sich entschieden haben, noch keine Entscheidung zu treffen. Na, bitte, das ist doch was.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Natürlich sind die finanziellen Auswirkungen enorm, wenn man das vorhandene Landesverwaltungsamt umfassend saniert.

Ich gestatte eine Anfrage, wenn ich danach gefragt werde.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann frage ich jetzt, Herr Abgeordneter Huster: Gestatten Sie die Anfrage durch den Abgeordneten Wehner? Sie haben Ja gesagt. Bitte, Herr Abgeordneter Wehner.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Sehr geehrter Herr Huster, können Sie mir bitte mal die Stelle zeigen oder erklären, wo im Landeshaushalt eine VE zum Thema „Landesverwaltungsamt“ ausgebracht ist?

Abgeordneter Huster, Die Linkspartei.PDS:

Meines Wissens stand die im Haushalt. Ich bin auch gern bereit, jeden Fehler zu korrigieren, aber meines Wissens war das geplant und ist im Rahmen der Beschlussempfehlung korrigiert worden.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nein, es gibt keine VE. Da stehen einem die Haare zu Berge.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Mohring, die Bemerkung zur Haartracht des Abgeordneten Huster rüge ich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Abgeordneter Huster, Die Linkspartei.PDS:

Es gibt Menschen, Herr Mohring, das muss ich auch nicht kommentieren.

Ich will noch Ihr Argument, Holzeinschlag mit den so genannten Fürstenentschädigungen miteinander zu koppeln, aufgreifen. Das reicht vielleicht hier wirklich für eine dürrftige Polemik aus, aber Sie glauben doch nicht, dass man damit draußen tatsächlich argumentieren kann, da es zwei völlig verschiedene Dinge sind. Das eine betrifft eher den kulturpolitischen Teil, das hat sicherlich einen umweltpolitischen Teil und auch eine politische Grundsatzbewertung, das andere betrifft aber tatsächlich einen Bereich, der nun wirklich die Forstwirtschaft betrifft. Alle Signale und auch die Reaktion dieser Landesregierung zeigen uns, dass wir mit unserem Änderungsantrag in der Vergangenheit an dieser Stelle völlig richtig gelegen haben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Was die IT-Technik betrifft, ist Ihre undifferenzierte Herangehensweise unredlich, weil wir hier lediglich Aufwächse weggenommen haben. Keiner bestreitet, dass Verwaltung mit moderner Technik ausgestattet werden soll. Aber wir nehmen hier Aufwächse mit, die selbst Ihre Regierung im Haushalts- und Finanzausschuss nicht erklären kann. Nun ist die technische Ausstattung sicherlich ein schwieriges Feld, wo auch nicht jeder Abgeordnete völlig firm ist und auch nicht jeder Beamte. Das räumen wir doch ein. Aber die Frage ist, ob man mit Millionen

Aufwachsen im technischen Bereich ein Konzept darstellen kann, was man erklären kann: Da wollen wir hin in den nächsten Jahren, das hat folgende Effekte, das kann vielleicht sogar was sparen, deshalb sind jetzt Investitionen notwendig. Das habe ich noch an keinster Stelle gehört. Was ich Jahr für Jahr erlebe, das sind millionenschwere Aufwächse bei der technischen Aufrüstung und da sagen wir stopp - stopp, wenn man mit gleicher leichter Feder im Sozialbereich und im Bildungsbereich kürzt, Herr Mohring. Das ist das Zentrale, was Sie nach draußen nicht vermitteln können. Ihre Aufforderung, die LEG-Liste zu bewerten im Industrietitel, ist ebenfalls unredlich. Wir wollen, dass eine Debatte über Prioritäten geführt wird, wo werden die richtigen Schwerpunkte in den nächsten Jahren gesetzt. Keiner unserer Anträge geht davon aus, Mittel zu entziehen und zu sagen, wir machen platt, hier passiert nichts mehr. Wir wollen aber, dass auch alle Verantwortlichen in diesem Land Prioritäten setzen. Da geht es nicht nur um die Frage, was mit den Landesgesellschaften passiert und was die benötigen und welche Bedarfe es gibt, sondern da geht es auch um die Frage, die ich in meiner ersten Rede aufgeworfen habe: Was machen wir denn mit den Menschen, die in Ihrem Konzept des ersten Arbeitsmarkts keinen Platz finden werden? Resignieren wir da als Staat und sagen, wir haben keine Verantwortung mehr, oder versuchen wir nur einen Bruchteil des Geldes umzulenken und innovativ und modern mit neuen Ansätzen zu überlegen, wie wir auch den Menschen eine Perspektive geben? Ihr Programm, was Sie hier dargestellt haben, zeigt, Sie wollen diesen Menschen keine Perspektive geben, Herr Mohring.

Lassen Sie mich noch einen Gedanken äußern: Was mich wirklich stört, Herr Mohring, an Ihnen auch persönlich, ich frage mich dann immer, wie es Ihren Kollegen in Ihrer Fraktion geht, dass Sie mit einem gewissen Eifer, und ich will sogar sagen, missionarischen Eifer hier Ihre Theorien vortragen. Das ist die eine Sache. Die andere Seite sind die Konsequenzen, wenn sie in Politik münden und Auswirkungen für Betroffene haben - mal abgesehen davon, dass ich Ihre Skala oder Ihr Lineal, um das zu verbildlichen, zwischen Marktwirtschaft und Kommunismus für abenteuerlich halte. Wer sich hier als Generalsekretär einer großen Landespartei hinstellt und sozusagen erklärt, dass ein Fundament, auf dem man seine Politik aufbaut, ein zweidimensionales Lineal ist, dann wird mir himmelangst um dieses Land.

(Beifall bei der Linkspartei. PDS)

Ich will Ihnen was sagen: Die soziale Marktwirtschaft war nie irgendeine Reinform, sondern sie war sozusagen Praxislernerfolg aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs. Die soziale Marktwirtschaft, so-

weit ich das bewerten kann als jemand, der zum Zeitpunkt der Entwicklung nicht gelebt hat, war immer gedacht auch als Ausgleich zwischen den vorherrschenden Interessen in der Gesellschaft, vor allem zwischen der Seite Arbeit und zwischen der Kapitalseite. Natürlich haben sich die Linien in den letzten Jahren deutlich verschoben. Aber was mir wichtig ist an der Stelle, soziale Marktwirtschaft bedeutete immer Ausgleich von Interessen und somit hat man auch in der alten Bundesrepublik immer davon gesprochen, dass es sich um einen Politikmix handelte. Es wurde nie klar gesagt, ob eine klare angebotsorientierte Politik vollzogen wurde oder eine klare nachfrageorientierte Politik, sondern es handelte sich immer um einen Mix. Jede Verschiebung, die in einem Landesparlament in Deutschland diskutiert wird, kann doch in realer Weise nur hinter der Kommastrichlinie passieren. Es ist doch völlig falsch, so zu tun, als stünden wir hier vor kommunistischen Zeiten, genauso wie es sicherlich völlig falsch ist zu sagen, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt vor klaren marktwirtschaftlichen Zeiten stehen, in dem Sinne, wie sie sich mal vor mehreren hundert Jahren entwickelt haben.

Herr Mohring, es geht darum, einen vernünftigen Mix zu finden, den immer neu zu justieren und auch an die Lebenslagen von Menschen anzupassen, und da kann die Haushaltslage immer nur ein Kriterium sein und nicht das entscheidende Kriterium. Wer glaubt, dass diese Ideologie, die Sie hier in Reinkultur vorgetragen haben, in einem so kleinen Land wie Thüringen hier mal auszuprobieren an den Menschen, der wird in den nächsten fünf Jahren als Ergebnis haben, dass dieses Land tatsächlich seiner Ressourcen völlig beraubt ist, der wird hier nämlich das, was in den letzten 15 Jahren aufgebaut worden ist, nicht mehr vorfinden und der wird alle innovativen Potenziale in diesem Land abgeschöpft haben, mit dem Ergebnis, dass andere Bundesländer weit besser sind als wir, weil sie nicht auf so eine rein ideologische Schiene gegangen sind, sondern die Mixe von Angebot und Nachfrage weiterentwickelt haben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Mohring, ich verstehe nicht, wie man sozusagen auch von der politischen Idee her, so unhinterfragt die Dinge hier vortragen kann, will sagen, damit werden Sie auch nicht durchkommen. Das betrifft dann ganz konkrete Sachverhalte, die Sie angesprochen haben. Zu behaupten, der Schuldenstand in Thüringen wäre deshalb so hoch, weil wir konsumtiv über unsere Verhältnisse gelebt haben. Mag doch ein Aspekt vielleicht sein, darüber kann man doch streiten auch angesichts der Haushaltslage, aber - ich habe das vorhin aufgemacht in dem ersten Teil - muss man denn nicht über Nachhaltigkeit in Großprojekten, über Prestigeprojekte sprechen? Dort sind Milliarden

reingesetzt worden und keiner von Ihnen, Sie haben es wieder bewiesen, stellt tatsächlich die Frage, ob nicht da auch Fehler gemacht wurden. Ich behaupte, natürlich wurden da enorme Fehler gemacht, enorme Fehleinschätzungen.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Was allein bei Pilz verprasst worden ist!)

Wenn ich mir das alles noch vorstelle, ja - darüber muss doch die Debatte geführt werden.

Und das Zweite ist: Wir mögen uns bei Vermögensteuern sicher nicht einigen können, aber wenn man, Herr Mohring, die Lage der öffentlichen Haushalte betrachtet in Deutschland und nicht bereit ist, zumindest mal die letzten fünf Jahre in seine Analyse einzubeziehen, warum ist die denn so katastrophal - da ist doch ein Datum, mit dem wir uns auseinander setzen müssen; eine Steuerreform, die als große Steuerreform bekannt wurde, deren wesentliche Teile Sie unterstützt haben, gefordert haben bzw. die Union noch weiter gegangen ist in der Forderung, hat dazu geführt summa summarum, dass wir in den öffentlichen Haushalten über 60 Mrd. € weniger zur Verfügung haben als vor fünf Jahren. Da muss man doch, wenn man seriös das analysieren will, sich die Frage stellen: Was hätten wir denn heute eigentlich für Probleme, wenn die 60 Mrd. € noch in den Haushalten wären? Was könnte ich denn dann für eine innovative Landespolitik im Bereich des Arbeitsmarkts machen? Was könnte ich denn mit den Kommunen völlig neu justieren und verhandeln? Die Frage müssen Sie sich doch ernsthaft stellen.

Genau so ein weiteres Argument betrifft Ihren Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen. Sofern Sie behaupten, dass wir gegen 1998 aufgrund von demografischen Entwicklungen ungefähr 300 Mio. € weniger an Einnahmen haben, so mag das doch stimmen, aber man muss fragen, wenn ich die nächsten Jahre betrachte, ob man dagegen was tun kann. Kann ich in der Ausbildung was verändern, hier aktiver ausbilden, um junge Menschen hier zu halten? Oder kann ich genau im Bereich des Arbeitsmarkts mit neuen innovativen Modellen wenigstens Ansätze formulieren, Ansätze versuchen und erproben, um Menschen hier zu halten und in Arbeit zu bringen, die sozialversicherungspflichtig ist, um genau diese Dinge abzuwenden, dass diesem Trend des weiteren Einnahmeverlustes aufgrund von Demografie entgegengesteuert werden kann?

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Herr Mohring, ich glaube, so wie Sie das hier vorgetragen haben, ich bin sicher, es wird keine rein fiskalische Lösung unserer Probleme geben und ich bin sehr überzeugt, dass Ihr Weg direkt in eine Sack-

gasse führt.

Ich will Ihnen noch eines sagen zu den Änderungsanträgen: Ich habe die Erfahrung gemacht, wenn wir draußen mit den Menschen argumentieren über die Arbeit, die wir tun, vermutlich oder nahe liegend wäre für den Papierkorb, es ist tatsächlich so, dass die Menschen draußen weniger interessiert, in welchen inhaltlichen Fragen wir Änderungsanträge stellen. Also es interessiert sie je nach Fachgebiet schon, aber nicht unterm Strich. Was sie interessiert oder was sie aufhorchen lässt, ist allein die Tatsache, dass Sie Jahr für Jahr von 70 bis 100 Anträgen der Opposition keinen einzigen für würdig befinden, hier im Haus eine Mehrheit zu bekommen. Das kann sich niemand in Thüringen vorstellen, dass das mit realen Dingen zugeht, dass das mit sachlicher Auseinandersetzung zu tun hat. Ich kann Ihnen sagen, ich werde nach dieser Haushaltsdebatte draußen meine Gespräche sehr vereinfacht führen und werde mitteilen, dass Sie wieder keinem Antrag zugestimmt haben. Die Menschen denken dann sofort über Alternativen nach, das kann ich Ihnen versprechen. Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich die Finanzministerin Frau Diezel zu Wort gemeldet.

Diezel, Finanzministerin:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Diskussionen rund um den Thüringer Landeshaushalt, auch heute hier die Debatte zeigen, in welcher schwierigen volkswirtschaftlichen Situation wir, die Landesregierung, diesen Landeshaushalt vorlegen. Die angesprochenen Diskussionen haben aber auch deutlich gemacht, wo das Umsteuern im vorhergehenden Haushalt und im jetzigen Haushalt schon Wirkung zeigt. Schließlich haben die Proteste und kritischen Äußerungen gezeigt, dass es in vielen Fällen eher um Besitzstandswahrung denn um objektive und sachliche Wahrnehmung der Tatbestände geht. Man muss vergleichen, was leisten sich Geberländer in den Bereichen. Man muss auch vergleichen - wir leben in Europa -, was leisten sich europäische Länder in bestimmten Bereichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn dieser Haushalt morgen verabschiedet wird, dann wird das ein verfassungsmäßiger Haushalt sein. Thüringen wird sich nicht auf die Störung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts berufen, wie das eine Mehrzahl der Bundesländer tut. Dieser Doppelhaushalt zeigt auch, dass die Landesregierung die Personalausgaben im Griff hat, denn wir halten die

Ausgaben konstant bei 2,4 Mrd. €. Herr Pidde, Sie haben darauf verwiesen, wir hätten die höchste Personalquote. Es ist unredlich, nicht zu beachten, dass in dieser Personalquote natürlich die Hortnerinnen, die im Landesdienst sind, mit einberechnet sind, über 1.300 Stellen im Landeshaushalt ausgebracht. Es ist unredlich, einerseits zu sagen, wir haben die höchste Personalquote, und andererseits Anträge zu stellen und mit den Gewerkschaften zusammen Forderungen aufzumachen, dass niemand Stellen streicht und in keinem Bereich. Ja, in dem Bereich leisten wir uns mehr in Thüringen, wir leisten uns mehr in den Bereichen im Schüler-Lehrer-Verhältnis. Das wurde ja vor kurzem in einzelnen Zeitungen veröffentlicht: „Bildungsland Thüringen“. Wir leisten uns mehr im Hochschulbereich, den Hochschulpakt. Kein anderes Land hat einen Aufwuchs im Hochschulpakt von 1 Prozent. Andere Länder reduzieren in ihren Hochschulpakten um 10 bis 20 Prozent. Wir haben diesen Hochschulpakt verlängert. Deshalb ist es unredlich, so zu argumentieren. Man muss immer tiefer hinter die Zahlen schauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gleichzeitig hat die Landesregierung das Investitionsniveau hoch gehalten. Ja, es könnte noch höher sein, aber dazu fehlt uns im Rahmen der Steuereinnahmen die notwendige Finanzmasse. Wir leisten uns eben im Bereich Lehrer-Schüler-Verhältnis, Polizeidichte und Ähnliches mehr als andere Länder. Wir halten auch fest am Theaterpakt. Mike Mohring hat das ausgeführt, 60,2 Mio. €. Das hat auch kein anderes Land.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist auch unredlich, zu behaupten, der Haushalt wäre ein Haushalt der sozialen Kälte.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Nein, er ist es.)

Über 20 Prozent der Ausgaben, gesetzlich wie freiwillig, sind in diesem Landeshaushalt für soziale Zwecke,

(Beifall bei der CDU)

über 20 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dieser Äußerung, dieser Haushalt wäre sozial kalt, nehmen Sie die berechtigten Sorgen Einzelner, aber auch Lobbyisten mit und versuchen, hier ganz billig Parteipolitik zu machen in diesem Haus. Besser ist, man vergleicht sich und sieht genau nach, wo kann man reduzieren und wo können wir Einschnitte verkraften und wo können die jeweiligen Betroffenen diese Einschnitte verkraften. Wer die Hilfe der Solidargemeinschaft braucht, wird sie bekommen.

Bei den vorgenommenen Anpassungen sind die Frauenhäuser angesprochen worden, sehr kritisch. Aber ich sage auch, wenn die Auslastung unter 50 Prozent liegt und wenn wir mittlerweile - Gott sei Dank - ein Recht haben, dass der Gewalttäter weg-gewiesen wird und dies auch praktiziert wird, und wenn wir einen Wohnungsmarkt haben, auf dem die Frau auch relativ schnell mit ihren Kindern eine Schutzwohnung findet, dann muss man doch nach-denken: Können wir uns diese Leistung noch leisten oder muss man hier nicht umsteuern?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wer-den vielleicht reflexartig aufschreien, wenn ich das Wort „Thüringer Familienoffensive“ anspreche - Sie von der Opposition.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Links-partei.PDS: Nicht reflexartig, sondern überlegt!)

Aber ich will es noch einmal eindeutig sagen: Wir geben Geld dort aus, wo es notwendig ist, bei der Familie, beim Kind unmittelbar und nicht nur in Struk-turen. Schlimm genug, dass Sie die Ängste so öffent-lichkeitswirksam ausnutzen, um gegen die Landes-regierung Politik zu machen. Wir tun nichts ande-res als das, was Kindergeld ebenfalls tut, Familien-geld tut - wir fördern das Kind und die Familie.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Mike Moh-ring hat sehr eindrücklich über die Nettoneuverschul-dung und überhaupt über den Stand der Verschul-dung gesprochen. Das tut er als junger Mann, das tun wir sicherlich selber auch, die Kinder haben, wenn wir wissen, wir müssen jedes Jahr 750 Mio. € für Zinsen bezahlen und wir haben einen Schulden-stand von 15 Mrd. €. Ja, aber wir haben umgesteuert mit beiden Haushalten - im vergangenen Jahr und jetzt - und haben 35 Gesetze und Verordnungen an-gepackt. Sie haben nicht einen substanziellen Vor-schlag gemacht, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht einen großen substanziellen Vor-schlag; ich komme noch auf die Vorschläge zu spre-chen. Herr Matschie, am Ende bitte.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich kann ja gehen.

Diezel, Finanzministerin:

Oh nein, Frau Präsidentin, wir wollen doch den Haus-halt verabschieden. Sie haben nicht einen substan-ziellen Vorschlag gemacht für die Reduzierung, und das schon seit Jahren, meine Damen und Herren von der Opposition. Herr Dr. Pidde, wir kennen uns

ja nun schon seit 1994 im Haushalts- und Finanz-ausschuss. Ich kenne keinen Vorschlag, der die Nettoneuverschuldung substanziell reduziert hätte, wo man sagen könnte, strukturell wird hier in den Haushalt eingegriffen, sowohl von der kleinen Oppo-sitions- als auch von der großen Oppositionspartei, nicht einen in den letzten zehn Jahren.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das stimmt doch gar nicht.)

Auf Ihre Vorschläge komme ich dann noch, was die Mehreinnahmen betrifft.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Be-weise!)

Es ist handwerklicher Unsinn,

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Mehreinnahmen zu planen, die noch nicht gesetz-lich verankert sind. Sicherlich hat der Koalitions-vertrag Mehreinnahmen und Abbau von Steuerver-günstigungen beinhaltet. Aber selbst Herr Steinbrück sagt: Ich mache eine Steuerschätzung nicht im Februar, sondern im Mai, wenn die Gesetze auf dem Tisch liegen, wenn wirkliche Wirkungen zu berech-nen sind und auch die wirtschaftliche Lage. Es wer-den ja nicht nur die Gesetze betrachtet, sondern es wird die wirtschaftliche, die volkswirtschaftliche Entwicklung im Lande und in der Weltwirtschaft be-trachtet, ehe man Steuerschätzungen macht. Das ist nicht wie am Rechenschieber.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswe-gen sind es Luftbuchungen - Wunsch und Wolke, Herr Dr. Pidde. Luftbuchungen, zu sagen, wir sen-ken die Nettoneuverschuldung, wir nehmen einmal die Mehrwertsteuererhöhung als Grundlage. Weil wir bei der Mehrwertsteuererhöhung sind - Sie ha-ben vorhin so gesagt, wir hätten alles verhindert und man hätte ja schon die 60 Mrd. €, wenn man damals nicht den Papieren zugestimmt hätte des Ministers Eichel a.D. Nein, die CDU war die einzi-ge Partei, die ehrlich im Wahlkampf gesagt hat, wir brauchen für die Reduzierung von Ausgaben im Be-reich der Arbeitskosten mehr Steuererhöhungen. Keine andere Partei hat Steuererhöhungen oder auch Abbau von Subventionen in ihr Parteiprogramm geschrieben gehabt. Nein, man hat nur Wunsch und Wolke hineingeschrieben. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren -

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: „Sub-ventionsabbau“ stand bei uns drin.)

die Reichensteuer -, kommen wir zur Problematik auch noch einmal der Gesamtverschuldung. Ja, die

Verschuldung ist hoch, aber, und das muss auch redlich sein, bei den neuen Ländern sind wir auf Platz zwei, was die Gesamtschuldensumme betrifft, hinter Sachsen. Sachsen ist seit 1994 auch einen ganz anderen Weg gegangen, vor allen Dingen im Kommunalen Finanzausgleich, nachzulesen und auch nachzusehen in der Fläche, im Verhältnis Thüringen zu Sachsen. Sachsen hat auch nicht einen solchen Kulturpakt, hat auch nicht so einen Hochschulpakt, wie wir ihn haben.

Jetzt kommen wir zu den Baumaßnahmen. Das hat wohl der Herr Dr. Pidde angesprochen, weil wir bei den Hochschulen sind. Baumaßnahmen - alternative Finanzierung - darüber kann man auch fachlich streiten. Aber ich sage wieder an diesem Pult, wir haben uns damals Zeit gekauft, vor allen Dingen für die Hochschulen. Wir haben damals das aufgelegte Programm des Bundes mehr als das, was uns zugewiesen war, genutzt und haben damit viele Universitätsbibliotheken gebaut. Ich denke vor allen Dingen an den Campus in Jena und das, was hier in Erfurt erbaut worden ist. Wenn Sie sagen, 60 Mio. € alternative Finanzierung, dann ist das auch wieder nicht richtig. Rechnen, Herr Dr. Pidde, 60 Mio. €, ja, aber Sie müssen die HBFG-Mittel abziehen. Das sind nämlich 13 Mio. € und dann kommen Sie nicht auf 60 Mio. €. Redlichkeit muss Redlichkeit bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Dr. Pidde hat das letzte Mal, das fand ich ja herrlich, von Monstern gesprochen und so kleinen Waldtieren, als er mit seiner Rede begann. Heute fängt er mit „Top Thüringen“ an; er braucht immer so Bilder, habe ich den Eindruck, aber viel mehr Inhalt kommt dann meistens nicht.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen, wir würden nicht offen legen, wo die Verpflichtungen des Landes sind. Ich bitte den Haushaltsplan und die nachgeordneten Wirtschafts- und Finanzpläne zu lesen. Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass wir im Haushalts- und Finanzausschuss dieses Jahr, im Frühjahr, sehr eindrücklich und sehr eindeutig über Bürgschaften und Eventualverbindlichkeiten, die das Land trägt, vor allen Dingen für Wirtschaftswachstum, für Unternehmen und für Wohnungsbau, aus den vergangenen Jahren informiert haben. Das wissen Sie doch alles. Dann behaupten Sie hier von dieser Stelle aus nicht, dass Sie es nicht wissen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Behördenstrukturreform - die SPD genauso wie die Linkspartei.PDS, aber die SPD noch mehr, haben zwei Lö-

sungen für den Haushalt: die Gebietsreform und die Behördenstrukturreform. Dann sagen Sie doch auch, was Sie damit bezwecken. Die Gebietsreform - ja, sinnvolle Strukturen wollen wir fördern, überhaupt keine Frage, aber wenn Sie Geld für den Haushalt frei machen wollen durch die Gebietsreform, dann müssen Sie den Kommunalen Finanzausgleich kürzen, das wäre doch dann die Folge, Schlüsselzuweisungen kürzen, Auftragskostenpauschale kürzen. Sagen Sie das bitte dazu, dass das Ihre Quelle ist. Oder bei der Behördenstrukturreform sagen Sie genau dasselbe dazu.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Was ist denn das für eine Logik?)

Sagen Sie doch dazu: Behördenstrukturreform bringt Einsparungen im Bereich des Personals; ein klassischer Verwaltungshaushalt hat über 80 Prozent Personalkosten, der Rest sind Sachkosten. Ja, wenn Sie über die Behördenstrukturreform Freiräume schaffen wollen, müssen Sie es über Personalabbau machen. Dann sagen Sie es dazu.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Jetzt brauche ich mal das Übersetzungsbuch Frau - Deutsch.)

Nein, nein, nein. Sie müssen einfach nur ganz klar, in einem klaren Verwaltungshaushalt wie Justiz oder Finanzen, schauen Sie hinein, sind 85 Prozent der Kosten Personalkosten und der Rest sind Sachkosten. Wenn Sie über die Behördenstrukturreform Freiräume schaffen wollen, das wollen wir auch mit unserem Behördenstrukturreformkonzept, dann müssen Sie weiter einschneiden beim Personal; sagen Sie das bitte Ihren Gewerkschaften so deutlich.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat einen verantwortlichen, aber auch bei den schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen vertretbaren und zukunftsweisenden Haushalt vorgelegt, der umsteuert in vielen Bereichen, der vielen vieles abverlangt, aber der das Ziel im Auge hat, auch mit der Mittelfristigen Finanzplanung, Thüringen weiter fit zu machen für die Zukunft und für unsere Kinder. Da Sie von „dröge“ und „lahm“ gesprochen haben, Herr Pidde, dann bitte ich doch zur Kenntnis zu nehmen, dass selbst die Wirtschaftswoche und Forschungsinstitute Thüringen in der Dynamik ganz vorn sehen bei den Bundesländern und dass Thüringen - der Wirtschaftsminister hat gestern den Wirtschaftsbericht vorgelegt - mittlerweile mehr Beschäftigte hat als viele Flächenländer, dass Thüringen gerade in der Wertschöpfung schon in der Mittelklasse der Bundesländer mitspielt.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Was?)

Ja, nachzulesen in einer großen Zeitung, wenn Sie das möchten, aber auch im Wirtschaftsbericht, den der Wirtschaftsminister veröffentlicht hat im Internet. Thüringen hat Vergleichswerte, positive Vergleichswerte im Export, Thüringen hat die größte Unternehmensdichte. Thüringen hat gute Leistungen im Hinblick auf PISA, wieder nach oben. All das wurde mit dem Geld der Steuerzahler hier verantwortungsvoll in Thüringen investiert.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen lassen wir uns weder den Haushalt noch dieses Land schlecht reden. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Matschie darf jetzt seine Frage stellen.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Jetzt ohne den Haushalt und das Land schlecht reden zu wollen, Frau Finanzministerin, wenn Thüringen wirtschaftlich so gut dasteht und wenn Sie eine so tolle Haushaltspolitik machen, dann erklären Sie uns doch mal, warum Thüringen 2006 mehr Schulden aufnehmen muss als jedes andere der neuen Bundesländer.

Diezel, Finanzministerin:

Ja, ich möchte Ihnen Folgendes dazu sagen: Haben Sie die Haushalte der anderen Bundesländer angeschaut? Haben Sie geschaut, wie viel Globale Minderausgaben da stehen? Es gibt mehrere Möglichkeiten, um die Kreditfinanzierung nach unten zu bringen,

(Zwischenruf Dr. Zeh, Minister für Soziales, Familie und Gesundheit: Buchmäßig!)

buchmäßige Möglichkeiten. Da gibt es dann die Globale Minderausgabe, da gibt es die Möglichkeit, die Einnahmen sehr hoch zu schreiben, das war immer eine vorgenannte Sache des Herrn Eichel,

(Heiterkeit bei der SPD)

ja, der hat die Steuerschätzung immer so optimistisch gemacht und hinterher kam dann im Herbst das große Dilemma. Wir haben auf der Basis der Steuerschätzung versucht, ehrlich diesen Haushalt zu machen, und er bringt halt diese Kreditfinanzierungsquote, auch aus den Lasten der Vergangenheit.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Frau Finanzministerin, der Abgeordnete Matschie ...

Diezel, Finanzministerin:

Aber gerne.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich weiß jetzt nicht, wenn es eine Nachfrage ist, wären Sie eher dran, wenn es eine einzelne Frage ist ...

Abgeordneter Matschie, SPD:

Es ist eine Nachfrage.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann Herr Abgeordneter Matschie.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Habe ich Ihre Antwort richtig verstanden, dass Thüringen nur deshalb mehr Schulden aufnehmen muss als die anderen neuen Bundesländer, weil die anderen neuen Bundesländer mit Haushaltstricks arbeiten?

Diezel, Finanzministerin:

Nein, das habe ich nicht gesagt, Herr Matschie.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Doch.)

Ich habe Sie gefragt, ob Sie die Haushalte der anderen Bundesländer angeschaut haben - darauf haben Sie dann auch nicht geantwortet -, wie hoch die Globalen Minderausgaben da sind.

(Zwischenruf Abg. Lieberknecht, CDU: Ganz legal.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Abgeordnete Huster würde Ihnen auch gern eine Frage stellen. Gestatten Sie das? Bitte, Herr Abgeordneter Huster.

Abgeordneter Huster, Die Linkspartei.PDS:

Frau Ministerin, wenn die wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen so top ist, wie erklären Sie sich dann, dass die Ausfälle insbesondere bei der Umsatzsteuer in Thüringen seit Jahren am höchsten im Bundesgebiet sind?

Diezel, Finanzministerin:

Also, Herr Huster, die Frage enttäuscht mich ein bisschen. Herr Huster, ich habe auf die Exportquote hingewiesen - 28,1 Prozent.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Aber danach hat Herr Huster nicht gefragt!)

(Heiterkeit bei der SPD)

Ja, Herr Gentzel, und die Exportquote hängt unmittelbar auch mit der Umsatzsteuer zusammen. Denn: Exportquote ist ja gut, weil sie Arbeitsplätze sichert. Aber bei der Umsatzsteuer sind hohe Exporte - da ziehe ich keine Umsatzsteuer, sondern ich zahle die Vorsteuer - ein Problem dabei. Wir haben aber steigende Einnahmen, das wissen Sie auch, Herr Huster, aus der Einkommensteuer und aus der Lohnsteuer, die sind leicht gestiegen, die zeigen, dass Arbeitsplätze hauptsächlich mit der Exportquote gesichert werden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Abgeordnete Huster möchte eine Nachfrage stellen. Er darf das, bitte schön.

Abgeordneter Huster, Die Linkspartei.PDS:

Frau Ministerin, in der Mittelfristigen Finanzplanung, die wir jetzt beschließen, steht, dass Thüringen im Jahr 2005 insbesondere sehr hohe und vom Bundesschnitt abweichende Ausfälle bei der Umsatzsteuer hat. Die Frage war, ob Sie das angesichts Ihrer Aussage, dass wir wirtschaftlich top sind, nachhaltig erklären können.

Diezel, Finanzministerin:

Nein, ich habe Ihnen das jetzt erklärt über die Exportquote. Hohe Exportquoten haben damit zu tun, dass das natürlich nicht diese positiven Auswirkungen auf die Umsatzsteuer hat, eher auf die Körperschaftsteuer und auf die Einkommensteuer. Dass wir in Thüringen natürlich auch Probleme in der Binnennachfrage haben - wir haben in mehreren Rechnerläufen, will ich Ihnen sagen, weil ich diese Erklärung auch haben wollte, warum ist die Umsatzsteuer in bestimmten Teilen geringer geworden, wir haben es in mehreren Rechnerläufen in vielen Finanzämtern überprüft. Es ist nicht unmittelbar auf eine große Rückzahlung in der Vorsteuer zurückzuführen, sondern ist latent. Das hat natürlich auch mit der Binnennachfrage zu tun. Das wollten Sie doch jetzt hören.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt keine weiteren Nachfragen. Es gibt auch keine weiteren Redeanmeldungen. Doch, der Abgeordnete Dr. Pidde für die Fraktion der SPD.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte nur einige Sachverhalte noch einmal klarstellen. Zunächst haben nicht wir über andere oder jemand über jemanden gesprochen, sondern Herr Mohring hat im TA-Interview über die CDU gesagt, wir sind träge geworden und ein wenig selbstgefällig. Diese Aussage steht und daran gibt es auch nichts zu deuteln.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Stimmt.)

Außerdem können Sie die Tatsache nicht leugnen, dass die Steuereinnahmen 2007 höher sein werden als 2005 und 2006. Selbst ohne die Dinge, die die große Koalition in Berlin beschlossen hat, stehen in der Mittelfristigen Finanzplanung Steuermehreinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe, 2007 höher als 2006. Das können Sie doch nicht einfach leugnen. Das ist doch eine Tatsache, dass es so ist, und Sie erzählen das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Dann diese Problematik mit der tatsächlichen Verschuldung unseres Landes. Sicher fragen wir mal an dieser Stelle, wie sieht es denn bei Bürgschaften aus, und dann berichtet die Landesregierung auf Anfrage mal an anderer Stelle, wie das mit der alternativen Finanzierung ist und mit ähnlichen Dingen. Wir kritisieren doch vor allem, dass die offiziell dargestellte Verschuldung von jetzt schon 15 Mrd. €, in zwei Jahren 17 Mrd. €, dass das schon enorm hoch ist, aber dass das nur ein Teil der Wahrheit ist, weil daneben noch zig andere Dinge aufgebaut sind. Das ist doch ein Fakt, der so ist.

(Beifall bei der SPD)

Und dann sagen Sie, es gab von der SPD auf Bundesebene

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Bundesrat, Bundesrat.)

keine entsprechenden Vorschläge: Abbau von Subventionen, Schließung von Steuerschlupflöchern - ich könnte da eine ganze Latte aufzählen -, Abschaffung der Eigenheimzulage, das ist doch alles von der CDU blockiert worden. Diese Blockade und das

Nichthandeln und halbherzige Handeln im Land, das sind doch die hausgemachten Probleme, die Thüringen so belasten. Hier schlägt doch nicht einfach das Schicksal zu, sondern hier hat eine Regierung mit falschen Rezepten falsch gehandelt. Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Jetzt sehe ich keine weiteren Redeanmeldungen mehr und ich schließe die Generalaussprache.

Wir kommen nun zur Debatte über die Einzelpläne in den jeweils zusammengefassten Komplexen. Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sicher mit ihren Fraktionen besprochen, wie die jeweiligen Komplexe zusammengefasst sind.

Ich rufe als Erstes auf im Komplex 1 den **Einzelplan 02 - Staatskanzlei**. Dazu rufe ich als ersten Redner für die Fraktion der Linkspartei.PDS den Abgeordneten Kubitzki auf.

Abgeordneter Kubitzki, Die Linkspartei.PDS:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte im Zusammenhang mit dem Einzelplan 02, dem des thüringischen Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei, besonders drei Aspekte ansprechen.

Erstens möchte ich reden zu Fragen der Europäischen Union. Zweitens möchte ich zum Thema „Landeszentrale für politische Bildung“, also ihre Aufgaben zur politischen Bildung besonders hinsichtlich deren Bedeutung für den Kampf gegen den Rechtsextremismus, sprechen und drittens einige Aussagen zur politischen Jugendarbeit treffen.

Zunächst, meine Damen und Herren, ein paar Worte zu dem Bereich Europaangelegenheiten: Aus dem Haushaltsplan der Staatskanzlei geht hervor, dass man nun einen EU-Stellenpool schaffen will. Ziel sei, so der zuständige Minister Wucherpfennig - wo ich allerdings feststellen muss, dass er bei der Behandlung seines Haushaltsplans hier im Plenarsaal fehlt, was vielleicht auch davon zeugt, welche Verantwortung er wahrnimmt, muss ich sagen im Haushaltsausschuss am 13. Oktober 2005 - eine Vermittlung zwischen den europäischen Institutionen und den Ministerien, das sei die Aufgabe dieses Pools. Zunächst einmal ist sehr zu begrüßen, wenn man sich solche Ziele setzt. Doch muss man sich ernsthaft fragen, warum die Landesregierung erst so spät auf diesen Gedanken kommt, hier mehr zu tun. Andere Bundesländer in diesem Land agieren mit mehr Erfolg schon lange so. Schon oft konnten

wir in den Medien Spitzen aus Bayern gegen die Brüsseler Bürokratie hören. Aber andererseits verfügt Bayern über eine der größten Landesvertretungen in Brüssel, nimmt Kontakt zu allen wichtigen Stellen auf. Damit konnten sie bisher schnell auf Förderbedingungen reagieren und so manches Programm oder Projekt in Bayern kofinanzieren. Da kann ich nur in Richtung Landesregierung sagen: Schönen guten Morgen, Sie haben jetzt schon ausgeschlafen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zweite Frage in diesem Zusammenhang ist jedoch, ob dieser Stellenpool die erklärte Absicht auch erreichen lässt. Bloß abgeordnete Bedienstete eines Ministeriums in die Staatskanzlei zu übernehmen, heißt noch lange nicht Koordinierung oder Vermittlung in europäischen Fragen. Es besteht zumindest die Gefahr, dass auf diesem Wege lediglich die Interessen der einzelnen Ministerien befriedigt werden. Da aus dem Haushalt kein Konzept für diesen Pool erkennbar ist und die konkrete Aufgabenstellung der Mitarbeiter unklar bleibt, sehen wir die Notwendigkeit, darüber hinaus demnächst in dem zuständigen Ausschuss Klarheit zu verlangen. Wir brauchen keine ABM für Ministeriumsmitarbeiter.

Eine Aufgabe für die neuen Mitarbeiter liegt zunächst schon förmlich auf der Hand, was wir Ihnen empfehlen können. Mit dem Jahr 2006 läuft die aktuelle Förderperiode aus und es sollte das Hauptaugenmerk vor allem darauf gelegt werden, dass wir den Rahmen der Förderung, der noch offen ist, ausschöpfen. Wichtig wäre dabei im Zuge einer Evaluierung der bestehenden Programme, Schwachstellen aufzudecken und dafür zu sorgen, dass die noch ungenutzten Mittel abgerufen werden. Zugleich ergeben sich neue Aufgaben wie die Vorbereitung des Beginns der neuen Förderperioden ab 2007, mit denen ja im Haushalt gerechnet wird. Ich kann nur hoffen, dass der Stellenpool zu dieser Arbeit wesentlich beiträgt. Wir, die Linkspartei.PDS, sind sehr gespannt, wie sich diese in Zukunft gestalten wird.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir auch noch einen Hinweis auf das Europäische Informationszentrum. Die Linkspartei.PDS hält die Arbeit eines solchen Informationszentrums für sehr wichtig, denn noch immer besteht grundsätzlich hoher Aufklärungsbedarf in Bezug auf die europäische Gesetzgebung. Doch muss ein solches Zentrum auch Informationen zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen nur empfehlen, schauen Sie einmal auf die Internetseite dieses Informationszentrums. Sehr verwunderlich, was man dort bezüglich der Aktualität feststellt. Man erlebt viele Überraschungen. Der Veranstaltungskalender zum Beispiel der dort veröffentlicht ist, weist

lediglich einen Eintrag einer Veranstaltung am 1. Februar 2005 aus. Es ist nicht nur die Aktualität, die erschreckt, sondern auch die übrige dargebotene Palette an Informationen ist mehr als dürftig. Nun möchte ich die Arbeit dieses Zentrums nicht nur nach dem Internetauftritt bewerten, dennoch sollte man die Wichtigkeit der neuen Medien nicht unterschätzen. Auch hier wäre es möglich, Seiten zu gestalten, dass sie interessant und vor allem informativ für die Menschen sind.

Ein zweites Beispiel dazu kommt aus der unmittelbaren Praxis, meine Damen und Herren. Als ich kürzlich in Gesprächen mit Vertretern der Handelskammer und der IHK in Mühlhausen war, taten sich beträchtliche Informationsdefizite auf und Unkenntnis in Bezug auf die geplante EU-Dienstleistungsrichtlinie. Aus meiner Sicht wäre es Aufgabe dieses Informationszentrums gewesen, in solch einer grundlegenden, gerade den Mittelstand betreffenden Angelegenheit für Aufklärung zu sorgen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es wird nicht die letzte Richtlinie sein, mit der uns Europa überrascht und über die wir informieren sollten und vor allem müssen.

Ein letzter Punkt im Zusammenhang mit der Europäischen Union berührt den von mir bereits geäußerten Sachverhalt der alten und neuen Förderperiode. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Thüringens wurde und wird aus den Strukturfonds der Europäischen Union unterstützt. Zu diesen europäischen Geldern kommen noch einmal Mittel aus den Haushalten von Bund, Land und Kommunen hinzu. Diese Steuergelder sollen gezielt die Entwicklung Thüringens zu einer modernen leistungs- und wettbewerbsfähigen Region Europas vorantreiben. Deshalb werden hohe Anforderungen auch und insbesondere von der Europäischen Union selbst an die Planung, Durchführung und Kontrolle der Verwendung dieser Gelder gestellt. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die aktive Beteiligung der Interessenvertreter von Kommunen und der Wirtschaft, aber auch von anderen sozialen Institutionen an diesem Prozess. Es soll damit vermieden werden, dass gewissermaßen von oben herab irreführende und sinnlose Entwicklungen unterstützt werden. Auch die Europäische Union legt großen Wert auf diese Beteiligung. Erreicht wurde dies nur durch Transparenz und Partnerschaft. Transparenz steht für Durchsichtigkeit des Verwaltungshandelns und Partnerschaft für die Beteiligung der oben genannten Gruppen an den Entscheidungen über den Einsatz der Fördergelder. Zu diesem Zweck wurde innerhalb des Systems der Planung, Durchführung und Kontrolle des Einsatzes der Fördergelder der Begleitausschuss geschaffen, in dem Vertreter Thüringens und der öffentlichen Ver-

waltungen aus EU und Bund zusammenarbeiten.

Die Aufgabe des Begleitausschusses ist im Wesentlichen, die Umsetzung der EU-Strukturfondsprogramme zu begleiten und durch Anpassung der Regelungen den sich dynamisch ändernden Verhältnissen der sozialökonomischen Entwicklung Thüringens Rechnung zu tragen. Damit soll die Qualität und die Wirksamkeit der öffentlichen Fördergelder aus den EU-Strukturfonds und den nationalen Haushaltsmitteln gesichert werden. So weit, so gut. Dann kann es aber nicht sein, meine Damen und Herren, dass wir als Abgeordnete von der Arbeit dieses Begleitausschusses nichts erfahren und ferngehalten werden, dass es nicht gewollt ist, dass der Landtag an der Arbeit dieses Begleitausschusses beteiligt wird und über seine Tätigkeit informiert wird.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

So habe ich zum Beispiel vergeblich versucht, im Internet über den thüringischen Begleitausschuss etwas zu erfahren. Es war mir auch nicht möglich, zu erkunden, wer als Thüringer Vertreter in diesem Ausschuss mitarbeitet. Wir als Linkspartei.PDS sehen hier einen dringenden Änderungsbedarf und ich verspreche Ihnen, dass wir dieses hohe Haus mit diesem Thema in der nächsten Zeit weiter beschäftigen werden. Das wird so werden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich mache nun bewusst einen gedanklichen Sprung von der Europapolitik und wende mich meinem zweiten Thema zu, der politischen Bildung, und werde mich besonders den Aufgaben der politischen Bildung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus widmen. Auf den ersten Blick mag es vielleicht erscheinen, dass diese Thematik nichts mit der Beratung des Einzelplans zu tun hat, doch - ich hoffe, ich werde Sie schnell überzeugen können - es hat etwas damit zu tun. Am Anfang sollen zunächst ein paar Fakten stehen. Bei der diesjährigen Bundestagswahl erzielten rechtsextreme Parteien einen Stimmenanteil von 4,3 Prozent in Thüringen. In ländlichen Gebieten lagen diese Ergebnisse bei den Erst- bzw. Zweitstimmen teilweise über 5 Prozent. Selbstverständlich sind wir als Linkspartei.PDS froh, dass keine rechtsextreme Partei den Sprung in den Bundestag geschafft hat, aber beruhigt sollte man angesichts dieser Tatsache keinesfalls sein. Der Eindruck vertieft sich immer mehr, dass die rechtsextreme Szene ihre Taktik geändert hat. Sie sucht sich zunächst stabile Basis in einer örtlichen und regionalen Verankerung, um dort gezielt zu wirken, leider bereits mit gewissem Erfolg. NPD wie auch unabhängige rechtsextreme Organisationen erleben derzeit einen erheblichen Zulauf. Die Zahl neofaschistischer Aktivitäten wie auch der Skinheadkonzerte ist weiter an-

gestiegen. Die Ereignisse in Sondershausen sind ein Beweis dafür und die Antworten hier in diesem Haus auf parlamentarische Anfragen unterstreichen das ebenfalls. Im politischen Raum wächst der Einfluss rechtsextremer Kultur, insbesondere im Jugendbereich und dort, wo staatliche Angebote der Jugendarbeit, des Sports der Sozio- und Breitenkultur und sonstige kostengünstige oder kostenfreie Freizeitangebote eingestellt werden. Rechtsextreme werben aggressiv, zum Beispiel mit der Verteilung von kostenlosen CDs an Schulen und in Treffpunkten, für ihre Ideologie und Organisation. Zu denken geben uns auch die Ergebnisse des diesjährigen Thüringen-Monitors. Sie verdeutlichen die Notwendigkeit einer nachhaltigen und in die Breite wirkenden Auseinandersetzung mit der Ideologie der extremen Rechten und deren Wirkungsmechanismen. Die Zustimmung zu rassistischen Statements nahm weiter zu. Immerhin 22 Prozent der Befragten offenbaren eine rechtsextreme Weltanschauung. Wir müssen gegen diese Entwicklung in Thüringen etwas tun. Meine Fraktion hat darum zwei Änderungsanträge für diesen Einzelplan eingereicht, um den Worten Taten folgen zu lassen. Ich möchte hier um Zustimmung für diese Anträge bitten. Ich möchte kurz auf beide Anträge eingehen:

Erstens: Angesichts der aktuellen Herausforderung durch den Rechtsextremismus wirkt das Bundesprogramm „Civitas“ mit seinem herausgehobenen Programmteil der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus. Ziel ist es, einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die sich in Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausdrückt, eine demokratische, gemeinwesenorientierte Kultur entgegenzusetzen. Für unseren Freistaat berät das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen, kurz MOBIT bezeichnet. Es fördert seit vier Jahren mit großem Erfolg bürgerschaftliches Auftreten in Kommunen, in Einrichtungen und Gremien. Sein Angebot richtet sich an jene, die sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren, und gibt dafür professionelle und nachhaltige Unterstützung. Das Mobile Beratungsteam ist die einzige landesweit tätige Einrichtung, deren zentrale Aufgabe die unmittelbare Stärkung der Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus ist. Das Team hat in der Vergangenheit erfolgreich Bürgerbündnisse initiiert und unterstützt. Es berät Initiativen zur Gegenwehr gegen rechtsextremistische Aktivitäten. Es unterstützt bei der Entwicklung von Alternativen und politischen und kulturellen Konzepten gegen sich entwickelnde rechtsextremistische Strukturen und gestaltet Fachtagungen zu Hintergründen, Erscheinungsformen, Möglichkeiten der Rückdrängung rechtsextremistischer Ideologie- und Strukturbildung. MOBIT führt Fortbildung von pädagogischem Fachpersonal durch und hat die Landeskoordination des bundesweiten Projekts „Schule ohne

Rassismus und Schule mit Courage“ inne. Der Freistaat Thüringen, so stellte vorgestern Wolfgang Nossen, Vorsitzender der Thüringischen Jüdischen Landesgemeinde, fest, ist das einzige Bundesland, das keine Kofinanzierung der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus bereithält - wir können diese Feststellung nur unterstützen - und halten sie grundsätzlich für falsch. Nicht nur aus politischem Anlass, den ich oben ausreichend beschrieben habe, sondern auch in Anerkennung der Leistungen dieser Einrichtungen muss eine solche Entscheidung umgehend revidiert werden.

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Das ist eine Feststellung, die ist doch ...)

Meine Fraktion schlägt deshalb vor, in dem entsprechenden Haushaltstitel im Einzelplan der Staatskanzlei Mittel für diese Beratung dort einzustellen,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

der für das Jahr 2006/2007 jeweils 50.000 € vorsieht. Flankierend dazu, meine Damen und Herren, soll die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung genutzt werden. Wir schlagen vor, dem Etat der Landeszentrale 2006/2007 jeweils 150.000 € zur Verfügung zu stellen. Mit diesen Mitteln sollen die Einrichtungen gezielt Veranstaltungen durchführen können, die aufklärenden und präventiven Charakter haben.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Kubitzki, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Wehner?

Abgeordneter Kubitzki, Die Linkspartei.PDS:

Zum Schluss.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Bitte am Ende.

Abgeordneter Kubitzki, Die Linkspartei.PDS:

Seit Jahren

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Da habe ich sie vergessen. Der ist so zettelfest, der hat ja alles aufgeschrieben!)

(Heiterkeit bei der CDU)

beklagen wir die unzureichende Mittelausstattung der Landeszentrale für politische Bildung, meine Damen und Herren. Im Jahre 2005 musste das Kuratorium intervenieren, um bestimmte Maßnahmen der

Landeszentrale überhaupt noch durchführen zu können. Es bestand die Gefahr, dass die Gedenkstättenarbeit für das zweite Halbjahr ausfallen musste. Zum Glück wurde dort ein vorsichtiges Einlenken der Landesregierung getan. Wir meinen aber, dass diese Mittel der Landeszentrale für politische Bildung weiter gestärkt werden müssen. Deshalb möchte ich nochmals für unsere Änderungsanträge werben.

Zu einem letzten Punkt, nämlich zur politischen Jugendarbeit: Interesse und Wirken von Jugendlichen für die Politik ist etwas, ich glaube, was wir alle wollen. Im Einzelplan 02 der Thüringer Staatskanzlei gibt es dazu unter anderem einen Titel - Zuweisungen an Jugendverbände für die politische Arbeit -. Der Titel ist für die Jahre 2006/2007 sogar auf 122.000 € erhöht worden, was begrüßt werden sollte und muss.

Womit wir aber überhaupt nicht einverstanden sind, meine Damen und Herren, ist der Umgang mit diesen Mitteln. Hier gilt wie an vielen anderen Stellen auch, dass weder Transparenz noch Gleichberechtigung herrscht. Auch eine allgemein verbindliche Richtlinie, wie diese Mittel innerhalb des Ringes der politischen Jugend verteilt werden, fehlt bislang. Von einer Gleichbehandlung aller demokratischen Jugendverbände kann in der Praxis der Ausreichung der Mittel keine Rede sein. Damit setzt sich der Ring „Politische Jugend“ dem Vorwurf der Parteinahme aus.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Eine Änderung der Praxis sollte sich an den Regelungen im Einzelplan 01 - Förderung kommunalpolitischer Vereinigungen - orientieren.

An dieser Stelle auch eine Bemerkung, die betrifft zwar nicht den Einzelplan 02, aber betrifft Arbeit parteinaher Stiftungen, die ebenfalls in der politischen Bildung tätig sind. Auch hier müssen wir bei der Ausstattung der Stiftung mit finanziellen Mitteln eine unkorrekte Behandlung feststellen. So wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung nach wie vor bei der Mittelvergabe benachteiligt. Wir fordern, dass auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung die gleichen Mittel zur Verfügung gestellt bekommt wie die parteinahen Stiftungen von den zwei anderen Parteien, die hier im Landtag vertreten sind.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Wir fordern Klarheit durch eine entsprechende Rechtsgrundlage, dass diese herbeigeführt wird mit der Aufgabe, dass diese Ungleichbehandlung beseitigt wird. Sollten Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, nicht dafür sorgen, werden wir auch dieses Thema weiter hier in diesem hohen Haus behandeln lassen. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Wehner, können Sie sich an Ihre Frage wieder erinnern? Ja, er möchte sie stellen. Bitte, Herr Abgeordneter Wehner.

Abgeordneter Wehner, CDU:

Ich bekomme es, Frau Präsidentin, leider nicht mehr wörtlich hin, aber vielleicht trotzdem als Frage. Zu der Äußerung von Herrn Nossen konnte ich bei Ihren Ausführungen nicht mehr verstehen, ob Sie der Äußerung zustimmen oder ob Sie der widersprechen. Vielleicht könnten Sie das einfach noch mal klarstellen und vielleicht dann noch mal nachlesen, was Sie hier vorgelesen haben.

Abgeordneter Kubitzki, Die Linkspartei.PDS:

Herr Nossen hat - vor zwei Tagen konnte man hören und sehen im Thüringenjournal des MDR - eindeutig beklagt und kritisiert, dass der Freistaat Thüringen das einzige neue Bundesland ist, was für MOBIT, für den Mobilen Beratungsdienst gegen Rechtsextremismus, keine Mittel in seinen Haushalt eingestellt hat, und das einzige Bundesland ist, was keine Kofinanzierung für diesen Mobilen Beratungsdienst eingestellt hat. Ich möchte hier noch mal eindeutig sagen, wir unterstützen diese Aussage und stellen das ebenfalls klar: Thüringen ist das einzige Land, was diesen Beratungsdienst nicht fördert und unterstützt und das kritisieren wir. Das kritisieren wir auch hinsichtlich der Auswertung des Thüringen-Monitors. Wenn sich Thüringen so etwas leisten kann, dann braucht sich Thüringen nicht zu wundern, dass wir bei unseren Menschen, bei 22 Prozent der Thüringer Bürger rechtsextremes Gedankengut verzeichnen müssen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die CDU-Fraktion hat sich der Abgeordnete Bergemann zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Einzelplan 02 der Staatskanzlei ist mit seinen rund 21 Mio. € wahrlich ein kleiner Etat und trotzdem es kein überproportionaler Investitionshaushalt ist, trägt er doch an vielen Stellen dazu bei, auch das Sanierungskonzept der Landesregierung mitzutragen. Die Ansätze für den Doppelhaushalt 2006 und 2007 der einzelnen Titel des Einzelplans 02 orientieren sich vor allen Dingen an dem Haushalts-

ansatz 2005 und 2004 und an den Ist-Ausgaben von 2004. Wenn man die Gesamtausgabenentwicklung der einzelnen Hauptgruppen 4, 5, 6, und 8 zusammenfasst, so ergibt sich auch für das Jahr 2006 eine Einsparung von etwas über 9 Prozent und für 2007 eine Einsparung von etwas über 8 Prozent. Ich glaube, das ist auch ein erheblicher Sparbeitrag, um mit den knappen Finanzmitteln in Zukunft zurechtzukommen.

Herr Kollege Kubitzki, Sie sind ja auch noch relativ neu bei uns im Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, vielleicht darf ich Ihnen mal zwei Worte dazu sagen, was Sie zu den Europafragen vorgetragen haben. Wer ein bisschen länger im Geschäft ist, weiß, wie das in Brüssel vonstatten geht. Ich bin an der Stelle der Landesregierung außerordentlich dankbar - das sage ich hier ganz deutlich -, weil wir über Jahre darum gerungen haben, zu einem solchen Stellenpool zu kommen. Das können Sie nachlesen, wenn Sie mal die letzten fünf, sechs Jahre in den Debatten nachschauen.

(Beifall bei der CDU)

Wichtig ist in Brüssel nicht, dass man dort 50 Leute in der Vertretung hat, wie die Bayern, das ist nicht der entscheidende Punkt. Der entscheidende Punkt ist, dass man dort die Menschen in die Institutionen reinbringt, die in Brüssel vor Ort sind, in die Generaldirektion, da geht es weniger um die Kommission und da muss man auch mal schauen, dass man die Leute auch hat von Personal. Da ist so ein Stellenpool auch für die fachliche Qualifikation ganz wichtig; da kann man auch hier in den Häusern ein ganzes Stück zielgerichtet schauen, wer ist für die Funktion dort geeignet. Die Finanzen spielen natürlich auch eine entscheidende Rolle dabei. Sich mit Bayern zu vergleichen, da brauchen Sie ja nur mal die beiden Gebäude anzuschauen, wenn Sie schon mal in Brüssel waren, wo sich die Bayern niedergelassen haben, wo Thüringen Gott sei Dank seit vielen Jahren ein solches Haus hat. Heute hätten wir es wahrscheinlich nicht mehr hinbekommen, wenn wir es in der Zeit 1992/1993 nicht erworben hätten. Denn dieser Effekt, der zahlt sich für das Land allemal wieder aus, weil natürlich Kontakte, die auch die Landesregierung oder die Ministerien dort knüpfen können, das geht nur über Personenkontakte, das kann man nicht am Telefonhörer machen. Deswegen bin ich ganz froh, dass wir diesen Pool haben, und hoffe natürlich auch, dass der von den einzelnen Häusern dann auch personell mit Leben ausgestaltet werden kann.

Ein zweiter Punkt - das Europäische Informationszentrum: Also, das mag sein, ich habe jetzt das letzte Mal wirklich nicht ins Internet geschaut, deswegen will ich dazu nichts sagen, aber die Praxis des Hauses ist eine völlig andere gegenüber dem,

was Sie hier schildern. Ich will Ihnen mal die Zahlen nennen: Allein im letzten Jahr waren es 15.000 Besucher in den über 60/65 Maßnahmen/Projekten, die gelaufen sind, organisiert durch das Europäische Informationszentrum; dabei sind über 65.000 Menschen beteiligt gewesen. Und wenn man mal in das Haus reingeht und sich die Mühe macht und sieht, was da für ein Leben drin ist, wie viele Schulklassen das in Anspruch nehmen, wie das Material, was dort vorhanden ist, abgerufen wird in die Schulen herein - also ich kenne selbst ein paar Schulen in meinem Stimmkreis, die einen sehr engen Kontakt mit diesem Haus haben, um dort gerade auf Europa zu wirken, die junge Generation auf Europa vorzubereiten -, da tun Sie diesem Haus Unrecht, wenn Sie das so stehen lassen, wie Sie es hier gesagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Aber nun noch zu einigen Anträgen: Ich möchte gern ein paar Bemerkungen dazu machen, denn Sie haben als PDS ja 100 zusätzliche Ausbildungsstellen für die gesamte Landesverwaltung in der Thüringer Staatskanzlei im Einzelplan 02 beantragt, die sollen dort veranschlagt werden. Ich finde, das ist von der fachlichen Realität ein ganzes Stück entfernt, meine Damen und Herren. Den erfolgreichen Thüringer Ausbildungspakt reden Sie permanent schlecht, das haben wir in den letzten Monaten hier immer wieder hören können. Darin ist die Landesregierung vertreten, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Wir wissen natürlich auch, dass es aus sehr unterschiedlichen Gründen leider auch nicht besetzte Ausbildungsplätze in diesem Land gibt. Und wenn man mit den Kammern redet und wenn man mit den Menschen redet, da gibt es allein im handwerklichen Bereich jede Menge Möglichkeiten. Was uns auch sehr zu schaffen macht, ist die hohe Abbrecherquote in der Ausbildung. Die jungen Leute, die nach drei Wochen, nach sechs Wochen ihre Ausbildung abbrechen, kommen wieder zurück. Ich sage Ihnen, eine Erhöhung der Ausbildungskapazität durch Stellenausbringung in der Staatskanzlei ist für meine Begriffe unzweckmäßig und schafft keine tatsächlichen Ausbildungsplätze in den unterschiedlichen Ausbildungsberufen. Zudem sind die Ministerien und deren nachgeordnete Behörden keine Einrichtungen der Thüringer Staatskanzlei. Soweit ich die Struktur kenne, besitzen die immer noch eine eigene Personalhoheit.

Meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, auch Ihr Antrag zur Aufstockung der Mittel der Landeszentrale für politische Bildung - Herr Kollege Kubitzki hat es ja noch mal dargeboten -, auch jedes Jahr die gleiche Problematik. Für uns ist die Arbeit dieser Landeszentrale natürlich von enormer Bedeutung, das steht außer Frage. Und so richtig laute Kla-

gen über mangelnde Unterstützung, über Unzufriedenheit sind mir persönlich bisher noch nicht zu Ohren gekommen, weder von Beteiligten in Sachen Bildungsveranstaltungen noch bezüglich auch der Programmgestaltung dieser Landeszentrale für politische Bildung. Da wird mit anderen Trägern kooperiert, um auch dort neue Finanzquellen zu erschließen. Da wird nach neuen Wegen gesucht, wie man auch natürlich aus finanziellen Engpässen herauskommen kann. Da sind Ideen gefragt. Ich denke, mit den bisherigen Mitteln findet eine Förderung auch im erheblichen Umfang statt. Außerdem sollten Sie, das sei auch gestattet, auch mal in andere Länder schauen. Es gibt Länder, da gibt es überhaupt keine Landeszentrale mehr und nicht überall sind die Mittelansätze so wie bei uns.

Vielleicht noch mal ein Wort zu dem Änderungsantrag in Kapitel 02 02 zur allgemeinen Bewilligung. Wenn Sie der Meinung sind, eine nachhaltige und in die Breite gehende Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, wobei meine Fraktion da ganz klar Position bezieht - wenn, dann schon Rechts- und Linksextremismus -

(Beifall bei der CDU)

wenn Sie die für notwendig halten, dann sollten Sie auch schauen, auf welche Art und Weise Sie zu Geld kommen. Dass der Verfassungsschutz, Ihr Deckungstitel, für Sie von Anfang an ein Dorn im Auge war, das ist ja hier keine neue Erkenntnis, aber dass Ihr Deckungsvorschlag jetzt auch noch aus dem Kapitel 03 kommt, ich finde, das ist auch ein ganzes Stückchen unseriös.

(Beifall bei der CDU)

Ebenso abzulehnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ist Ihr Antrag aus dem Kapitel 02 01 Titel 546 72 - Ausgaben für Veranstaltungen. Die Finanzmittel in dieser Titelgruppe 72 werden für Maßnahmen eingesetzt, die vor allen Dingen auch die Intentionen der Außenbeziehungen des Freistaats Thüringen widerspiegeln und auch unterstützen. Dazu gehört natürlich auch die Darstellung Thüringens als Wirtschaftsstandort im Ausland vor allen Dingen. Dazu gehören neben politischen Gesprächen vor allem auch fachspezifische Rahmenveranstaltungen im wirtschaftspolitischen Bereich. Das Zusammenwirken der Thüringer Institutionen - Landesregierung, Tourismusgesellschaft, Landesentwicklungsgesellschaft - ist natürlich dabei auch unerlässlich, weil die Gesamtkosten von mehreren getragen werden müssen. Wenn nun die von Ihnen gewünschte Kürzung im Haushalt in dieser Höhe realisiert würde, dann glaube ich durchaus, dass größere Veranstaltungen, wie wir sie in Thüringen in den letzten Jahren hatten - ich erin-

nere mich an London 2002, ich erinnere mich an Paris 2003, in Budapest gab es eine große Veranstaltung, die dann natürlich kaum noch stattfinden könnten. Es ist natürlich unstrittig, weil das auch so in der Begründung steht, dass der Mittelabfluss in diesem Titel nicht genau vorherzusehen ist. Das jüngste Beispiel aber ist - das darf ich mal sagen -, dass vor wenigen Tagen erst die russisch-thüringische Delegation zu Wirtschaftstagen in Thüringen war. Da ist der Ministerpräsident Dieter Althaus nach Moskau eingeladen worden. Das Jahr ist fast zu Ende. Wenn wir jetzt diesen Mittelansatz runterfahren, dann können wir denen natürlich sagen - oder wer das auch immer sagen soll -, es tut mir Leid, wir können Thüringen nächstes Jahr nicht präsentieren in Russland, weil wir kein Geld haben, wir haben nichts eingestellt. Ich meine, in einem solchen Titel muss auch ein bisschen Spielraum und Beweglichkeit drin sein.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:
Das macht der Gerhard mit.)

Nein, nein, das macht der Gerhard nicht mit. Ich glaube schon, es ist wichtig, dass wir an der Stelle auch ein bisschen Beweglichkeit haben. Die eingereichten Änderungsanträge von der Linkspartei.PDS wurden ja im Haushalts- und Finanzausschuss mehrheitlich abgelehnt. Dasselbe wird meine Fraktion morgen auch tun. Danke schön.

Vizepräsidentin Pelke:

Danke schön. Ist das eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Blechschmidt?

Abgeordneter Blechschmidt, Die Linkspartei.PDS:

Nein, ich hätte gern zwei Fragen an den Abgeordneten Bergemann gestellt.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Eine.

Vizepräsidentin Pelke:

Dann bitte eine, wenn der Abgeordnete Bergemann das zulässt.

Abgeordneter Blechschmidt, Die Linkspartei.PDS:

Dann nehmen wir eine gebündelte Frage.

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter Blechschmidt, dann bitte die Frage.

Abgeordneter Blechschmidt, Die Linkspartei.PDS:

Kollege Bergemann, zurück zu den Ausbildungsplätzen. Gehen Sie mit mir mit, wenn wir die Behauptung aufstellen würden, dass der öffentliche Dienst bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen eine gewisse Vorbildwirkung im Bereich auch mit Blick auf die Wirtschaft haben sollte? Zweitens: Habe ich Sie dann richtig verstanden, dass der Antrag der Linkspartei.PDS, was die 100 zusätzlichen Ausbildungsplätze angeht, nur falsch gesetzt ist in der Staatskanzlei und dass Sie sich vorstellen könnten, dass sie in anderen Bereichen in den Ministerien durchaus sinnvoll wären?

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Herr Kollege Blechschmidt, ich habe natürlich kein Problem mit den Fakten und Zahlen. Dass der öffentliche Dienst seine Pflicht hat, ist klar, aber in erster Linie hat sie die Wirtschaft. Ich bin jetzt über 40 Jahre Gewerkschaftsmitglied. Ich würde mich freuen, wenn die Gewerkschaften so ein hohes Ausbildungspotenzial anbieten würden, wie es die Landesregierung tut. Da wären wir ein ganzes Stück weiter.

(Beifall bei der CDU)

Nur nicht richtig gesetzt - ich habe ja vorhin klar gemacht, dass ich das auch aus fachlicher Sicht nicht für richtig halte, die spezifische Ausbildung junger Menschen, jetzt 100 Leute einzustellen in der Veranschlagung in der Staatskanzlei oder wo auch immer. Ich halte das für die Ausbildung insgesamt nicht von Vorteil, weil die Ausbildung in den unterschiedlichen Ausbildungsberufen, die junge Leute brauchen, dort für meine Begriffe nicht gewährleistet ist, grundsätzlich,

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD:
Ein Armutszeugnis.)

nicht in der Höhe von 100 Leuten. Wir haben ja 4 Prozent.

Vizepräsidentin Pelke:

Lassen Sie eine weitere Frage der Abgeordneten Dr. Klaubert zu?

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Ja.

Vizepräsidentin Pelke:

Frau Abgeordnete Dr. Klaubert.

Abgeordnete Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS:

Herr Abgeordneter Bergemann, entschuldigen Sie bitte, dass ich jetzt die Frage zum Schluss stelle. Ich saß vorhin hinter Ihnen und konnte die Frage an der Stelle nicht stellen, als Sie zur Landeszentrale für politische Bildung sprachen. Ich sitze ja dort im Kuratorium und möchte Sie fragen, ob Ihnen die Schwierigkeiten bekannt sind, die seit Jahren durch die Kürzungen in diesem Bereich aufgetreten sind, so dass man dort auch bestimmte Veranstaltungen nicht mehr oder nur noch eingeschränkt durchführen kann und auch andere Träger, die Veranstaltungen zur politischen Bildung anbieten und sich üblicherweise an die Landeszentrale gewandt haben, nun abweisen muss und dass demzufolge das Kuratorium alljährlich eigentlich für diese Verstärkung der Mittel wirbt und wir nun als Fraktion der Linkspartei diesen Antrag vor diesem Hintergrund eingebracht haben.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Also, mir ist das schon bekannt, dass man nicht alle Veranstaltungen bedienen kann. Aber das ist ja nicht nur in der Landeszentrale für politische Bildung so. Ich habe auch versucht zu erklären, dass man auch nach anderen Wegen suchen muss, nach anderen Lösungen schauen muss und man möglicherweise über Kooperation, über Sponsoring oder über andere Dinge nachdenkt, um dort ein ganzes Stück vorwärts zu kommen. Das ist mir völlig klar, dass das Geld nicht reicht, aber es reicht nicht nur an dem Punkt nicht.

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter Bergemann, Sie sind sehr gefragt. Lassen Sie noch eine Frage der Abgeordneten Hennig zu?

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Das freut mich.

Vizepräsidentin Pelke:

Dann bitte schön.

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Danke.

Abgeordnete Hennig, Die Linkspartei.PDS:

Nach Ihren Aussagen zur Ausbildung im Landesdienst, glaube ich, ist Ihnen nicht ganz klar, wie die Situation dort wirklich aussieht. Können Sie mir sagen, wie hoch die Ausbildungsquote im Landesdienst

ist und zum Zweiten wie viele Stellen für Auszubildende im Haushaltsplan 2005 eingeplant waren und wie viele tatsächlich besetzt sind? Können Sie mir dann sagen, wie viel die 100 Plätze, die die Fraktion der Linkspartei.PDS einstellen wollte, ausgemacht hätten?

Abgeordneter Bergemann, CDU:

Frau Kollegin Berninger, ich habe ...

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, Die Linkspartei.PDS: Hennig.)

Entschuldigung. Wir reden ja heute nicht über Ausbildung, da können wir ja hier einen Tagesordnungspunkt Ausbildung aufmachen. Ich habe das Beispiel nur gebracht aus der Praxis heraus, wie kompliziert es ist, und deshalb habe ich vorhin auch noch einmal erläutert, wir brauchen eine fachgerechte Ausbildung, die am Markt gefragt wird. Es sind knappe 4 Prozent, Sie kennen doch die Zahlen, Sie kennen sie doch und da brauchen Sie sie doch hier nicht noch einmal abfragen. Ich denke, Sie wissen es ganz genau, dass Bedarf da ist. Das ist auch völlig klar. Aber ich habe ja gesagt, 100 Stellen in der Staatskanzlei zu veranschlagen - da wiederhole ich mich gern noch mal -, ich halte das für nicht sachgerecht. Ich habe Ihnen auch noch einmal zu diesem Punkt gesagt, die Staatskanzlei, die Ministerien und deren nachgeordnete Behörden sind dort nicht einzusortieren, sie sind eigenständig, sie haben eigene Hoheiten und da kann man nicht mit solch einem Antrag aufschlagen. Das geht nicht, den kann man nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter Blechschmidt, hat sich damit Ihre Wortmeldung erledigt? Sie waren noch angemeldet. Danke schön. Damit liegen keine weiteren Wortmeldungen von Abgeordneten vor. Möchte die Landesregierung das Wort ergreifen? Das ist nicht der Fall. Dann ist die Aussprache zum Komplex Staatskanzlei beendet.

Ich rufe auf den **Einzelplan 03 - Innenministerium - gemeinsam mit Einzelplan 17 - Allgemeine Finanzverwaltung, Kommunalen Finanzausgleich - und die Artikel 4, 5, 6 und 7 des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes 2006/2007**. Als Erster hat sich zu Wort gemeldet der Abgeordnete Kuschel, Die Linkspartei.PDS-Fraktion.

Abgeordneter Kuschel, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst zwei Vorbemerkungen. Herr Mohring, Sie haben hier in Ihrer Rede unter anderem Rio Reiser zitiert. Es muss Ihnen schon sehr schwer fallen, diesen Haushalt zu begründen, wenn Sie selbst dort auf Rio Reiser zurückgreifen müssen.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Reiser passt immer.)

Immerhin war er bis zu seinem Tod PDS-Mitglied und er beendete den Song zum Schluss mit der Zeile: „dieses Land ist es nicht“. Vielleicht hätten Sie es eben insgesamt zitieren sollen.

(Beifall bei der Linkspartei. PDS)

Zu Ihrer persönlichen Anmerkung, Herr Mohring, die war durchaus bemerkenswert. Sie haben bewusst darauf verwiesen, dass Sie sich hier als Landtagsabgeordneter äußern und nicht als finanzpolitischer Sprecher Ihrer Fraktion. Aber Ihre Kritik zum Beispiel hinsichtlich der Lobbyisten in diesem Hause, die dafür sorgen würden, dass dieses Land nicht aus der Verschuldungsfalle herauskommt, richtete sich in erster Linie auch an die Vertreter der Landesregierung, denn gerade die Vertreter der Landesregierung haben sich als solche Lobbyisten erwiesen. Insofern haben Sie innerparteilich in der nächsten Zeit als Generalsekretär sicherlich eine Menge zu tun.

Meine Damen und Herren, als der Innenminister Herr Dr. Gasser am 29. November 2005 die Grundzüge der Reform der Thüringer Polizei vorstellte, da blieb er eine ganz konkrete Antwort schuldig. Für viele Betroffene, aber auch für die Öffentlichkeit stellt sich nämlich die Frage, ob und wie die Veränderung beim Personal und in der Struktur der Polizei im Haushaltsplan 2006 und 2007 ihren Niederschlag findet. Sieht man sich die Ausgabenpolitik bei der Thüringer Polizei für die nächsten beiden Jahre an, so muss man feststellen, nichts von dem, was betroffene Beamte, Interessenvertreter und die Bevölkerung in den letzten Jahren immer forderten, noch die positiven Ansätze des OPTOPOL-Konzepts finden sich im Haushalt letztlich wieder.

Meine Damen und Herren, für eine bürgernahe Polizei lautet die Maxime für die Polizeiarbeit: Mehr Grün auf die Straßen durch Abbau der Verwaltung und Stärkung des unmittelbaren Polizeidienstes, das verspricht nun das vom Innenminister vorgelegte Papier für die Reform der Thüringer Polizei. Die Abschaffung des Polizeiverwaltungsamts und die Anpassung der Polizeidirektion an die Planungsregion, die Tätigkeitsschwerpunkte und die infrastrukturellen Gegebenheiten sind Vorhaben, die laut diesem

Konzept in Angriff genommen werden sollen. Dies kann jedoch nur gelingen und nachhaltige Wirkung entfalten, davon sind wir überzeugt, wenn in einem ersten Schritt auf dem Weg zu dieser Reform ein generelles Konzept für eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform vorgelegt werden würde. Dadurch würde der Rahmen und die Richtung jeder einzelnen Strukturveränderung auch im Bereich der Polizei klar definiert werden. Sie hingegen, Herr Innenminister, starten mit dem zweiten Schritt. In dieser generellen Kritik werden wir auch durch die Gewerkschaft der Polizei bestärkt. Strukturveränderungen bei der Polizei sind durchaus angesagt, notwendig ist aber eine Harmonisierung mit den künftigen Verwaltungsstrukturen des Landes und der Kommunen. Hier fehlt ein Gesamtkonzept der Landesregierung und deshalb entstehen immer wieder neue Konfliktpunkte.

Meine Damen und Herren, nun haben wir den Haushalt zu beraten und nichts von diesen Grundzügen einer künftigen Polizeiarbeit findet sich hierin wieder. Schlimmer noch: Was wir an Personal- und Ausgabenentwicklung dort skizziert sehen, widerspricht sogar in den Grundzügen diesen Reformvorschlägen. Es verstärkt sich der Eindruck, dass Sie diese Reform überhaupt nicht ernsthaft umsetzen wollen. Dies wäre eigentlich gut so, denn - darauf hatte ich bereits verwiesen - die Reform der Polizeistruktur kann doch nur im Rahmen einer grundsätzlichen Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform gelingen. Andererseits müssen Sie, Herr Minister, wenn Sie sich selbst ernst nehmen, schon dafür sorgen, dass Ihre Reformansätze auch ihren Niederschlag im Entwurf des Doppelhaushalts 2006 und 2007 finden. Doch was machen Sie? Gekürzt wird gerade dort, wo durch Sie Stärkung versprochen wurde, dort, wo der Bürger die Polizei tagtäglich und persönlich erleben kann und schätzt, nämlich im Streifendienst. Genau in diesen Besoldungsgruppen liegt Ihr Schwerpunkt des Personalabbaus. Hinzu kommen etwa 150 nicht besetzte Stellen in diesem Bereich; hier blutet die Polizei sozusagen aus und das führt nicht nur zu Misstrauen bei den Bürgern, sondern auch zu Unverständnis bei den Beamtinnen und Beamten, die zu Recht seit Jahren fordern, dass diese zentrale Leistung der Thüringer Polizei nicht nur in Sonntagsreden gewürdigt, sondern auch praktisch, z.B. in der Bezahlung und Ausstattung, entsprechend honoriert wird.

Dagegen weist die Personalentwicklung, meine Damen und Herren, des Polizeiverwaltungsamts eben keine drastischen Einschnitte auf, sondern hier erweckt der Haushalt den Eindruck, dass der Minister wohl davon ausgeht, dass eine Ankündigung auf Reduzierung der Verwaltung im politischen Lauf der Beratung zu OPTOPOL noch erheblich verwässert wird. Wundern würde es nicht, oftmals sind große

Pläne in Thüringen mit Adlerschwingen gestartet und als lahme Enten gelandet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses haben wir auf eine Reihe von Einzelaspekten im Haushalt des Innenministeriums hingewiesen, bei denen wir Änderungsbedarf sehen, Unstimmigkeiten vermuten, aber auch feststellen durften, dass von uns vorgeschlagene Korrekturen nun endlich Einzug gehalten haben. Ein Beispiel möchte ich dabei nennen. So durften wir mit einem Schmunzeln zur Kenntnis nehmen, dass die in den letzten Jahren durch uns erhobene Forderung der Anhebung der Einnahmen durch Bußgelder nun auch von der Landesregierung ins Auge gefasst wird. Damit dürfte sich auch der Vorwurf gegen uns, wir würden der Wegelagererei das Wort reden, erledigt haben.

Ebenso hoffen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der Erhalt der Rettungshundestaffel Marlishausen, wie von uns im Innen- und Haushalts- und Finanzausschuss angesprochen, im Interesse der dort tätigen Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr realisiert werden kann. Hier tat sich die Landesregierung, insbesondere das Innenministerium, sehr schwer. Gerade dieses Beispiel belegt, wie weit weg von Realitäten manchmal ein Ministerium arbeitet. Dabei geht es vergleichsweise um wenig Geld, zumindest für das Land. Für die Rettungshundestaffel geht es aber letztlich ums Überleben. Bei der Rettungshundestaffel geht es nicht um irgendein Hobby von Hundefreunden, sondern um die Rettung von Leben. Dies hat das Land ursprünglich auch so gesehen, deshalb wurde auch die Rettungshundestaffel in den letzten Jahren mit rund 140.000 € zur Bereitstellung von Ausrüstungen durch das Land gefördert. Ungeklärt geblieben ist allerdings die Kostenfrage hinsichtlich der Einsätze. Bisher hat hier das Land eine Kostenübernahme verweigert, obwohl diese gesetzlich im Brand- und Katastrophenschutzgesetz vorgegeben ist. Trotzdem verweigerte sich die Landesregierung, obwohl es um maximal 15.000 € im Jahr geht, die auch im Haushalt eigentlich schon enthalten sind, aber diese Haushaltsstelle bisher nicht angesprochen wurde. Doch die CDU-Fraktion vertritt hier sachgerechterweise eine andere Auffassung und das erkennen wir durchaus an. Die Umsetzung im Haushalt befriedigt doch leider nur in Ansätzen. Der ursprüngliche Änderungsantrag der Fraktion der CDU bezog sich nur auf eine Forderung der Rettungshundestaffel im investiven Bereich, also hinsichtlich der Ausrüstung und Ausstattung. Erst aufgrund unserer erneuten Rückfrage im Haushaltsausschuss, als bereits über die Änderungsanträge abgestimmt werden sollte, wurde deutlich, dass eine Lösung für die Einsatzkosten dadurch nicht gefunden war. Deshalb legte die Fraktion der CDU im Nachgang einen weiteren Ände-

rungsantrag vor, was schon ein bemerkenswerter Vorgang ist. Doch auch dieser Änderungsantrag löst das Problem nicht vollständig. Im Änderungsantrag ist bestimmt, dass nur die Einsatzkosten der Rettungshundestaffel bei Katastropheneinsätzen erstattet werden. Der Schwerpunkt der Einsätze der Rettungshundestaffel liegt jedoch bei der Suche von vermissten Menschen außerhalb von Katastrophenereignissen. Was wird also jetzt mit den Kosten? Die Fraktion der CDU hat hier eine Lösung versprochen, die wir als Linkspartei.PDS nochmals anmahnen. Wir fordern die Fraktion der CDU auf, hier ihren Änderungsantrag nachzubessern, damit dieses Problem endlich vom Tisch kommt. Andernfalls werden Sie sich Wortbruch vorhalten lassen müssen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Oder, meine Damen und Herren, Sie haben noch eine andere Alternative, Sie können unserem Änderungsantrag einfach zustimmen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU:
... schon alle!)

Eben, Herr Fiedler, deshalb habe ich Ihnen vorher die Brücke aufgebaut, weil es mir um die Sache geht. So schwierig ist die Sache nun wirklich nicht und zusätzliche Kosten entstehen für das Land tatsächlich auch nicht, denn der Betrag ist im Haushalt bereits enthalten. Geben Sie sich also einen Ruck, die Rettungshundestaffel hat dies verdient; dass Sie das so sehen, hat die Auszeichnung der Rettungshundestaffel durch die Fraktion der CDU vor wenigen Tagen gezeigt. Dieser eher symbolischen Würdigung können Sie jetzt konkrete Taten folgen lassen. Wer dieses vergleichsweise kleine Problem nicht lösen kann, ist ungeeignet, ein Land wie Thüringen insgesamt zu führen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, die Haushaltsdiskussion zum Kommunalen Finanzausgleich wird durch verschiedene Entwicklungen der letzten Wochen und Monate geprägt. Zum einen hat der Thüringer Verfassungsgerichtshof Teile der Regelungen des Kommunalen Finanzausgleichs für verfassungswidrig erklärt. Bis 2008 muss darauf nun der Gesetzgeber reagieren. Deshalb ist der vorliegende Entwurf des Doppelhaushalts nur mittelbar betroffen. Es bleibt aber festzustellen, dass die teilweise Verfassungswidrigkeit des Kommunalen Finanzausgleichs fortbesteht, wenn auch mit Duldung des Verfassungsgerichtshofs. Der Thüringer Landkreistag hat in seiner Stellungnahme, das hat hier bei der Grundsatzsprache schon mal eine Rolle gespielt, auch darauf verwiesen, dass er den Kommunalen Finanzausgleich im Zusammenhang mit den Umschichtungen

der Mittel zur Finanzierung der Kindertagesstätten ebenfalls für verfassungswidrig hält. Ich hätte mir schon gewünscht, dass die Landesregierung auf einen derartigen Vorwurf reagiert, denn es ist nicht irgendein Verband, es ist der Thüringische Landkreistag, der mehrheitlich durch CDU-Landräte getragen wird. Wenn dieser Verband diesem Haushalt Verfassungswidrigkeit unterstellt, dann kann man wohl erwarten, dass die Landesregierung, die diesen Entwurf im Wesentlichen zu vertreten hat, darauf reagiert und nicht versucht es totzuschweigen. Die erste Reaktion, die ich vernommen habe, war die des Generalsekretärs heute hier in der Debatte, der sich damit zumindest ansatzweise auseinandergesetzt hat. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs wäre unnötig gewesen, wenn die Landesregierung in den letzten Jahren bereit gewesen wäre, gemeinsam mit den Kommunen den Kommunalen Finanzausgleich an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Insgesamt bleibt gegenwärtig festzustellen, dass sich die Auseinandersetzungen zwischen Land und Kommunen zunehmend von der politischen auf die rechtliche Ebene verlagern. Das ist keine gute Entwicklung, jedoch eine verständliche Tendenz, denn offenbar besteht gegenwärtig nur wenig Vertrauen in die Landespolitik und deshalb setzt man auf die Klärung anstehender Probleme durch die Gerichte. Die Landesregierung und die Fraktion der CDU sollten hier zumindest nachdenklich werden und ihr Regierungshandeln kritisch prüfen. Wenn letztlich nicht mehr durch die Politik Entscheidungen getroffen werden, sondern durch Gerichte, ist das auch eine Gefahr für die Akzeptanz der Demokratie und des Parlamentarismus. Wir fordern deshalb von der Landesregierung und der Fraktion der CDU: Lösen Sie erkennbare Probleme, suchen Sie Kompromisse im Interesse aller Beteiligten, verlagern Sie nicht länger die Problemlösung zu den Gerichten. Es könnte sonst sein, dass der Justizminister irgendwann mehr Bedeutung hat als der Ministerpräsident.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will nur die gegenwärtig anhängigen juristischen Streitfälle einmal kurz benennen, damit das ganze Ausmaß des von mir jetzt Dargelegten noch mal deutlich wird. Den Finanzausgleich habe ich bereits benannt. Dort hat das Gericht entschieden. Gegen die Neuregelung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes haben sieben Aufgabenträger Verfassungsbeschwerden eingelegt. Gegen die Fünf-Prozent-Sperrklausel im Kommunalwahlrecht ist ebenfalls eine Klage beim Verfassungsgericht anhängig. Die Gemeinde Benshausen hat Verfassungsbeschwerden gegen die Grundsätze der Einnahmebeschaffung, die in der Thüringer Kommunalordnung enthalten sind, im Zusammenhang mit der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen angekündigt. Die Stadt Arnstadt hat das Land auf Schadenersatz verklagt, weil Landesbehörden der ehemaligen Gemeinde Rudisleben,

die 1999 in die Stadt Arnstadt per Gesetz eingemeindet wurde, großzügig Kredite gewährt bzw. genehmigt haben, und zwar Kredite, die die Leistungsfähigkeit dieser kleinen Gemeinde bei weitem überschritten hatte. Im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Straßenverkehrsbehörden drohen Städte mit Klagen. Gegen das neue Familienfördergesetz formiert sich ein Volksbegehren. Wohin soll das eigentlich noch alles führen? Deswegen handeln Sie! Alles andere käme einem politischen Offenbarungseid gleich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine weitere Entwicklung prägt die Diskussion um den kommunalen Finanzausgleich. Die kommunalen Steuereinnahmen haben sich in diesem Jahr erhöht. Gleichzeitig konnten die Kommunen im Gegensatz zum Land auch weiter Schulden abbauen. Doch daraus zu schließen, den Kommunen geht es besser als dem Land und deshalb könne das Land bei den kommunalen Landeszuweisungen weiter kürzen, wäre eine Missachtung der Realitäten. Die kommunalen Steuereinnahmen sind tatsächlich gestiegen, jedoch werden diese Mehreinnahmen durch überproportional gestiegene Sozialausgaben, insbesondere im Zusammenhang mit Hartz IV, wieder aufgezehrt. Die Mehrausgaben im Sozialbereich überstiegen dabei die Steuermehreinnahmen. Im Saldo haben also die Kommunen weniger Finanzmittel in diesem Jahr zur Verfügung als in den Vorjahren. Die Kommunen haben also tatsächlich nichts von diesen Steuermehreinnahmen. Zu beachten ist dabei auch, dass das Land in diesem Jahr die Zuweisungen an die Kommunen bereits um rund 10 Prozent - das waren rund 200 Mio. € - gekürzt hat. Die kommunalen Steuermehreinnahmen lagen weit unter diesen 200 Mio. € Kürzungen des Landes. Also im Fazit: Im Saldo haben die Kommunen 2005 weniger Geld zur freien Verfügung als in den Vorjahren und diese Entwicklung wird sich auch in den Jahren 2006 und 2007 fortsetzen. Entwarnung wäre hier fehl am Platze, auch deshalb, weil die Kommunen einen hohen Preis für ihre Haushaltskonsolidierung zahlen mussten. Die kommunale Investitionsquote sinkt weiter. 1993 - daran darf ich erinnern - haben die Kommunen noch rund 1,8 Mrd. € investiert. 2004 waren es noch 720 Mio. €. In diesem Jahr werden Investitionen in Höhe von 280 Mio. € nur noch prognostiziert - also ganze 15 Prozent im Vergleich zu 1993. Auch wenn der kommunale Investitionsbedarf gegenwärtig nicht mehr so hoch ist wie in den 90er-Jahren, entsteht ein neuer Investitionsstau. Hinzu kommt, die Kommunen müssen weitere Leistungsangebote, insbesondere in den Bereichen Kultur, Jugend, Freizeit, Soziales, einschränken oder streichen. Nach wie vor müssen kommunale Einrichtungen geschlossen werden. Dies alles hat Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bürger in den Kommunen. Andererseits sind die Kommunen für weitere Refor-

men bereit. Ich erinnere hier an die Bereitschaft für eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Doch hier muss zunächst das Land handeln und seine Hausaufgaben machen. Was man jedoch registriert, muss eher als Stagnation bezeichnet werden. Während die Kommunen in den Startlöchern sitzen, wird sich in der Enquetekommission Verwaltungs- und Gebietsreform erneut mit der demografischen Entwicklung in Thüringen beschäftigt. Dies ist aus unserer Sicht völlig unnötig und verzögert nur die Diskussion um Lösungen. Denn wohin die demografische Entwicklung geht, ist allgemein bekannt, da braucht man nicht weiter groß zu analysieren. In diesem Zusammenhang verstärkt sich der Eindruck, dass die CDU hier keine tatsächliche Diskussion zu den Reformen will und deshalb alles tut, um die Diskussions- und Entscheidungsprozesse zeitlich zu verzögern. Sie verspielen somit wiederholt Chancen. Unsere Nachbarländer wie Sachsen-Anhalt und Sachsen sind hier mutiger. Die sind auch CDU-regiert, allerdings mit Koalitionspartnern. Deshalb darf man einschätzen, die Thüringer CDU-Alleinregierung hat in dieser Hinsicht offenbar keinen allzu großen Vorteil.

Meine Damen und Herren, auf eine weitere Entwicklung möchte ich verweisen. Durch die Entscheidungen des Landes, die im Vorfeld zu dieser Diskussion zum Landeshaushalt getroffen wurden, drohen den Kommunen weitere finanzielle Belastungen. Ich nenne hier nur das Stichwort „neue Kindertagesstättenfinanzierung“. Ich will hier die Diskussion nicht neu eröffnen, doch es bleibt der Fakt, dass die unmittelsbaren Landeszuweisungen für die Kindertagesstätten von 153 Mio. € auf knapp 80 Mio. € sinken. Selbst wenn ein Großteil des neuen Landeserziehungsgeldes an die Kindertageseinrichtungen fließen sollte, was jedoch völlig offen ist, bleibt es bei einem Minus von mindestens 40 Mio. €, also von einem Drittel. Hier braucht man kein Prophet zu sein, um zusätzliche finanzielle Belastungen der Kommunen zu prognostizieren. Auch in anderen Bereichen, meist außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs, müssen die Kommunen Kürzungen verkraften, die sie nicht aus eigener Kraft ausgleichen können. Ich verweise hier auf die Kürzungen bei den Frauenhäusern, bei den Schuldnerberatungsstellen, beim Verbraucherschutz, bei der Erwachsenenbildung und bei den Musikschulen. Diese Kürzungen treffen die Bürger und Kommunen in gleichem Maße.

Hier macht sich auch noch einmal eine Anmerkung zu den Ausführungen des Herrn Mohring notwendig. Herr Mohring, Sie haben es als bedenklich bezeichnet, dass das Land einen Theaterplatz in Erfurt in Höhe eines halben Monatseinkommens eines Arbeitslosengeld-II-Beziehers bezuschusst. Wir stellen hier eine andere Frage. Wir fragen nämlich und sagen, wir halten es für skandalös, dass es in die-

sem Land Menschen gibt, die unverschuldet längere Zeit arbeitslos sind und mit einem Betrag auskommen müssen, der nur doppelt so hoch ist wie die Bezuschussung des Landes für einen Theaterplatz in Erfurt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, so erfreulich es ist, dass sich die Kürzungen im Finanzausgleich in Grenzen halten, was aber eine Folge eines Richterspruchs oder eines Gerichts ist und nicht das Ergebnis konkreter Regierungshandelns, umso schmerzhafter sind die übrigen Kürzungen an die Kommunen. Die Kommunen bleiben, das ist unsere Einschätzung, die Verlierer der CDU-Landespolitik und sie machen dies deutlich. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Proteste der Kommunen gegen die Pläne der Landesregierung zur Neustrukturierung der Straßenverkehrsbehörden. Wenn selbst CDU-Kommunalpolitiker damit drohen, die Partei zu verlassen oder dazu aufrufen, am 7. Mai 2006 ja nicht die CDU zu wählen,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU:
Dann sollen sie doch gehen.)

muss die Stimmung tatsächlich auf dem Nullpunkt sein. Spätestens jetzt wäre es doch Zeit, meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU und der Landesregierung, zum Umdenken. Die Kommunen waren und sind bereit, ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zu leisten. Die Zahlen belegen dies. Die Kommunen wollen aber nicht länger für eine verfehlte Landespolitik finanziell in Haftung genommen werden. Die Kommunen wollen für das Land Partner sein, aber nicht der Buhmann. Gehen Sie deshalb auf die Gemeinden zu und hören Sie auf, sich mit den Kommunen nur noch vor den Gerichten zu streiten.

Dieses Land lebt durch seine Kommunen; sterben die Kommunen, stirbt auch dieses Land. Nutzen Sie deshalb die Reformbereitschaft der Kommunen, doch hören Sie auf, die Kommunen auszunutzen.

Zwei Reformvorhaben müssen in der nächsten Zeit auf den Weg gebracht werden; das ist die Neuordnung des Finanzausgleichs und der Einstieg in eine tatsächliche Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Hier hat die Finanzministerin - sie ist jetzt nicht da, aber der Staatssekretär wird es ihr übermitteln - erneut darauf verwiesen, dass sie bei einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform die Einsparungspotenziale so richtig nicht erkennen kann oder das nicht zu erkennen vermag. Deswegen will ich noch mal auf drei Punkte verweisen, bei denen wir tatsächlich die Potenziale bei einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform sehen.

Wir sehen sie erstens bei der Leistungssteigerung von Verwaltungshandeln, und das auch in Abhängigkeit von der Steuerkraft. Untersuchungen gerade auf kommunaler Ebene haben gezeigt, es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen leistungsfähigen Verwaltungsstrukturen und der Entwicklung der kommunalen Steuerkraft. Sie brauchen nur einmal die kommunalen Steuerkraftsätze im Landkreis Sonneberg und anderen Landkreisen vergleichen. Der Landkreis Sonneberg ist einer der Kreise, der auf das Institut der Verwaltungsgemeinschaft zum Beispiel verzichtet hat und nicht umsonst eine sehr hohe Steuerkraft aufweist. Das hat nichts mit der Nähe zu Bayern zu tun, ansonsten müssten auch andere Anliegerkreise, die an Bayern grenzen, eine vergleichsweise Steuerkraft aufweisen. Also, es gibt schon einen Zusammenhang zwischen leistungsfähiger Verwaltung und Entwicklung von Steuerkraft.

Zweitens sehen wir Einsparungen insbesondere bei den Transaktionskosten, indem nämlich eine Verwaltungsebene entfällt, Transaktionskosten, die entstehen, weil sich Behörden untereinander beschäftigen müssen. Die fallen weg oder werden weniger und wir gehen von einer Optimierung des Personals aus. Das schließt Personalabbau nicht aus, ist aber bei uns nicht an erster Stelle, aber bei Ihren Personal Konzepten steht an erster Stelle immer nur der Personalabbau. Bei uns steht die Aufgabenkritik und die Neuverteilung von Aufgaben im Mittelpunkt.

Meine Damen und Herren, hinsichtlich der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform liefern Sie zurzeit bedauerlicherweise nur Stückwerk. Im laufenden Haushalt haben Sie 15 Mio. € für die Förderung freiwilliger Gemeindezusammenschlüsse bereitgestellt oder Sie wollten sie bereitstellen. Mal davon abgesehen, dass Sie Geld ausgeben wollten, das noch gar nicht da war, denn Sie wollten es über den Verkauf von Vermögen finanzieren, ist festzustellen, dass von diesen Mitteln kein einziger Euro abgeflossen ist. Nicht eine geförderte Gemeindegliederungsmaßnahme konnten Sie 2005 erfolgreich abschließen. Dieses Ergebnis war offenbar so peinlich, dass bei der Pressekonferenz nicht einmal der zuständige Fachminister zugegen war, sondern sein Staatssekretär gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten diese mühseligen Ergebnisse der Gemeindegliederung verkünden musste. Es kann natürlich auch sein, Herr Innenminister, dass Sie grundsätzlich andere Auffassungen zur Gemeindegebietsreform haben als der Ministerpräsident. Der will ja erst nach seiner Amtszeit, wann auch immer die endet, eine solche Reform ...

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU:
Kuschel, der Sterndeuter.)

Aus Ihren Worten entnehme ich, dass Sie das durchaus anders sehen. Auch das würde erklären, dass Sie es für nicht mehr angemessen sehen, gemeinsam mit Ihrem Ministerpräsidenten eine solche Pressekonzferenz zu machen. Der Staatssekretär ist ja verbeamtet, der muss, der kann sich das nicht aussuchen. Der war übrigens Offizier, der ist es gewohnt, ich war auch einmal Offizier, Befehle zu befolgen, selbst wenn man nicht davon überzeugt ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Das ist eine Geschmacklosigkeit.)

(Zwischenruf Abg. Wehner, CDU: Da kriege ich ja Gänsehaut, wenn ich das höre.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 2006 und 2007 wollen Sie jeweils 10 Mio. € für freiwillige Gemeindeneugliederungsmaßnahmen ausgeben. Ein erster Gesetzentwurf mit drei Neugliederungsmaßnahmen liegt zwischenzeitlich dem Landtag vor. Auch noch kein großer Wurf, aber immerhin ein Anfang, könnte man meinen, jedoch ein Anfang mit erheblichen Problemen. So lösen Sie den Fall Kleinschalkalden, Herr Innenminister, und schaffen gleich ein neues Problem, nämlich Brotterode. Sie lassen nämlich aus der Verwaltungsgemeinschaft Rennsteig Brotterode zurück mit gerade noch mal 3.054 Einwohnern. Es ist abzusehen, dass diese Stadt in absehbarer Zeit unter die 3.000-Einwohnergrenze sinkt und dann haben wir ein neues Problem. Aber offenbar war auch hier der Erfolgsdruck so groß, dass Sie bereit waren, damit Sie wenigstens etwas präsentieren können, dass Sie sagen, ich löse zwar ein Problem, schaffe aber gleichzeitig ein neues. Bei Triebes und Zeulenroda wird ein beantragtes Bürgerbegehren so lange verfahrensrechtlich verzögert, dass es letztlich durch ein Gericht abgelehnt wird. Rund die Hälfte der Wahlberechtigten von Triebes hat sich gegen die Eingemeindung nach Zeulenroda ausgesprochen - keine gute Ausgangsposition für das Zusammenwachsen zweier Städte. Ohne klare Zielstellung, und davon sind wir überzeugt, kann es keine sinnvolle kommunale Gebietsreform geben. Der vorliegende Doppelhaushalt ist auch in dieser Hinsicht leider ein Armutszeugnis. Es werden sich kaum viele Gemeinden neu strukturieren, wenn sie nicht die Gewähr haben, dass die neuen Strukturen zumindest mittelfristig Bestand haben.

Meine Damen und Herren, noch einige Anmerkungen zur Finanzierung des Sondervermögens Abwasser. Sie haben den Mut gehabt, meine Damen und Herren der Landesregierung und der CDU, und haben aufgrund der Bürgerproteste Ihre Widerstände gegen die Schaffung eines modernen Kommunal-

abgabenrechts in Thüringen aufgegeben, zumindest was den ersten Schritt betrifft. Doch Sie haben die gesetzgeberische Umsetzung der Reform und deren Finanzierung derart schlecht und widersprüchlich vollzogen, dass man die Ernsthaftigkeit Ihres Handelns anzweifeln muss. Es besteht die Gefahr, dass das Gesetz vor dem Verfassungsgericht scheitert. Darauf haben wir bereits im Gesetzgebungsverfahren verwiesen. Hierzu will ich mich an dieser Stelle nicht weiter äußern, sondern nur noch einmal auf die Finanzierung verweisen. Herr Dr. Pidde von der SPD hat das in der Grundsatzausprache bereits auch getan. Die Finanzierung des neuen Kommunalabgabengesetzes kostet das Land jährlich 33 Mio. €, davon 28 Mio. € für die Erstattung der Zinsaufwendungen der Aufgabenträger im Zusammenhang mit der Rückerstattung der Beiträge bzw. der Nichterhebung der Beiträge. Sie haben hierzu ein Sondervermögen gebildet und das ist kreditfinanziert. Dies hätte nicht sein müssen, wenn Sie unsere Vorschläge aufgegriffen hätten. Wir hatten anstelle der Rückzahlung der Beiträge eine Verrechnung mit künftigen Gebührenpflichten vorgeschlagen. Die Bürger waren für eine solche Lösung offen. Für die Aufgabenträger hätte sich die Kreditaufnahme für die Rückzahlung der Beiträge erübrigt. Das Land hätte erhebliche Kosten für die Zinserstattungen gespart. Doch Sie haben sich anders entschieden. Sie haben eine Lösung gewählt, die für das Land besonders teuer kommt. Warum eigentlich, frage ich Sie? Offenbar interessiert Sie hier zumindest in diesem Zusammenhang die desolante Finanzsituation des Landes nicht. Es wäre tatsächlich anders gegangen und das Land hätte Kosten gespart. In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal auf den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion verweisen, der uns heute erst vorgelegt wurde. Dort fordern Sie in einem Punkt eine kritische Betrachtung der Strukturen im Bereich der Aufgabenträger Wasser/Abwasser. Herr Innenminister, ich erinnere Sie an Ihre Zusage; die CDU will, dass Sie bis 30.06. dem Landtag berichten. Sie haben nun mehrfach die Vorlage Ihres Konzepts verschoben. Jetzt macht erst Ferdinand Kirchhoff ein weiteres Gutachten, aber Sie haben zugesagt, dass Sie im Januar Ihr Modell vorstellen werden. Offenbar weiß die CDU mehr als die Öffentlichkeit. Anders ist nicht zu erklären, dass man jetzt den Termin Juni 2006 hört, Sie offenbar ein weiteres halbes Jahr verstreichen lassen wollen, bevor Sie Ihr Konzept vorstellen. Man kann sich vorstellen, wenn Sie so lange brauchen, um ein paar konzeptionelle Vorschläge zu erarbeiten, wie lange es dann erst dauert, das umzusetzen. Vielleicht erleben wir dies in dieser Wahlperiode auch nicht mehr und das kommt für das Land teuer.

Ein weiterer Punkt: Was schon erstaunlich ist, nach 15 Jahren meint die CDU, man müsste mal schauen, ob das Landesrecht im Bereich Kommunalabgaben,

also was Wasser und Abwasser betrifft, nicht zu kompliziert sei. Man müsste mal schauen, ob man da nicht etwas von dieser Kompliziertheit abbauen kann. Das ist schon erstaunlich: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist und sozusagen die Fäkalien bis zum Kinn stehen - im wörtlichen Sinne -, dann kommen Sie auf die Idee und wollen mal prüfen, ob man nicht die eine oder andere Vorschrift doch wegfallen lassen kann. Als wir gefordert haben, zum Beispiel im ländlichen Bereich, in Gebieten unter 2.000 Einwohner gleichwerten, das Prinzip dezentral vor zentral festzuschreiben, was zu einer erheblichen Erleichterung der Verfahrensvorschriften geführt hätte, da haben Sie das zurückgewiesen und haben damit gedroht, wenn man so etwas machen würde, würde man gegen die Verfassung, gegen EU-Vorschriften und anderes verstoßen. Jetzt kommen Sie selbst auf die Idee und sagen, so kann es offenbar nicht weitergehen, dass man jedes Haus im ländlichen Bereich an ein zentrales Klärwerk anschließt, weil die Kosten eben nicht mehr zu tragen sind.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die Diskussion zu den Kommunalabgaben macht sich ein weiteres Konfliktfeld auf. Es geht um die Frage, ob die Gemeinden unabhängig von ihrer Finanzsituation verpflichtet sind, Straßenausbaubeiträge zu erheben. Rund 300 Gemeinden haben in Thüringen noch keine diesbezügliche Satzung. Der Ministerpräsident hat nun bei einem Besuch im Landkreis Hildburghausen angekündigt, dass die Landesregierung in nächster Zeit die flächendeckende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in jeder Gemeinde durchsetzen will. Wir halten dies für falsch und haben hierzu unsere Auffassung durch unseren Gesetzentwurf für ein Kommunalrechtsänderungsgesetz zum Ausdruck gebracht. Der Gesetzentwurf wurde bekanntlich ohne weitere Diskussion in den Ausschüssen durch die CDU abgelehnt. Die Landesregierung war auch für diese grundsätzliche Ablehnung. Doch damit ist auch dieses Thema nicht vom Tisch, da können Sie sicher sein.

Meine Damen und Herren, zu zwei ausgewählten Problemen des Kommunalen Finanzausgleichs möchte ich mich abschließend noch äußern. Der Landesausgleichsstock ist jetzt bereits überzeichnet. Trotzdem will hier die CDU über 300.000 € zugunsten der Musikschulen entnehmen. Wir begrüßen diesen Vorschlag inhaltlich, die haushaltsrechtliche Umsetzung ist jedoch fragwürdig. Wenn wir als Linkspartei.PDS einen solchen Deckungsvorschlag unterbreitet hätten, wäre harte Kritik durch die Landesregierung und die CDU sicher gewesen. Ab 2006 wird es keinen Sozialhilfelastenausgleich mehr geben. Auch wenn die klassischen Sozialhilfeausgaben infolge von Hartz IV gesunken sind, haben die Landkreise und kreisfreien Städte auch weiterhin in unterschiedlicher Höhe Sozialhilfekosten zu tragen.

Im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs erfolgte hier bisher eine Nivellierung der Kosten zwischen den Sozialhilfeträgern. Dies entfällt nunmehr, was wir grundsätzlich für nicht sachgerecht erachten. Wir sind davon überzeugt, der Sozialhilfelastenausgleich hat auch gegenwärtig, wenn auch auf einem geringeren Niveau, seine Berechtigung. Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat Abgeordnete Taubert, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Taubert, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, zunächst mal, Herr Kuschel, denke ich, ersparen Sie sich und Ihrer Fraktion solche peinlichen Vergleiche. Ich denke, das ist dem Haus nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Vor einigen Monaten ging durch die Presse, die Landesregierung habe sich mit den kommunalen Spitzenverbänden zum Kommunalen Finanzausgleich für 2006/2007 geeinigt. Die geplanten Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich für die Haushalte 2006/2007 seien verkraftbar. Mag sein, dass nach dem Beschluss zum Haushalt 2005 die Einschnitte für 2006/2007 in der heutigen Beschlusslage harmlos erscheinen; trotzdem sei darauf verwiesen, dass für die zwei kommenden Jahre zusammen ca. 80 Mio. € dauerhaft dem KFA entzogen werden. Mag sein, dass angekündigte Steuermehreinnahmen auch auf kommunaler Ebene mancherorts die Kürzungen im KFA erträglich machen, aber für Gemeinden und Landkreise, denen das Wasser Oberkante Oberlippe steht, bedeutet auch ein wenig Wasser mehr der Untergang.

(Zwischenruf Abg. Schröter, CDU: Das heißt Oberkante Unterlippe.)

Oberkante Oberlippe. Nein, nein, Oberkante Oberlippe, ich habe es bewusst so formuliert, Herr Schröter. Voll im Bewusstsein meiner geistigen Kräfte, habe ich das so formuliert.

Für besonders problematisch halten wir die Kürzungen im Bereich der Kindertagesstätten und im Bereich der Schuljugendarbeit. Nun können Sie sagen: Was soll das Geschrei, das Geld kommt doch, wie so oft auch gefordert, aus dem KFA nur in den Fachhaushalt, da, wo es eben hingehört. Leider müssen wir feststellen, dass auf dem Weg von einem Einzelplan in den anderen Wegelagerer oder Posträuber unterwegs waren, die sich an der Fracht doch

erheblich vergriffen haben. Von vormals 150 Mio. € für die direkte Kindergartenförderung bleiben ganze 115 Mio. € übrig und da ist die Infrastrukturpauschale schon voll mit eingerechnet. Das ist angesichts der Pflichten der Landesregierung aus dem Urteil des Verfassungsgerichts unverständlich und nicht tolerierbar. Nebenbei ist trotz einiger Verbesserungen zur praktischen Handhabung des ursprünglichen Entwurfs des Kindertagesstättengesetzes vor allem in den Landkreisen die von den Spitzenverbänden beanstandete Teilung der Zuständigkeit und damit Einschränkung von Steuerungsmöglichkeiten weiterhin wirksam. Diese bindet unnötig Verwaltungskraft und schafft darüber hinaus keine Verbesserung von Bildung und Betreuung. Aber - und ich muss es drastisch sagen - als eine unverschämte Austrickserei der kreisfreien Städte und Landkreise muss die Kürzung im Bereich der Schuljugendarbeit und die Streichung des Zuschusses zur Schulsozialarbeit an berufsbildenden Schulen bezeichnet werden. Denn wir erinnern uns: Erst das Geld aus dem KFA für Schuljugendarbeit herausgenommen, weil man zeigen wollte, wer hier im Land eigentlich die inhaltliche Arbeit beherrscht, dann die Ansätze kürzen und wieder in die Hoheit der Kommunen zurückgeben, so dass der Landrat oder der OB dem entsprechenden Träger die frohe Botschaft von Streichung von Maßnahmen und Mitteln überbringen darf. Jugendhilfeausschüsse und Jugendämter konnten diese Maßnahmen nicht beeinflussen. Zum Jahresanfang wissen daher wiederum Dutzende Mitarbeiter und Träger nicht, wie und ob die Maßnahme noch gefördert wird. Wer macht sich bei der Landesregierung und in der Regierungsfraktion nun endlich mal Gedanken darüber, welche und wie sich die Menschen in den Projekten fühlen müssen. Es wird offenkundig, dass Aktionismus noch immer ein schlechter Ratgeber ist. Wer kein Geld hat und dies weiß, der sollte auch wissen, dass man Neues nur anfangen soll, wenn zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen. Deshalb wollen wir die Mittel, die die Landesregierung für freiwillige Gemeindezusammenschlüsse eingestellt hat, wieder an die wirklich notwendigen Stellen geben, nämlich in Erziehung und Bildung. 6,5 Mio. € sollen zur Absicherung der Arbeit in Kindertagesstätten zurückfließen, die restlichen 3,5 Mio. € sollen unseres Erachtens in die Ausbildung der Thüringer Polizei fließen. Freiwillige Gemeindezusammenschlüsse zu fördern, ohne ein Konzept für zukünftige optimale Gemeindestrukturen in Thüringen zu besitzen, halten wir für in keiner Weise zielführend. Nur des Geldes wegen wird sich ohnehin niemand zusammenschließen. Vernünftige, freiwillige Zusammenschlüsse kann man nicht mit Geld erzwingen, wohl aber kann man den Trugschluss erzeugen, dass geförderte Gemeindezusammenschlüsse auch sinnvolle Gemeindezusammenschlüsse sind.

(Beifall bei der SPD)

Hier aber gibt es keine umkehrbar eindeutige Aussage. Denken Sie beispielsweise an den Zusammenschluss, der in der Zeitung stand, von Apolda und Jena, oder den ins Gespräch gebrachte Zusammenschluss von Gotha, Waltershausen und Ohrdruf. Förderbar wären diese Anträge der Städte, aber sind sie für ihr Gebiet auch durchdacht und vernünftig?

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nein!)

Was passiert nebenan, bleibt nicht jemand auf der Strecke? Welche Auswirkungen wurden bei den Vereinbarungen nicht bedacht oder konnten von kommunaler Seite auch nicht einbezogen werden, müssen aber aus landespolitischer und landesplanerischer Sicht vor allem bedacht werden?

Ich habe den Eindruck, die Landesregierung glaubt noch immer, dass die Förderung freiwilliger Gemeindezusammenschlüsse eine Kommunalgebietsreform entbehrlich macht und damit auch kontroverse und langwierige Diskussionen hierzu verhindert, die damit in jedem Fall zusammenhängen. Das Leben wird zeigen, dass dies kurzsichtig ist. Wir möchten das eingestellte Geld nutzbringender einsetzen und scheuen die Diskussionen nicht,

(Beifall bei der SPD)

denn die intensive Förderung und Bildung von Kindern und jungen Menschen in Thüringen ist unsere eigene Landesaltersvorsorge. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Danke. Als nächster Redner folgt Abgeordneter Fiedler, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD hat sich ja geteilt auf dem Gebiet Inneres. Die Frau Kollegin Taubert, die sichtlich etwas angeschlagen ist, hat es schön ruhig und sachlich vorgetragen. Herr Gentzel kommt ja noch. Ich wäre lieber nach Herrn Gentzel drangekommen, aber vielleicht kann man sich noch mal melden.

Meine Damen und Herren, wir sprechen über die Einzelpläne 03 und 17 und es sind hier einige Dinge angesprochen worden. Ich will mal vielleicht bei dem Kommunalen Finanzausgleich anfangen. Ich glaube, dort muss man der Finanzministerin ja nicht immer zustimmen, weil natürlich die Geldverwalter immer

(Beifall bei der SPD)

etwas mehr drauf schauen. Aber an einem Punkt hat sie wirklich Recht, wir haben in den letzten Jahren

(Zwischenruf Abg. Dr. Schubert, SPD:
An einem!)

unsere Kommunen sehr, sehr gut bedient, und gerade, wenn man in Richtung Sachsen schaut, das ist einfach so. Wenn man sich der Mühe dort mal unterzieht, merkt man dann wirklich, wie das Ganze gelaufen ist.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD:
Immerhin!)

Also immer wieder zu behaupten, wir würden unsere Kommunen schlecht behandeln, das stimmt einfach nicht und das weise ich ausdrücklich noch mal an dieser Stelle zurück.

(Beifall bei der CDU)

Man muss sich auch die Frage stellen, wenn wir natürlich über viele Jahre unsere Kommunen, sicher auch in großen Teilen zu Recht, mit gutem Geld des Steuerzahlers quasi versorgt haben, dass natürlich dann, wenn es mal eng wird und das Geld eben insgesamt knapper wird und wir alle Mann sparen müssen, ob wir wollen oder nicht, dass man dort auch Einschnitte vornehmen muss, ich sage mal, in guten wie in schlechten Tagen muss man auch gemeinsam dann dort durchgehen. Ich glaube, natürlich haben die kommunalen Spitzenverbände in unterschiedlicher Art und Weise in den letzten Monaten mit uns gestritten, mit der Landesregierung gestritten, wir haben uns natürlich in vielen, vielen Gesprächen, und ich glaube, an der Stelle noch mal ausdrücklich sagen zu dürfen und zu müssen, dass gerade der Ministerpräsident Dieter Althaus sich sehr, sehr intensiv mit den Spitzenverbänden unterhalten hat, mit einzelnen Kommunen unterhalten hat. Das sollte man einfach mal zur Kenntnis nehmen.

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kuschel zu?

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Nein, Herr Kuschel, am Schluss.

Vizepräsidentin Pelke:

Am Schluss, alles klar.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Dass hier gerade sehr viele Gespräche geführt wurden, damit hier wirklich etwas Vernünftiges herauskommt, und dass der eine oder andere Kommunale auch hier überzieht, und es sind Beispiele gekommen, gerade was vorhin zu Apolda gesagt wurde. Erstens kann jeder Bürgermeister sagen, was er denkt. Dagegen habe ich ja nichts. Er muss aber die Konsequenzen bedenken, wenn er so was mal so locker in den Ring wirft mit vielleicht Einvernahme dann durch Jena, das ist ja nicht so weit weg. Ich glaube aber, diejenigen, die solche Dinge geäußert haben, haben sie schon mindestens dreimal widerufen und die sitzen heute beim Generalsekretär bei uns vielleicht vor der Pforte unter dem Motto, wenn ihnen vielleicht gesagt wird, wenn ihr das nicht mitmachen könnt, müsst ihr euch vielleicht von uns trennen; sitzen sie dann aber da und machen so eine Bewegung, dass sie weiter dabei sein dürfen. Auch das muss an dieser Stelle mal gesagt werden dürfen.

(Unruhe bei der SPD)

Wir können uns nicht von jedem in irgendeiner Form hier erpressen lassen. Ja, das ist einfach so und das muss man auch vielleicht ab und zu den eigenen Leuten sagen.

Zu der ganzen Frage Kommunaler Finanzausgleich ist ja schon in der Grundsatzaussprache viel gesagt worden. Ich will nur darauf verweisen, das Gericht hat in diesem Punkt - und das andere ist ja schon gesagt worden, das will ich nicht alles wiederholen - klar gesagt, wo es hingehet. Die Landesregierung ist aufgefordert, die entsprechenden Kriterien aufzustellen. Wir haben dem Rechnung getragen, so dass es im Moment keine weitere Umverteilung geben wird, bis die Kriterien aufgestellt sind. Ich halte es für sehr vernünftig, dass das Ganze so auch gehandelt wird. Ich glaube, wir haben nicht die Absicht, Herr Kuschel, uns vielleicht nur noch vor Gericht mit bestimmten Dingen auseinander zu setzen. Ich glaube, einer, der ja am meisten hintenrum zündelt, der sitzt ja gerade mir gegenüber und hat gerade die Brille oben auf der Stirn. Ich erinnere an das Kuschel-Mobil, Herr Kollege Kuschel, an Ihr rotes Kuschel-Mobil, mit dem Sie durch das Land gefahren sind. Sie haben die ganze Bevölkerung aufmüpfig gemacht, haben Sie aufgehetzt. Gerade zum Thema Wasser und Abwasser sind Sie tagein, tagaus durch die Lande gefahren und haben die Leute mehr als verunsichert. Jetzt haben wir das Problem geklärt. Es ist eine vernünftige Lösung gefunden worden und schon schwingen Sie sich wieder auf die andere Seite und suchen schon wieder irgendetwas, damit Sie ja wieder irgendwo dagegenhalten können. Das Problem haben wir im Griff und das ärgert Sie einfach. Wir werden das Problem auch abklären. Ich

weiß nur aus meinem Wasserverband, dass jetzt gerade vor Weihnachten dort Millionenbeträge schon zurücküberwiesen wurden. Ich glaube, viele, die das betrifft, werden sich sehr freuen, dass sie vor Weihnachten auch noch entsprechendes Geld kriegen.

Ich kann nur die Verbände aufrufen, dass sie jetzt endlich das umsetzen, dass sie das Geld auch wieder auszahlen an die Bürgerinnen und Bürger und nicht, dass Leute vielleicht aus Parteibuchinteresse irgendwo vorn dransitzen und das verhindern, sondern dass das jetzt endlich umgesetzt wird. Gerade die Fragen beim Wasser und Abwasser haben Sie ja angesprochen, wie es weitergeht mit den Strukturen. Na gut, vielleicht hätte man sich auch wünschen können, dass das eine oder andere ein bisschen schneller geht. Vielleicht hat der eine oder andere da vielleicht im Überschwang Termine genannt, die man möglicherweise nicht halten konnte. Aber Fakt ist eins, dass der Prof. Kirchhoff mit dem Gutachten ja beauftragt ist und dass dieses in Kürze auch kommen wird. Da wird man sich auch hier zu den weiteren Strukturen vernünftig verständigen. Auch dort wird das Entscheidende sein nicht die Größe der Strukturen, sondern die Effizienz der Strukturen. Das ist das Entscheidende, was dabei rauskommen muss.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, das wird auch hier gelingen, genauso wie wir das im Vorfeld bei den anderen Dingen hier gelöst haben. Dann können Sie ihr Kuschel-Mobil in die Ecke stellen. Aber wie ich Sie kenne, Herr Kuschel, machen Sie das natürlich nicht. Sie suchen sich wieder andere Felder aus, wo es dann - was weiß ich - um 5 Prozent geht oder was Ihnen dann so einfällt. Sie haben ja vorhin ein paar Dinge genannt, wo Sie dann zu Felde ziehen werden. Da gebe ich mich überhaupt keinen Hoffnungen hin, dass das nicht passiert.

Vorhin sind natürlich auch Dinge angesprochen worden in Richtung „Sterben der Kommunen“. Manchmal hat man den Eindruck, wenn ich den Linkspartei-PDS-Dingen folgen würde oder was Sie ankündigen, da gibt es ja nur noch einen Landkreis, das ist ganz Thüringen. Da möchte ich mal wissen, wie viele da von den vielen Kommunen wegfallen. Wollen Sie das eigentlich, dass die alle absterben? Ich kann manchmal die Diskussion nicht mehr nachvollziehen. Fakt ist nur eins, meine Damen und Herren, und das will ich noch einmal in Richtung SPD deutlich machen ...

(Unruhe bei der SPD)

Ja, das Eichsfeld kann jetzt mal ruhig sein, Herr Kollege, hier der Bildungsborstel da links.

(Heiterkeit bei der CDU)

(Unruhe bei der SPD)

Für mich ist das Entscheidende: Auf der einen Seite halten Sie immer, Frau Kollegin Taubert, die kommunale Selbstverwaltung doch sehr hoch - das war doch ein freundlicher Ausdruck, Bildungsborstel, vorhin die Pfeife, die nehme ich natürlich nicht zurück, aber der Bildungsborstel, das war ein freundlicher Ausdruck.

Also, Frau Kollegin Taubert, auf der einen Seite wollen Sie, dass die Kommunen in kommunaler Selbstverwaltung arbeiten. Jawohl, dafür sind wir, dafür stehen wir auch ein. Wenn es aber denn so wird, dass die Landesregierung und Fraktion sagen, wir bieten hier ein Programm an, wer sich freiwillig sinnvoll zusammenschließt - wir bekommen das doch alles aus dem Innenausschuss, wo das zu bewerten ist, ist das sinnvoll, passt das -, dann sind Sie erst einmal dagegen. Wenn wir aber dann Geld eingestellt haben und es schon mühsam ist, das irgendwo herzubekommen, dann nehmen Sie dasselbe Geld, was dann dafür da ist, und wollen es dann wieder umverteilen für andere Dinge. Also, Frau Kollegin Taubert, manchmal fällt es mir wirklich schwer - ich weiß, Sie sind etwas angeschlagen, Sie können es mir ja nachher draußen noch einmal ins Ohr flüstern -, nachzuvollziehen, wie Sie dort eigentlich an diese Dinge herangehen. Fakt ist und bleibt, und ob da nun der Ministerpräsident bei einer Pressekonferenz ist oder der Staatssekretär und der Minister, nicht die Masse macht es, die dort sind, sondern dass entsprechend ordentliche Aussagen getroffen werden. Wenn der Herr Ministerpräsident da ist, dann haben wir den mit der Richtlinienkompetenz dort, mehr können wir nicht anbieten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich denke, dass man zu dem Kommunalen Finanzausgleich, zu dem Thema Wasser und Abwasser nicht mehr hinzufügen muss. Das möchte ich damit an der Stelle auch so weit beenden.

Ich möchte noch einmal auf die Familienoffensive, weil immer wieder diese Dinge angesprochen werden, zu sprechen kommen. Wir haben es ja vor kurzem verabschiedet und wir haben uns auch ganz klar dazu geäußert, wie das erstens im Auge und im Blick behalten wird, wie entsprechend das auch kontrolliert wird, wie entsprechend, wenn es notwendig sein sollte, auch nachzusteuern ist. Ich kann Ihnen nur sagen, viele Kommunen, und das ist auch so angelegt, warten lieber darauf, dass das Land irgendwas beschließt, und sie müssen es umsetzen, anstatt dass sie selber in die Offensive gehen und

bestimmte Dinge dort einfach machen. Das ist in einigen Punkten so. Ich denke, die Familienoffensive ist ein sehr guter Ansatz und wir werden dieses auch weiter umsetzen. Wenn meine Informationen richtig sind, vielleicht kann mir da die linke Seite von mir aus gesehen helfen, soll wohl der AWO-Vorstand des Landes beschlossen haben, dass sie sich nicht an dem Volksbegehren beteiligen wollen, was die Linkspartei und Anrainer PDS hier gerne in Gang setzen wollen. Ich kann nur sagen, die haben es halt erkannt, dass eigentlich das Ganze eine gute Geschichte ist.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Am Anfang haben Sie zwar noch ein paar auf die Straße getrieben, das waren ja vor dem Landtag so 250, sicher 100 Funktionäre dabei, und den Rest, da haben sie noch ein paar Kinder dazugenommen, aber ich denke, sie haben natürlich erkannt, dass das ein richtiger Schritt ist und dass dieses in Zukunft wirken wird. Man sollte auch bei Volksbegehren schon genau hinschauen, ob es sich lohnt, das überhaupt in Bewegung zu setzen. Sie haben ja schon einmal ähnliche Erfahrungen gemacht, wo dann auf einmal der Herr Spieth auf der anderen Seite war, und Sie wussten gar nicht mehr so richtig, wie Sie dann aus dem Ganzen herauskommen sollten.

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Kennen Sie den Unterschied zwischen Bürgerantrag und Volksbegehren?)

Ach, wissen Sie, Herr Kollege Buse, ich schätze Sie ja ansonsten als einen ganz vernünftigen Menschen.

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Das hat damit nichts zu tun.)

Sie wissen, dass wir nun schon lange auch hier zusammensitzen zu den ganzen Dingen und dass wir wohl wissen, um was es hier geht. Ich möchte jetzt an der Stelle von diesen Themen weggehen und möchte noch einmal insbesondere auch in Richtung innere Sicherheit gehen. Es ist schon sehr verwunderlich, was heißt verwunderlich, mich verwunderts überhaupt nicht mehr, meine Fraktion sowieso nicht, dass immer wieder, und wir haben es ja vorhin in dem Vorgängerplan gehört, die Linkspartei.PDS den Verfassungsschutz als Sparschwein oder zum Ausschlichten nehmen möchte, damit bestimmte Dinge damit finanziert werden. Dass Sie ihn abschaffen wollen, hat mein Kollege Gustav Bergemann schon gesagt, das kennen wir nun schon seit vielen Jahren. Ich bin mir nur nicht im Klaren, Herr Kollege Kuschel und andere, warum Sie denn das eigentlich immer wieder so permanent machen. Ich vermute einmal, dass Sie sich das Verfassungsschutz-

gesetz einmal angeschaut haben und dass wir damals dort einen Paragraphen hineingeschrieben haben, in dem insbesondere drinsteht, dass fortwirkende Strukturen des MfS und des AfNS zu beobachten sind. Ich habe so das Gefühl, bei Ihnen soll es ja wohl vier von der Sorte geben, dass Sie eigentlich von hinten herum das Ganze aushöhlen wollen, dass gar kein Geld mehr da ist und nichts mehr da ist, damit Sie gar nicht erst weiter in der Beobachtung bleiben. Herr Minister, lieber Dr. Gasser, ich kann Sie nur dringend bitten, dass das Gesetz befolgt wird, dass es verstärkt wird, dass wir insbesondere auch die fortwirkenden Strukturen dort intensiv in den Blick nehmen, damit auch dieses weiterhin in unserem Lande so gemacht wird.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht müssen wir demnächst einmal vor den Landtag ziehen und dafür demonstrieren, dass wir sagen, Stasi aus dem Landtag raus. Vielleicht können wir das auch wieder einmal machen. Das wäre vielleicht auch einmal angebracht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, noch einmal zu der ganzen Frage Marlishausen und Rettungshundestaffel.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das hatten wir schon einmal.)

Das mag ja dir nicht passen, Kollege Döring, aber es gibt noch ein paar Leute im Lande, die das interessiert. Es ist nicht ganz glücklich gelaufen, wie diese ganzen Abläufe waren. Das will ich unumwunden an dieser Stelle klar sagen. Bloß, wir haben auch natürlich eine Trennung zwischen Exekutive und Legislative. In diesem Fall bin ich etwas enttäuscht, dass bestimmte Dinge nicht unbürokratisch zu klären waren. Ich will es noch einmal deutlich machen. Das eine ist die Bezahlung der Dinge, die in 2005 angefallen sind, und das andere ist der Doppelhaushalt. In beiden geht es, wenn man es einmal im Verhältnis sieht, um minimale Summen. Ich denke, dort hätte vielleicht der eine oder andere Beamte in den zuständigen Ministerien etwas flexibler handeln können. Aber da gehe ich auch davon aus, dass der zuständige Minister das in seinem Amt klären wird, dass wir das vernünftig auch hier rüberbekommen. Wir haben einen Änderungsantrag vorgelegt, Herr Kuschel. Ich denke mal, dass wir mit dem Änderungsantrag - da hätte man vielleicht auch noch eine Kommastriche und zwei Worte verändern können, sehe ich auch so -, aber ich denke, wir haben eine Chance und die CDU-Fraktion wird - ich gehe davon aus, die steht einstimmig dazu, dass das geklärt wird. Und ich gehe davon aus, dass die Landesregierung mit uns gemeinsam - und der Ministerpräsident nickt

und der Innenminister nickt auch; man muss ja den Moment noch warten, bis er genickt hat, das muss schon noch sein -

(Heiterkeit im Hause)

hier dieses umsetzen wird. Herr Kuschel, ich verweise darauf, wenn das in den Ausformulierungen da und dort noch vielleicht im Moment hakt, dann werden wir das zu behandelnde Brand- und Katastrophenschutzgesetz, was ja ansteht, so schön hineinpacken und hineinschreiben, dass da kein Ministerialbeamter, der vielleicht noch ein Komma findet, wo er vielleicht nicht zahlen muss, sondern das werden wir klären. Ich denke, das ist auch angemessen den freiwilligen Kameradinnen und Kameraden, die dort viel Zeit, eigenes Geld und Kraft hineinsetzen, bis zu Auslandseinsätzen, die sie für uns leisten und das Ansehen auch von Thüringen hier stärken.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch - das war ein einzelner Klopper, das freut einen aber, wenn zu der Zeit noch einer klopft - auf das Thema Polizei eingehen. Es liegt uns ja auch ein Antrag vor von der SPD, Entschließung zum Gesetzentwurf usw., ich will das nicht vorlesen. Fakt ist eins, meine Damen und Herren, ich verweise auf den Einzelplan 03, Seite 9. Da steht als erstes Wort auf dieser Seite - das sind diese so genannten 1.085 Stellen, die in dem Antrag stehen - „Strategiekonzept“ für den Stellenabbau und das ist das entscheidende Wort - „Strategiekonzept“. Da steht nichts, dass das alles jetzt in zwei Jahren passieren muss, sondern da reden wir über Zeiträume bis zu 14 oder vielleicht noch bis 20. Ich gehe davon aus, dass - und das will ich ganz klar sagen im Namen der CDU-Fraktion - wir erstens zur inneren Sicherheit stehen, das war immer ein sehr hohes Gut,

(Beifall bei der CDU)

nachdem wir nämlich die zweitbeste Aufklärungsquote seit Jahren in der Bundesrepublik nach Bayern hier vorzuweisen haben. Das sollten wir nicht ohne Not in Gefahr bringen und da, glaube ich, sind wir mit der Landesregierung in guter Übereinstimmung - gut, die Finanzministerin ist - Gott sei Dank - gerade draußen, die versucht manchmal noch, uns ein bisschen die Daumenschrauben anzuziehen, aber am Ende hat sie immer mit dazu gestanden, zur inneren Sicherheit, das will ich ausdrücklich auch hier noch mal deutlich machen. Wir werden hier gerade bei der inneren Sicherheit nicht davon abweichen, wir werden das auch weiterhin offensiv angehen. Ich glaube, dass man so - die Landesregierung wird sich ja dazu auch noch äußern - unter dem Motto, ich will es mal so grob skizzieren, bis zum Zeitpunkt einer

einvernehmlichen Neuregelung bestimmt sich die Zahl der im Landesdienst jährlich neu einzustellenden Polizeimitarbeiter zukünftig wie folgt, so in etwa die Zusammenfassung. Die Zahl der neu einzustellenden Anwärter des Polizeidienstes bestimmt sich nach der im laufenden Jahr festgestellten Zahl der aus dem Polizeidienst ausgeschiedenen Mitarbeiter. Auf dieser Grundlage stellt der Freistaat mindestens jährlich 80 - das sind nämlich so die Fachzahlen, die da dahinter stehen -, höchstens 195 Polizeianwärter des mittleren bzw. gehobenen Dienstes jährlich neu ein. Ich glaube, der Schwerpunkt liegt hier auf mittlerer Dienst, aber man muss auch den gehobenen mit sehen, ich glaube, den höheren Dienst kann man hier vernachlässigen. Und diejenigen Anwärter, die erfolgreich dann die Abschlussprüfung - denn wir müssen sie in Ausbildung schicken - abgeschlossen haben, werden in den Polizeidienst übernommen. Ich glaube, das sind die Grundlagen, wir brauchen einen Korridor, dass jedes Jahr so und so viele Polizeianwärter zur Ausbildung geschickt werden - das dauert nämlich ein paar Jahre, bis die dann da sind -, und dann muss entsprechend das so gehandelt werden, dass man das, was man wirklich benötigt, erstens ausbildet und dann zweitens einstellt. Das ist das A und das O und da erwarte ich und wir von der Landesregierung, dass dieses auch so umgesetzt wird. Deswegen denke ich, dass sich die Landesregierung im Laufe der Beratung dazu noch äußern wird, dass dieses wir auch in dieser Richtung so sehen.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, halt den Chef nicht ab, der hat nämlich gerade wieder genickt, und das ist sehr entscheidend bei solchen Dingen, dass das auch im Protokoll steht. Das Nicken steht nicht drin, aber wenn man es verbal ausspricht, wird es dann reingeschrieben.

Ich will damit nur deutlich machen, meine Damen und Herren, das ist mir nämlich todernst, denn innere Sicherheit in diesem Lande, die kommt nicht von allein, sondern der muss man auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen. In vielen Gesprächen, die wir mit den unterschiedlichen Gewerkschaften geführt haben - und wir führen diese seit 15 Jahren mit allen Gewerkschaften -, wurde uns klar gesagt: Wir brauchen einen Einstellungskorridor; wir brauchen, dass in der Polizei vernünftig weiter ausgebildet wird, und wir müssen sehen, dass sich durch Altersabgänge die Pyramide entsprechend verändert, und da muss auch im mittleren und gehobenen Dienst nachgesteuert werden. Das sind die Kriterien, die stehen. Wenn man das natürlich jetzt vielleicht noch vermischen will mit OPTOPOL, OPTOPOL ist wieder etwas anderes. OPTOPOL ist eine Überprüfung, die angesetzt wurde, die braucht man auch, um bestimmte Strukturen zu überprüfen. Wenn OPTOPOL soweit spruchreif ist, muss man auch über diese Dinge reden, was dort in Frage

steht. Ich will jetzt nicht auf OPTOPOL eingehen, da haben wir noch genügend Gelegenheit, wenn es uns dann angeliefert ist, sprich, dem Parlament, wie OPTOPOL wirkt, ob nun das Polizeiverwaltungsamt wegfällt, ob nun die PD X, Y oder Z zur Disposition steht oder auch nicht. Das ist so weit noch zu klären. Entscheidend ist, dass unsere Polizei weiterhin weiß, dass wir zu ihr stehen, dass wir innere Sicherheit im Lande wollen, und das werden wir auch weiterhin umsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, ohne jetzt noch auf mehrere Dinge einzugehen, war mir das wichtig, zu diesen Punkten etwas hier noch mal klarzumachen. Vielleicht wäre es auch mal notwendig, wenn ich mir so anhöre, Herr Kollege Gentzel und andere, wie viele Abgeordnete und Ausschüsse hier irgendwo herumreisen, wo die überall schon waren, vielleicht sollte doch der Innenausschuss, vielleicht sollten wir mal in Richtung USA schauen: 11. September, was dort alles passiert ist,

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

um uns da mal kundig zu machen, wie man dort entsprechende Dinge umsetzt. Auch solche Dinge sollte man nicht so ganz von der Hand weisen; andere Ausschüsse machen es uns vor. Wir sind immer gut beraten, hier entsprechend auf dem neuesten Stand der Dinge zu sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte schließen damit, dass ich denke, dass wir erstens in unseren Kommunen weiterhin einen guten Weg beschreiten, zweitens, dass die innere Sicherheit ein wichtiger Standortfaktor ist und von uns hoch angesiedelt wird, und drittens, dass wir als Fraktion der CDU hier, wenn es da und dort auch mal hakt, gemeinsam den Weg weiter beschreiten. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter Fiedler, Sie hatten zugesagt, eine Frage des Abgeordneten Kuschel zu beantworten.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Ach so. Es tut mir schon fast Leid, aber ich habe es ja einmal gesagt.

Vizepräsidentin Pelke:

Herr Abgeordneter Kuschel, bitte.

Abgeordneter Kuschel, Die Linkspartei.PDS:

Danke, Herr Fiedler. Herr Fiedler, Sie hatten in Ihrer Erläuterung darauf verwiesen, dass Sie davon ausgehen, dass sich die Kommunen nicht zu beschweren brauchen. Wie erklären Sie in diesem Zusammenhang, dass in diesem Jahr 500 Thüringer Gemeinden, also jede zweite, beabsichtigt hatte, gemeinsam mit dem Gemeinde- und Städtebund vor das Verfassungsgericht zu ziehen, weil diese Gemeinden davon ausgegangen sind, dass sie eben nicht angemessen an den Landeseinnahmen beteiligt werden?

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Herr Kollege Kuschel, Sie haben gerade gesagt „hatte“, sie haben sich also anschließen wollen. Sie wissen auch, dass nach einem gewissen Nachdenken und wenn da so die wilden Dinge vorbei waren und der Spitzenverband X gerade mal so richtig mobil gemacht hatte, das wurde dann auf einmal ganz ruhig. Ich sage Ihnen mal ein Beispiel aus meinem eigenen Landkreis, einfach mal, weil es da so schön hinpasst. In meinem eigenen Landkreis haben sie alle geschrien, das Land kürzt uns jetzt entsprechend die kommunalen Zuweisungen. Aber da gibt es ja noch das Land, da gibt es den Kreistag und dann gibt es die Kommunen. Aber in dem Kreistag waren gerade die Bürgermeister - und ein großer Teil, das wissen Sie ja, kommt aus dem Gemeinde- und Städtebund, sprich, weil es Gemeinden sind, die drin sitzen - komischerweise alle Mann auf einmal der Meinung. Aber als wir als Fraktion der CDU damals noch mal nachgelegt haben, dass die Kürzungen quasi geringer ausfielen, und wir der Meinung waren, das kann man weitergeben an die Kommunen - nichts ist, sie haben es behalten, haben es in den Kreishaushalt gesteckt und haben es nicht weitergegeben. Komischerweise haben die alle einen Haushalt vorgelegt; ich gebe zu meiner Schande zu, ich mit meiner Kommune konnte in diesem Jahr keinen vorlegen, weil bei mir die Finanzlage so schlecht war, dass das wirklich so stimmte, aber andere haben es vorgelegt. An dem Beispiel will ich Ihnen einfach deutlich machen, dass natürlich Kommunen oft jammern ohne Not, ich sage nur Verkehrsämter; erst haben sie kein Geld und wenn sie dann die Verkehrsämter weggenommen bekommen sollen, auf einmal haben sie wieder Geld und können es auch noch für einen günstigen Preis machen. Und dass Spitzenverbände, das sind Lobbyisten-Verbände, natürlich immer für ihre Lobby arbeiten, ist doch ganz normal.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Gentzel, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Gentzel, SPD:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von meiner Seite für die SPD-Fraktion einige Sätze zum Haushalt 03 zum Thema „innere Sicherheit“. Vielleicht eingehend auf meine Vorredner, was den Verfassungsschutz betrifft: Der bleibt. Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Rettungshundestaffeln, Herr Fiedler, Sie sind ja immer sehr unterhaltsam mit Ihren Beiträgen; man muss Sie länger kennen, um dann teilweise auch den Zynismus zu bemerken, den Sie gegen die Landesregierung richten. Ich habe das sehr wohl verstanden. Ich habe auch verstanden, dass es da nicht nur um die Rettungshundestaffel ging in Ihrer Rede.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Nun ist es aber gut, nicht schon wieder das gleiche Thema.)

Ich habe meiner Fraktion empfohlen, Ihrem Antrag an dieser Stelle zuzustimmen. Insofern bekommen wir das aus der Welt.

Wo wir heute sicherlich Streit bekommen, ist bei der Art und Weise, wie Sie die Personalpolitik der Landesregierung im Bereich der Polizei verharmlosen. Bildlich dafür in Ihrer Rede ist der Satz: Und wir müssen dann das behalten, was man wirklich benötigt. Vom Ansatz her richtig, aber Sie sind jetzt 15 Jahre im Thüringer Landtag. Was benötigt man denn? Ich glaube, Ihnen kann man abverlangen, diese Frage konkret zu beantworten und nicht hier als Floskel in den Raum reinzuhauen und unter dem Diktat der Finanzministerin immer das als nötig zu befinden, was gerade genehmigt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Insofern, in dem Kernpunkt, der diesen Haushalt betrifft zur inneren Sicherheit, keine Übereinstimmung mit Ihnen, Herr Fiedler.

Meine Damen und Herren, um auch denen, die sich nicht ständig mit den Fragen der inneren Sicherheit beschäftigen, mal klarzumachen, was in diesem Haushalt so Verhängnisvolles passiert, mit denen möchte ich ein paar Jahre zurückgehen und hier in diesem Haus ins Jahr 2002. Es hat ja eine Regierungserklärung zur inneren Sicherheit gegeben, wohl richtig platziert unmittelbar nach dem 11. September in New York. Es hat hier für mich eine De-

batte zur inneren Sicherheit auf sehr hohem Niveau gegeben, wo die Sicherheitslage Thüringens sehr klar analysiert worden ist und wo dann auf Antrag der Landesregierung, aber auch unterstützt durch meine Fraktion zwei wesentliche Dinge angesprochen worden sind, nämlich aufgrund der Sicherheitslage ein Personalaufwuchs bei der Thüringer Polizei von ungefähr 100 Stellen, zweitens, um auch die Qualität der Arbeit der Polizei zu verbessern, ein ganz klares - wir haben das damals „Jahresscheibenkonzept“ genannt - Konzept, wie bekommen wir mehr Kollegen bei der Polizei vom mittleren in den höheren und in den gehobenen Dienst, nämlich das, was die Innenministerkonferenz beschlossen hat - 40 Prozent, in Thüringen sind es derzeit 25 Prozent.

Meine Damen und Herren, das haben wir 2001 richtigerweise beschlossen. 2003, die Sicherheitslage hat sich nicht in Ansätzen verändert. Dieses Jahresscheibenkonzept wird zwar weitergeführt, Herr Fiedler, wir wissen beide, nicht so hundertprozentig, wie wir es damals beschlossen haben, aber es wurde wenigstens weitergeführt, aber 300 Stellen wurden gestrichen. Merken Sie den Unterschied bei gleicher Sicherheitslage zwischen 2001 und 2003?

Und jetzt 2006 und 2007: Ich sage, die Sicherheitslage in Thüringen hat sich eben nicht verändert und wir waren uns alle damals im Jahr 2000 hier im Landtag einig. Der Schock mag noch tief sitzen, weil die Türme förmlich noch brannten. Aber wenn man diese Politik erfolgreich zu Ende führen will, diese richtige Politik an dieser Stelle, dann muss man auch die Energie und die Ausdauer haben, diese Politik über Jahre fortzuführen und nicht jedes Jahr wieder Abstriche an dieser Politik machen. Das machen Sie und das werfe ich Ihnen vor.

(Beifall bei der SPD)

2006/2007 - die gleiche Sicherheitslage wie damals im Jahr 2002, oder mir muss hier jemand etwas anderes erzählen, Stellenabbau 400 Stellen und schon einmal formal angedroht über 1.000 weitere Stellen im nächsten Zeitraum. Wenn mir hier jemand erklären will - und das kann die einzige Begründung für diese Politik sein -, die Sicherheitslage hat sich geändert, zum Beispiel was die terroristische Bedrohung betrifft. Ich erinnere an Spanien und an England. Alle Innenpolitiker in Deutschland haben gesagt, das ist der Beweis, der Terrorismus kommt nach Europa, es kann auch Deutschland erwischen. Wo bleiben denn die Konsequenzen in Ihrem Haushalt? Sie streichen die Stellen im Bereich der inneren Sicherheit.

Meine Damen und Herren, das Gleiche trifft - und das wissen auch die Mitglieder im Innenausschuss - zum Beispiel für die organisierte Kriminalität zu; das trifft

bei den allgemeinen Gewaltdelikten zu; das trifft bei der Wirtschaftskriminalität zu; das betrifft den politischen Extremismus, insbesondere der von rechts ist im Anwachsen und wir reagieren darauf mit Stellenabbau, begründen dann, dass das richtig ist, ich komme mir an dieser Stelle manchmal vor wie in der DDR, ich will Ihnen das ehrlich sagen. An wichtigen Stellen werden Personen weggenommen und wir erfinden dann eine Begründung, warum das positiv ist. Ich sage Ihnen, innere Sicherheit, auch wenn das eine Attitüde ist, die gibt es nicht für umsonst. Innere Sicherheit kostet und mit diesem Haushalt müssen wir uns erstmalig fragen, nach meiner Auffassung erstmalig wirklich ernsthaft fragen: Ist uns die innere Sicherheit in diesem Haushalt das noch wert, was sie uns wert sein müsste? Ich behaupte, Herr Fiedler, ganz offensiv, noch vor zwei Jahren hätte Ihre Fraktion so einen Haushaltsansatz 03 nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten vor zwei oder drei Jahren diesen Haushaltsansatz so nicht durchgehen lassen, weil, und das will ich Ihnen auch ganz deutlich sagen, es zu diesem Zeitpunkt mehr engagierte Innenpolitiker in Ihrer Fraktion gegeben hat, die sich zu keinem Zeitpunkt, was die Kernpunkte der Innenpolitik waren, dem Diktat eines Finanzministers oder einer Finanzministerin gebeugt haben. Das war richtig so und ich sehe mit Erschrecken, diese Attitüden, diesen Satz, den Sie immer bringen, dass die innere Sicherheit bei der CDU richtig zu Hause ist, aber ich sehe mit Erschrecken, wie Sie in der Praxis handeln. Das macht mir Angst, der Haushalt im Bereich innere Sicherheit im Einzelplan 03 ist ein Haushalt der Finanzministerin. Der Innenminister hat dort an wesentlichen, an wichtigen Positionen verloren, mit ihm verliert die Polizei, die Polizisten draußen und mit ihm verliert die innere Sicherheit in Thüringen. Der Doppelhaushalt 2006/2007 ist der Einstieg in Thüringen in die innere Sicherheit nach Kassenlage. Das ist neu für Thüringen, ich bedauere diese Entwicklung außerordentlich und sollte es wieder zu einer Rückbesinnung gekommen sein, wir brauchen Jahre, um den Frevel, der in diesem Haushalt geschieht, wieder aufzuholen.

Meine Damen und Herren, ich habe den Doppelhaushalt im Wesentlichen nach dem beurteilt, wie ich die Probleme und die Bedürfnisse innerhalb der Polizei und der inneren Sicherheit insgesamt in Thüringen beurteile. Ich sage, an den Kernproblemen bei der Thüringer Polizei geht er komplett vorbei. Ich sage einmal Polizeistärke, ich sage zum Zweiten Bezahlung, Entlohnung, Besoldung und ich sage drittens Ausbildung. Wie geht - nur an diesen drei Punkten, jetzt einmal ganz konkret, ich weiß, den einen oder anderen stören Zahlen im Haushalt - die Landesre-

gierung mit diesen Dingen um? So und jetzt komme ich zu dem Satz, das, was man wirklich benötigt. Legen wir uns die Dienstpostenpläne der Polizeieinrichtungen in Thüringen einmal nebeneinander, kommen wir zu einem Bedarf von genau 7.089 Polizisten. Da will ich ganz klar und deutlich sagen, jede einzelne dieser Stellen hat sicherheitspolitische Relevanz. Weder in den KPIs noch in den Pls, noch in den PDs werden irgendwo Stellen dazugeschwindelt oder Stellen hingezaubert. Die Stellen, die dort in den Stellenplänen stehen, die brauchen wir in Thüringen und das sind auf die Zahl genau, Herr Fiedler - aber ich weiß, dass Sie das wissen -, 7.089. Wir haben in Thüringen zum jetzigen Stand 6.500 Polizisten, das gibt der Innenminister zu, er macht dann aber einen Punkt. Er sagt nicht, dass weit über 100 weitere Polizisten nicht oder nur eingeschränkt dienstfähig sind, er sagt nichts zur Krankenrate, aber er erwähnt auch nicht, dass ab und zu - Gott sei Dank - ein paar Polizisten im Urlaub sind, das Babyjahr gibt es auch bei - Gott sei Dank - 25 Prozent weiblichem Anteil bei der Thüringer Polizei, da kommen noch einmal ein paar Hundert dazu, die uns fehlen. Das ist der Stand und genau in dieser Situation steht eben in dem Strategiekonzept im Haushalt, Zielvorgabe, abzubauen Stellen und Planstellen, 1.591 im Bereich des Innenministers. Ich sage es Ihnen ganz klar und deutlich, das ist für mich der innenpolitische Wahnsinn, was hier geplant worden ist. Im Jahre 2006 188 Stellen abbauen, dann ab 2007 durch Anbringen von kw-Vermerken noch einmal 318 Stellen abbauen und dann bis Ende 2006, ich kann es gar nicht fassen, noch einmal 1.085 Stellen im Bereich des Innenministers zu definieren, die abgebaut werden sollen. Das ist für mich innenpolitischer Selbstmord. Wir können in Anbetracht der Sicherheitslage, der aktuellen und realen Sicherheitslage so nicht mit der Thüringer Polizei umgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zweiter Punkt - Besoldung: Niemand bestreitet mehr in Thüringen, wenn ich den Satz sage: Wir haben in Thüringen die schlechtest bezahlte Polizei in Deutschland. Auch von der Landesregierung kommt da kein Widerspruch mehr, die Zahlen sprechen für sich. Der Haushalt geht an diesem Problem vollkommen vorbei. Das ist ein hoch kompliziertes Problem, man muss natürlich auch immer die finanzielle Situation im Auge haben. Aber, Herr Fiedler, hier komme ich zum nächsten Punkt, wo es einen Bruch in der Kontinuität der bisherigen Innenpolitik gibt. Wir waren uns einig, dass wir dieses nur hinbekommen durch einen schnellen Aufwuchs. So verändern wir auch das ungünstige Verhältnis in Thüringen - ich glaube, da sind wir mittlerweile in den neuen Bundesländern auch die Letzten - vom mittleren zum gehobenen und höheren Dienst. Ich habe etwas zum Sicherheitspaket gesagt, wo dieser Stellenaufwuchs geplant war in mehreren Jahresscheiben und dann durchgesetzt

wird. Doppelhaushalt 2006 und 2007 - der totale Bruch. Wissen Sie, was die große Sauerei für mich in diesem Haushalt ist: Wenn Sie sich einmal anschauen, die Stellen, zu denen ich erklärt habe, dass sie gestrichen werden, die befinden sich zu 90 Prozent im mittleren Dienst. Wissen Sie, was das bedeutet? Das ist ganz normales Verhältnisrechnen. Der Anteil der Polizisten im gehobenen und höheren Dienst steigt automatisch. Das ist einfach nur eine Rechnung. So werden wir wahrscheinlich bald die 40 Prozent erreichen, nicht, weil wir qualifizieren, nicht, weil es einen Stellenaufwuchs gibt, sondern weil wir im mittleren Dienst die Stellen en masse streichen, und dann entsteht ein ganz anderes Verhältnis - rein rechnerisch. Mit diesen Zahlen - rein rechnerisch - gehen wir dann in die Öffentlichkeit und feiern uns ab für unsere Erfolge im Bereich der inneren Sicherheit.

Zum Thema Ausbildung nur ein Satz: Die Landesregierung hat 4 Mio. € Investitionskosten für Meiningen in ihrem Haushalt beantragt für die nächsten zwei Jahre. Sie hat sie auch nicht definiert, wo sie hingehen sollen.

Meine Damen und Herren, ob Sie nun aus Südthüringen sind oder nicht, holen Sie sich einmal die Genehmigung, wenn Sie diese bekommen, vom Innenminister und schauen Sie sich mal an, was in Meiningen an der Polizeischule und an der Polizeifachhochschule los ist - allein baulich. 15 Jahre nach der Wende bilden wir unsere Polizisten im Sportbereich immer noch in einer umgebauten Lkw-Garage aus; dort gibt es keine Sporthalle - wenn es der eine oder andere nicht glauben will.

Zweiter Punkt: Es gibt dort keine Raumschießanlage - 15 Jahre nach der Wende. Wir wundern uns im Fall von Breitungen, dass Polizisten aus fünf Meter Entfernung einen Autoreifen nicht treffen,

(Zwischenruf Abg. Schröter, CDU: Einen LKW-Reifen.)

einen Lkw-Reifen nicht treffen, aber Geld für eine Raumschießanlage in Meiningen ist nicht vorhanden. Die Fachhochschule sollte eigentlich auch der Stolz eines jeden Bildungsministers sein. Viel zu Wenige wissen, dass es dort eigentlich eine Fachhochschule gibt - da gibt es nicht einmal einen Hörsaal. Als ich dort zu Besuch war und gesagt habe, ich möchte gerne einmal den Hörsaal sehen, da haben die mich in einen Klassenraum geführt - acht mal acht Meter, das ist der Hörsaal dieser Fachhochschule. Deshalb sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, für die nächsten zwei Jahre für die Investitionen - und das ist das Wenigste in diesem Bereich - müssen diese 7 Mio. € da sein, für eine ordentliche Sporthalle, für eine ordentliche Raumschießanlage und für einen

Hörsaal, in den wenigstens 100 Auszubildende reingehen, dass man dort einmal gemeinsam Unterricht machen kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein weiterer Punkt - ich weiß, ich rutsche da ein Stückchen in den 02er Haushalt hinein, aber dazu muss ich einfach auch noch ein paar Sätze sagen - ist der Umgang mit der rechtsextremistischen Szene. Überall bemerken wir die verstärkten Aktivitäten der NPD in der rechten Szene. Die Landesregierung hat wiederholt ein Landesprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus abgelehnt. Thüringen ist das einzige Bundesland in den neuen Bundesländern mit dieser ablehnenden Haltung. Diese ablehnende Haltung ist teilweise begründet worden. Darauf muss man jetzt einmal eingehen. Nämlich der Chef der Staatskanzlei, Herr Wucherpfennig, hat diese Ablehnung begründet unter anderem mit der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Jetzt schauen wir einmal, was wir mit der Landeszentrale für politische Bildung machen. Ganz vorneweg, wir schätzen die hervorragende überparteiliche Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung außerordentlich hoch. 2005 waren ganze 65.000 € für die Landeszentrale für politische Bildung vorgesehen. Dann kamen die Haushaltssperren, dann kamen andere Begründungen und am Ende des Jahres waren wir bei 48.800 €. Das ist jetzt die Grundlage für den neuen Ansatz. Natürlich befürchten die Leute jetzt in der Landeszentrale für politische Bildung - und ich sage berechtigt, dass diese Spielerei weitergeht, da kommt eine Haushaltssperre, da kommt eine Begründung, dann sind wir wieder einen Punkt tiefer. Ich sage Ihnen ganz deutlich, die Landeszentrale für politische Bildung leitet unter anderem die Projektarbeit in den KZ-Gedenkstätten in Thüringen. Die sind dafür verantwortlich, dass auch unseren jungen Menschen immer wieder klagemacht worden ist, was unter anderem in Buchenwald und Mittelbau Dora passiert ist. Diesen Institutionen das Geld zu streichen und irgendwann einmal ihre Arbeitsfähigkeit über das fehlende Geld dann schlicht und einfach zu erreichen, das ist für mich unverantwortlich in diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie an dieser Stelle, das noch einmal zu überdenken.

Meine Damen und Herren, ich will abschließend in der Debatte noch einmal einen vollkommen neuen Aspekt hineinwerfen. Darüber haben wir hier im Landtag überhaupt noch nicht gesprochen, was die Frage innere Sicherheit und Polizei betrifft.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Ich muss ihn leider einbringen, weil der Landeshaushalt auch an diesem sehr wichtigen Aspekt vorbeigeht. Wir wissen alle um die demografische Veränderung in Thüringen und wir wissen durch den Rückgang des Anteils der jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung, wird es zukünftig schwer, junge Leute generell für bestimmte Bereiche in der Berufsausbildung zu gewinnen. Auch die Thüringer Polizei muss sich zukünftig diesem Wettbewerb stellen. Um das mal ganz locker zu sagen, dass der Job eines Polizisten nicht besonders familienfreundlich ist durch den Schichtdienst, hat mittlerweile jeder gemerkt. Das heißt, wir sind in einer unwahrscheinlichen Verantwortung, den Beruf eines Polizisten hier in Thüringen so attraktiv zu machen, dass es uns wirklich gelingt, auch zukünftig die Besten der Besten dazu zu bewegen, diesen Beruf zu erlernen. Der Wettbewerb, sagen die Experten, wird in spätestens zwei Jahren einsetzen. Auch an dieser Zukunftsfrage geht dieser Landeshaushalt komplett vorbei.

Meine Damen und Herren, das können Sie nicht von der Oppositionspartei verlangen, dass wir das so mit Ihnen verabschieden.

Ich will Ihnen noch mal die zwei Anträge der SPD-Landtagsfraktion ans Herz legen. Wir haben da nicht wie die letzten Jahre diesen großen Fächer von Anträgen gemacht, weil auch der finanzpolitische Sachverstand da ist und weil das eben nicht so geht, dass man hier eine Wunschtüte aufmacht. Ich glaube, an den zwei Kernpunkten haben wir das getroffen, was diesen 03er Haushalt zur inneren Sicherheit so belastet. Erst einmal dieses Strategiekonzept, diese 1.085 Stellen, die noch zu identifizieren sind. Diese Zahl muss weg, ganz klar und definitiv. Dass es Gespräche zwischen dem Innenminister und der Finanzministerin zu diesem Thema gibt, halte ich für vollkommen normal. Aber dem Innenminister als Rucksack in die Gespräche die Zahl 1.085 in den Haushalt zu packen, das wären keine fairen Gespräche, das wären keine Gespräche um die Frage: Wie ist es um die innere Sicherheit in Thüringen bestellt, wie ist es um die Sicherheitslage bestellt und was müssen wir dagegen tun? Das wird das pure Diktat der Finanzministerin, dass diese 1.085 Stellen abzubauen sind. Das ist die ganz große Gefahr. Dahin geht der erste Antrag der SPD-Fraktion und der zweite Antrag geht noch mal in die Richtung Ausbildung, Meiningen, ich sage es für die Wirtschaftspolitiker, ausschließlich in den investiven Bereich, also es wird sogar ein bisschen Arbeit gesichert mit diesen 7 Mio., neben dem positiven Effekt, den es für den Haushalt insbesondere bei der Thüringer Polizei hätte.

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt 2006/2007, wenn er so bleibt, ich sage das noch einmal, ist der Einstieg in die innere Sicherheit ausschließlich anhand der Kassenlage hier im Freistaat Thüringen. Ich und meine Fraktion, wir halten das für eine verhängnisvolle Entwicklung. Wir können diesen Haushalt guten Gewissens nur ablehnen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Pelke:

Im Hinblick auf die weiteren Diskussionen und bei aller Emotionalität rüge ich den Begriff „Sauerei“, der in Ihrer Rede gefallen ist. Weitere Wortmeldungen liegen mir von Abgeordneten nicht vor. Das Wort hat Innenminister Dr. Gasser. Entschuldigung, Herr Innenminister, einen kleinen Moment. Herr Abgeordneter Fiedler, Sie hatten sich doch noch zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Entschuldigung, Herr Minister, ich hatte vorhin was vergessen. Ich will noch mal darauf verweisen, und, Herr Kollege Gentzel, Sie haben das so blumig dargestellt, in Meiningen, was dort alles passiert oder nicht passiert. Ich gehe mal davon aus, dass Sie uns, den Innenpolitikern der CDU-Fraktion, zugestehen, die vor Ihnen schon mehrfach dort waren und sich die ganzen Dinge angeschaut haben, dass wir - ich will das nur einfach sagen - natürlich die Zustände kennen. Sie wissen auch, wie viele Investitionen dort notwendig sind, um diese riesenhafte Liegenschaft, da haben schon die Vorgänger-Minister immer geschluckt, was dort für Geld notwendig ist, aber es ist kontinuierlich in den letzten Jahren auch Geld eingestellt worden. Es ist kontinuierlich weiterentwickelt worden und es ist kontinuierlich auch das vorangebracht worden. Und nicht nur, ob man eine stationäre Schießanlage oder vielleicht nur eine mobile hat, oder auch gerade, es ist ja wieder das Beispiel mit den Reifen gefallen, mit dem Schießen. Sie wissen, wenn Sie genauso wie wir vor Ort waren, es war damals das Thema, ist Ihnen vorgeführt worden, wie dort geübt wird. Da wird nicht irgendwo nur auf die Scheibe gezielt, sondern da wird mit den entsprechenden Pistolen, mit usw. ... Ich will das alles gar nicht ausführen. Ich will nur sagen, man kann es sich doch nicht so einfach machen, wenn wir eben noch viele Dinge nachholen müssen, die dort notwendig sind. Aber, warum ich noch mal gerade in die Richtung - und der Innenminister wird ja zu den Zahlen noch einiges sagen -, ich will noch mal ausdrücklich sagen, ich habe Bezug genommen auf den Einzelplan 03, Seite 9, wo die Dinge stehen. Ich habe auch gesagt, was dort als erstes Wort steht. Ich habe dazu gesagt, dass ja auch die Landesregierung sich dazu noch äußern wird, und ich weiß - wie man so

schön sagt - aus gesicherter Quelle, dass neben dem Innenminister auch der Ministerpräsident sich dazu noch mal äußern wird, dass wir dazu noch einiges hören werden.

Was aber genau so wichtig ist, Herr Kollege Gentzel, und da kommt wieder die Crux zum Tragen: Wir haben in den ersten Jahren insbesondere die Pls vor Ort ausgebaut, das war immer unser Thema. Wir haben gesagt, wir wollen die Pls, VPls etc. aufbauen und das ist in den letzten Jahren sehr gut gelungen. Wir haben auch immer darauf verzichtet, und das hat den einen oder anderen Minister - der eine war mal von der SPD, der hieß Richard Dewes -, wir haben nie zugelassen, dass ein Ministerium gebaut wird, weil wir gesagt haben, solange in der Fläche nicht die Dinge bereinigt sind, wird es kein eigenes neu gebautes Ministerium geben. Ich glaube, die Entscheidung war richtig, auch wenn es das Ministerium dauernd dort geschmerzt hat. Wir müssen aber jetzt auch weiter konstatieren, dass wir das so weit gehalten haben; es gibt die ganze Problematik, die in der Überprüfung ist.

Ich will aber noch mal vor allen Dingen auf den Einzelplan 17 zu sprechen kommen, das hatte ich vergessen, das ist noch die Baumaßnahme Kranichfelder Straße oder andere. Ich will mich mal vornehm ausdrücken. Auch hier wissen wir - und, Herr Gentzel, Sie waren auch vor Ort -, dass es insbesondere dringendst notwendig ist, nicht nur Meiningen, wo die Ausbildung, wo man viele Dinge Schritt für Schritt weiterentwickeln muss, aber hier muss eine Grundsatzentscheidung gefällt werden. Wollen wir hier unsere Bereitschaftspolizei insbesondere - und wir haben das auch schon besprochen -, die noch teilweise in Unterkünten sind, wo wir einen getroffen haben - ich hatte es hier schon mal gesagt -, der in den 80er-Jahren dort hat dienen dürfen müssen; da ist heute genau noch dasselbe, wie es damals war. Das ist nicht mehr zumutbar und deswegen müssen wir einen Schwerpunkt legen, dass wir neben dem, was wir besprochen haben, auch gerade Kranichfelder Straße, sprich erstens Bereitschaftspolizei, zweitens Landeskriminalamt, drittens kann man in dieser riesenhaften Liegenschaft noch viele Dinge mit ansiedeln, die denkbar wären. Ich will das jetzt aus Zeitgründen nicht alles ausführen. Aber wer die Liegenschaft kennt, weiß, dass dort vieles möglich ist. Ich möchte also noch mal an die Landesregierung appellieren, auch der ehemalige Innenminister Christian Köckert freut sich köstlich.

(Zwischenruf Abg. Köckert, CDU: Ich freue mich, ja.)

Ich denke, es ist wichtig, dass jetzt in Kürze entsprechend die Ausschreibungen unbedingt auf den Weg gebracht werden müssen, dass also Bewerber

für die Baumaßnahmen erstmal überhaupt ausgeschrieben werden, dass zweitens wir die Landesregierung auffordern, die Unterlagen unverzüglich auszuwerten. Wie wir wissen, sind ja da mehrere Ministerien beteiligt, Finanzministerium, Bauministerium. Ich denke, dass auch jetzt schnellstmöglich die Ausschreibung losgehen muss. Dort können sich auch mehrere bewerben und es kommt vielleicht etwas anderes raus; es gibt ja noch so eine Liegenschaft, die da Erfurt auswärts irgendwo ist. Sollte im Jahr 2006 keine über die Planung hinaus gehende Baumaßnahme umgesetzt werden, hat die Landesregierung dies dem Parlament spätestens im Frühjahr 2006 unter Angabe der Verzögerungsgründe mitzuteilen. Wir brauchen ja endlich das Signal, wo, wie, wann jetzt weitergebaut wird. Denn dort sind unsere mobilen Einheiten, die jeden Tag in den Einsatz gehen müssen; das sind die, die dort in diesen Unterkünten sind. Ich will das gar nicht vergleichen jetzt mit Meiningen, dass ich jetzt sage, die sind besser oder die sind schlechter. Bloß, wer das in der Bereitschaftspolizei gesehen hat, der weiß, dass es noch deutlich schlechter dort ist.

Deswegen meine Bitte an die Landesregierung - ich schaue in beide Richtungen, weil wir hier so verteilt sitzen -, wir müssen hier einen Weg finden, dass hier entsprechend in Kürze die Ausschreibungen herausgehen und dass entsprechend dann auch was in Bewegung gesetzt wird. Wir dürfen es nicht auf die lange Bank schieben. Deswegen noch mal auf den Einzelplan 17, dass das bitte nicht vergessen wird.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Jetzt hat der Innenminister das Wort.

Dr. Gasser, Innenminister:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, wenn man sich die jetzige Diskussion angehört hat - ich meine hier Herrn Kuschel und zum Teil auch Herrn Gentzel -, dann steht ja der Untergang des Abendlandes bevor. So ist es aber nicht.

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Der Generalsekretär!)

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, ich habe hier einige Punkte, die einmal richtiggestellt werden müssen. Herr Kuschel, wenn man sich Ihre Rede anschaut, ein wenig analysiert, dann haben Sie eigentlich an allem, was im Bereich des Innenressorts gemacht worden ist, so ein bisschen herumgenörgelt, etwas in den Raum gestellt,

das aber nicht weiter ausgeführt. Sie haben angeführt: Verfassungsbeschwerde 5-Prozent-Sperrklausel, Verfassungsbeschwerde Neuregelung Wasser/Abwasser, bei Straßenausbaubeiträgen droht das Nächste, Familienoffensive droht ein Volksbegehren. Und wenn man sich das anschaut, geht es fast immer ums Geld. Das ist ja Ihr gutes Recht, das zu sagen. Aber was steht denn an Fakten letztlich dahinter? Relativ wenig. Man muss mal abwarten in dem einen oder anderen Fall, ob überhaupt geklagt wird. Ob eine Klage Erfolg hat, das ist ja auch, glaube ich, etwas außerordentlich Wesentliches. Es reicht nicht aus, dass man eine Klage erhebt und hofft, man wird auch hier gewinnen.

Das Zweite: Sie haben jetzt gesagt, in diesem Haushalt findet sich die Konzeption „Optimierung der Polizeiorganisation“ nicht wieder. Wie soll sie sich denn hier wiederfinden? Das Projekt OPTOPOL hat seine Arbeit im November beendet. Das kann man jetzt nicht in den Haushalt einarbeiten, sondern das ist einer weiteren Phase vorbehalten, in der man das Gesamte zunächst einmal diskutiert, in der man Anregungen, Vorschläge sich anschaut, die hereinkommen, und das ist auch so vorgesehen. Dann wird es in den Haushalt umgesetzt. Sie wollen jetzt den Eindruck erwecken, wir hätten hier unsere Arbeit nicht getan und haben einfach so ein paar Schlagworte in den Raum gestellt „mehr Grün auf die Straße, und kritisieren die Auflösung des Polizeiverwaltungsamts. Das Ganze ist ein Konzept, das sind Vorschläge, da ist Feinarbeit erforderlich und dann kann man es erst in den Haushalt hineinschreiben und das werden wir dann auch tun.

Des Weiteren haben Sie angeführt, auch sehr pauschal, das Land habe den Kommunalen Finanzausgleich um 200 Mio. € im Jahr 2005 gekürzt und das werde auch noch weiter fortgeführt, dann noch die Kindertagesstätten ein wenig mit hineingemischt und das Geld sei aus dem Kommunalen Finanzausgleich genommen worden etc. Faktum ist Folgendes: In den Jahren 2006 und 2007, unter Beachtung des Verfassungsgerichtshofsurteils, dem wir selbstverständlich nachkommen, ergibt sich: Wir haben nämlich so gut wie gar nichts gekürzt, und was wir gekürzt haben, das ist unser gutes Recht und das hat uns der Verfassungsgerichtshof so aufgegeben. Es geht um die geringeren Verbundgrundlagen nach der Steuerschätzung vom Mai 2005, Reduzierung 10,8 Mio. € für 2006, Erhöhung um 36,360 Mio. € für 2007 - das hat natürlich Auswirkungen auf die gesamte Finanzverbundmasse - Wegfall von 26,6 Mio. € Landesmitteln im Jahr 2005, die einmalig der Finanzausgleichsmasse zugeführt wurden. Das wirkt sich also jetzt aus. Aber das war eine zusätzliche Landesleistung, ich weise nochmals darauf hin.

Des Weiteren: Die Schlussabrechnung des Finanzausgleichs des Jahres 2004 ist in die Berechnung der Finanzausgleichsmasse 2006 mit einem Minusbetrag von 1,591 Mio. € eingegangen und die Schlussabrechnung des Finanzausgleichs des Jahres 2005 ist bei der Berechnung der Finanzausgleichsmasse 2007 eingeflossen. Das ist auch vollkommen richtig so. Wenn Sie dann noch alles zusammenmischen, dann kommen Sie natürlich zu anderen Zahlen, wenn Sie meinen, Sie müssten jetzt dieses Geld, welches für den Bereich der Kindertagesstätten etc. vorhanden war, dem kommunalen Bereich für alle Zeiten zuordnen. Was wir gemacht haben, ist doch lediglich, dass wir es herausgelöst und für eine Aufgabe vorgesehen haben, die genau in diese Richtung geht. Also das Genörgel ist vollkommen unberechtigt, was den Bereich des Kommunalen Finanzausgleichs angeht. Wir haben die Aufgabe, das jetzt sorgfältig zu berechnen, sowohl die freiwilligen Aufgaben als auch die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises. Ich weise darauf hin, dass eine solche Aufgabe in der Bundesrepublik Deutschland noch niemals ein Innenressort hatte. Aber wir werden auch das hinbekommen und werden das sehr sorgfältig errechnen und dann werden wir mal sehen, ob Ihre Kritik dann noch berechtigt ist. Ich denke, das wird nicht der Fall sein.

Zu dem Bereich der Polizei: Hier sind ja auch von Herrn Gentzel sehr harte Worte gefallen. Es sei ein Frevel an der Polizei, es werde verharmlost und so weiter und so fort. Vorab vielleicht noch eines zur Hundestaffel. Dazu sage ich jetzt nichts mehr. Ich hoffe, dass die Hundestaffel in Marlshausen erledigt ist, und zwar für alle Zeiten.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Wie meinen Sie das schon wieder?)

(Heiterkeit im Hause)

Ich meine haushaltsmäßig, Herr Kuschel, selbstverständlich nicht ansonsten. Ich habe nicht vor, den Tieren etwas anzutun.

Jetzt zur Polizei, das klang ja in der Tat entsetzlich, was mit der Polizei hier angeblich geschehen soll. Schauen wir uns einmal in Ruhe die Zahlen an. Wir haben den Einzelplan 03 des Thüringer Innenministeriums und wir haben dort ein Gesamthaushaltsvolumen von 484.486.200 €. Davon entfallen auf die Polizei 293.973.000 €. Im Jahr 2007 erhöht sich das Gesamte - Einzelplan - auf 451.300.000 €, auf den Bereich der Polizei entfallen 296.635.000 €. Dies bedeutet, dass 75 Prozent der Ausgaben im Einzelplan 03 Ausgaben für die Polizei sind, Herr Gentzel, 80 Prozent der Personalausgaben sind Ausgaben für Polizeibeamte und Beamte, die im Bereich der inneren Sicherheit tätig sind. Wenn man hier sagt, die

Polizei wird vernachlässigt, dann kann man wirklich nur lachen. Wir haben im Bereich der Polizei an Mitarbeitern 8.107 insgesamt, die für die innere Sicherheit in Thüringen Sorge tragen, und es sind etwa 6.500 Polizeivollzugsbeamte. Das entspricht etwa auch der Zahl, Herr Gentzel, die Sie genannt haben.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Alle Zahlen, die ich genannt habe, stimmen.)

Das sind Dinge, die man einfach mal als Grundlage zur Kenntnis nehmen muss. Der Anteil der Personalausgaben ist leicht um 2 Prozent abgesunken. Die Verwaltungsausgaben und Investitionen sind leicht angestiegen im Vergleich zu 2005. Die geringeren Personalausgaben sind auf die natürliche Fluktuation durch Altersabgänge zurückzuführen. Wenn man sich den Bereich der Investitionen anschaut, dann wird man sehr leicht feststellen, dass hier erhebliche Investitionen vorgesehen sind, zum Beispiel für Digitalfunk der Polizei.

(Beifall bei der CDU)

Es sind vorgesehen erhebliche Investitionen bei dem ÖPP-Modell Bereitschaftspolizei/Landeskriminalamt in Erfurt, auch wenn die Kranichfelder Straße vielleicht jetzt noch nicht drin steht. Es sind vorgesehen für Meiningen 4 Mio. €, Bau einer Sporthalle und einer Raumschießanlage, damit dies begonnen werden kann. Herr Gentzel, wenn ich mich recht entsinne, waren eigentlich 15 Jahre oder jetzt bald schon 16 Jahre Zeit, um im Bereich der Polizei auch etwas voranzukommen. Schauen Sie sich die Gerichtsgebäude an, schauen Sie sich einmal die Justiz an, da sieht es aber anders aus. Ich glaube, Sie haben damals auch schon Verantwortung getragen. Sie sind schon lange Innenpolitiker und Sie waren damals, glaube ich, auch Fraktionsvorsitzender.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Ich weiß es sogar.)

Deswegen kann ich nicht verstehen, dass Sie jetzt die Welt beklagen nach so einer langen Zeit, dass wir das jetzt nicht sofort auf der Stelle umsetzen können. Wir befinden uns in einer anderen Zeit, dafür ist einfach das Geld nicht auf der Stelle vorhanden, um alles auf einmal zu machen. Aber wir sind an der Arbeit und werden das, denke ich, auch hinbekommen.

Nun vielleicht noch ein paar Worte zu OPTOPOL. Es steckt hier wirklich sehr viel Arbeit in diesem Projekt. Es haben bis zu 118 Polizeibeamte unter Beteiligung in der letzten Phase auch anderer Abteilungen, der Personalabteilung, der Haushaltsabteilung, daran gearbeitet und haben etwas sehr Vernünftiges und Sinnvolles geschaffen und es ist etwas, was die

Struktur der Polizei verbessert. Es werden aus den Stäben Polizeibeamte freigesetzt. Das hat Auswirkungen, dass in dem Bereich der Basisdienststellen mehr Polizei zur Verfügung steht. Es wird mehr Polizei zur Verfügung stehen für die Einsatzzüge, was immer wieder beklagt wird. Die Schlagkraft der Polizei wird dadurch erhöht. Auch im Bereich der Verkehrs-polizeiinspektionen sind Zuführungen möglich und natürlich im Bereich der Inspektionen. Sie haben Recht an einem Punkt, wo man schauen muss, und das haben Sie aber jetzt meines Erachtens etwas sehr grob aus dem Vorwort des Haushaltsplanes des Einzelplanes 03 herausgegriffen und haben dort punktuell sich auf diese Zahl 1.085 gestürzt. Die Zielvorgabe, die steht oben drin mit 1.591 und wenn Sie einmal schauen, was ist im Haushalt 2006 verwirklicht worden, nicht der Untergang des Abendlands, 188 Stellen und Planstellen und durch Ausbringung von kw-Vermerken bereits realisiert 318 Stellen. Jetzt steht hier unten als Zielvorgabe: „noch zu identifizierender Abbau“. Dieser noch zu identifizierende Abbau, wir haben ja Gespräche geführt, Herr Abgeordneter Fiedler hat es bereits angeführt, soll sich vollziehen bis zum Jahr 2020 in diesen Bereich hinein, was gleichzeitig bedeutet, dass natürlich Anwärter nachgeführt werden müssen. Anders geht es ja gar nicht, weil durch Altersabgänge Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen natürlich ausscheiden. Dazu wird der Ministerpräsident auch noch etwas sagen. Das ist dann eine Frage, variabel dies zu gestalten nach der Zahl der Altersabgänge, so dass hier das Jammern und Klagen in jeglicher Weise unberechtigt ist. Man muss nur schauen, dass das jährlich in einem vernünftigen Rahmen mit einer vernünftigen Zahl geschieht, und dies wird zu verhandeln sein mit dem Finanzministerium. Ich denke, das wird uns dann auch entsprechend gelingen. Ich glaube, das ist der wesentliche Punkt.

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

Herr Fiedler, Sie haben Recht, dass Sie klopfen, und ich denke, da sollten Sie sich auch darüber freuen und auch die SPD sollte sich darüber freuen.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Sie können ja dem Antrag zustimmen.)

Ja, Anträgen zustimmen, da bin ich immer etwas zurückhaltend. Dann schaue ich, welche Anträge noch besser sind und noch vernünftiger sind. Im Übrigen habe ich ja kein Mandat in diesem Landtag und kann Ihrem Antrag demgemäß auch nicht zustimmen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Pelke:

Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zum Komplex Innenministerium.

Wir kommen zum dritten Komplex: **Einzelplan 04 - Kultusministerium - und den Artikeln 11, 12 und 13 des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes 2006/2007 sowie Verlängerung der Rahmenvereinbarung zwischen der Thüringer Landesregierung und den Hochschulen des Landes zur Sicherung der Leistungskraft der Thüringer Hochschulen.** Das Wort hat der Abgeordnete Döring, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Döring, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Bildung ist der Schlüssel für Entwicklung, Innovation in unserem Land. Deshalb wird der Bildungs- und Erziehungsbereich auch in Zukunft einen wesentlichen Schwerpunkt der Landespolitik ausmachen. So heißt es in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom September 2004 und in der gleichen Rede wird gesagt: Das Land habe vor allem in die Bereiche zu investieren, die Zukunft bedeuten, das heißt Wirtschaft, Bildung und Familie.

Das alles sind schöne Worte, ihren Niederschlag im konkreten bildungspolitischen Handeln der Landesregierung finden sie allerdings nicht. Hier ist vielmehr eine deutliche Kluft auszumachen zwischen Regierungsrhetorik und Realität. In den Jahren 2000 bis 2005 sind im Bildungsbereich sage und schreibe 255 Mio. € gestrichen worden. Im gleichen Zeitraum fielen immerhin 6.600 Lehrerstellen weg und auch in den kommenden beiden Haushaltsjahren wird sich diese Negativentwicklung ungebremst fortsetzen. Laut den Einzelplänen 04 und 17 werden 2006/2007 bei der Bildung weitere 44,5 Mio. € eingespart. Ein Großteil dieser Summe soll durch den ungeschmälerert fortgeführten Personalabbau an den Schulen realisiert werden. Obwohl im Schuljahr 2004/2005 in Thüringen 14.000 Unterrichtsstunden ersatzlos ausgefallen sind, also demnach ein deutlicher Mangel an pädagogischem Personal existiert, ist auch die Streichung von weiteren 1.019 Lehrerstellen vorgesehen. Hier läuft die Landesregierung sehenden Auges gegen die Wand. Gleichzeitig sollen die kommunalen Träger im Schulbereich finanziell noch weiter belastet werden. Ihnen stehen laut KFA künftig 10,5 Mio. € weniger zur Verfügung. Das ist die Haushaltsrealität. Vorgesehen sind Kürzungen beim Schullastenausgleich, bei Zuschüssen für die Schülerbeförderung, bei Investitionszuschüssen für Schulgebäude und Schulsportanlagen sowie bei den Zuweisungen für die Anschaffung von Computertechnik an den Schulen. Und begründet wird dieses wieder einmal mit den zurückgehenden Schülerzahlen. Ich

denke, dabei müsste wirklich auch der Finanzministerin ebenso wie dem Kultusminister bekannt sein, dass der Rückgang der Schülerzahlen nicht automatisch geringere Sachaufwendungen für den Schulträger bedeutet; die Schulbusse müssen genauso fahren wie vorher und auch die Gebäudeerhaltung wird nicht billiger, nur weil es weniger Schüler gibt als im Vorjahr.

Meine Damen und Herren, eines wird mit Blick auf den vorliegenden Haushaltsentwurf überdeutlich: Die materiellen Rahmenbedingungen, insbesondere für die Schulentwicklung, werden immer schlechter. Ein Beispiel dafür bildet auch die Schuljugendarbeit. Im Etat des Sozialministeriums gibt es dafür einen neuen Gemeinschaftstitel, der die bisherige einzubindende Schuljugendarbeit, Jugendpauschale und Schulsozialarbeit an berufsbildenden Schulen umfasst. Für 2006/2007 ist er mit jeweils 9 Mio. € ausgestattet. Bislang standen für Schuljugendarbeit, Jugendpauschale und Schulsozialarbeit jedoch 10,5 Mio. € zur Verfügung. Die Titelzusammenführung ist also nichts anderes als eine verdeckte Mittelkürzung. Über die konkrete Verwendung dieser geringeren Mittel sollen vor Ort die kommunalen Jugendhilfeausschüsse entscheiden. Was das heißt, dürfte Ihnen klar sein; es wird zu einem Hauen und Stechen kommen, bei der die Schuljugendarbeit gegenüber den etablierten Jugendhilfeprojekten wohl oftmals auf der Strecke bleiben wird. Man kann das nur kurz auf folgenden Nenner bringen: Erst werden die Schulen ermutigt, Strukturen der Schuljugendarbeit aufzubauen, und wenn dies gelungen ist, lässt man sie einfach im Stich. Wir halten eine solche Vorgehensweise für unverantwortlich.

Meine Damen und Herren, angemessene Rahmenbedingungen vermissen wir auch im Kita-Bereich. Selbstverständlich war es richtig und ist es richtig, die Verantwortung für die Kindertagesstätten dem Kultusministerium zu übertragen und die Aspekte der Bildung und Erziehung zu stärken, aber die in der Neuordnung liegenden Chancen werden überhaupt nicht genutzt. Die Bildungs-Enquetekommission - ich erinnere daran - hat einen Katalog konkreter Verbesserungsmaßnahmen für diesen Bereich erarbeitet und ich kann nicht erkennen, dass sich das Kultusministerium ernsthaft um deren Realisierung bemüht, von der dringend gebotenen Aufwertung der Erzieherausbildung ist keine Rede mehr und auch auf den verbindlichen Bildungsrahmenplan für Kindertagesstätten werden wir wohl bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten. Stattdessen kommt es durch die Familienoffensive zu massiven Kürzungen, und anstatt sie in ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag zu stärken, werden die Kindertagesstätten materiell erheblich geschwächt. Gleichzeitig ist für viele Kinder aus sozial schwächeren und oftmals bildungsferneren Elternhäusern durch das neue Landeserzie-

hungsgeld der Rückzug aus den Kindertagesstätten schon vorprogrammiert. Die in Thüringen ohnehin bestehenden sozialen Benachteiligungen beim Bildungserwerb, ich verweise auf jüngste PISA-Ergebnisse, drohen sich so noch weiter zu verschärfen.

Das, meine Damen und Herren, ist die bittere Realität und mit den Artikeln 11 und 13 des Haushaltsbegleitgesetzes haben Sie zwei weitere Bildungssteinbrüche in Betrieb genommen, die Schulen in freier Trägerschaft und die Erwachsenenbildung. Im Haushalts- und Finanzausschuss haben Sie, Herr Minister, die Änderungen für die Schulen in freier Trägerschaft folgendermaßen umschrieben: Ziel sei es, die Bildungslandschaft zukunftsfähig zu erhalten, dazu werde ein Paradigmenwechsel vorgenommen. Den Übergang wolle man harmonisieren. Deshalb werde diese Umstellung mit moderaten Kürzungen des Zuschusses in den nächsten beiden Jahren eingeleitet. Ich weiß nicht, ob solche Aussagen naiv oder berechnend sind, aber eines weiß ich genau: Sie gehen an der Lebenswirklichkeit der Schulen in freier Trägerschaft wirklich um Lichtjahre vorbei. Die wirklichen Folgen - und das wissen Sie genau - sind schon jetzt für jeden absehbar. Schulen müssen ihr Schulgeld erhöhen. Das heißt, eine Sonderung nach den Besitzverhältnissen wird in verfassungswidriger Weise gefördert. Um überhaupt überleben zu können, werden eine Reihe von Schulen gezwungen sein, an den Personal- und Ausstattungskosten in nicht mehr zumutbarer Weise zu sparen. Völlig unzumutbar und für mich geradezu ein Skandal sind die geplanten Kürzungen im Förderschulbereich. Die Ausgangslage der freien Förderschulen ist nicht mit derjenigen anderer allgemein bildender Ersatzschulen vergleichbar. Sie, Herr Minister, verkennen vollkommen die Situation, in der sich Eltern befinden, deren Kinder eine freie Förderschule besuchen. Oft haben Eltern durch das Nichtvorhandensein staatlicher Angebote in der Region oder durch Spezialisierung überhaupt keine Möglichkeit, ihre Kinder auf entsprechende staatliche Schulen zu schicken. Zudem ist die Elternklientel oft sozial benachteiligt oder von Sozialhilfeleistungen abhängig.

(Beifall bei der SPD)

Hier Schulgeld zu verlangen ist undenkbar. Freie Träger können aber die fehlenden Mittel nicht kompensieren. Das bedeutet Personalabbau und schlechtere Rahmenbedingungen. Leidtragende sind die Förderschüler. Deshalb ist es für mich völlig unverständlich, meine Damen und Herren von der Fraktion der CDU, dass Sie dies billigend in Kauf nehmen. Geradezu unverfroren ist auch die Tatsache, dass Sie die Finanzhilfe ab 2008 nicht per Gesetz, sondern per Verordnung regeln wollen. Damit entziehen Sie die Festlegung der Höhe der Finanzhilfe jeglicher gesetzgeberischer Kontrolle.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch die Begründung zu Artikel 11, den Trägern und Einrichtungen der Erwachsenenbildung Planungssicherheit zu geben, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Phrase. Im Etatentwurf 2006/2007 werden für die Erwachsenenbildung erneut die im Haushalt 2005 halbierten Ansätze festgeschrieben. Die Umstellung auf neue Finanzierungsmodalitäten folgt also lediglich dieser Haushaltsrealität und eine Novellierung in einem so sensiblen Bereich der Erwachsenenbildung je nach Kassenlage zu machen, lehnen wir weiterhin strikt ab. Dass Sie die Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien aus dem Landeskuratorium kegeln wollen, zeugt auch nicht gerade von Souveränität, sondern eher von Kleingeist. Das, meine Damen und Herren, scheint die einzig verbliebene Konstante dieser Landesregierung zu sein. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Reimann, Linkspartei.PDS.

Abgeordnete Reimann, Die Linkspartei.PDS:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, liebe User im Netz,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Bildung ist Investition in die Zukunft, erstens.

Zweitens: Bildung und Kultur sind zwei Seiten einer Medaille.

Drittens: Für die Zukunft gilt es, das gesamte kreative Potenzial der Gesellschaft zu nutzen.

Die Politik eines Kultusministeriums mit den Bereichen Schulbildung, Hochschulbildung, Kunst- und Kulturpflege sollte diesen drei Grundsätzen folgen. Doch vor dem Hintergrund des Doppelhaushalts 2006/2007 geraten diese Prämissen zur Farce. Vielleicht passt dazu der Ausspruch von Stanislaw Lem: „Menschen haben Spätzündungen. Sie begreifen alles erst in der nächsten Generation.“ Ich jedoch habe keine Geduld, auf die Einsicht der nächsten CDU-Generation zu warten, denn nach Lesart des Herrn Mohring haben die Thüringer Kinder und Jugendlichen nur noch die Wahl zwischen „klug“ oder „schuldenfrei“. Politik zu gestalten, das heißt, Prioritäten zu setzen, und gute Politik zu gestalten heißt, selbst bei prekären Haushaltslagen nicht bei Bildung zu sparen. Sonst wird die Zukunftsfähigkeit des Landes in Frage gestellt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Ich möchte Ihnen, Herr Mohring, Ihre Spätzündungen aus unserer Sicht nennen und Ihnen die Chance bieten, durch unsere Änderungsanträge in dieser Generation zu Korrekturen zu kommen.

Erste Spätzündung: Sie kürzen in den nächsten zwei Jahren mehr als 40 Mio. € im Bildungsbereich und weitere 4 Mio. € im Kulturbereich. Nach den verheerenden Auswirkungen der Mittelkürzungen für Kultur von fast 10 Mio. € im letzten Jahr hatte man gehofft, das Ende der Fahnenstange sei erreicht. Doch der Rotstift wurde erneut angesetzt. Zum wiederholten Male trifft es die Breitenkultur, die Soziokultur, die Thüringer Künstler, die Literaturförderung, die Musikförderung und die freien Theatergruppen. Die Träger der Einrichtungen stehen finanziell mit dem Rücken an der Wand und trotzdem werden die finanziellen Daumenschrauben immer fester gezogen. Wird dieser Trend fortgesetzt, steht nicht nur die kulturelle Vielfalt in unserem Land auf dem Spiel. Ein gemeinsamer inhaltlicher Ansatz von Bildung und Kultur, wie er in einem gemeinsamen Ministerium möglich erscheint, ist nach wie vor nicht erkennbar. Öffentliche Bibliotheken beispielsweise müssen mit weniger als einem Viertel vergangener Landeszuschüsse auskommen, so erheblich wurde in den letzten Jahren zusammengekürzt. Im Zeitalter von PISA sollten Sie als Basiseinrichtungen jedoch den chancengerechten Zugang zu lebensbegleitender Bildung sichern. Wir fordern daher die Rücknahme Ihrer aktuellen Kürzungspläne.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Auch das breitenkulturelle Netzwerk im Freistaat muss nachhaltig gesichert werden. Dafür streitet meine Fraktion schon seit Jahren. Aber das bundesweit einzigartige Projektmanagerprogramm scheint nun auch im Dschungel von Evaluierung und zusammengefasster Förderprogramme geopfert zu werden. Bis heute ist unklar, wer ab 01.01.2006 als Projektmanager tätig sein darf. Um den Fortbestand der kommunalen Musik- und Kunstschulen zu sichern, fordert unsere Fraktion in einem Änderungsantrag, wieder den Vorjahresansatz einzustellen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Zweite Spätzündung: Sie geben mit dem Haushalt den Ansatz der Förderung von Ganztagschulen nun gänzlich auf. Konkret: Sie reden von der Entwicklung der eigenverantwortlichen Schule und schicken diese in die Fallstricke der Entscheidungswege kommunaler Selbstverantwortung bei ständig größer werdenden Defiziten. Wissen Sie eigentlich, was die Zusammenführung der Jugendpauschale mit den Mitteln der Schuljugendarbeit und der ab 2006 aufzu-

bringenden Kofinanzierung für Berufsschulsozialarbeit bedeutet, wenn gleichzeitig die Ansätze gekürzt werden? Wissen Sie, welche Reibungsverluste und kommunalen Schaukämpfe auf Kosten der Kinder und Jugendlichen produziert werden? Wir fordern eine für die Schulen verlässliche Förderung ihrer ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebote. Diese Mittel müssen in einer Höhe bereitgestellt werden, die eine sinnvolle Gestaltung von Ganztagschulen ermöglicht. Sonst ist Ihr ganzes Gerede von eigenständiger Schule und Ausbau von Ganztagschulen bloße Worthülse. Unsere Fraktion fordert dafür eine Mittelansatzerhöhung um 5 Mio. €. Es muss eben verhindert werden, dass die unterschiedlichen Bereiche der Kinder- und Jugendarbeit auch auf kulturellem Gebiet in einen Verteilungsstreit um die immer geringer ausfallenden Landeszuschüsse getrieben werden, wie das aktuell in den Kommunen zu beobachten ist.

Als es um die 114 Mio. € Bundesinvestmittel für Ganztagschulen ging, hat die Landesregierung schnell zugegriffen. Diese wurden unter anderem für Einbau und Renovierung und Ausstattung von Fachunterrichtsräumen, Sanierung von Fassaden, Dachsanierung und anderes genutzt. Die inhaltliche Ausgestaltung, also die so genannte Schuljugendarbeit, hat sich Herr Minister Krapp damals genau 5 Mio. € im Jahr 2004 kosten lassen. Nun, wo es darum geht, die entstandenen Voraussetzungen zu sichern und auch weiter mit Leben zu füllen, stiehlt sich die Landesregierung aus der finanziellen Verantwortung. Sie fasst die Landesmittel zusammen, überantwortet die entstehenden Verteilungsprobleme den Kommunen, indem sie sie selbst in unerträglicher Weise kürzt. In Thüringen wurden in diesem Jahr Anträge für Schuljugendarbeit in Höhe von 5,6 Mio. € gestellt und zur Bewirtschaftung freigegeben - Frau Ministerin Diezel, jetzt ist sie gerade nicht hier, aber sie wird es hören - haben Sie nur 1,92 Mio. €, das heißt, ganz grob geschätzt, 100 € pro Schule pro Woche. Kann man da wirklich noch von Qualitätsentwicklung und von eigenständiger Schule sprechen? Schulkonferenzen haben oft auf diese Art und Weise nur noch Alibifunktion. Sie wissen doch genauso gut wie wir, dass eine qualitativ hochwertige Ganztagerziehung ohne finanzielle Mehraufwendungen nicht zu haben ist. Im Nachbarland Sachsen stellt man im nächsten Jahr 30 Mio. € für ganztägiges Lernen und Betreuung zur Verfügung.

Dritte Spätzündung: Sie vernachlässigen die soziale Situation von Familien. An Ganztagschulen gehört ein gesundes und warmes Mittagessen zum Konzept. Die Bereitstellung einer bezahlbaren und gesunden Schulspeisung ist nicht nur eine bildungspolitische, sondern auch eine gesundheitspolitische Aufgabe. Angesichts der besorgniserregenden Tendenzen hinsichtlich der Schülergesundheit - Thüringen hat im

übrigen den bundesweit höchsten Anteil an übergewichtigen Kindern - halten wir Kampagnen allein wie die bewegungsfreundlichste Schule und andere Absichtserklärungen für nicht wirklich zielführend. Laut einem Presseartikel der TLZ vom 12.12.05 gar ist jeder dritte Tafel- oder Suppenküchenbesucher in Thüringen ein Kind. In Weimar versorgt das DRK seit Schuljahresbeginn bedürftige Kinder mit Pausenbrot. Immer mehr Familien können offensichtlich ihren Kindern aus eigener Kraft selbst die Grundernährung nicht mehr gewährleisten. Das Gerede von Elternverantwortung erscheint vor diesem Hintergrund einfach verantwortungslos. Genauso verantwortungslos ist es, dies als Landesregierung widerspruchslos hinzunehmen. Unsere Fraktion beantragt die Wiedereinführung des Zuschusses für die Schulspeisung von jährlich 2,6 Mio. €.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Auch das Dauerproblem der Schulsozialarbeit, besonders in den berufsbildenden Schulen, wird sich angesichts der Mittelzusammenlegung und -reduktion noch weiter verschärfen. Herr Emde, Sie haben es bei der Veranstaltung in Zeulenroda doch selbst mitbekommen, aber Ihre Antwort war offensichtlich laut Presse nicht schlüssig. In vielen Schulen hat man den aussichtslosen Kampf offensichtlich bereits aufgegeben. Ich nenne nur das Berufsbildende Zentrum in Jena-Göschwitz exemplarisch. An anderen Schulen wird versucht, die Schulsozialarbeiterstelle zu streichen mit der Begründung, man habe dort ja gar keine sozialen Probleme. Da werden nun wirklich Ursache und Wirkung verwechselt. Insgesamt sind 50 Sozialpädagogen an Berufsschulen in Thüringen tätig, der Hauptschwerpunkt ihrer Arbeit ist die Betreuung sozial benachteiligter und auffälliger Schüler der BVJ- und BFS-Klassen. Das sind Schüler mit sehr geringen Integrationsperspektiven, geringer Schulbildung, oft Schulabbrecher und massiven Verhaltensauffälligkeiten, die häufig einen normalen Unterricht unmöglich machen. Wer der Sozialpädagogik an Berufsschulen die Finanzierungsgrundlage zu entziehen versucht oder die Verantwortung auf die Kommunen abwälzt, sollte selbst einmal als Lehrer in BVJ-Klassen unterrichten. Uns fehlen ja bekanntlich die Lehrer, auch Seiteneinsteiger. Ich bin sicher, dass Sie dann die Notwendigkeit dieser wichtigen unterstützenden Arbeit an den Berufsschulen am eigenen Leib verspüren würden. Nur anmerken möchte ich, dass nicht nur Kinder so genannter bildungsferner Schichten Erziehungsdefizite haben können, wie ja nun auch in diesem Hause bekannt sein dürfte.

In einem weiteren Antrag fordert unsere Fraktion die Wiedereinführung der tatsächlichen Lernmittelfreiheit. Aufwand und Nutzen dieser Geldeinsammelaktion stehen in keinem Verhältnis. Der Ansatz

von jährlich 4,5 Mio. € ist viel zu gering; bereits in diesem Jahr waren zusätzliche 1,3 Mio. € nötig. Offensichtlich gibt es doch wesentlich mehr Familien, die auf die Förderung aus öffentlichen Haushalten angewiesen sind und somit laut Lernmittelordnung keine Lernmittelgebühr entrichten müssen. Unserer Fraktion sind es jedenfalls Mehrausgaben von 2,5 Mio. € wert.

Vierte Spätzündung: Sie vernachlässigen sträflichst die Personalentwicklung an den Thüringer Schulen. In den nächsten zwei Jahren will das Land allein 33,8 Mio. € durch den Personalabbau an den Schulen einsparen. Das geschieht trotz Personalmangel an den Förderschulen und an den Berufsschulen. Fakt aber ist, mit einem Durchschnittsalter von 47,8 Jahren und bei Grundschullehrern gar 49,1 Jahren hat Thüringen im europäischen Vergleich eine der höchsten Altersstrukturen. Also einmal praktisch anschaulich: Selbst wenn 2010 alle noch jetzt im Dienst befindlichen Grundschullehrer voll arbeiten würden, dann sind das 3.100 Personen. Sie selbst haben einen Bedarf von 5.500 Personen gemacht. Das heißt, wir müssten jährlich 480 Stellen jetzt schon einstellen, um diesen zukünftigen Lehrbedarf an Grundschulen tatsächlich absichern zu können;

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

aber im Plan sind nur 243. Das ist nicht ausreichend. Noch gravierender zeigt es sich an der Ausbildungsplatzhöchstzahl in den Thüringer Studienseminaren von 81 Grundschullehrern und 157 über alle Schularten. Das ist angesichts des in Kürze zu erwartenden Bedarfs geradezu lächerlich. Wir haben eine Wartefrist von drei bis vier Jahren. Das provoziert direkt die weitere Abwanderung. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag.

Zu den Entschließungsanträgen der CDU möchte ich nur Folgendes anmerken: Zu dem Punkt 8 wird meine Kollegin Skibbe noch reden. Verhindern Sie heute die Änderung des Schulgesetzes in freier Trägerschaft, solange das Gutachten nicht vorliegt.

Zum Punkt 9 Ihres Entschließungsantrags - die Absicht der Privatisierung wird mit uns nicht zu machen sein. Und zu Punkt 10 und 11 - der Pilotversuch erscheint vernünftig, macht jedoch die Schulämter oder, soll ich sagen, die Statistikämter zukünftig überflüssig. Ich kann nur sagen, bei uns steht schon im Landtagswahlprogramm: Zusammenlegung von Schulämtern und Schulverwaltungsämtern.

Zur fünften und vorläufig letzten Spätzündung: Sie greifen per Haushaltsbegleitgesetz massiv in die Bildungslandschaft ein. Herr Mohring, wenn es Ihnen heute langweilig ist, dann kann ich nur sagen, mir

war es im Bildungsausschuss langweilig. Ich hätte Artikel 11 und Artikel 13 gerne dort beraten, denn dort gehören die Gesetze hin und dort hätte man Anhörungsmöglichkeiten gehabt. Man hätte dann ganz qualifiziert darüber entscheiden können. Sie scheuen die Auseinandersetzung im Bildungsausschuss und Sie kastrieren das beratende Erwachsenenbildungskuratorium sogar noch so, dass keine kritischen Stimmen mehr die Öffentlichkeit erreichen. Leises Sterben auf der einen Seite und vollmundige Sonntagsreden auf der anderen Seite. Es gäbe noch sehr viel mehr zu sagen. Meine Kolleginnen und Kollegen werden sich noch zu Wort melden und wir werden auch im Ausschuss nicht locker lassen.

Ganz zuletzt erinnere ich noch an folgende geschichtliche Begebenheit, gedacht für die Finanzpolitiker, Herr Mohring, eigentlich für Sie: Als der dänische Staat im Jahr 1813 nach dem Krieg mit England bankrott ging, wurden die Ausgaben für Bildung erhöht. Auf den Protest des Finanzministers antwortete der damalige König Christian der VIII: „Arm und elend sind wir; wenn wir jetzt auch noch dumm werden, können wir aufhören, ein Staat zu sein.“ Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Emde, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Emde, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich will gleich etwas sagen zu den Haushaltszahlen im Verhältnis in den verschiedenen Jahren und im Verhältnis zum Gesamthaushalt. Dort muss man sagen, der Einzelplan 04 hat im Jahr 2004 Ausgaben von 1,95 Mrd. €, in diesem Jahr 1,78 Mrd. €, im Jahr 2006 2 Mrd. € und im Jahr 2007 1,97 Mrd. €. Wenn man diese Gesamtzahlen sieht, dann, glaube ich, wird doch deutlich, dass die hier so dramatisch dargestellten Kürzungen, die zu einer angeblichen Bildungskatastrophe in Thüringen führen, so gar nicht gegeben sind und überhaupt gar nicht stattfinden. Natürlich muss man dann in einzelne Haushaltspläne oder in einzelne Haushaltstitel hineingehen. Dazu werde ich später noch etwas sagen. Auch bei den Stellen, bei den vorgesehenen Stellen wird ja hier der Untergang nicht erst seit heute propagiert. Für die Grundschulen ist zu sagen, dass im Grundschulbereich Personal aufgestockt wird. Wir haben im Jahr 2005 3.900 Stellen und im Jahr 2007 sind es dann 4.100 Stellen. Für die anderen Schularten bleiben ja die Personalzahlen laut Plan ungefähr gleich. Aber das Problem des Nichtbesetzens einiger Stellen, insbesondere an den berufsbildenden Schulen, an den Förderschulen, aber auch in einigen Schulfächern. lösen wir nicht dadurch, dass wir

schreien, es sind keine Lehrer da, sondern man muss sich bemühen, junge Menschen für diesen Berufszweig zu gewinnen. Sie wissen genau, dass wir hier ein Problem haben in ganz Deutschland und wir uns in diesem Reigen befinden. Da brauchen wir intelligente Lösungen. Aber allein das Meckern über die Situation bringt nichts. Wir gewinnen Lehrernachwuchs. 680 Stellen sind im Plan über all die Jahre immer wieder freigehalten. In diesem Jahr sind ca. 500 Stellen besetzt worden. Auch dort wird deutlich, wir haben den Einstellungskorridor, um junge Leute nachzuholen, aber wir können nicht alle Stellen fach- und sachgerecht besetzen.

Ich will auf den Punkt Schuljugendarbeit eingehen, um ein paar Punkte zu streifen, die hier kritisch gesagt wurden. Natürlich wurde gekürzt. Jetzt werden die Mittel auf der Höhe festgeschrieben, wie sie im Jahr 2005 ausgegeben wurden. Frau Reimann, Sie haben jetzt mal 100 € pro Schule und Woche gerechnet. Ich weiß jetzt nicht, ob die Zahl stimmt, ich habe es jetzt nicht ausgerechnet, aber ich nehme die Zahl einfach mal. Das würde dann heißen, das sind 20 Stunden, wenn ich mit 5 € vergüte. Dann sind das vier Stunden pro Tag. Wenn ich meinen Sportverein nehme, dann verdoppelt sich das, weil wir Trainingseinheiten machen, dann sind das acht Stunden pro Tag. Das müssen Sie an einer Schule erst mal alles organisieren, so viel Zeit haben Sie gar nicht. Ich will damit sagen, man kann eine ganze Menge mit dem Geld machen, was jetzt vorhanden ist. Ich gehe davon aus, dass dies auch so stattfinden wird.

Herr Döring sprach von Steinbrüchen in der Bildungspolitik und nannte zuerst den Bereich der Erwachsenenbildung. Nun war es sicherlich nicht schön, dass vom letzten Jahr auf dieses Jahr dort gekürzt wurde.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Halbiert!)

Das hat auch zu hohen Anstrengungen bei den Trägern geführt. Man muss aber auch sagen, es ist kein Steinbruch, in dem alles zusammengebrochen ist. Die Mittel werden nun auf der Höhe von 2005 fortgeschrieben. Ich denke, die Träger können damit leben. Es war wichtig, dass wir mit den Änderungen des Erwachsenenbildungsgesetzes jetzt eine gewisse Sicherheit festgeschrieben haben.

Zum Gesetz über die Schulen in freier Trägerschaft - ein wichtiger Punkt in der Auseinandersetzung jetzt: Meine Fraktion hat im Laufe der Beratungszeit auch intern eine Gesprächsrunde - ich will nicht sagen Anhörung, aber Gesprächsrunde - mit freien Trägern durchgeführt, wo wir mal in die Tiefe gegangen sind. Ein Ergebnis sehen Sie auch in den Änderungsanträgen, die wir zum Gesetz vorgelegt haben. Wir möchten, dass die Schulen in freier Trägerschaft möglichst frei in ihren Entscheidungen sind und dass

wir von staatlicher Seite möglichst wenig dort regulierend eingreifen. Wir müssen dort die Qualität sichern, das ist klar, aber das heißt nicht, dass man die Schulen in freier Trägerschaft am Gängelband führen muss. Aber eins ist doch klar - Herr Döring, ich komme gleich noch mal zu dem, was Sie vor vielen Jahren hier schon einmal gesagt haben -, die Schulen in freier Trägerschaft sind von einer CDU-geführten Landesregierung immer gewollt worden. Es ist unterstützt worden, dass diese Schulen entstehen. Wenn man sich die Zahlen so anschaut,

(Zwischenruf Abg. Künast, SPD: Da müssen Sie sie aber auch bezahlen!)

dann war es im Jahr 2004 so, dass 4,2 Prozent Schüler eine Schule in freier Trägerschaft besuchten. Im Bundesdurchschnitt war das mehr, aber im Schnitt der neuen Länder lag man nur bei 3,6 Prozent. Dort sieht man schon, dass wir den Aufbauprozess so gefördert und begleitet haben, dass mehr Schulen entstanden sind. Mittlerweile gelten diese 4,2 Prozent ganz sicher nicht mehr, weil natürlich die Schulen weiterhin aufwachsen, auch einige Schulen jetzt noch hinzugekommen sind. Insofern liegen wir jetzt ungefähr auf dem Schnitt bundesweit. Das ist auch gewollt. Man sieht es auch in den Zahlen des Haushalts. Trotz Kürzungen gehen die Ausgaben leicht nach oben.

Jetzt noch mal zu Herrn Döring: Das war ja vorhin recht lustig, dass Wolfgang Fiedler diesen Namen prägte, der vergleicht ja dann mit dem Igel. Mal gespannt, was Wolfgang Fiedler sich für mich einfallen lässt, das wird mit dem Igel wohl nichts mehr werden. Aber der Igel ist ja ein schlaues Tier, nicht wahr, der ist trotz kurzer Beine vor dem Hasen da gewesen. Herr Döring hat 1994 in der Beratung des Landtags, als wir über das Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft sprachen, schon gesagt: „Die Schulen in freier Trägerschaft werden den Freistaat Thüringen so teuer zu stehen kommen. Durch undifferenzierte finanzielle Förderung kommt er - der Freistaat teuer zu stehen, deshalb lehnen wir den Gesetzentwurf ab.“ Damals „undifferenzierte finanzielle Förderung“ - also hat Herr Döring ja damals schon in die Ferne geblickt und hat das richtig erkannt. Nur, Herr Döring, dann müssten Sie ja heute das Gesetz so annehmen, wie es jetzt ist, und könnten nicht Ihren Antrag, den der SPD-Fraktion, verfolgen, das Gesetz soll beim Alten bleiben. Das passt jetzt irgendwie nicht so richtig zusammen. Da kann ich Sie nur noch mal an Ihre Worte von damals erinnern. Nun ist es sicherlich so, dass wir eine Entscheidung treffen müssen und in den nächsten beiden Jahren hier Kürzungen vornehmen, bis wir dann eine Studie vorliegen haben, die uns die Förderung analog oder vergleichbar an den Kosten für staatliche Schüler ausrichten lässt. Da kann man

sagen, den Schritt hätten wir vielleicht auch schon eher gehen können. Wichtig ist, dass wir das jetzt tun und dass das gemeinsam mit den freien Trägern gemacht wird, damit nicht am Ende zwei Gutachten da sind und wir uns streiten. Aber wenn man sich mal das Niveau der jetzt vorgesehenen Förderung für die nächsten beiden Jahre anschaut und es mit anderen Bundesländern vergleicht und schaut auch mal in die Steinbeißgutachten hinein, die es für einige Bundesländer gibt, dann wird man feststellen, dass wir mit unseren Förderhöhen gar nicht so schlecht dastehen. Deswegen ist es wichtig, dass man den freien Trägern jetzt in dieser Übergangszeit auch Spielräume eröffnet, indem man zum Beispiel die Überweisungen der Gelder frühzeitig vornimmt, damit sie Spielraum haben. Wir haben auch einen Antrag eingebracht, wo das Kultusministerium noch mal helfen kann, wenn ein Träger wirklich in nachgewiesene Schwierigkeiten kommt. Insofern, denke ich, werden die freien Träger mit den Neuregelungen klarkommen, da bin ich mir auch ganz sicher.

Ich will abschließend noch sagen, Frau Reimann, Sie haben das ja eingangs erwähnt: Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Ich denke, das unterstreichen wir alle, das ist auch allen klar. Bei der Interpretation sieht es dann immer etwas unterschiedlich aus. Aber wenn Sie die Gesamthaushaltszahl nehmen, dann muss man doch sagen, die CDU-geführte Landesregierung räumt der Bildung auch weiterhin hohe Priorität ein, denn die Ausgaben liegen bei über einem Fünftel des Haushalts insgesamt. Und die CDU-Fraktion setzt dann noch einen obendrauf, nicht, indem wir irgendwo neue Einnahmen generiert haben, sondern indem wir sagen, wir wollen hier neue Wege gehen. Das Personalbudget für Schulen, wo es neben Stellenzuweisungen auch mal Geld geben kann und hier auch Modellversuche, das ist ein moderner Weg, genauso wie die Übertragung von Grundschulen in kommunale Hand, was man ja gemeinsam durch die Initiative des Landkreistags in der nächsten Zeit beschreiten will, ist mit Sicherheit ein innovativer Weg und wird uns bei der Weiterentwicklung von Schulqualität, was der zentrale Punkt ist in dieser Legislaturperiode, weiterbringen. Insofern bin ich optimistisch, dass die Thüringer Schule auch weiterhin eine gute Schule bleibt mit diesem Haushaltsplan.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Skibbe, Linkspartei.PDS.

Abgeordnete Skibbe, Die Linkspartei.PDS:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Gesetzesänderungen für Schulen in freier Trägerschaft gewannen dennoch, trotz Ihrer Anhörungen in den letzten Wochen und Monaten, zunehmend an Brisanz. Täglich lesen wir in der Presse davon. Elterninitiativen, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler dieser Schulen, aber auch ihre Träger formulierten ihre Befürchtungen und Proteste gegen dieses Gesetz. Sogar die Kirchen laufen Sturm dagegen an. Mir unverständlich sind die Verwirrung stiftenden Zahlenspielerereien des Kultusministers, der auf seiner Internetseite die durchschnittlichen Kosten eines Schülers von staatlichen und freien Schulen miteinander vergleicht. Aber dieser Vergleich hinkt, denn der Anteil an Förderschulen in freier Trägerschaft ist überproportional hoch. Der Abgeordnete Döring sprach vorhin schon davon. Förderschulen sind nun einmal wesentlich teurer als andere Schularten. Vielleicht war das ja auch gerade der Grund dafür, warum das Land so viele Förderschulen in freie Trägerschaft überführte. Aus einer Anfrage der Abgeordneten Dr. Krause und Panse geht hervor, dass schulartspezifisch gar keine Angaben zu diesen Aufwendungen für Schüler an allgemein bildenden Schulen in Thüringen für das Jahr 2004 vorliegen. Ein Gutachten mit derartigen Zahlen - Sie sprachen es vorhin an - soll wohl noch erstellt werden und - so lautet die Antwort aus dem Kultusministerium - der Vorbereitung für eine Gesetzesneuregelung dienen. Der eigenen Logik widersprechend, liegen nun die Gesetzesänderungen ohne Vergleichsdaten auf dem Tisch.

Ein weiterer Kritikpunkt unserer Fraktion ist, dass so eine wichtige Gesetzesnovelle am Fachausschuss vorbei den Landtag passieren kann. Dennoch werden für Schulen in freier Trägerschaft die Mittel in den nächsten beiden Haushaltsjahren gekürzt. Das ist so nicht hinnehmbar, verstößt gerade dieses Vorgehen gegen das Gleichheitsprinzip und stellt die Schulen selbst und ihre Schülerinnen und Schüler an freien Schulen schlechter, da der Zugang zu diesen weiter erschwert wird.

(Beifall bei der SPD)

Hier meine ich auch die Landeszuschüsse pro Schule. Sie hatten ja vorhin angesprochen, Herr Abgeordneter Emde, dass es in Thüringen auch mehr Schulen, mehr Ausbildungsrichtungen gibt.

In der vergangenen Woche besuchten Schülerinnen und Schüler der freien Regelschule Reudnitz aus dem Landkreis Greiz den Thüringer Landtag. Sie sind äußerst besorgt über den Fortbestand ihrer Regelschule, die im Territorium einen sehr guten Ruf genießt. Freie Schulen, deren Konzepte sich erst drei

Jahre bewähren müssen, bevor sie Landesmittel erhalten, arbeiten derzeit bereits am finanziellen Limit. Diese Schulen müssen in diesen ersten drei Jahren Kredite zur Überbrückung der finanziellen Situation aufnehmen. Weitere Einschränkungen werden Schulschließungen oder höhere Elternbeiträge nach sich ziehen. Eine weitere Reduzierung bei den Gehältern der Lehrer ist kaum noch möglich, da diese bereits schlechter bezahlt werden als an staatlichen Schulen.

Besonders Besorgnis erregend und dramatisch ist die Situation bei Förderschulen und Berufsschulen in freier Trägerschaft - es wurde bereits erwähnt, aber es ist uns auch sehr wichtig -, hat doch das Land in den letzten Jahren nicht nur diese ermutigt, sich als freie Schulen zu profilieren, sondern sich auch in zunehmendem Maße aus der Verantwortung gezogen. Oder wie soll man das verstehen, wenn es bereits jetzt Landkreise ohne staatliche Förderschulen gibt oder staatliche Berufsschulen gar nicht in der Lage sind, bestimmte Berufsfelder anzubieten, weil ihnen die technischen Voraussetzungen fehlen oder sie schlicht keine Genehmigung erhalten? Mit den privaten Berufsschulen konnte sich das Land seiner Verantwortung für die berufliche Erstausbildung für einige Jugendliche entziehen. Freie Förderschulen dürfen kein Schulgeld nehmen, um die Chancengleichheit zu wahren. Wie sollen sie die Kürzungen auffangen? Ist das Land bereit, diese wieder in staatliche Trägerschaft zu übernehmen? Werden die Kosten da nicht für das Land um ein Vielfaches höher ausfallen? Denkt diese Landesregierung hier nicht viel zu kurzfristig? Wir glauben, dass es andere Wege gibt, um die Zahl der Förderschüler zu verringern. Mit der veränderten Schuleingangsphase gibt es die Möglichkeit, wesentlich mehr Kindern das Lernen an der Grundschule zu ermöglichen. Ich bin der Meinung, dass fast alle Kinder in den ersten beiden oder drei Grundschuljahren diese besuchen könnten. Einschulungen in Förderschulen halte ich nur noch in Ausnahmefällen für notwendig. Andere Bundesländer sind uns dabei bereits einen Schritt voraus. Da aber die Durchsetzung der Schuleingangsphase mit klassenübergreifendem Unterricht und einem rhythmisierten Schultag eher schleppend vollzogen wird, sehen wir hier enormen Handlungsbedarf.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Um das Modell der veränderten Schuleingangsphase besser und überzeugender an die Grundschulen zu bringen, bedarf es nun einmal zusätzlicher Ressourcen. Noch besser wäre es natürlich, wenn die Erkennung und Behandlung von Behinderungen, Entwicklungsstörungen oder auch Verhaltensauffälligkeiten bereits im frühkindlichen Bereich beginnen. Dabei gibt es bereits jetzt in einigen Landkreisen gute, ja sehr gute Erfahrungen. Integrative Gruppen,

integrative Kindertagesstätten ermöglichen den gemeinsamen Besuch dieser Einrichtungen für normale und behinderte bzw. von Behinderung bedrohte Kinder. Die Landesregierung hatte im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Kindertagesstättengesetzes immer wieder betont, wie unterschiedlich die Ausstattung der Landkreise mit integrativen Einrichtungen ist. Der Landkreis Greiz mit einem überdurchschnittlich hohen Angebot und vielen Kindern, die integrativ betreut werden, wurde dabei als Negativbeispiel herausgestellt. Im Vordergrund standen immer wieder die Kosten für das Land. Auch hier werfe ich der Landesregierung Kurzsichtigkeit im Umgang mit den Landesmitteln vor.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Alle integrativen Einrichtungen, die ich in den letzten Monaten besucht habe, zeichnen sich durch engagierte Arbeit und gut abgestimmte und immer wieder für die Einrichtung überarbeitete Konzepte aus. Evaluation wurde in einigen Einrichtungen vermutlich nicht nur auf dem Papier betrieben.

Zu den Äußerungen des Abgeordneten Fiedler bezüglich des Volksbegehrens zur Thüringer Familienoffensive möchte ich nur zwei Sätze sagen: Zum einen hat sich ein breites Bündnis gegen das so genannte Familienfördergesetz formiert, und zwar deshalb, weil in diesem Land offensichtlich andere Protestformen nichts bewirkt haben. Dieses Bündnis besteht aus den Thüringer Elternverbänden, aus Elterninitiativen, Gewerkschaften und oppositionellen Parteien wie Linkspartei.PDS, SPD, Grüne und auch die FDP. Ich verfolge die Entwicklung unseres Bildungssystems hier in diesem Land hin zur Verwaltung von finanziellen Zwängen mit großer Sorge. Deshalb möchte ich noch einmal zum Beginn meiner Rede zurückkommen und Stellung beziehen für die Fraktion der Linkspartei.PDS zum Gesetz der Schulen in freier Trägerschaft. Wir lehnen das Gesetz ab und fordern die Anhebung der Landesförderung um 2 Mio. € in 2006 und 4 Mio. € in 2007 für diese Schulen. Es wurden zwar ursprünglich vorgesehene inhaltliche Änderungen im Bereich der Schulaufsicht nach Protesten der Schulträger zurückgenommen, die Förderbestimmungen, welche vor allem Gegenstand massiver Proteste der Schulträger sind, wurden jedoch nicht geändert. Dies wird den freien Schulen den Boden entziehen. Die Folge werden Schulschließungen oder Rückführungen in staatliche Trägerschaft oder die Erhöhung des Schulgeldes sein. Schulen in freier Trägerschaft sind gemäß Grundgesetz und Verfassung des Freistaats Thüringen gegenüber staatlichen Schulen gleichgestellt. An freien Schulen erfüllen Schülerinnen und Schüler ihre Schulpflicht. Insbesondere durch Förderschulen und Berufsschulen in freier Trägerschaft wird ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot gewährleistet. Dieses

kann allein durch staatliche Schulen nicht abgedeckt werden. Man kann nicht über Jahre hinweg die Herausbildung und Profilierung von freien Schulen anstreben bzw. forcieren und dann quasi im Handstreich den Schulen, die eine qualitativ hervorragende Arbeit leisten und in ihren speziellen Angeboten nicht ersetzbare Aufgaben erfüllen, ihre Basis entziehen. In einigen Landkreisen in Thüringen gibt es infolge der Privatisierung von Förderschulen bereits keine vergleichbaren staatlichen Schulen mehr. Wir sind also auf diese Schulen angewiesen. Diese Schulen sind im gleichen Umfang zu fördern wie staatliche Schulen. Dies gebietet allein die Vernunft, aber auch der Respekt gegenüber diesen Schulen, den darin arbeitenden Pädagogen sowie gegenüber ihren Schülern und deren Eltern.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Bausewein, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Bausewein, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, „Wirtschaftsstandort und Wissenschaftsstandort gehören zusammen und wenn das Forschungsland Thüringen gut aufgestellt ist, hilft das einer soliden, zukunftsfähigen und auch arbeitsplatzintensiven Thüringer Wirtschaftsentwicklung.“ Dieser Satz stammt aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Althaus vom September des vergangenen Jahres. Ich denke, jeder von uns wird der eben zitierten Aussage bedenkenlos zustimmen können. Ich glaube auch, dass es jeder von uns begrüßen würde, wenn die Landesregierung tatsächlich gemäß dieser Maxime handeln würde. Aber was ist die Realität? Die Landesregierung beabsichtigt, die Mittel für die Förderung der wirtschaftsnahen und Grundlagenforschung weiter zu kürzen. Waren dort für 2005 noch 16 Mio. € veranschlagt, so sind im Haushaltsplan 2006 lediglich noch 13,1 Mio. € eingestellt. In diesem Bereich erneut von Mittelstreichungen betroffen ist die Förderung der Verbundforschung. Ihr Haushaltsansatz soll von 10,7 Mio. € auf 8,3 Mio. € reduziert werden. Falls das Thüringens Beitrag zum Einsteinjahr sein soll, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn der Freistaat in der Forschung noch weiter gegenüber dem Westen zurückfällt, als dies ohnehin schon der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines sollte uns allen bewusst sein: Die erneuten Reduzierungen sind höchst brisant, da die Landesregierung die Forschungsförderung bereits seit Jahren immer mehr

zusammenstreicht. Zur Erinnerung: 1999 waren für diesen Bereich im Landeshaushalt noch 53,6 Mio. € eingestellt. 2006 ist davon nicht einmal ein Viertel übrig geblieben. Besonders betroffen von dieser Negativentwicklung ist eigentlich ihr Herzstück der Forschungsförderung, nämlich die Verbundforschung. Standen ihr im Jahr 1999 noch 33,1 Mio. € zur Verfügung, so sind es im Haushaltsjahr 2006 rund 75 Prozent weniger. Das Land wendet heute also lediglich noch einen Bruchteil dessen für die Forschungsförderung auf, was dort vor wenigen Jahren noch zur Verfügung gestellt wurde und was dort auch heute noch unbedingt vonnöten wäre. Damit wird sehenden Auges ein nachweislich sehr erfolgreiches Landesprogramm an die Wand gefahren und der Forschung werden dringend benötigte Mittel entzogen. Letztendlich steht bei einem Festhalten an einer derart verfehlten Politik auch die Zukunft des Forschungs- und Technologiestandorts Thüringen auf dem Spiel. Ich erinnere hier noch einmal ausdrücklich an die eingangs zitierte Aussage des Ministerpräsidenten: „Wirtschaftsstandort und Wissenschaftsstandort gehören zusammen.“ Ziehe ich das Geld aus der Forschung, untergrabe ich also über kurz oder lang meine eigene ökonomische Basis. Das müsste eigentlich hierzulande jedem einleuchten. Nur der Landesregierung ist dieses Licht offensichtlich noch nicht aufgegangen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Vorgehen der Landesregierung bei der Forschungsförderung ist aber nicht nur im Hinblick auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom vergangenen September unverständlich, es steht zudem im deutlichen Widerspruch zu den Empfehlungen, welche eine vom Land eingesetzte Expertenkommission im März 2004 abgegeben hat. Im Kommissionsgutachten mit dem Titel „Wissenschaftsland Thüringen“ heißt es auf der Seite 51 - Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich: „Die vom TMWFK“, also damaligen Wissenschaftsministerium, „seit mehreren Jahren erfolgreich betriebene Unterstützung von FuE-Projekten im Verbund zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Thüringer Unternehmen sollte wieder deutlich aufgestockt werden. Mit den derzeit vorhandenen Mitteln sind nachhaltige Wirkungen nur noch in geringem Umfang zu erzielen. Angesichts der positiven Wirkungen für die Wirtschaft, aber auch für die Profilbildung der Hochschul- und Forschungseinrichtungen spricht alles dafür, das Instrument der Verbundforschung offensiv zu nutzen.“ Diese Empfehlungen reflektieren wohlgermerkt die Situation zu Beginn des Jahres 2004. Damals waren für die Verbundforschung noch 12,1 Mio. € im Haushalt eingestellt. Mit dem kommenden Jahr sollen dies dann 3,7 Mio. € weniger sein. Vor diesem prekären Hintergrund be-

antragt die SPD-Fraktion, die Mittel für die Verbundforschung in den kommenden beiden Haushaltsjahren deutlich zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD)

Nur so wird es gelingen, die Forschungsförderung aus ihrem Dauersichtum zu befreien und sie im Sinne des eben zitierten Kommissionsgutachtens zur weiteren Entwicklung des Technologie- und Wirtschaftsstandorts Thüringen offensiv einzusehen. Ich werbe daher insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsfraktion mit Nachdruck für eine Zustimmung zu unseren entsprechenden Änderungsanträgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im zweiten Teil meiner Rede möchte ich mich mit der geplanten Verlängerung des Thüringer Hochschulpakts beschäftigen. Die Landesregierung hatte bereits im März dieses Jahres mit den Thüringen Hochschulen eine Verlängerung des Hochschulpakts über den ursprünglich festgelegten Termin für das Jahr 2007 bis zum 31.12.2007 vereinbart. Meine Fraktion begrüßt grundsätzlich den Gedanken einer langfristigen Selbstverpflichtung des Landes bei der Hochschulfinanzierung. Den Thüringer Hochschulpakt in seiner jetzigen Form lehnen wir aufgrund seiner unzureichenden materiellen Ausstattung ab. Nach unserer Auffassung bedingen insbesondere die nach wie vor deutlich steigenden Studierendenzahlen eine andere finanzielle Ausgestaltung des Hochschulpakts. Besuchten noch im Sommersemester 1991 gerade einmal knapp 15.000 Studierende die Thüringer Hochschulen, so sind es im aktuellen Wintersemester 2005/2006 über 48.000 Studierende. Auch in den kommenden Jahren wird sich der Anstieg der Studierendenzahlen nach den Prognosen des Landeshochschulplans deutlich fortsetzen. Spätestens im Jahr 2007 wird danach eine Gesamtzahl von über 50.000 Studierenden erreicht sein. Allein schon diese Tatsache macht den weiteren Ausbau der Thüringer Hochschullandschaft zwingend erforderlich. Die von der Landesregierung gesetzten materiellen Rahmenbedingungen behindern jedoch die weitere Entwicklung des Campus Thüringen, da sie ihn in ein zu enges finanzielles Korsett zwingt. Zwar bietet der von der Landesseite initiierte Hochschulpakt den Hochschulen eine Finanzierungszusage bis einschließlich 2007, diese aber auf dem Stand der im Jahr 2001 vom Land verausgabten Mittel. Die Förderung der Sach- und Investitionskosten steigt laut Hochschulpakt bis 2007 jährlich um gerade mal 1 Prozent, bei den Personalkosten ist überhaupt keine Steigerung vorgesehen. Vor dem Hintergrund nach wie vor stark wachsender Studierendenzahlen in Thüringen, aber auch im Hinblick auf die tarifvertraglich bedingte und für die Hochschulen somit unabwendbare Personalkostensteigerung

und die jährliche Inflationsrate wird der Hochschulpakt dem tatsächlichen Finanzbedarf der Thüringer Hochschulen nicht im Ansatz gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Derzeit sind die Hochschulen nur in der Lage, ihre Stellenpläne zu etwa 90 Prozent auszufinanzieren. Dass diese Entwicklung nicht zur Qualitätssteigerung der Lehre beiträgt, dürfte jedem klar sein. So ist beispielsweise die Studiendauer seit den frühen 90er-Jahren deutlich angestiegen, in einigen Studienfächern um drei Semester. Dauerte zu Beginn der 90er-Jahre ein Universitätsstudium noch knapp fünf Jahre, so sind es inzwischen gut sechs Jahre, also auch hier eine Steigerung um über ein Jahr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ziel eines materiell angemessen ausgestatteten Hochschulpakts muss es daher sein, den Hochschulen bestmögliche Entwicklungschancen zu bieten, ihnen langfristige Planungssicherheit zu geben und ihnen insbesondere die Abdeckung tarifvertraglich bedingter Personalkosten zu ermöglichen. Da dies mit dem bisherigen Hochschulpakt nicht gegeben ist, wird meine Fraktion seiner Verlängerung nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss meiner Rede möchte ich noch einige Sätze zum Artikel 12 des Haushaltsbegleitgesetzes, sprich, zur Novelle des Thüringer Studentenwerkgesetzes verlieren. Ich werde mich allerdings aus Zeitgründen nur auf die Fusion der beiden Studentenwerke zum Studentenwerk Thüringen beschränken. Mit der Gesetzesnovelle wird, wie gesagt, die Vereinigung der beiden bisherigen Studentenwerke Jena-Weimar und Erfurt-Ilmenau zum Studentenwerk Thüringen angestrebt. Diese Vereinigung der beiden Studentenwerke, die ja de facto eine Integration des Studentenwerks Weimar-Jena nach Erfurt-Ilmenau darstellt, wird aber kurz- und mittelfristig nur Kosten verursachen, und dies vor allem durch die Anpassung der EDV-Systeme und die fällige Grunderwerbsteuer. Selbst wenn das Land auf seinen Anteil an der Grunderwerbsteuer verzichten würde, sind danach immer noch die Kommunen da, die dasselbe auf keinen Fall tun werden. Weitere Einsparungseffekte dürften sich auch aufgrund der bereits in den vergangenen Jahren vollzogenen Kürzungen kaum ergeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es drängt sich der Verdacht auf, dass die Vereinigung der beiden Thüringer Studentenwerke nur vollzogen wird, weil es der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung im September des vergangenen Jahres so angekündigt hat. Gab es bei der letzten Fusion der

Thüringer Studentenwerke in den 90er-Jahren - damals wurden sie von vier auf zwei reduziert - noch einen entsprechenden Diskussionprozess und mehrere entsprechende Gutachten, die übrigens zu der Erkenntnis kamen, dass zwei Studentenwerke das Optimum für Thüringen seien, so soll nun der Zusammenschluss im Rahmen der Haushaltsbegleitgesetzgebung gewissermaßen nur durchgewunken werden. Die Zechen dafür werden wahrscheinlich die Studierenden zahlen. Daher hat meine Fraktion einen Änderungsantrag mit dem Ziel gestellt, die Fusion der beiden Thüringer Studentenwerke zu verhindern. Auch hierfür möchte ich insbesondere bei der Mehrheitsfraktion in diesem Hause um Zuspruch werben. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Hennig, Linkspartei.PDS-Fraktion.

Abgeordnete Hennig, Die Linkspartei.PDS:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, im Bereich der Hochschulen wird von der Landesregierung immer wieder der Eindruck einer Idylle erweckt und immer wieder wird der Hochschulpakt als besonders noble Geste der Regierung gepriesen. Doch auch eine Beschwörung kann nicht von dem Fakt ablenken, dass es sich bei dem Hochschulpakt in einem gewissen Sinn doch nur um eine Mogelpackung handelt. So wird seit Unterzeichnung des Pakts immer wieder der Eindruck erweckt, die Hochschulen blieben von Einsparungen verschont, in der Realität wurden und werden mit diesem Doppelhaushalt wieder die Mittel für Forschung und Technologie, von dem die Hochschulen bislang erheblich partizipierten, stark gekürzt. Der Abgeordnete Bausewein ist ausführlich auf den Hochschulpakt eingegangen, deswegen spare ich mir das an dieser Stelle, weil meine Fraktion seine Einschätzung teilt.

Wie sieht nun die Realität aus? Auf die Studierendenzahlen hat auch Abgeordneter Bausewein ausführlich hingewiesen. Parallel dazu existiert an den Hochschulen seit dem Jahr 1993 ein unveränderter Personalbestand. Lehraufgaben werden zum Teil von emeritierten Professoren bei einer Bezahlung von 25 Prozent wahrgenommen. Die unbesetzten Stellen lassen die Hochschulen unbesetzt, weil sie mit diesen Mitteln die Löcher im Etat an den anderen Stellen flicken müssen. Damit begeben sie sich in einen teuflischen Kreislauf. Eigentlich müssten sie die Mittel in Dozenten investieren; tun sie das, brechen aber auch zum Teil andere Aufgabenbereiche weg. Das Resultat ist, dass sich die Situation an den Hochschu-

len erheblich verändert hat. Schlechtere Betreuungsrelationen, überfüllte Hörsäle und Seminarräume sind unausweichlich. Die Zustände waren auch schon Ursache für mehrfachen studentischen Protest. Die Frage der Betreuungsrelationen hat auch das Statistische Bundesamt festgestellt. In einer Erhebung, die kürzlich öffentlich vorgestellt wurde, schneidet Thüringen sehr schlecht ab. An den Thüringer Hochschulen muss sich danach jeder Dozent im Schnitt um 20 Studenten kümmern. Studiendauer und Betreuungsrelation zählen mit zu den ungünstigsten in ganz Deutschland. Sowohl für die Studierenden als auch für die Dozenten ergeben sich damit unhaltbare Zustände. Dafür tragen Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, die Verantwortung.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Folglich sind die Hörsäle hoffnungslos überfüllt, teilweise für den Studienabschluss notwendige Pflichtveranstaltungen müssen von den Studierenden verschoben und zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden. Auch für die Dozenten ist es kein Zuckerschlecken. Eine individuellere Betreuung von Studierenden ist nur schwer möglich, wenn auf einen Dozenten im Schnitt 20 Studierende kommen. Doch auch im Haushaltsentwurf des zuständigen Kultusministeriums spiegelt sich die keinesfalls rosige Lage wider. Stiftungsprofessuren fallen weg, gemeinsame Berufungen zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden reduziert, erste überregional bekannte Professoren wanderten bereits ab. All diese Fakten zeugen nicht von einer Schwerpunktsetzung zugunsten der Hochschulen, sondern lediglich von einer Mangelverwaltung. Dabei müssten die Weichen völlig anders gestellt werden, denn nach der für das Jahr 2003 von der OECD ermittelten Studienanfängerquote beginnt mehr als die Hälfte, nämlich 53 Prozent der Jugendlichen in OECD-Ländern, im Laufe ihres Lebens ein Studium im so genannten Tertiärbereich A. Die Studienanfängerquote in Deutschland ist nach OECD-Abgrenzung von 2001 bis 2003 zwar von 32 Prozent auf rund 36 Prozent gestiegen und auch für 2004 wurde ein Wert von 37,5 Prozent ermittelt, trotzdem liegt damit Deutschland zusammen mit europäischen Nachbarländern nach wie vor im hinteren Bereich der Rangliste. Die neue Regierungskoalition in Berlin hat sich sogar zum Ziel gesetzt, die Studienanfängerquote auf 40 Prozent zu setzen. Wie Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, sich auf diese Ankündigung einstellen wollen, bleibt mir ein Rätsel. Nicht einmal im Ansatz wurde über die aufgabengerechte Mittelausstattung der Hochschulländer diskutiert. Im Grunde benötigen wir bald keinen Kultusminister mehr, könnten also auch an dieser Stelle sparen,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

denn die Finanzministerin gibt sowieso den Ton an. Wenn wir ohnehin bei der Bundesregierung sind, müssen wir in diesem Zusammenhang auf die Frage der Föderalismusreform eingehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Für diese Reform haben sich die Koalitionsparteien darauf geeinigt, dass der Bund zukünftig nur zuständig für die Hochschulzulassung und für die Hochschulabschlüsse sein soll. Jede weitere Zuständigkeit und ein uneingeschränktes Abweichungsrecht von den Bundesregeln im Hochschulbereich soll allein bei den Ländern liegen. Dazu gehört künftig auch der Hochschulbau. Meiner Meinung nach - und ich denke, das ist auch die Meinung meiner Fraktion - wird der Kleinstaaterei im Bildungsbereich damit die Krone aufgesetzt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Konsequenzen werden vor allem unsere Hochschulen zu tragen haben. Nicht zu Unrecht befürchtet daher die Hochschulrektorenkonferenz eine Verschlechterung der Situation im Wissenschaftsbereich. Dazu ist die Leistungsfähigkeit der einzelnen Bundesländer unterschiedlich. Schon jetzt existiert ein Leistungsgefälle zwischen den Ländern. Dieses wird damit in Zukunft nicht nur zementiert, sondern auch noch verschärft. Viele Experten befürchten, dass vor allem der Hochschulbau, bislang eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern, die extreme Form der Auswirkungen zu spüren bekommen wird.

Verehrte Abgeordnete, der Bund darf sich nicht aus der Hochschulpolitik drängen lassen. Die Finanzierung der Bildung, ja die gesamte Bildung selbst, muss eine gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern bleiben, um den von allen Fachleuten vorausgesagten hohen Zuwachs bei Studienanfängern zu bewältigen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Linkspartei.PDS unterstützt darum den Vorschlag der Hochschulrektorenkonferenz, einen bundesweiten Hochschulpakt 2020 abzuschließen, um die Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen durch mehr Lehrpersonal und eine Aufstockung der sächlichen und räumlichen Ressourcen gemeinsam zu beseitigen.

Noch ein paar Sätze zur geplanten Zusammenlegung des Studentenwerkes Thüringen. Auch hier an dieser Stelle wird erneut der Unfug deutlich, den die Landesregierung veranstaltet. Zunächst zur Erinnerung, Abgeordneter Bausewein hat es schon gesagt: Erst hatten wir ein einheitliches Studentenwerk, dann hatten wir vier und jetzt haben wir zwei und jetzt soll

es wieder eins werden. Das ist ja im Grunde auch nichts Verwerfliches, gäbe es nicht das ganze Procedere drumherum. Es ist weder ein konstruktiver Verständigungsprozess zu erkennen, noch gab es ausreichende Diskussionen zu den zu erfüllenden Aufgaben und - was noch viel schlimmer ist - eine nicht ausreichende und keine ernsthafte Einbeziehung der Betroffenen. Das Einzige, was es gab, war die Vorankündigung des Ministerpräsidenten und hinterher der Versuch, Erklärung zu schaffen und damit geschaffene Tatsachen irgendwie umzusetzen. Die Borniertheit, mit der diese Regierung Politik betreibt, ist ungläublich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Unverständlich ist die ganze Operation um die Studentenwerke aber auch aus einem anderen Grund. Mehrfach hat die Landesregierung die Novellierung des Hochschulgesetzes angekündigt. Warum wurde die Diskussion um das Studentenwerksgesetz nicht in diesem Zusammenhang geführt? Dort hätte es wenigstens fach- und sachlichen Sinn gemacht. Ich bin sogar überzeugt, dass wir uns bei einer Novellierung des Hochschulgesetzes mit den Studentenwerken befassen müssen. Unverständlich ist auch, dass bislang keine einzige Aussage zu den Konsequenzen der Zusammenlegung der Studenten getroffen wurde. Kommen auf die Studierenden höhere Kosten zu? Welche Auswirkung hat die Novellierung für die Beschäftigten? Unklarheiten finden sich auch im Detail, welche Kosten beispielsweise bei der Abgleichung der EDV-Technik entstehen und ob dieser Aufwand langfristig die Zusammenlegung auch rechtfertigt. Und schnellen nicht auch bei einer dezentralen Lösung die Fahrtkosten der Mitarbeiter in die Höhe?

All diese Dinge sind überhaupt nicht besprochen. Es zeigt nur, wie irrational hier gehandelt wird, und leider, wie es die beabsichtigte Fusion der beiden Landesämter für Denkmalpflege zeigt, sind diese Vorgänge keine Einzelbeispiele. Darum müssen wir die gesamten Vorhaben grundsätzlich ablehnen. Als Studierender einer Hochschule wären Sie bei der Vorlage einer solchen Semesterarbeit durchgefallen mit dem Kommentar: „wegen mangelnder Recherche Thema verfehlt“.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine Fraktion, das verspreche ich, wird Sie in der nächsten Zeit mit Hochschulthemen beschäftigen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Schwäblein, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich unterstelle einmal, dass weitere Redner noch kommen werden zu den Themen "Kunst und Kultur", so dass ich mich jetzt auch erst einmal auf die angesprochenen Themen "Forschung und Wissenschaft" beschränken werde.

Die Oppositionsredner haben wie immer Kritik geübt - es ist ihre Pflicht -, ohne aber tatsächlich Antworten geben zu können. Es gibt also dieses übliche Bild, Opposition glaubt tatsächlich wie eine Ziege, ihre Aufgabe schon erfüllt zu haben

(Unruhe bei der SPD)

nur mit Meckern, ohne auch Milch geben zu müssen.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Das haben wir schon dreimal gehört, nicht dreimal, fünfmal schon gehört!)

Ja, deswegen ist es trotzdem immer noch richtig. Ihre Kritik an der Regierung kommt jedes Jahr und es ist kein Jahr besser, Herr Döring. So viel Selbstkritik hatte ich jetzt von Ihnen gar nicht erwartet, aber ich nehme es natürlich gern an.

(Beifall bei der CDU)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Forschung schmerzt uns, dass wir bei einigen Programmen tatsächlich Kürzungen hinnehmen müssen. Das passt aber leider in das Gesamtbild, dass unser Haushalt rückläufig ist und die Einnahmen ausbleiben - das bei einem Haushalt, der zwei wesentliche Kostenblöcke enthält, die zum Glück noch nicht reduziert wurden. Es passt nicht ins Bild, gar nichts verändern zu wollen, so dass wir uns also mehr oder weniger in Abwehr geübt haben und wenigstens die wichtigsten Forschungsvorhaben unbeschädigt laufen lassen können. Was gar nicht erwähnt wurde, sind die außeruniversitären Forschungseinrichtungen des Freistaats, an denen sich Bund und Länder gemeinsam beteiligen. Hier hat die Regierung ihre Verpflichtungen voll erfüllt und die jährliche Steigerungsrate, die in dem Staatsvertrag vereinbart wurde, eingehalten. Es darf hier immerhin einmal erwähnt werden, auch wenn es nicht zum Meckern passt, hier ist eine echte Leistung des Freistaats, der unseren Forschungsstandort ordentlich dastehen lässt. Ich hoffe, dass die Institute jetzt aus diesem zugesicherten finanziellen Wachstum

die richtigen Schlussfolgerungen ziehen und noch bessere Leistungen bringen als bisher, dass es nicht nur in Personalkostensteigerungen geht, sondern auch die Ergebnisse entsprechend besser werden. Zu den Hochschulen bleibt zu sagen, dass es trotz allem ein Gewinn ist, dass es diesen Hochschulpakt a) gibt und b), dass er verlängert wurde. Denn bei der allgemeinen Kürzungsnotwendigkeit der letzten Jahre um 15 bis 20 Prozent hätten wir ohne den Hochschulpakt auch die Hochschulen nicht ausnehmen können. Das bedeutet natürlich, dass an anderen Stellen dafür umso stärker gestrichen werden musste, weil das Einnahmenvolumen zurückgegangen ist. Da kann nur die Opposition so tun, als hätte das keine Auswirkungen auf den Haushalt; wir, die wir das verantwortlich machen, können das nicht ignorieren. Nun haben mittlerweile alle Rektoren den Sinn eines Hochschulpakts auch öffentlich anerkannt. Herr Döring, auch das Mitglied des SPD-Schattenkabinetts wird vielleicht jetzt heimlich zugeben müssen, dass der Hochschulpakt die größte Universität des Freistaats vor finanziellem Schaden bewahrt hat, aber sein Nachfolger bringt es immerhin fertig, tatsächlich auch diese Wahrheit auszusprechen. Damit sind jetzt alle Rektoren des Freistaats der Meinung, dass hier etwas Sinnvolles geschehen ist, und sind auch alle der Meinung, dass die Verlängerung Sinn macht.

Nun wird die veränderte Betreuungsrelation beklagt und jetzt müssen wir der Wahrheit ins Auge schauen. Die Zahl der Studierwilligen nimmt zu, insbesondere auch der Studierwilligen, die nicht aus Thüringen kommen. Mit den Veränderungen um uns herum hat die Opposition ja völlig ignoriert, dass nämlich das erste Land, die allgemeinen Studiengebühren einzuführen, gesetzgeberisch schon fixiert hat und andere Länder das angekündigt haben, also Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Hamburg und Niedersachsen - ich hoffe, die Aufzählung ist vollständig - jetzt schon auf einem sicheren Weg zu Studiengebühren sind und dass es dann nicht ausbleibt, dass weniger motivierte Studenten sich dann umschauchen, wo vielleicht noch keine Studiengebühren erhoben werden, und der Druck auf unsere Hochschulen noch einmal zunimmt. Jetzt könnten wir das durch sehr, sehr viel Landesgeld zu kompensieren versuchen. Eine Möglichkeit, dieser hohen Zahl von Studierwilligen zu begegnen, ist die Ausweitung der Kapazitäten räumlich wie personell, was in beiden Fällen sehr viel Geld kostet. Ich hoffe, dass nach der Eingangsdebatte klar geworden ist, dass wir das nicht so ohne Weiteres aufreiben können. Die zweite Möglichkeit ist, verstärkt auf Qualität der Studierenden zu setzen und verstärkte Zugangsbeschränkungen auszurufen durch Numerus clausus und/oder aber entsprechende Eingangsbewertung/Eingangsprüfungen. Ich glaube, an dem Weg werden wir mittelfristig nicht

vorbeikommen. Da sind Sie natürlich auch dagegen, selbstverständlich. Ja, sonst wäre ja möglicherweise ein Grund zum Meckern weg, wenn dann die Seminare nicht mehr so überfüllt sind und die Studienbedingungen sich darüber verbessern. Aber, ich glaube, mittelfristig wird sich auch in Thüringen etwas als richtig erweisen, was ich hier schon öfter angesprochen habe. Auch wir werden um die allgemeinen Studiengebühren nicht umhinkommen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, Die Linkspartei PDS: Der Ministerpräsident sagt, es gibt bis 2009 keine Studiengebühren.)

Ganz sicher. Sie werden es weiterhin beklagen, aber es wird sich nicht ändern lassen. Wenn wir die Studienbedingungen auf Dauer verbessern wollen, wird es nicht anders sein können, als dass auch Studierende einen Beitrag dazu leisten werden. Je eher das kommt, umso besser, sage ich in aller Deutlichkeit. Ich hoffe, dass die Regierung möglicherweise noch vor 2009 einen Gesetzentwurf vorlegt.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Ich möchte mal eine Schuldebatte!)

Ich hoffe es, und wenn die Situation an unseren Hochschulen sich entsprechend verändern wird, und das ist ziemlich gut abzusehen nach dem, was ich eingangs beschrieben habe, wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit auch passieren müssen. Oder aber wir beklagen gemeinsam, dass sich unsere Bedingungen für die Studierenden verschlechtert haben und die Belastung für die Hochschullehrer dramatisch zunimmt. Das ist eine nüchterne Konsequenz aus dem Handeln unserer Nachbarn innerhalb Deutschlands.

Zur angesprochenen Kritik zur Föderalismusreform nur so viel: Ich bin froh darüber, dass nach einer hoffentlich erfolgreichen Föderalismusreform auch auf Dauer Eingriffsmöglichkeiten der Bundesregierung in die Kulturhoheit der Länder, und hier ist sie massiv berührt, wie es das Bundesverfassungsgericht schon mehrfach in den letzten Jahren ausgewiesen hat, ein für alle Mal beendet sind. Gut und richtig ist, dass sich Abschlüsse vergleichen lassen. Gut und richtig ist, dass die Zugangsbedingungen in Deutschland vergleichbar sind. Aber alles andere wird den Ländern anheim gestellt werden und unsere Hochschulen werden zunehmend in den Wettbewerb zueinander treten, was sie eigentlich bisher schon sind, man hat das nur nicht so recht zugeben wollen. Es war immer schon von besonderem Interesse, wo jemand studiert hat, um besonders gut vermittelt werden zu können. Das wird sich verstärken, das wird sich in der Forschung verstärken. Das wird sich in der Lehre verstärken und damit wird Wettbewerb, wie es auch zwischen den Schulsystemen in Deutschland

mittlerweile als sinnvoll herausgestellt wurde, an den Hochschulen die Qualität unserer Hochschulen verbessern.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Ja, das ist das Problem.)

Fangen Sie doch nicht schon wieder an. Sie sind doch da wirklich geschlagen und sollten da wirklich still sein, sonst führen wir noch mal eine Schuldebatte.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Schuldebatte, Herr Schwäblein.)

Das wäre es noch, dass Sie mir einmal Recht geben. Das werde ich nicht mehr erleben, aber zum Glück erleben es unsere Schüler, dass unser Schulsystem eines der besten ist in Deutschland. Wenn Sie es auch bis zu Ihrer Politrente noch nicht anerkennen, es bleibt schlicht dabei.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, dass wir bei den Hochschulen auch die richtigen Weichen stellen, dass dann im Wettbewerb der Hochschulen auch wir mit die besten Hochschulen in ganz Deutschland haben werden. Die jungen Leute werden es uns danken. Ich beschließe erst einmal den ersten Teil meines Redebeitrags und gehe dann gern noch einmal auf die Kultur- und Kunstdiskussion, die ich jetzt noch unterstelle, ein. Vielen herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Döring, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Döring, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, fünf Monate ist jetzt das Landeskulturkonzept alt. Dort kann man sehr viele Banalitäten nachlesen und auch rhetorische Luftblasen, aber es gibt auch manch wichtigen Satz. Einer davon heißt: „Thüringen ist ein Kulturland, das ist unser Kapital.“ Hier stimmen wir natürlich gern zu. Wenn man sich allerdings den Haushalt anschaut, da muss man feststellen, dass es lediglich eine Floskel ist; es gibt eine Vielzahl von Mittelkürzungen bei Einzeltiteln. Ich greife nur einmal den Denkmalschutz heraus. Im Doppelhaushalt 2003/2004 sind die Landesmittel hier in diesem Bereich bereits um 50 Prozent gekürzt worden und auch in 2006/2007 sind weitere Einschnitte geplant. Das ist nicht allein aus denkmalspfliegerischen Gesichtspunkten fragwürdig, sondern hat auch ökonomische Auswirkungen in den betroffenen Regionen. Wie heißt es doch so schön auf Seite 21 des erwähnten Landeskulturkonzepts: „So werden zum Bei-

spiel bei der Denkmalpflege Aufträge an Handwerker und mittelständische Firmen ermöglicht.“ Wir teilen diese Einschätzung ausdrücklich. Aber warum zieht das Kultusministerium bei der Haushaltserstellung daraus nicht die notwendigen Konsequenzen?

Meine Damen und Herren, wenig erfreulich auch die Entwicklung bei Landeszuschüssen für die Breiten- und Soziokultur. Nicht allein, dass hier traditionell eindeutig ein Ungleichgewicht zwischen Förderung dieses Kulturbereichs und der etablierten Hochkultur besteht, diese Kluft vergrößert sich durch den vorliegenden Haushaltsentwurf noch und die permanente Unterfinanzierung bekommt so immer beängstigendere Ausmaße. Ähnliches gilt für die Literaturförderung. Es werden ja ganze 105.000 € sozusagen im Schillerjahr eingestellt, 2006 sollen es dann nur noch 100.000 € sein. Man fragt sich wirklich, wohin diese immer stärkere Austrocknung der Literaturszene im Freistaat noch führen soll. Schiller und Goethe können jedenfalls froh sein, dass sie zu Lebzeiten im Weimarer Hof einen großzügigeren und kulturell engagierten Mäzen fanden. Unter der derzeitigen Landesregierung hätte es bei ihnen allenfalls für ein karges Gnadenbrot gereicht.

Ich könnte noch die Musik- und Jugendkunstschulen nennen. Auch hier wird erheblich gekürzt. Ich weiß, es gibt einen Änderungsantrag der CDU, aber das ist natürlich sozusagen nur der Tropfen auf dem heißen Stein.

Die Förderung von kommunalen Investitionen bei Museen wird auch wiederum um 150.000 € gestrichen. Damit sind bei diesem Haushaltstitel seit 2004 69,7 Prozent weggefallen. Ich erinnere auch an die Zuweisung an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute, auch hier eine Kürzung um 20 Prozent in 2005. Auf diesem Niveau wird weiter fortgeführt. Die auf Null-Euro-Setzung des Ausgleichs für besondere kulturelle Belastungen, auch hier gibt es keine neuen Ansätze und auch hier sagt das Landeskulturkonzept eindeutig, was man davon zu halten hat. Hier heißt es: „Die zum Teil erheblichen Kürzungen der Museumsetats hatten in vielen Museen einschneidende Personalreduzierungen zur Folge.“ Das ist richtig erkannt, Herr Minister Goebel. Aber warum unternehmen Sie dann nichts, um hier gegenzusteuern? Ähnlich auch die Kürzungen bei den Zuschüssen für öffentliche Bibliotheken um 100.000 €. Es ist noch nicht einmal möglich, hier wirklich Bestandserweiterung durchzuführen. Wenn man sich die Bibliotheken anschaut, selbst Bestandspflege aufrechtzuerhalten, ist mit diesen Haushaltsansätzen schon gar nicht mehr drin. Insofern, denke ich, ist es für uns deutlich geworden, dass wir natürlich den Kulturretat nicht mittragen können. Ich bin überzeugt, mit diesem Etat wird dem Kulturland Thüringen auch weiterhin Schaden zugefügt. Wir lehnen den Haus-

halt ab.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, mir liegen jetzt keine weiteren Redemeldungen vor. Bitte, Herr Abgeordneter Schwäblein.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich überrascht das überhaupt nicht, dass Herr Döring für die SPD-Fraktion die Ablehnung des Haushalts erklärt. Er muss ihn auch nicht verantworten. Wir können feststellen, dass ein zweiter großer Block eine Sicherheit für Theater und Orchester innerhalb des Freistaats gewährt und dass damit natürlich die finanziellen Spielräume

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Ja, das ist das Problem!)

weitestgehend so eingeschränkt sind, dass es an anderen Stellen zu Kürzungen kommt, wo es richtig wehtut. Wir haben das bei den Musikschulen und Jugendkunstschulen zum größten Teil kompensieren können. Die Kürzungen waren 740.000 €, 340.000 € haben wir korrigiert, Herr Döring, das hat fast die Hälfte der Kürzungen wieder wettgemacht. Das gering zu schätzen ist möglicherweise Ihre Aufgabe, aber es ist nicht sonderlich souverän. Man könnte jetzt sagen, das reicht nicht, einverstanden, aber zu sagen, das ist marginal, wird den Haushaltsnotwendigkeiten nicht gerecht. Es war schwer genug, dafür eine Finanzierung zu finden und sie auch bei unseren Kollegen durchzusetzen. Ich will das in aller Offenheit bekennen und bin auch dankbar, dass die Fraktion dem Begehren der Kulturpolitiker an diesem Punkt gefolgt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie bereits mit der Vorstellung des Landeskulturkonzepts angekündigt, wird es auf Dauer nicht mehr möglich sein, diese exorbitant hohe Förderung von Theatern und Orchestern seitens des Landes aufrechterhalten zu können. Wir erhoffen uns, wenn die nötigen strukturellen Veränderungen in den Vertragsverhandlungen, die im kommenden Jahr beginnen, durchgesetzt sind, dass mit den dann möglicherweise umzuschichtenden Geldern die Breitenkultur verstärkt wird, die Jugendkultur verstärkt wird, die Museen stabilisiert werden und insbesondere die Denkmalpflege wieder einen Teil der Kürzungen weggenommen bekommt, die Herr Döring zu Recht - und da habe ich keinerlei Kritik an seinen Äußerungen - hier angeführt hat.

Zu einer Bemerkung von Herrn Mohring will ich nur noch anführen: Es wird jetzt die hohe Zahl der Subventionen für jede Theater- und Orchesterkarte kritisiert. Da muss man tatsächlich im Detail diskutieren, ob nicht die einzelnen Häuser dort noch stärker differenzieren können und ihre Einspielquote schon ausgeschöpft haben. Das ist richtig. Aber die Kritik am Erfurter Haus allein festzumachen, ist nicht fair, denn man hat hier bereits die Eigenproduktion von Sprechtheater aufgeben müssen und hat hier vor allem Musiktheaterproduktionen im Angebot, die vom Charakter her deutlich teurer sind, weil jedes Mal ein Orchester dabei ist, und das Teuerste sind regelmäßig die Orchester. Es darf nur bezüglich Erfurt angemerkt werden, dass zwei Drittel jeder Subvention aus dem städtischen Haushalt kommen und nicht aus dem Landeshaushalt. Das ist in Thüringen einmalig, darf aber trotzdem erwähnt werden.

Also hoffe ich, dass es gelingt, Strukturveränderungen in Thüringen hinzubekommen, und setze darauf, dass diese möglicherweise frei werdenden Gelder nicht zu allgemeinen Einsparzwecken verwendet werden. Ich weiß aber, dass wir irgendwann auch dahin kommen müssen, über die Ressortgrenzen hinweg auf die einzelnen Haushalte zu schauen und Schwerpunkte zu setzen. Kultur sollte auf Dauer ein Schwerpunkt unseres Freistaats bleiben. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegt eine Wortmeldung der Abgeordneten Dr. Klaubert vor.

Abgeordnete Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren, drei Anmerkungen in vielleicht 60 Sekunden: Herr Mohring hat heute in einem von ihm selbst zusammengerührten Brei die Subventionen für alle möglichen Bereiche zusammengerührt und gegeißelt und gesagt, da wäre mehr einzusparen. Exemplarisch für die Vergeudung an Kultur nannte er das Theater Erfurt. Herr Schwäblein ist jetzt darauf eingegangen. Ich erinnere nur daran, es war der politische Wille der Landesregierung und der ehrgeizigen Hauptstädter, dieses Theater so zu führen, wie es jetzt ist. Dafür sollte man die Kultur als Ganzes nicht schelten. Herrn Mohring zu bekehren gelingt mir aber nicht in 60 Sekunden, deswegen sage ich dazu nicht mehr. Wir werden dazu künftig noch Gelegenheit haben.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Nicht in 60 Jahren!)

Zweitens: Kritik an Kulturkürzungen im Freistaat hat meine Kollegin Reimann vorgetragen. Bei uns sind Bildung und Kultur zwei Seiten derselben Medaille und vielleicht haben Sie Ihr nicht ausreichend zugehört, als sie die Vorschläge einbrachte.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Drittens: Die Linkspartei hat Änderungsanträge vorgelegt zu Musikschulen und Bibliotheken und die sind gedeckt.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Frau Abgeordnete Dr. Klaubert, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordnete Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS:

Ja. Die Ziege hat nicht nur gemeckert, Sie hat auch Milch gegeben, aber Sie sind halt alle kleine Mohrings und da können wir im Moment nichts daran ändern.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Gestatten Sie eine Nachfrage, Frau Abgeordnete? Bitte, Herr Schwäblein.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Frau Abgeordnete, wie habe ich denn Ihre Äußerung bei meiner vorletzten Rede zu verstehen, dass Sie erklärt haben, Sie reden heute nicht? Sehe ich Sie jetzt nicht am Pult?

Abgeordnete Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS:

Ich weiß nicht, ob Sie mich sehen. Ich bin hier, falls Sie mich wahrnehmen können. Ich heiße Birgit Klaubert und bin die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion der Linkspartei.PDS und ich dachte, in 60 Minuten Ihnen noch zu erklären, dass wir auch noch einige Positionen vertiefen wollen.

(Zwischenruf Abg. Döring, CDU: Das kannst Du nicht ... 60 Sekunden.)

60 Sekunden, nicht 60 Minuten!

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Herr Minister Goebel.

Prof. Dr. Goebel, Kultusminister:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist jetzt die zweite Haushaltsdebatte, die wir in diesem Jahr ja schon führen, aber der Tenor hat sich seit März nicht geändert. Noch immer klingt aus den Reden und Anträgen der Opposition so eine Einstellung, als befänden wir uns im Schlaraffenland, wo überall nur Geld herumliegt, und auch die Inhalte haben sich nicht geändert. Eine Vielzahl Ihrer Anträge wiederholt das, was Sie schon zum Haushalt 2005 beantragt haben, und durch immerwährende Wiederholung wird das nicht besser, wenn ich nur an die Frage Schulesen denke.

Zur Lernmittelfreiheit sei mir immerhin gestattet anzumerken, dass wir in diesem Jahr für die Lehr- und Lernmittel an Schulen deutlich mehr Geld zur Verfügung hatten, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war, so dass sich also dieses Prinzip, das Geld an den Schulen zu vereinnahmen und dort zu belassen, als richtig erwiesen hat.

Meine Damen und Herren, Bildung, Wissenschaft und Kultur sind zentrale Punkte der Politik unserer Landesregierung. Daran halten wir fest, aber natürlich auch mit dem Augenmaß, mit dem Blick auf die Zukunft, auf die Finanzierbarkeit dessen, was wir tun können. Ich denke, die Rahmenbedingungen hat die Finanzministerin, hat der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion heute morgen umrissen. Aber Ihre Aussagen, die sagen ja nichts anderes als, lasst alles wie bisher. Das ist, meine Damen und Herren, vielleicht bequem, aber nicht zukunftsfähig.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe an dieser Stelle schon mal den Satz von Erich Fried zitiert: „Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, will nicht, dass sie bleibt.“

Meine Damen und Herren, zum Thema „Schulen in freier Trägerschaft“ noch einmal kurz gesagt: Die bisherige aufwandsbezogene Finanzierung hat in der Vergangenheit zu großen Unterschieden zwischen freien Schulen der gleichen Schulart geführt, genau das, was Herr Abgeordneter Döring vor einigen Jahren vorausgesagt hat. Nun sind wir in der Situation, hier auch wieder ein Stück mehr Gerechtigkeit einziehen zu lassen und zudem natürlich auch die finanzielle Leistungskraft des Landes im Blick zu behalten. Da ist die Umstellung auf eine schülerbezogene Pauschale richtig.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Hat ja keiner in Abrede gestellt.)

Hierzu brauchen wir Grundlagen. Diese Grundlagen werden wir schaffen, aber wir wissen, dass wir auf

einem niedrigeren Level ankommen müssen, folglich muss es eine Übergangslösung geben. Diese Übergangslösung, davon bin ich weiterhin überzeugt, ist moderat, denn die Gesamtzielstellung ist es, dieses System von Schulen in freier Trägerschaft in seiner Substanz zu erhalten.

Meine Damen und Herren, wenn es beispielsweise um die Fragen der Erwachsenenbildung und des Erwachsenenbildungsgesetzes geht, so vollziehen wir etwas nach, was wir mit dem Haushalt 2005, mit der Änderung der Finanzierung angefangen haben, nämlich wir geben diesen Strukturen jetzt eine Ausprägung, damit sie leistungsfähig bleiben. Das bedeutet, dass wir eine solide Grundförderung allen Einrichtungen geben, mit denen Personal- und Sachkosten sowie die Mittel für die Mitarbeiterfortbildung teilweise abgedeckt werden.

Und wenn hier kritisiert wird, dass im Zusammenhang mit dem Landeskuratorium eine Veränderung geschehen ist, so ist es ganz klar: Das Landeskuratorium hat die Aufgabe, das Ministerium zu beraten und Entwicklungsvorschläge zu machen. Deshalb ist es ein Kuratorium, das aus den entsprechenden Experten aus dem System zu bestehen hat und damit seine Aufgabe effektiver und besser wahrnehmen kann.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Es gibt andere Beratungsgremien.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich kurz noch zu Fragen des Wissenschaftslandes kommen, zum Hochschulpakt: Die Verlängerung der Rahmenvereinbarung zwischen der Landesregierung und den Hochschulen ist, denke ich, eine richtige Entscheidung. Die Existenz der Rahmenvereinbarung wird allseits als segensreich eingeschätzt. Verlässliche Finanzierungsbedingungen, kein Abbau, vielmehr moderater Aufwuchs, überjährige Verfügbarkeit der Mittel - das sind Rahmenbedingungen, die es beileibe nicht in allen Bundesländern gibt. Die Landesregierung möchte die positiven Erfahrungen nutzen, um die Zusammenarbeit mit den Hochschulen auf eine neue Grundlage zu stellen. Ein neues Hochschulgesetz, das den Hochschulen entscheidend mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten überträgt, ist in Vorbereitung. Landesplanerische Vorgaben sollen künftig durch Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen untersetzt werden. Dabei ist auch eine neue Rahmenvereinbarung, ein neuer Hochschulpakt möglich. All dies bedarf eines intensiven Dialogs mit den Hochschulen, so dass im kommenden Doppelhaushalt das bewährte Verfahren fortgesetzt werden soll, mit dem Ziel, es ab 2008 auf eine neue Grundlage zu stellen.

Lassen Sie mich noch etwas sagen zum Studentenwerksgesetz. Die Thüringer Hochschullandschaft hat sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt und sie hat auch einen relativen Ausbauzustand erreicht - das muss man einfach realistisch konstatieren -, zehn Bildungseinrichtungen, acht Standorte, acht Orte, acht Städte, in denen sich diese Bildungseinrichtungen befinden, zurzeit knapp 50.000 Studierende. Unsere Hochschulen haben selbst den Slogan vom Campus Thüringen erdacht und erfüllen ihn durch vielfache Kooperationen mit Leben. Auch die beiden Studentenwerke arbeiten bereits auf vielen Feldern zusammen. Das ist der richtige Zeitpunkt für eine Verschmelzung. Deshalb haben wir das in der Regierungserklärung angekündigt, nachdem wir es gründlich geprüft haben, und handeln jetzt. Der Leistungsumfang der bisherigen Studentenwerke ist gut von einem zu leisten. Verwaltungsaufwendungen können effektiviert werden und es bleibt mehr Potenzial für ein breit gefächertes Angebot für die Studierenden. Das neue Gesetz eröffnet dem Studentenwerk zudem neue Handlungsoptionen, auch zum Wohle der Studierendenschaft.

Meine Damen und Herren, zur Kultur lassen Sie mich sagen, das Kulturkonzept macht die Vorgabe, dass wir uns bemühen wollen, in den nächsten Jahren die Kulturausgaben in toto an der Gesamtgröße des Landeshaushalts zu orientieren. Da müssen wir schlicht konstatieren, dass es das Missverhältnis gibt, von dem schon der Abgeordnete Schwäblein gesprochen hat. Wir werden dieses Missverhältnis aber nicht von heute auf morgen auflösen können. Es besteht auch keine Chance, es kurz nach 2008 in Größenordnungen aufzulösen, weil bei der Veränderung im Bereich der Theater- und Orchesterlandschaft natürlich auch die Frage der Finanzierung dieser Veränderungen gestellt werden muss. Aber wir wollen uns eine langfristige Strategie hier vorgeben und dann mit den Beteiligten im nächsten Jahr, mit den Trägern der Theater und Orchester in entsprechende Diskussionen eintreten, um für 2008 entscheidende Schritte zu tun und um langfristig Gelder für andere Kulturbereiche freizusetzen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. In diesem Jahr haben wir im Bereich der Projektförderung erreicht, dass wir das Projektmanagerprogramm mit einer guten Finanzausstattung weiter fortsetzen werden. Die Entscheidungen der Beratungsgremien hinsichtlich der Frage, welche kulturellen Initiativen Projektmanagerstellen bekommen, sind inzwischen gefallen. Sie werden in diesen Tagen informiert, so dass man davon ausgehen kann, dass die Begünstigten dieses auch unter dem Tannenbaum erfahren. Dies ist, denke ich, ebenfalls im Rahmen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit ein wichtiger Schritt, die Kulturszene weiter lebendig zu halten.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Minister, gestatten Sie eine Frage?

Prof. Dr. Goebel, Kultusminister:

Ich gestatte jede Frage der Frau Abgeordneten Dr. Klaubert.

Abgeordnete Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS:

Dann frage ich mal nach den Begünstigungen unter dem Tannenbaum. Herr Minister, mir ist auch bekannt, dass inzwischen die Evaluierungskommission getagt hat. Ich habe auch gehört, es soll eine neue Förderrichtlinie für die Vergabe der Mittel im Projektmanagerprogramm geben, und mir ist auch bekannt, dass für die Filmförderungen anstelle einer ganzen Stelle inzwischen eine halbe Stelle vergeben werden soll, gut. Also offensichtlich weiß ich nicht alles. Können Sie etwas detaillierter darauf eingehen, wie viele Stellen, wie viele ganze Stellen und vielleicht wie viele halbe und viertel Stellen aus dem Projektmanagerprogramm vergeben werden und wo es eventuell zu Kürzungen oder gar zu Streichungen gekommen ist?

Prof. Dr. Goebel, Kultusminister:

Frau Abgeordnete, jetzt habe ich natürlich Ihre Frage zugelassen, aber es ist mir schlicht nicht möglich, Sie in dieser Detailliertheit zu beantworten, weil mir alle Zahlen so nicht gegenwärtig sind. Es sind, wie ich mich richtig erinnere, zwei halbe Stellen im Bereich der kulturellen Filmförderung und mehr kann ich Ihnen jetzt im Detail nicht sagen. Aber das ist in den nächsten Tagen ohnehin verfügbar.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, Die Linkspartei.PDS: Können Sie das morgen mitbringen?)

Weiß ich nicht.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Damit beende ich die Aussprache zum Komplex Kultusministerium.

Ich rufe auf die Aussprache zum **Einzelplan 05 - Justizministerium - und zu den Artikeln 8, 9 und 16 des Thüringer Haushaltsbegleitgesetzes.**

Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen für die CDU 33 Minuten, die Linkspartei.PDS 24 Minuten, die SPD 18 Minuten. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass sich gemäß § 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung die Redezeit jeder Fraktion entsprechend verlängert, wenn die Mitglieder der Lan-

desregierung insgesamt länger als 10 Minuten reden. Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Blechschmidt, Linkspartei.PDS-Fraktion.

Abgeordneter Blechschmidt, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, werter Herr Minister, ja, ich gebe Ihnen dahin gehend Recht, das hat die Debatte innerhalb des Haushalts- und Finanzausschusses gezeigt, das Finanzvolumen und die entsprechenden Änderungen im Einzelplan 05 und des Justizhaushalts im Konkreten für die Jahre 2006 und 2007 sind keine fiskalische Größenordnung, wenn man einmal von den notwendigen Neubauten der Justizvollzugsanstalten absieht. Das kann man natürlich positiv beurteilen. Die Aufgaben sind erkannt und liegen fest. Die finanziellen Mittel sind da und notwendig und deren Ausgaben unvermeidlich. So weit, Herr Minister, wie gesagt, stimme ich Ihnen zu. Nun hat bekannterweise der Landeshaushalt, haben öffentliche Haushalte nicht nur rein fiskalische Seiten. Der Slogan lautet immer: „Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik.“ Ihre politische Botschaft im Doppelhaushalt 2006/2007, Herr Minister, liegt vordergründig nicht in der Umsetzung notwendiger gesetzlich verankerter Aufgaben, Ihre politische Botschaft liegt im Haushaltsbegleitgesetz in Artikel 8 und 9. Wie schon bei der Debatte um den Landgerichtsstandort Mühlhausen, auch in der Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss haben wir kritisch die Methode der Umsetzung Ihrer politischen Vorstellungen angesprochen. Die mehrstündige Diskussion heute hat es schon gezeigt, dass immer wieder dieselbe Methode nicht nur bei Ihnen, sondern generell hier im Haus, in den Ministerien Grund ist zur Kritik, die da lautet: Keine öffentliche Debatte, es wird nebenbei im Haushaltsbegleitgesetz alles verabschiedet.

Seit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im September 2004, das ist auch hier schon öfter angesprochen von meinen Vorrednern auf anderen Gebieten, auch bezogen auf die Justiz, wird man den Eindruck nicht los, dass nicht die fachpolitischen Argumente oder notwendige und zukunftsorientierte Veränderungen im Vordergrund stehen, sondern gewachsene, sich bewährte, bis dahin durch Bürgerinnen und Bürger in ihren Erfahrungen wahrgenommene handhabbare Strukturen mit dem Rotstift der Finanzministerin in Frage gestellt werden oder dem Dogma einer durch die Landesregierung festgestellten und festgelegten Behördenstrukturreform unterliegen oder zumindest unterstellt werden.

Ich bin davon ausgegangen, dass das politische Credo, Herr Minister, nach der Auseinandersetzung um den Landgerichtsstandort Mühlhausen, „nicht bei der Justiz auf Teufel komm raus finanzielle Mittel

einzusparen, koste es, was es wolle“, auch in der Landesregierung angekommen ist. Wie sollte man sonst den Schwenk um 180 Grad Ihrer Person gegenüber der Regierungserklärung zur Schließung eines Landgerichtsstandorts verstehen.

Zwei politische Knackpunkte, meine Damen und Herren, werden im Haushaltsbegleitgesetz Artikel 8 und 9 deutlich. Da ist einerseits die Schließung von sieben Amtsgerichtsstandorten und da ist gleichzeitig andererseits eine Neustrukturierung, Neugliederung, Neuzuordnung von Gerichtseingesessenen in den entsprechenden Landgerichtsbezirken. Die Gesetzesänderung sieht für die Amtsgerichtsstandorte eine Übergangszeit bei einer Außenstellenlösung vor. Das gibt Gelegenheit, die praktische Umsetzbarkeit des von der Landesregierung gewählten Standortkonzepts noch einmal kritisch zu überprüfen. Da nach Einschätzung von Betroffenen und Fachleuten das mit Mängeln, zum Beispiel zeitlicher und finanzieller Mehraufwand von Betroffenen, aber auch für Richter, Staatsanwälte, Anwälte und Justizangestellte verbunden ist und diese sichtbar werden, kündige ich jetzt schon an für meine Fraktion, wir werden diese Betroffenen und Fachleute auch bei der Überprüfung des entsprechenden Zeitraums der Umsetzbarkeit Ihres Konzepts, wo nötig und sinnvoll, die entsprechenden Aktivitäten gegen die Pläne der Landesregierung unterstützen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, massive Proteste vieler Bürgerinnen und Bürger haben die Schließung des Landgerichts und der Staatsanwaltschaft in Mühlhausen verhindert. Es wurde eine Mietslösung gefunden. So weit, so gut. Die Landesregierung beteuert auch den Willen zum Erhalt des Landgerichts und der Staatsanwaltschaft Mühlhausen. Für die Änderung des Gerichtsstandortgesetzes gilt aber: „Ich glaube nicht, was Du sagst, weil ich sehe, was Du tust.“ Denn die Änderung des Gerichtsstandortgesetzes sieht vor, dass der Amtsgerichtsbezirk Eisenach aus dem Landgerichtsbezirk Mühlhausen ausgegliedert und dem Landgerichtsbezirk Meiningen zugeschlagen werden soll. Das ist schon unter dem Gesichtspunkt der Bürgernähe und der Erreichbarkeit sehr problematisch aus unserer Sicht. Bedenklich wird dies aber vor allem, wenn man die selbst von der Landesregierung immer wieder - und heute haben wir es auch mehrfach wieder gehört - prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für Nordthüringen bzw. den verbleibenden Landgerichtsbezirk in den Blick nimmt. Es wird mit einem spürbaren Bevölkerungsrückgang gerechnet. Die Ausgliederung von mehr als 10.000, insgesamt konkret 63.000 Gerichtseingesessenen in diesem Prozess scheint mir da schon relativ problematisch. Nach Ansicht der Betroffenen und Fachleute bedeutet diese Umstrukturi-

erung, und diese Argumentation können wir nachvollziehen, die schleichende Auflösung des Landgerichtsbezirks Mühlhausen durch die Hintertür.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Hier vertritt, meine Damen und Herren, meine Fraktion eine andere Auffassung und hätte sie gerne im Rahmen einer fachlichen Diskussion, zum Beispiel der Ausschussarbeit und damit verbunden einer öffentlichen Anhörung von Betroffenen, Fachleuten und weiteren, behandelt, nicht nebenbei, am Rande der Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes. Deshalb stellt Die Linkspartei.PDS-Fraktion einen Änderungsantrag zum Gerichtsstandortgesetz. Mit dem Änderungsantrag bleibt der Amtsgerichtsbezirk Eisenach beim Landgericht Mühlhausen, damit Landgericht und Staatsanwaltschaft in Mühlhausen auch auf längere Sicht tatsächlich gesichert sind. Denn der Erhalt des Landgerichtsstandortes samt Staatsanwaltschaft ist für die Region Nordthüringen aus vielerlei Gründen, besonders auch für Bürgerinnen und Bürger, von immenser Bedeutung. An dieser Stelle kündige ich ausdrücklich an, dass wir den Änderungsantrag der Fraktion der SPD mit unterstützen werden, die ja die gesamte Streichung des Artikels 8 vornehmen will. Damit wird deutlich, dass gerade mit dieser Streichung die Möglichkeit besteht, eine entsprechende fachliche Diskussion auch noch in Zukunft zur Umsetzung und zur Veränderung auf dem Justizstrukturverwaltungsgebiet zu erreichen.

Nun zum Entschließungsantrag zur Prozesskostenhilfe, meine Damen und Herren. Die staatlichen Leistungen der Prozesskostenhilfe sind zu erbringen, sobald die gesetzlichen Kriterien für deren Bewilligung erfüllt sind. Die Höhe der Ausgaben für die Prozesskostenhilfe ist daher nicht wirklich planbar. Die Fraktion hat auch aus diesem Grund von einem Änderungsantrag für den Haushaltsansatz abgesehen. Bei der Prozesskostenhilfe muss strikt deren soziale und rechtsstaatliche Funktion beachtet werden. Sie ist das finanzielle Instrument, das dafür sorgt, dass alle Bürgerinnen und Bürger ohne Ansehen ihres Geldbeutels Zugang zu den Gerichten haben und ihre Rechte durchsetzen können.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Diese Rechte können aber nur wirksam werden, wenn sie nicht durch den Finanzfilter deformiert oder wirkungslos gemacht werden. Daher hat der Freistaat die finanziellen Rahmenbedingungen für die Rechtsdurchsetzung zu schaffen. Die Absicherung der tatsächlichen Rechtsdurchsetzung durch Prozesskostenhilfe kann in keinem Fall - und ich betone ausdrücklich -, in keinem Fall durch die Ausweitung von Beratungshilfe und der Aufstockung dieser finanziellen Mittel herbeigeführt werden. Denn diese

geben nur die Chance für Betroffene zu Orientierungsgesprächen, sichern aber nicht die Durchführung von Prozessen. Nur die Prozesskostenhilfe sichert die Rechtsdurchsetzung vor Gericht. Die wiederholte Aufforderung, Herr Minister, Ihrerseits, vielleicht auch missverstanden in der Presse dargestellt gegenüber den Richtern, doch wirtschaftlich mit den Bewilligungen der Prozesskostenhilfe umzugehen, ist mehr als verfassungsrechtlich bedenklich.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie verletzen nicht nur Artikel 88, sondern auch das Verfassungsprinzip der richterlichen Unabhängigkeit. Dagegen hat sich Anfang 2005 auch der Thüringer Richterbund verwahrt, dem wir uns in diesem Falle anschließen. Doch nicht nur die Richter bemängeln den Umgang der Landesregierung mit der Prozesskostenhilfe, auch die Thüringer Anwälte berichten von Mängeln. So müssen sie und ihre Mandanten in manchen Fällen bis zu eineinhalb Jahren auf die Ausreichung der Prozesskostenhilfe warten. Meist geht ein Jahr und mehr ins Land. Der Freistaat nimmt also bei der Erfüllung, wenn man das mal so indirekt nimmt, dieser gesetzlichen Aufgabe bei den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere den Anwälten, zinslose Kredite, und das in einer Höhe von zig Hunderttausenden Euro, wenn man alle Außenstände in diesem Feld zusammenzählt. Wie aus dem Erfahrungsbericht von Praktikern zu entnehmen ist, machen sich bei der Ausreichung der Mittel auch Haushaltssperren ganz praktisch bemerkbar. Deshalb fordert die Linkspartei.PDS-Fraktion in ihrem Entschließungsantrag die strikte und umfassende Erfüllung der Leistungsverpflichtung für die Prozesskostenhilfe.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das kann bei einer gesetzlichen Pflichtaufgabe mit so immenser wichtiger sozialer und rechtsstaatlicher Funktion auch nicht anders sein. Das schließt auch ein, dass die Landesregierung so gut wie möglich Vorsorge trifft für den Fall, dass die im Haushaltstitel ausgewiesenen Mittel nicht ausreichen sollten. Hier bietet die sehr regierungsfreundlich gestrickte Thüringer Landeshaushaltsordnung ja sicherlich genügend Gestaltungsspielraum. Die Prozesskostenhilfe ist als gesetzliche Pflichtaufgabe von etwaiger Haushaltssperre auszunehmen und es darf von den Behörden auch keine Vorgaben geben, dass eine Haushaltssperre in irgendeiner Form zum Ansatz kommt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, um einer langfristigen kalten Auslöschung des Gerichtsbezirks Mühlhausen entgegenzuwirken sowie eine von realen Notwen-

digkeiten erforderliche politische und finanzielle Umsetzung der Prozesskostenhilfe zu gewährleisten, bitte ich Sie, unsere Anträge zu unterstützen und mitzutragen. Ich danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Höhn, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz später Stunde - im Übrigen grüße ich auch die Kollegen im Salon Feininger, die einem sicher spannenden Fußballspiel beiwohnen von dieser Stelle aus, ich hoffe, man hört es -,

(Unruhe im Hause)

ich möchte an dieser Stelle zum eigentlichen Einzelplan 05 - Justizministerium - insoweit keine Ausführungen machen. Alle wissen, schon oft gesagt, auch in den Ausschuss-Sitzungen, ein reiner Verwaltungshaushalt dokumentiert sich unter anderem auch darin, dass keinerlei Anträge bezüglich dieses Einzelplans vorliegen.

Mein Schwerpunkt soll liegen auf der Bewertung der Artikel 8 und 9 des Haushaltsbegleitgesetzes, der Novellierung der Gerichtsstandorte in Thüringen. Herr Minister, ich spreche Sie da ganz persönlich an, ich habe ein meiner Ansicht nach passendes Zitat gefunden von B. Traven, der mal geschrieben hat: „Man hat es am leichtesten in der Welt, wenn man dem, der die Macht besitzt, in allen Dingen Recht gibt.“ Nun ist es ja zweifellos so, dass zumindest die Verkörperung der Macht, was das Amt betrifft, bei uns in unserer Demokratie dem Ministerpräsidenten zufällt. In dieser Funktion hat der Ministerpräsident am 9. September 2004 unter anderem verkündet, ein Landgericht und eine Staatsanwaltschaft seien zu schließen. Warum er dies verkündet hat, liegt zunächst im Dunkeln. Eine fachliche, sachliche Begründung - Fehlanzeige. Finanzielle Einspareffekte zwar erhofft, aber nicht nachweisbar, wahrscheinlich auch nicht realisierbar. Aber eine durchaus relevante Gefährdung der verfassungsmäßigen Unabhängigkeit der Justiz als eine der drei wesentlichen Säulen unseres demokratischen Staatswesens, das war sehr relevant, und, das sage ich an dieser Stelle auch ganz ausdrücklich, Herr Minister, weil - und vielleicht auch gerade -, mit Standorten in der Justiz kann man auch Politik machen.

Und nun waren Sie, Herr Minister, in einer relativ misslichen Situation. Sie mussten etwas umsetzen, was Sie in der Regierungserklärung zum ersten Mal

gehört hatten, und das unter anschließenden massiven Protesten der Öffentlichkeit und der gesamten Justiz in Thüringen, ja, sogar bundesweit - bis auf eine Ausnahme, ein maßgeblicher Richter in Thüringen, der sich dann zu diversen Briefen an seine Mitarbeiter verleiten ließ. Sie wissen, wen ich meine. Aber diese Proteste, sie waren da und sie waren sehr massiv.

Die SPD-Fraktion hier im Landtag hat im November 2004 einen Antrag eingebracht, schlicht und ergreifend mit der politischen Willenserklärung zum Inhalt, das Landgericht Mühlhausen und die Staatsanwaltschaft nicht zu schließen. Was dann folgte, war eine parlamentarische Farce - ich habe das schon zu einem anderen Anlass hier von dieser Stelle aus dargelegt. Zehn Monate lang ist dieser Antrag im Ausschuss versenkt worden und - Herr Schröter, auch Sie als Vorsitzender, diese Formulierung müssen Sie sich schon gefallen lassen - es ist Ihnen und auch Ihrer Fraktion, Ihren Kollegen - ich nehme an, die Kollegin Walsmann wird sich dann auch hier an diesem Pult noch produzieren - schon schwer gefallen, die entsprechende Legitimation für das weitere Verschieben dieses Antrags zu finden. Aber das nur nebenbei. In der Zwischenzeit hat nämlich die Region gehandelt. Sie hat ein Konzept vorgelegt und dann konnten Sie, Herr Minister, nicht anders, als auf einen schon sehr schnell fahrenden Zug aufzuspringen, und letztendlich wurde dieses Konzept umgesetzt. Es wurde Realität, dass nämlich für das Landgericht und die Staatsanwaltschaft auch räumliche Lösungen in Mühlhausen gefunden werden konnten, die vorher in Abrede gestellt worden sind durch Ihr Haus. Aber unserem Antrag, der ja nun quasi Realität geworden ist, vermochte die CDU-Fraktion dann dennoch nicht zuzustimmen. Das mag dann jeder für sich bewerten.

Und nun also, meine Damen und Herren, die Amtsgerichte. Sie werden sich wundern, Herr Minister, darüber kann man reden, sogar mit uns. Das Entscheidende ist aber dabei die Grundlage dessen. „Einräumigkeit“ war das große Schlagwort. Ja, welche Einräumigkeit? Hatten wir seit 1993, seitdem diese Strukturen bestehen, etwa eine Vierräumigkeit auf dem Gebiet? Diese Strukturen haben funktioniert.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Vielleicht sollte das „Einräumigkeit“ heißen!)

Ja, Einräumigkeit - unter den Blinden ist ja der Einäugige auch König.

Ich habe hier eine Erfahrung gemacht, Herr Minister, ich hatte mir nämlich den Luxus erlaubt, sämtliche Amtsgerichtsdirektoren und die entsprechenden Vertretungen, Interessenvertretungen der Justiz hierher einzuladen, und ich habe mich mit Ihnen unterhalten. Auch bei Ihnen habe ich durchaus Verständnis dafür

feststellen können, dass man Veränderungen in der Amtsgerichtsstruktur in Thüringen vornehmen kann, aber - und das ist das Entscheidende an dieser Stelle und da bin ich wieder bei meinem Wort - entscheidend ist die Grundlage. Und die Grundlage - und das war das Credo auch dieser Beratung und dann sind wir an einer Stelle, die schon von hier aus und in der Öffentlichkeit so oft auch in anderen Bereichen angesprochen worden ist - kann nur eine umfassende Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen sein. Dann haben Sie die Grundlage für Ihr Einräumigkeitsprinzip und dann können Sie auch daran gehen, die Amtsgerichtsstrukturen und vielleicht sogar die Landgerichtsstrukturen entsprechend auszurichten.

(Beifall bei der SPD)

Aber das haben Sie nicht getan. Sie haben ein Rotationsprinzip in Gang gesetzt - im Übrigen, im Moment scheint das ja noch, das bringt das Gesetz zum Ausdruck, die ursprünglich zur Schließung vorgesehenen Amtsgerichte bleiben zunächst einmal, auf welchen Zeitraum auch immer, als Zweigstellen in Betrieb. So viel nur zu den Einspareffekten. Aber durch diese Rotation bei den Amtsgerichten ist noch etwas anderes entstanden - und das hat der Kollege Blechschmidt vorhin schon dargelegt -, plötzlich bekamen sie auch eine Unwucht in den Zuständigkeiten für die entsprechend zugeordneten Landgerichte. Sie haben also ein Symptom bekämpft mit einer Maßnahme, die genauso untauglich gewesen ist, und die Folge davon ist - und da kann ich die Worte von Herrn Blechschmidt bestätigen, ich sehe das ebenfalls so -, dass der Landgerichtsbezirk Mühlhausen durch den effektiven Verlust von rund 63.000, erschrecken Sie nicht über den Begriff, so genannten Gerichtseingesessenen auf mittelfristige Sicht durchaus in Gefahr steht, und das wissen auch die Leute vor Ort. Warum Sie bei Ihrer Struktur in den Einzelentscheidungen zum Beispiel sich für Heiligenstadt entschieden haben, trotz einer äußerst negativen Gutachterbeurteilung oder Gutachtereinschätzung, trotz eigentlich für das Land recht günstiger Raumsituationen in dem anderen Standort Leinefelde-Worbis, warum Sie entgegen Ihrer ursprünglichen Absicht Stadtroda nicht zur Schließung vorgesehen haben, ich weiß nicht, ob da das Engagement eines vielleicht Möchtegern-Landrats hier aus dieser Mitte eine Rolle gespielt hat - kann ja sein, dass das dazu beigetragen hat - jedenfalls einer Logik und schon gar nicht der Logik der Einräumigkeit folgten Ihre Veränderungen nicht.

Meine Damen und Herren, das Fazit: Diese Gesetzesnovelle wird dem Anspruch einer modernen Justizverwaltung in Thüringen in keinsten Weise gerecht. Es fehlt, wie in vielen anderen Bereichen dieser Landesregierung an der langen Linie, an einer fun-

dierten Grundlage, die da heißt, ich wiederhole mich an dieser Stelle gern und deutlich: Verwaltungs- und Gebietsreform. Das ist die Basis und dafür würden Sie auch, und das habe ich persönlich erfahren, Akzeptanz bekommen. Die logische Konsequenz aus dem Gesagten dokumentiert sich durch unseren Antrag, nämlich den kompletten Artikel 8, also die Novelle der Gerichtsstandorte in Thüringen, zu streichen. Wenn Sie Ihrem eigenen Anspruch einigermaßen gerecht werden wollen, dann müssten Sie eigentlich diesem Antrag Folge leisten. Da ich aber nicht annehme, dass das passiert, möchte ich schließen mit einem Zitat eines englischen Schriftstellers, namens HE. Hucksley, der einmal gesagt hat: „Einem gescheiterten Menschen fällt nichts leichter, als Argumente zu finden, welche ihn selbst überzeugen, das er Recht tun würde, wenn er täte, was er tun möchte.“ Darüber sollten Sie nachdenken. Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Walsmann, CDU-Fraktion.

Abgeordnete Walsmann, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Rechtsgewährung für jedermann ist verfassungsmäßiger Auftrag der Justiz und der Justizhaushalt ist eine Grundlage, dass dieser verfassungsmäßige Auftrag auch erfüllt werden kann. Dafür, dass es gelungen ist, keinen üppigen, aber ausgewogenen Haushalt in den finanziell schwierigen Zeiten aufzustellen, möchte ich an erster Stelle erst einmal allen Beteiligten herzlichen Dank sagen. Ich denke, das ist überfällig, an dieser Stelle auch mal danke zu sagen. Justizhaushalt ist ein sehr personalkostenintensiver Verwaltungshaushalt und er ist überwiegend geprägt dadurch, dass eben bundesgesetzlich geregelte Zahlungsverpflichtungen vorgegeben sind; der Bewegungsspielraum ist dadurch eingegrenzt. Viele Dienstleistungen der Justiz sind haushaltsmäßig auch nicht steuerbar. Bevor ich auf die vielen nebulösen Andeutungen und Wiederholungen dessen komme, was im Ausschuss schon zimal behandelt und diskutiert worden ist, möchte ich Ihnen aber trotzdem einige Fakten und Eckwerte nicht ersparen, denn man sollte sich schon noch einmal vor Augen führen, über welchen finanziellen Rahmen wir überhaupt hier sprechen, den Rahmen, in dem der Justizhaushalt den gesetzlichen Aufgaben überhaupt entsprechen kann.

Der Justizhaushalt gehört zu den kleineren Haushalten. Das ist klar, das haben Sie alle betont. Einnahmen, im Telegrammstil will ich das sagen,

93,7 Mio. €, Ausgaben rund 282 Mio. € in 2006 und 285 Mio. € in 2007. Das heißt, ein Zuschussbedarf von summa summarum 188,7 Mio. € für 2006 und 191 Mio. € für 2007. Beachtenswert ist, dass der Anteil am Gesamthaushalt 3 Prozent bezogen auf die Ausgaben und nur 2 Prozent bezogen auf den Zuschussbedarf beträgt. Wir haben eine Deckungsquote von rund 33 Prozent. 60 Prozent, und das ist eine große Summe, sind Personalausgaben. Für Auslagen in Rechtssachen oder auch verfahrensabhängige Entschädigungsleistungen, wie eben Prozesskostenhilfe, Anwalts-, Zeugen-, Sachverständigenentschädigungen, Betreuungskosten usw., sind insgesamt jeweils 63 Mio. € vorgesehen. Das entspricht immerhin 55 Prozent der Sachausgaben. Um nur einen Bereich noch herauszunehmen: Der Justizvollzug allein kostet 54 Mio. € in 2006 und 54 Mio. € in 2007, davon 30 Mio. € Personalkosten. Damit will ich das mit den Eckwerten sein lassen und auf die konkreten Anträge zu sprechen kommen.

Zunächst der Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, wonach Sie nach Punkt III den Artikel 8 aufgehoben haben wollen. Dem wird die CDU-Fraktion nicht zustimmen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist ja völlig überraschend.)

Das haben Sie ja eigentlich in der Ausschlussdiskussion mitbekommen, Herr Kollege Höhn.

Ziel der Behördenstrukturreform im Geschäftsbereich des Justizministeriums ist die Schaffung einer strafferen und effizienteren Justizverwaltung. Durch die Herstellung der Einräumigkeit bei der Struktur der Amtsgerichte sollen eben Synergien erreicht werden, ohne, und das möchte ich dick unterstrichen wissen, die erforderliche Bürgernähe zu beeinträchtigen. Zielstellung ist, das Prinzip der Einräumigkeit durch die Reduzierung der Zahl der Amtsgerichte durchgängig in allen Amtsgerichtsbezirken herzustellen. Darin sehe ich nun wirklich keine Beeinträchtigung unseres Rechtsstaats. Das ist einfach ein herbeigeredetes Argument, was überhaupt nicht schlüssig ist. Die Veränderungen haben einen positiven Effekt für die interne Geschäftsverteilung und, das sollten Sie auch nicht außer Acht lassen, worauf Sie auch überhaupt nicht eingegangen sind, ermöglichen einen flexibleren Einsatz der Richter, wenn zum Beispiel personelle Vakanzten auch auf dem Abordnungswege zwischen Hauptsitz und Zweigstelle ausgeglichen werden könnten. Im Übrigen, ich will das nicht alles wiederholen, haben wir dazu im Justizausschuss schon mehrfach diskutiert. Herr Minister Schliemann hat jedenfalls mehrfach dazu berichtet. Es hat zwar von der Opposition unterschiedliche Auffassungen zu einzelnen Standorten gegeben, nicht aber zum

Grundsatz, dass eine Straffung und Zusammenlegung von Standorten grundsätzlich möglich sein kann und auch erfolgen sollte.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Nein, wirklich nicht.)

Dass Sie sich, Kollege Höhn, auch nicht so ganz sicher waren bei der Erörterung Ihres Antrags, wo Sie uns vorgeworfen haben, wir hätten den verschleppt, was totaler Quatsch ist, das hat sich deutlich darin gezeigt, dass Sie ja sogar überlegt haben, ob Sie den Antrag zurückziehen, weil er inzwischen obsolet geworden ist, dann aber wahrscheinlich den höheren Segen einholen wollten, ob Sie das tun dürften, und das durften Sie nicht tun und deshalb hat er weiter Bestand gehabt.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das war ein Ausdruck der Hoffnungslosigkeit.)

Jedenfalls haben wir hier auch im Plenum schon zwei oder drei Mal darüber diskutiert. Insofern muss ich dann auch einmal sagen, nicht alles ist gerechtfertigt, was so in dieser Weise gesagt wurde dazu. In diesem Zusammenhang lehnen wir auch die Änderungsanträge der Linkspartei.PDS ab, die in den Drucksachen 4/1476 und 4/1477 vorliegen. Mit dem Vorschlag, den Amtsgerichtsbezirk Eisenach in der Zuständigkeit des Landgerichts Mühlhausen zu belassen, wird weder ein Angleich der Landgerichtsbezirke an die Planungsregionen erreicht noch die Einräumigkeit im Bereich der Landgerichtsbezirke hergestellt. Nach diesem Vorschlag fallen immer noch Teile des Wartburgkreises sowohl in die Zuständigkeit des Landgerichts Meiningen als auch in die Zuständigkeit des Landgerichts Mühlhausen. Der Änderungsvorschlag, der vorliegt, wird begründet mit dem Verlust an Gerichtseingesessenen im Landgerichtsbezirk Mühlhausen. Der Vorschlag führt zu einer unausgewogenen Verteilung der Gerichtseingesessenen, wenn man das einfach mal aufrechnet und sich gegenüberstellt. Während nach dem vorliegenden Gesetzentwurf die Einwohnerzahl des Landgerichtsbezirks Meiningen um ca. 92.500 über der vom Landgerichtsbezirk Mühlhausen liegt, ist nach dem Änderungsantrag die Einwohnerzahl im Landgerichtsbezirk Mühlhausen um ca. 115.000 Gerichtseingesessene höher als im Landgerichtsbezirk Meiningen. Um eine angemessene gleiche Größe der Landgerichtsbezirke Meiningen und Mühlhausen zu erzielen, kann dabei aber nicht nur auf die reinen Einwohnerzahlen abgestellt werden, das wäre etwas zu einfach. Sie verkennen dabei vollkommen, dass das Landgericht Mühlhausen in Wirtschaftsstrafverfahren eine thüringenweite Sonderzuständigkeit hat, die zurzeit allein drei Wirtschaftsstrafkammern umfasst. Zum Ausgleich dieser Sonderzuständigkeit ist auch eine geringere Zahl der Gerichtseingesessenen

gerechtfertigt.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Die haben Sie doch bis jetzt auch gehabt.)

Rechnen Sie es einfach mal nach der Begründung, die Ihnen ja im Gesetz auch vorliegt, nach.

Damit werden im Ergebnis annähernd gleich große Landgerichte in Meiningen und Mühlhausen erreicht. Dagegen würde der Änderungsantrag das Landgericht Meiningen auf eine Größe schrumpfen lassen, in der das nicht mehr möglich wäre. Der darüber hinaus aufgeführte Grund, mit dem Gesetzentwurf sei die Auflösung des Landgerichts Mühlhausen langfristig beabsichtigt,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Da hätten Sie Ilmenau nicht nach Erfurt geben dürfen.)

ist absolut absurd, denn wir haben ja gerade gehört, dass für 20 Jahre ein Mietvertrag abgeschlossen wurde mit dem Landkreis Unstrut-Hainich zur Unterbringung des Landgerichts Mühlhausen. Ich denke mal, das ist reine Polemik, das in dieser Weise so anzubringen.

Zu guter Letzt noch etwas zu der Frage Prozesskostenhilfe: Das ist ja auch ein wiederkehrendes Thema. Auch das haben wir schon in epischer Breite im Justizausschuss diskutiert und Fragen sind von Minister Schliemann, soweit ich mich erinnere, dort auch beantwortet worden. Die Haushaltsansätze für Entschädigungen der im Wege von Prozesskostenhilfe beigeordneten Rechtsanwälte sind in dem Entwurf des Haushaltsplans für die Jahre 2006/2007, insbesondere vor dem Hintergrund der bisherigen Aufgabenentwicklung, der Geschäftsentwicklung und den voraussichtlichen Aufgabensteigerungen im Gefolge des zwischenzeitlich in Kraft getretenen Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes, festgelegt worden und aus unserer Sicht auch ausreichend veranschlagt.

Sie haben vorhin, ich glaube, Herr Kollege Blechschmidt war es, die LHO angesprochen. Sollten die veranschlagten Mittel aus derzeit nicht vorhersehbaren Gründen dennoch nicht auskömmlich sein, hält zum Beispiel das Notbewilligungsrecht des für Finanzen zuständigen Ministeriums nach § 37 LHO, um es zu zitieren, wie es im Gesetz steht, ein ausreichendes Instrumentarium bereit, um die notwendigen Pflichtaufgaben des Landes auch leisten zu können. Natürlich müssen entsprechende Anträge - und das ist die Aufgabe des zuständigen Fachressorts - auch rechtzeitig gestellt werden, so dass es zu keinen Verzögerungen bei der Auszahlung der Entschädigungen an die Rechtsanwälte oder nur im

Ausnahmefall kommen kann.

Missdeutungen sind wohl deshalb entstanden, weil ursprünglich die Prozesskostenhilfe in einem Sammelittel veranschlagt war und das Ganze in drei Einzeltitel inzwischen aufgeteilt wurde. Die Addition der Einzeltitel zeigt aber sehr, sehr deutlich, dass insgesamt mehr Mittel zur Verfügung stehen, leider mehr Mittel, muss man sagen, weil sie mehr nachgefragt werden und zeigt also, dass auch dieser Antrag der Grundlage entbehrt. Ich möchte mir das sparen, jetzt zahlenmäßig das noch nachzuweisen, wie Sie das zusammenrechnen. Das strapaziert, glaube ich, nur unser Zeitbudget.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde einfach bitten, dass Sie das noch mal im Haushaltsplan nachlesen, und kann nur sagen, von einer geplanten Einsparung der Landesregierung bei der Prozesskostenhilfe kann unseres Erachtens keinesfalls die Rede sein. Insofern ist auch dieser Antrag eher an den Haaren herbeigezogen. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Meldungen von Abgeordneten vor. Herr Minister Schliemann, bitte.

Schliemann, Justizminister:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Blechschmidt, Sie haben völlig Recht, wenn Sie sagen, ja, zum Haushalt selbst ist wenig zu bemerken, das Gleiche höre ich von Herrn Höhn. In der Tat, das ist ein sehr sparsamer Haushalt. Er ist auskömmlich, aber doch sparsam, und wenn man daraus eine Suppe kochte, dann würde man ein einziges Fettagge vielleicht mit Mühe finden. Aber in der Tat, wir haben eine Diskussion hier im Haus und auch im Ausschuss geführt, die geht so nach der Melodie des Mottos von Herrn Umbach. Umbach war Mitglied des 3. Senats, sprich Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesverfassungsgericht und er hat die Formel niedergeschrieben, die da lautet: „Die Basis ist das Fundament der Grundlage.“ Das können Sie jetzt jeweils zu einem Drittel drehen und das ist dann auch der Ansatzpunkt der massiven Kritik, die darin besteht zu sagen: Warum legt ihr Amtsgerichte zusammen, verringert die Zahl der Amtsgerichte, macht doch lieber erst einmal eine Gebietsreform. Gebietsreform ist nicht das Thema dieser Landesregierung, jedenfalls nicht als eine solche „von oben“.

Das Zweite aber, Herr Höhn, wenn Sie den Grundsatz der Einräumigkeit in Bezug auf zum Beispiel

Stadtroda ansprechen, so ist es genau dem Umstand der Einräumigkeit geschuldet zu sagen, in jedem Landkreis, in jeder kreisfreien Stadt ein Amtsgericht. Man hätte jetzt sagen können, man könnte von dem Prinzip abweichen, aber dann kommt man eher in die Gefahr einer gewissen politischen Beliebigkeit. Was uns in diesem Land auszeichnet, ist die Schönheit des Landes; was uns Schwierigkeiten macht, ist die aus dieser Schönheit geborene geografische Struktur. Wir haben - und da muss man immer mal wieder reflektieren, wo stehen wir eigentlich auch im Bundesvergleich und wovon leben wir hier in Thüringen, ich denke nur an die sehr geringe Deckungsquote aus Eigenmitteln, die wir in unserem Haushalt haben -, bezogen auf die Flächen, einen Mittelplatz bei den Amtsgerichten im bundesweiten Vergleich. Bezogen auf die Einwohnerzahlen hatten wir die kleinsten Zuordnungen, die absolut kleinsten. Das kann man nicht lange mehr durchhalten, das muss man fairerweise sagen.

Der zweite Punkt, Frau Walsmann hat das dankenswerterweise angesprochen, ist natürlich der: Wir haben sehr kleine Amtsgerichte, aber wenn ich ein Amtsgericht mit vier Richtern habe und ein zweites mit ebenfalls vier Richtern und mir heute schon vergegenwärtigen muss, dass man bei manchem Amtsgericht mit bis zu zwei, manchmal vorübergehend sogar drei Aushilfskräften operieren muss und alles nur auf freiwilliger Basis geschieht, dann ist es schön, wenn es so geschieht, dann ist es aber nicht auf Dauer ein hinnehmbarer Zustand. Für mich ist das ein wesentlicher Punkt zu sagen, ich brauche innere Gerichtsorganisation und dafür brauche ich etwas größere Einheiten. Man kann aber jedes Prinzip totreiten.

Das Weitere ist das Landgericht Mühlhausen. Frau Walsmann hat schon darauf hingewiesen, ein Mietvertrag über 20 Jahre ist nun kein deutliches Zeichen für eine alsbaldige Schließung eines Landgerichts, eher das Gegenteil. Und der zweite Punkt: Wie ist es dazu gekommen, in der Tat - ich räume es offen ein - auf ungeplanten, merkwürdigen Wegen, ich sage das in dieser Offenheit, ungeplant, von mir aus jedenfalls ungeplant und merkwürdig auch, denn, nachdem wir eine sehr öffentliche Diskussion darüber geführt haben, von mir aus und auch in den Medien, Schließung des Landgerichts, Schließung der Staatsanwaltschaft, nachdem ich eigens eine Arbeitsgruppe gebeten habe mir zuzuarbeiten, nachdem das alles ins Netz gestellt war, und eine größere Form von Öffentlichkeit ist heute kaum denkbar, dann kam ein zweites Mal - das erste Mal über Herrn Kretschmer, das zweite Mal mit Ihrer Hilfe - der Vorstoß: Könnt ihr nicht doch dort bleiben, wir haben ein Gebäude, das könnt ihr mieten. Beim ersten Mal war schlicht der Preis zu hoch, beim zweiten Mal war der Preis in Ordnung. Wir haben dann zäh und lange verhandelt

und das war immer meine Bitte auch im Ausschuss, Ihren Antrag, der in der Sache ja Erfolg hatte, ohne verbeschieden zu sein, Ihren Antrag bitte nicht zu verbescheiden. Warum? Ich hätte sonst keinen Verhandlungsdruck mehr ausüben können. Wenn der Landtag oder der Ausschuss beschlossen hätte, das wollen wir nicht, ist der Druck weg, machen wir uns da nichts vor. Man kann schlecht mit jemandem verhandeln, wenn man auf den Standort „angewiesen“ ist. Die Alternative wäre doch nur gewesen zu bauen und fürs Bauen hatten wir schlicht und ergreifend kein Geld im Haushalt. So einfach war das.

Was die Prozesskostenhilfe betrifft, eine ganz kurze Bemerkung: Natürlich ist es eine gesetzliche Ausgabe. Die Handreichung, die an die Damen und Herren Richter gegeben worden ist, ist weiß Gott keine Weisung, sondern eine Handreichung, nichts anderes. Handreichungen darf man geben, das verletzt richterliche Unabhängigkeit überhaupt nicht. Die aufgeregte Reaktion eines Richters - eines, nicht eines Verbands, dieser Verband besteht aus etwas mehr als einem Richter - hat mich nun wirklich nicht irritiert. Das gibt es jedes Mal, wenn man irgendwelche Handreichungen gibt. Und die Empfindlichkeit - ich war ja nun selber lange genug Richter - mancher Kollegen ist etwas größer, als das Amt es erfordert. Wenn ich hier höre, es dauerte über ein Jahr, bis Prozesskostenhilfe ausgereicht wurde, so ist das eine Information, die ich aufnehme. Mir ist ein solcher Umstand bisher nicht bekannt geworden, auch nicht im Beschwerdewege.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, Die Linkspartei.PDS: Das arbeite ich gern zu.)

Dem gehe ich gern nach. Wenn es denn so sei, wäre es zu viel. Nur die Frage lautete dann wie folgt. Und das möchte ich noch mal in den Raum stellen. Bei Prozesskostenhilfe gibt es keinen Vorschuss für den Anwalt. Das heißt, der Prozess muss zu Ende sein und erst dann gibt es Geld, wenn die Instanz beendet ist. Und wenn die Instanz lange dauert, dann dauert es halt so lange. Das ist eben auch dazu zu sagen.

Der kleine Hinweis auf Heiligenstadt und da gebe es ein Gutachten, ein solches ist mir nicht bekannt. Danke sehr.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Aber mir - das darf ja wohl nicht wahr sein!)

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit beende ich die Aussprache zum Komplex Justizministerium und beende die heutige Sitzung.

Wir werden morgen früh, 9.00 Uhr, mit der Beratung fortfahren. Ich wünsche Ihnen eine gute Verdauung dieser Sitzung.

Ende der Sitzung: 22.09 Uhr